

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

37

B e r i c h t

über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am 16. Juni 1921.

Tagesordnung.

1. Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter.
 2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters.
 3. Wahl der Mitglieder der Ausschüsse und Deputationen.
 4. Antrag Lehnert, betreffend Instandsetzung des Fußweges der Jahnstraße.
-

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Nach der Neuwahl am 29. Mai 1921 sind seit dem
1. Juni 1921 folgende Stadtverordnete im Amte:

Liste Munte-Herbst:

1. Munte, Hans, Fabrikant, Kastanienallee 40.
2. Herbst, Richard, Kürschnermeister, Riddagshäuser-
weg 28.I.
3. Goetze, Hedwig, Ehefrau, Kaiser Wilhelmstr. 28.II.
4. Gartung, Theodor, Bäckermeister, Kuhstraße 32.
5. Jahns, Ernst, Rechnungsrat, Roonstr. 22.
6. Mädge, Wilhelm, Rechtsanwalt, Humboldtstr. 6.
7. Burgdorf, Karl, Kaufmann, Sidonienstr. 7.
8. Stukenberg, Heinrich, Privatangestellter, Korfes-
straße 4.
9. Frede, Gustav, Lehrer, Wilmerdingstr. 7.
10. Schultze, Walter, Professor ^{Dr. med.} (Arzt), Cellerstr. 124
11. Schmidt, Paul, Fabrikant, Wendentorwall 2a.
12. Brens, Hermann, Kaffeehausbesitzer, Kohlmarkt 2.
13. Nolters, Else, Pensionsbesitzerin, Rankestr. 24.
14. Fay, Henri, Privatangestellter, Gutenbergstr. 1.
15. Rasche, Otto, Architekt B.B.A., Kasernenstr. 31.

16.

16. Sauerbier, Albert, Magistratsbüroassistent,
Bertramstraße 21.
17. Eiffner, Joseph, Tischler, Pestalozzistr.19.
18. Röpke, Willy, Landrichter, Dr. jur. Altwiekring
Nr. 65.
19. Nessenius, Fritz, Werkmeister, Autorstr.22

Mieter-Liste.

1. Möller, Artur, Betriebsleiter, Frankfurterstr.80.

Sozialdemokratische Partei.

1. Jasper, Heinrich, Rechtsanwalt, Dr. Büldenweg 85.
2. Schmerbach, Reinhold, fr.Geschäftsführer,
Scharnhorststraße 14.
3. Marth, Heinrich, Eisenbahnwerkstättenführer,
Odastraße 2.
4. Schulze, Henriette, Wohlfahrtspflegerin, Görde-
lingerstraße 43.

Unab-

**Unabhängige Sozialdemokratische
Partei:**

1. Stegmann, Karl, Geschäftsführer, Pestalozzistr.4.
2. Tostmann, Wilhelm, Geschäftsführer, Hamburgerstr.
120.
3. Graf, Hulda, Ehefrau, Schloßstraße 6.
4. Lehnert, Hermann, Büroangestellter, Karl Schmidt-
straße 4.
5. Regener, Gustav, Restaurateur, Reichsstr.10.
6. Dietermann, Karl, Kassierer, Nußbergstr.31.
7. Pieper, Otto, Maurer, Karl Schmidtstraße 18a.
8. Steinert, Christoph, Schleifer, Ludwigstraße 39
9. Gräf, Artur, Sekretär, Frankfurterstr.15.
10. Maas, Otto, Gewerkschaftsbeamter, Weststr.37.

Kommunisten:

1. Sievers, Hans, Lehrer, Neuerweg 1.
2. Böhr, Emma, Ehefrau, Marienstr.22.

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister Reiteneyer, Bürgermeister Heyer, Stadtrat von Frankenberg, Stadtbaurat Gebensleben, Stadtrat Schaper, Stadtrat Vogler, Rechtsanwalt Philipps und die Stadträte Burgold, Füermann, Langemann, Pinnow, Dr. Reiche, Rüter.

Es fehlt Stadtverordneter Schmidt. Verspätet erscheint Stadtverordneter Nädge.

Oberbürgermeister R e t e n e y e r : Ich eröffne die Sitzung.

Meine hochgeehrten Damen und Herren! Im Namen des Rats heiße ich die neuen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu gemeinsamer Arbeit mit dem Rate in dieser Saale herzlich willkommen und möchte dabei dem Wunsche Ausdruck geben, daß das gute Verhältnis, das bisher zwischen Rat und Stadtverordneten bestanden hat, auch in Zukunft bestehen bleibt. Soweit der Rat berufen ist, dabei mitzuwirken, wird es an seinem Entgegenkommen nicht fehlen.

Nach der Geschäftsordnung hat ~~der~~ die erste Sitzung nach den Neuwahlen der Vorsitzende des Rates einzuberufen; demgemäß ist verfahren. Das älteste Mitglied der Versammlung ist, soviel ich weiß, Herr Schmerbach; er ist 1857 geboren. Behauptet jemand aus der Versammlung, älter zu sein? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Herrn Schmerbach das Alters-

präsidium

präsidium zu übernehmen und die Wahl des Vorsitzenden zu leiten.

1. Wahl des Vorsitzenden und seiner
Stellvertreter.

Altersvorsitzender S o h n e r b a c h :

Meine Damen und Herren! Als ältestes Mitglied des Hauses eröffne ich hiermit die Verhandlungen. Nach der Tagesordnung ist zunächst die Wahl des Vorsitzenden vorzunehmen. Ich möchte um Vorschläge für diese Wahl bitten.

Stadt v. M u n t e : Von der Bürgerlichen
Arbeitsgemeinschaft wird Herr Frede zum ersten
Vorsitzenden vorgeschlagen.

Altersvorsitzender S o h n e r b a c h :

Werden weitere Vorschläge gemacht? Das geschieht nicht. Ich nehme deshalb an, daß es einer Zettelwahl nicht bedarf, sondern einfach die Wahl durch Akklamation genügt. Ich bitte diejenigen, die für die Wahl des Herrn Frede sind, die eine Hand erheben zu wollen. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit - Herr Frede ist damit gewählt. Ich frage Herrn Frede, ob er das Amt annimmt. (Stadtverordneter Frede bejaht.). Dann bitte ich Herrn Frede, diesen Platz einzunehmen. Ich beglückwünsche Herrn Frede zu seinem neuen Posten und lege sein neues Amt in seine Hände. - Damit wäre meine Aufgabe gelöst.

Vorsitzender F r e d e ! Meine Damen und Herren! Ich übernehme den Vorsitz mit dem Versprechen, den Verhandlungsgang unparteiisch führen zu wollen. Vielleicht gelingt es mir, am Ende meiner Amtsführung von seiten der Linken dieselbe Beurteilung zu bekommen, wie sie mein verehrter Herr Vorgänger in diesem Amt, der aus ihren Reihen stammt, von seiten der Rechten bekommen hat.

Die verfloßene Stadtverordnetenversammlung, die nach der Revolution ins Leben getreten ist, hat ohne innere Erschütterungen arbeiten können; leidenschaftliche Auseinandersetzungen haben selten hier stattgefunden, und das ist zum Teil auf das Konto der geschickten Geschäftsführung des Vorsitzenden zu schreiben, ^{aber} auch sicher dem Verständnis der Stadtverordneten, die hier gearbeitet haben, zugute zu halten. Ich würde mich unendlich freuen, wenn die alte Stadtverordnetenversammlung in diesen Punkte der neuen ein Vorbild sein würde. Meine verehrten

Damen

Damen und Herren! Wir sind hier Vertreter aller Schichten unseres Volkes und es ist nicht einzusehen, warum nicht auf dem Boden sachlicher Erörterungen es gelingen sollte - zumal, wenn der gute Wille dazu besteht - in den Verhandlungsgegenständen, die uns hier beschäftigen, zu einer Verständigu^{ng} über die Lebensnotwendigkeiten dieser Schichten zu kommen. Im alten Rom ist es dem Menenius Agrippa gelungen, durch den Hinweis auf das Aufeinanderangewiesensein der verschiedenen Volksschichten eine Verständigung in der alten römischen Bevölkerung herbeizuführen. Warum sollte das nicht heute auch gelingen! Es handelt sich dabei doch um eine Wahrheit, die nicht sterben, sondern ewig währen wird. Wenn die Verhandlungen in der Weise, wie ich angedeutet habe, vor sich gehen, so würde das nicht nur meine Geschäftsführung außerordentlich erleichtern, sondern vor allem dazu beitragen, die Würde des Hauses zu bewahren und zu^{unser} Wohl unseres lieben Gemein-

wesens

wesens Braunschweig *neuf*

Ehe wir nun in die weitere Erledigung der Tagesordnung eintreten, möchte ich den neuen Stadtverordneten einen Hinweis geben auf die Stellen, wo sie sich unterrichten können über die Geschäftsordnung, wie sie hier vorgeschrieben ist. Die Rechte und Pflichten der Stadtverordneten sind aufgezeichnet in den §§ 44 - 53 der Städteordnung. Ich weiß nicht, ob den neuen Mitgliedern der Versammlung schon die Städteordnung und das Hauptstatut zugestellt worden ist; ist das noch nicht geschehen, so wird es jedenfalls noch nachgeholt werden. Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung finden Sie in den §§ 54 - 66 der Städteordnung. Erweitert, beziehungsweise näher bestimmt sind diese Paragraphen durch das Statut, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, vom 24. März 1893 in den §§ 6 - 17.

Es ist Ihnen bekannt, daß die Sitzungen der

Stadt-

Stadtverordneten stets am Donnerstag stattfinden, und ich möchte Sie bitten, durch den Besuch der Versammlungen es zu ermöglichen, daß wir präzise anfangen können, um nicht die Verhandlungen zu sehr ausdehnen zu müssen.

An den angegebenen Orten finden Sie auch das Nähere über die Anfragen und Anträge, wie sie unterstützt werden müssen, damit sie zur Verhandlung zugelassen sind, über namentliche Abstimmung und andere Einzelheiten - ich brauche wohl nicht näher darauf einzugehen.

Es wird mir eben anheimgegeben, festzustellen, ob die Stadtverordneten alle anwesend sind. In der Regel geschieht diese Feststellung nicht, aber heute mag es wohl am Platze sein.

(Redner verliest die Namen der Stadtverordneten. Es ergibt sich, daß die Herren Stadtverordneten Mädge und Schmidt, die beide wegen einer Reise sich entschuldigt haben, nicht anwesend sind.)

Es

Es wird wohl wieder eine Zeichnung nach den Plätzen in Saale mit den Namen der Herrschaften angefertigt, wonach ich mich schnell orientieren kann. ~~denn in Anfang konnte ich nicht alle Herrschaften so genau mit Namen.~~ Es ist auch angebracht, daß die übrigen Mitglieder von einem solchen Plane Kenntnis bekommen.

Es sind nun die Stellvertreter des Vorsitzenden zu wählen. Der zweite Vorsitzende sollte von der Linken des Hauses gestellt werden. Ist jemand von dieser Seite in der Lage einen Vorschlag zu machen?²

Stadt v. L e h n e r t : Ich schlage Ihnen
Herrn Stegmann als zweiten Vorsitzenden vor.

V o r s i t z e n d e r : Wir hatten uns über diesen Modus in der Vorbesprechung geeinigt. Wenn kein Widerspruch erfolgt, kann ich wohl ohne weiteres die Annahme des eben gehörten Vorschlages erklären. Ist jemand gegen die Wahl des Herrn Stegmann? - Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß Herr Stegmann gewählt ist.

Die Wahl des dritten Vorsitzenden würde wieder der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zufallen. Es liegen mir die ~~sämtlichen~~ Vorschläge hier vor; für den Posten des dritten Vorsitzenden wird Herr Munte vorgeschlagen. Ist jemand gegen diese Wahl? Das ist nicht der Fall. Herr Munte ist damit gewählt.

Der vierte Vorsitzende war der Gruppe des Herrn Dr. Jasper zugedacht. Ich bitte um einen Vorschlag.

**Stadt. M a r t h : Von unserer Seite wird
Herr Dr. Jasper vorgeschlagen.**

Da sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag erhebt, stellt der Vorsitzende fest, daß Stadtverordneter Dr. Jasper als 4. Vorsitzender gewählt ist.

2. Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters.

V o r s i t z e n d e r : Zum Schriftführer und dessen Stellvertreter haben wir bisher gehabt Herrn Sekretär Müller und Herrn Sekretär Kühne. Es ist wohl jeder in der Versammlung damit einverstanden, daß es dabei bleibt. Ist jemand dagegen - das ist nicht der Fall.

Der Stenograph unserer Verhandlungen ist der Lehrer Reinhard. Den wollen wir wohl auch behalten. - Niemand ist dagegen.

3. Wahl der Mitglieder der Ausschüsse und Deputationen.

V o r s i t z e n d e r : Bei der Wahl der Ausschüsse gedenke ich an Hand der Liste vorzugehen,
die

die wir von *Bureau* bekommen haben.

1. Der Ausschuß zur Vorberatung der Wahlen.

Nir haben den Ausschuß nicht für notwendig erachtet. Die Sache hat sich folgendermaßen entwickelt: Früher als die Versammlung nicht nach Parteien geschieden war, trat zur Vorberatung der Wahlen der Seniorenkonvent zusammen (das waren die Ältesten aus der Stadtverordnetenversammlung) und machten ihre Vorschläge. In natürlicher Weise macht sich die Sache jetzt so, daß die Fraktionen zu dem besagten Zwecke zusammentreten. Eine solche Besprechung hat schon stattgefunden, und aus diesem Grunde sehen wir nicht die Notwendigkeit ein, einen Ausschuß zur Vorberatung der Wahlen zu bilden. Hat der Rat Bedenken dagegen, daß dieser Ausschuß gestrichen wird. (Wird verneint.) Dann können wir ihn als gestrichen erklären.

2. Der Rechtsausschuß. Im allgemeinen habe ich hierzu folgendes zu erklären. Nach der ursprünglichen

lichen Bestimmung waren ^{in der} für die 4 großen Ausschüsse nur 7 Mitglieder, in einem sogar nur 5. Nach der Revolution haben wir die Zahl dieser Ausschußmitglieder auf 8 gebracht, und zwar deshalb, weil 4 Fraktionen in ungefähr gleicher Stärke vorhanden waren. Würden wir die Zahl beibehalten, so würde die Besetzung der 4 großen Ausschüsse einige Schwierigkeiten verursachen. Die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft zählt 19 - 20 Mitglieder, auf die übrigen Parteien kommen 16. Das Verhältnis würde also wie 5 : 4 sein. Deshalb ist die Anregung von der linken Seite des Hauses gekommen, die Zahl der Mitglieder dieser Kommissionen auf 9 zu bringen, wodurch das Verhältnis in der Zahl der Stadtverordneten auch in der Kommission zum Ausdruck gebracht werden könnte. Hat der Rat Bedenken gegen diese Erweiterung? - Das ist nicht der Fall. Dann wollen wir diese Zahl annehmen. Es wird von den Herren, die die Vorbesprechung gehabt haben, vorgeschlagen, eine Besetzung

in

in Verhältnis von 5 : 3 : 1 vorzunehmen. Von der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft werden vorgeschlagen die Herren Jahns, Mädge, ^{Dr.} Röpke, Herbst, Sauerbier. Es würden heute noch die Vorschläge der Unabhängigen und der Gruppe des Herrn Dr. Jasper entgegenzunehmen sein.

Nachdem Herr Stegmann die Herren Lehnert, Gräf und Regener und Herr Dr. Jasper Frau Stadtverordnete Schulze vorgeschlagen haben und kein Widerspruch sich geltend gemacht hat, stellt der Vorsitzende die Wahl der Genannten fest.

V o r s i t z e n d e r : 2) Bei den Finanzausschuß würde es dieselbe Sache sein. Die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft schlägt vor die Stadtverordneten Munte, Frede, Frau Götze, Burgdorf und Sauerbier Herr Stadtverordneter Stegmann nennt als Vorschläge der Unabhängigen die Namen Dietermann, Steinert und Stegmann.

Stegmann, Herr Marth schlägt von seiner Gruppe Stadtverordneten Dr. Jasper vor.

Der Vorsitzende stellt das Einverständnis der Versammlung mit diesen Wahlen fest.

3. Bauausschuß. Der Vorsitzende nennt von bürgerlicher Seite die Namen: Rasche, Dreus, Effner, Gartung, Hessenius, von Seite der Unabhängigen werden vorgeschlagen die Stadtverordneten Tostmann, Pieper, Maas, von Herrn Dr. Jaspers Seite Stadtverordneter Marth.

Ohne Widerspruch. Die Genannten gelten als gewählt.

V o r s i t z e n d e r : 4. Der Schulausschuß.
Hier sollte das Verhältnis 5 : 2 : 1 : 1 genommen werden. Herr Stegmann wollte sich wegen der Auseinandersetzung innerhalb der Linken mit den Betroffenen ins Benehmen setzen. - Es heißt auch hier: Die
rechte

~~rechte und linke Seite des Hauses. Das ist in anderen parlamentarischen Versammlungen umgekehrt, es bestimmt sich der Name je nach dem Sitz der Abgeordneten von Vorsitzenden aus gerechnet. Sie haben also eigentlich das Recht, hier in Hause die Rechte genannt zu werden. Von seiten der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft werden für den Schulausschuß vorgeschlagen: Frede, Frau Götze, Fräulein Wolters, Herbst, Stukenberg.~~

Stadtv. S t e g m a n n : Aus unserer Fraktions-
gemeinschaft werden Frau Graf und meine Wenigkeit
vorgeschlagen. Außerdem war in unserer Vorbesprechung
vorgeschlagen, von den Kommunisten Herrn Stadtver-
ordneten Sievers in den Schulausschuß hineinzunehmen.

Nachdem von Herrn Stadtverordneten Dr. Jasper noch Herr Schmerbach vorgeschlagen ist, stellt der Vorsitzende das Einverständnis der Versammlung mit der genannten Zusammensetzung des Schulausschusses fest.

V o r s i t z e n d e r : Es folgt 5. der Ausschuß zur Einschätzung fruchttragender Grundstücke und gewerblicher Unternehmungen. Derselbe umfaßt 9 Mitglieder, von denen 6 Stadtverordnete sind, Von den Stadtverordneten sollen sein: 3 von der Seite der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, 2 von den Unabhängigen, 1 von der Gruppe Jasper. Von der Bürgerlichen Gruppe werden vorgeschlagen: Schmidt, Jahns, Eßner.

Stadt v. S t e g m a n n : Wir schlagen keine
Stadtverordneten vor, sondern andere unserer Genos-
sen, die Herren Karl Schulze und Wilhelm Voigt.
Die Adressen gebe ich später an.

Nachdem Herr Stadtverordneter Dr. Jasper von seiner Seite noch Herrn Friedrich Bunge, Eschenburgstraße 2, vorgeschlagen hat, wird vom Vorsitzenden das Einverständnis der Versammlung mit der Wahl der Genannten angenommen.

V o r s i t z e n d e r : Wir können nun zur Wahl der Deputationen. Ich gestatte mir, die neuen Mitglieder der Versammlung auf folgendes aufmerksam zu machen. Schon früher bestand der Unterschied zwischen Kommissionen und Deputationen. Der verschiedene Name zeigt schon an, daß eine Verschiedenheit in dem Wesen dieser beiden ~~bestand~~ ^{bestanden} bestand. Wenn jetzt allgemein der Ausdruck Ausschuß gebraucht würde, so würde das dazu führen, beide auf eine gleiche Stufe zu stellen, und das darf nicht geschehen. Die Kommissionen setzen sich nur aus Stadtverordneten zusammen und wählen ihren Vorsitzenden selbst. Ratsmitglieder, die in den Kommissionen erscheinen, um Vorlagen zu vertreten und Aufklärungen zu geben,

haben

haben dort nicht das Recht der Abstimmung. Bei den Deputationen ist das anders. Sie werden durch den Rat einberufen, tagen unter dem Vorsitz eines Ratsmitgliedes und der Rat hat bei diesen Sitzungen das Recht, mit zu raten und zu stimmen.

Zunächst ist eine Deputation für den Arbeitsnachweis und für die Erwerbslosenfürsorge zu wählen. ~~Er~~ besteht zur Hälfte aus Arbeitgebern und zur Hälfte aus Arbeitnehmern. Unter den 16 oder 18 Mitgliedern - ich habe die Zahl nicht genau feststellen können, es kommt aber auch wenig darauf an - sind 3 Stadtverordnete, von denen zwei von der Bürgerlichen Gruppe vorgeschlagen werden: Die Herren Stukenberg und Nessenius. Ein Vorschlag ist noch zu machen von der Gruppe des Herrn Stegmann oder Jasper - beide wollten sich darüber verständigen. Ich bitte um Vorschläge.

Stadt v. Dr. J a s p e r : In der Vorbesprechung war, wie dem Herrn Vorsitzenden gegenwärtig sein wird, auch die Frage aufgeworfen, ob dieser gemischte Ausschuß - wenn ich Deputation so verdeutschen darf -, notwendig sei, nachdem durch die Beteiligung der unmittelbar beteiligten Unternehmer und Arbeiter in den Arbeitsnachweis selber eine ausreichende Vertretung gegeben war. Es sollte die Entscheidung darüber in das Eressen der Versammlung gestellt werden.

V o r s i t z e n d e r : Ist der Rat in der Lage, Auskunft zu geben, ob eine Notwendigkeit besteht, diese Deputation wieder zu besetzen?

Stadtrat V o g l e r : Nachdem der Ausschuß ~~fast~~
zwei Jahre lang nicht getagt hat, dürfte nach mei-
nem ~~Standpunkt~~ ^{Stellungnahme} die Notwendigkeit nicht mehr vor-
liegen, ihn aufs neue zu wählen. Ich habe aber nichts
dagegen, wenn er wieder eingesetzt wird.

V o r s i t z e n d e r : Wenn wir ihn wieder einsetzen, tun wir es mit der Aussicht, daß er kaum in Tätigkeit treten wird. Wir können ja aber die paar Stadtverordneten benennen, die zu der Deputation gehören sollen. Wir können ja auch die 15 Privatpersonen, die bisher dazu gehört haben, wieder nehmen und in übrigen die Sache auf sich beruhen lassen. Für den Fall, daß es vorkommen sollte, daß die Deputation noch einmal zusammentreten muß, ist es innerhin besser, daß wir heute den Ausschuß ~~gebildet~~ konstruiert haben. Ist Herr Stegmann oder Herr Dr. Jasper in der Lage, einen Vorschlag zu machen.²

Stadt v. S t e g m a n n : Herr Neseneier,
Hamburgerstraße Nr.12b.

V o r s i t z e n d e r : Es gehörten an Privat-
personen zu diesem Ausschuß: Herr Schlossermeister
Gattermann,

Gattermann, Frau L. Hamburger, Zimmerer Krull, Frau Auguste Zink, Buchdruckereibesitzer Kleuker, Maurermeister Ausmeper - dieser ist inzwischen verstorben -, Malermeister Flühe, Tischler Lages, Arbeiter Adam, Handlungsgehilfe Meier, Kaufmann Ohns, Direktor Müller - Schöll, Maschinenarbeiter Vopel, Rittergutspächter Griefenhagen, ~~Veltheim~~ und Inspektor Clusmann. Dazu würden die drei hier in der Versammlung Genannten kommen. Ich nehme sie als gewählt an.

2. Ausschuß für Arbeitsbeschaffung. Dazu gehören die Mitglieder des Demobilisierungsausschusses; Herr Stadtbaurat Gebensleben war der Vorsitzende. Unter den 9 Mitgliedern befanden sich 6 Stadtverordnete. Von der bürgerlichen Seite werden vorgeschlagen: Die Herren Rasche, Schmidt, Effner. Es sollten 2 Unabhängige genannt werden und einer aus der Gruppe Jasper.

Stadt. S t e g m a n n schlägt die Herren
Stadtverordneten Lehnert und Pieper^{vor} und

Stadtv. Dr. J a s p e r den früheren Stadt-
verordneten Heinrich Rieke, Schöppenstedterstraße 48.

V o r s i t z e n d e r : Es gehörten ferner
zu diesem Ausschuß die Herren Maschinenfabrikant
Oppermann, Architekt Bartels, Schlosser Schwandt.
Ich darf die/wohl als wiedergewählt betrachten und
im übrigen die hier Genannten. (Ohne Widerspruch).

3. Archiv. In der letzten Liste stehen nur 2
Mitglieder verzeichnet: Justizrat Engelbrecht und
Professor Dr. Viereck. Es ist in der Vorbesprechung
der Wunsch geäußert worden, daß noch zwei Stadtver-
ordnete diesem Ausschuß hinzutreten möchten, von
der bürgerlichen Seite einer und einer von der an-
deren Seite. Man wünscht diese Erweiterung deshalb,
weil man es für untunlich hielt, daß zwei Herren,
die nicht dem Kollegium angehören, die einzigen Mit-
glieder

glieder dieser Deputationen sind, so daß wir über die Beratungen dieses Ausschusses nicht unmittelbar unterrichtet werden können.

Stadtrat S c h a p e r : Ich wollte nur darauf hinweisen, daß durch Beschluß der Städtischen Behörden seinerzeit festgelegt ist, daß die Archivdeputation aus 4 Mitgliedern bestehen soll, wovon 2 von der Stadtverordnetenversammlung gewählt werden sollen. Das eine Mitglied der Deputation ist ein Ratsmitglied, ein anderes der Stadtarchivar selber und die anderen beiden Herren sind von der Stadtverordnetenversammlung ^{zu wählen} ~~gewählt~~.

V o r s i t z e n d e r : Das ist der frühere Zustand. Stehen nun dem Wunsche der vorberatenden Kommission wesentliche Hindernisse entgegen?

Stadtrat S e h a p e r : Ich glaube, nicht.

V o r s i t z e n d e r : Von unserer Seite werden vorgeschlagen die Herren Stadtverordneten Dr. Röpke und Dr. Schultze. Ich bitte um Vorschläge von jener Seite.

Nachdem von Stadtverordneten Stegmann der Stadtverordnete Sievers vorgeschlagen ist, nimmt der Vorsitzende das Einverständnis der Versammlung mit der Wahl der Vorgeschlagenen an.

V o r s i t z e n d e r : Nummer 4, die Armen-
direktion besteht aus 6 Mitgliedern, davon sind 4 Stadtverordnete. Vorgeschlagen sind von bürgerlicher

Seite Frau Götze und Herr Munte.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich möchte die Frage aufwerfen, ob die Arrenddirektion wieder neu zu wählen ist. Wenn ich mich recht erinnere, ist sie nach dem 1. April für das laufende Jahr schon gewählt worden.

Stadtrat von Frankenberg: Auf diese Frage des Herrn Dr. Jasper möchte ich bemerken, daß ich mich sowieso zum Wort gemeldet haben würde, um die vereehrte Versammlung darauf hinzuweisen, daß seit 2 1/2 Jahren die Übereinkunft zwischen dem Rat und der Stadtverordnetenversammlung besteht, die Zahl der von den Stadtverordneten zu wählenden Mitglieder zu erweitern, so daß sie auf 6 Personen erhöht ist. Neben den 4 Stadtverordneten sind noch die Herren Carl Adolf Müller und Pastor Kausche als Mitglieder der Armendirektion von den Stadtverordneten gewählt, sie sind auch bei der Ergänzungswahl, die Herr Dr. Jasper erwähnte, vor einigen Monaten wieder gewählt. Ich würde auch wegen der engen Fühlung zwischen unseren Stiftungen und der kirchlichen Armenpflege es für wünschenswert halten, daß die geehrte Versammlung der früheren Wahl sich wieder anschliesse. Im übrigen wird

wird es nicht unzweckmäßig sein, den früher gefaßten
Beschuß zur Vermeidung von allen ~~Zweifeln~~ heute
zu bestätigen. *Zweifeln*

V o r s i t z e n d e r : Herr Carl Adolf Müller und Herr Pastor Kausche sollten nach den Vorschlägen des vorberatenden Ausschusses auch wiedergewählt werden; daß aber eine Besetzung durch andere Stadtverordnete nach den Wünsche der Versammlung stattfindet, dagegen kann man wohl nichts sagen. Es kommt nun auf die Vorschläge der Unabhängigen und der Gruppe Jasper an, denen wir - wie ich glaube - wohl nachgeben müssen.

Von Herrn Stegmann wird Frau Graf genannt, von Herrn Dr. Jasper Frau Schulze.

V o r s i t z e n d e r : Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit den gemachten Vorschlägen an. Die Armendirektion datiert aber nun von heute. Ist jemand gegen diese Bestimmung. - Das ist nicht der Fall.

5. Der Ausschuß zur Vergebung von Bauarbeiten.

Wir haben bisher zwei Stadtverordnete als Mitglieder und zwei als Stellvertreter gewählt. Es ist der Wunsch ausgesprochen, daß dieser Ausschuß demnächst mit 4 Stadtverordneten als Mitgliedern besetzt wird, Sind dagegen Bedenken zu erheben?

so daß die Hallenbauaufg. fortfällt.

Oberbürgermeister R e t e n e y e r : Gegen die Erhöhung der Zahl der Mitglieder dieses Ausschusses ist an sich nichts einzuwenden, nur möchte ich darauf hinweisen, daß dadurch das Stimmenverhältnis zwischen den Mitgliedern des Ausschusses ~~und~~ der Versammlung und aus dem Rate ein anderes werden würde. Die geehrte Versammlung mußte es deshalb dem Rat wohl gestatten, daß er in solchen Fällen nicht ein, sondern zwei seiner Mitglieder in die Deputation entsendet.

Stadt v. T o s t m a n n : Ich möchte bei dieser Gelegenheit einmal anfragen, wie weit die Frage gediehen ist, die seinerzeit von der hiesigen Handwerkskammer angeregt ist, und die Vergebung der öffentlichen Arbeiten betrifft. Es ist seinerzeit ein Statut ausgearbeitet worden, zu dessen weiterer Bearbeitung verschiedene Personen hinzugezogen werden sollten. Ist die Angelegenheit noch nicht erledigt? Solche Bestimmungen würden auf diese Deputationswahl Einfluß haben.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Es trifft zu, daß eine neue Bearbeitung dieses ^{Abfassungen} ~~Beschlusses~~ der ~~Städtischen Behörden~~ in Gange ist, wodurch es in einigen Punkten abgeändert werden sollte. Aber Herr Tostmann wird auch wissen, daß wir beschlossen haben, zunächst probeweise die neue Fassung zur Anwendung zu bringen. Auch heute morgen ist in der Ratssitzung davon die Rede gewesen und dort wurde es für zweckmäßig gehalten, diese Probezeit erst einmal innezuhalten.

Ich möchte noch erwähnen, daß meines Wissens ein Ratsmitglied und ein Mitglied ^{und} der Städtischen Bauamts in dieser Deputation zur Vergebung der Bauarbeiten abgeordnet sind. Gleichwohl würde ich es von meinem Standpunkt aus für wünschenswert halten, daß in Zukunft zwei Mitglieder des Rats deputiert werden. Es handelt sich ja nicht um ein Statut, sondern um einen gemeinsamen Beschluß der Städtischen Behörden, so daß heute hier die Sache glatt erledigt werden kann.

V o r s i t z e n d e r : Zu dem, was der Herr Oberbürgermeister sagte, möchte ich bemerken, daß wir ~~uns~~ allerdings bei der Vermehrung der Zahl der Mitglieder in einigen Deputationen uns darüber klar geworden sind, daß auch eine Verschiebung in der Zahl der Ratsmitglieder in den Deputationen eintreten müßte, da - wie ich schon ausgeführt habe - der Rat in den Deputationen auch Stimmrecht hat. Aber ich glaube, darauf brauchen wir heute nicht einzugehen; der Rat wird einverstanden sein, daß diese Sache einmal gelegentlich geregelt wird.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich möchte Wert darauf legen, daß heute gleich der Beschluß gefaßt wird, daß neben den beiden neuen Stadtverordneten auch ein zweites Ratsmitglied mit abgeordnet wird. Da ~~es sich um einen~~ ^{über einstimmenden} Beschluß der Städtischen Behörden handelt, ~~hätten Sie einer solchen Vorkehrung auch zustimmen.~~ ^{haben Sie eine solche Vorkehrung auch} ~~zustimmen.~~ ^{zustimmen.} Warum sollten wir deshalb noch eine besondere Vorlage machen?

V o r s i t z e n d e r : Die Vermehrung der Zahl der Ratsmitglieder ist eine logische Folgerung aus der Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten in der Deputation. Wenn die Versammlung nicht widerspricht, stelle ich fest, daß dem Wunsche des Rates zugestimmt wird. (Ohne Widerspruch).

Von bürgerlicher Seite werden die Herren Rasche und Gartung vorgeschlagen.

Stadtö. Dr. J a s p e r schlägt Herrn Heinrich Rieke, Schöppenstedterstraße 48 vor und

Stadtö. S t e g m a n n Herrn Stadtverordneten Tostmann.

Ohne Widerspruch; die Genannten gelten als gewählt.

6. Feuerbestattungsamt. Herr Justizrath Hartung, der schon bisher Mitglied dieser Deputation gewesen ist, wird wieder vorgeschlagen.

Stadtv. S t e g m a n n schlägt Herrn Stadtverordneten Regener vor und

Stadtv. Dr. Jasper Herrn Stadtverordneten Schmerbach.

Ohne Widerspruch; die Genannten gelten als gewählt.

V o r s i t z e n d e r : 7. Feuerlöschwesen.

Dieser Deputation gehören jetzt 3 Stadtverordnete an und es ist der Wunsch ausgesprochen, nunmehr 4 zu wählen, von ^{Bürgerliste} unserer Seite die Herren Jahns, und Schmidt.

Stadtv. S t e g m a n n schlägt Herrn Stadtverordneten Dietermann ^{vor} und

Stadtv. M a r t h Herrn Stadtverordneten Schmerbach.

Ohne Widerspruch; die Genannten gelten als gewählt.

8. Deputation der Gas- und Wasserwerke nebst
Abwässerpumpwerk und Neustadtmühle.

Der Vorsitzende bringt seitens der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft die Stadtverordneten Schmidt, Dreus und Hessenius in Vorschlag, Stadtverordneter Dr. Jasper Herrn Marth und Stadtverordneter Stegmann Herrn Maas.

Ohne Widerspruch, die Genannten gelten als gewählt.

V o r s i t z e n d e r : 9. Gehaltsdeputation.

Hierzu gehören die Mitglieder des Finanzausschusses sowie die Vorsitzenden der anderen drei großen Ausschüsse. Eine Wahl ist hier nicht nötig.

10. Gemeindesteuer - Rekurs - Reklamationen.

Herr Stadtrat von Frankenberg, ist diese Deputation noch nötig?

Stadtrat von Frankenberg: Ich würde es für zweckmäßig halten, daß sie wieder gewählt wird. Es gibt eine Anzahl von Fällen, in denen die vereinigte Versammlung zu entscheiden hat, und bei der Eigenart der Steuersachen glaube ich, daß es erwünscht ist, ^{sie} besonders in einer Deputation vorberaten zu lassen. Ich erinnere an die Zuwachssteuer, Grunderwerbssteuer, die Veränderungssteuer.

V o r s i t z e n d e r : Zu dieser Frage an den Rat sind wir gekommen, weil wir nur die Einkommensteuer im Auge hatten, in der wir kann noch zuständig sind. Von unserer Seite werden vorgeschlagen die Herren Burgdorf und Sauerbier.

Stadt v. S t e g m a n n schlägt Herrn Gräf und Stadtverordneter Dr. Jasper Herrn Bunge, Eschenburgstraße 2 vor.

V o r s i t z e n d e r : Wir müßten wohl den Namen dieser Deputation etwas ändern.

Stadtrat von Frankenberg: Es
gibt keine von diesen Steuern, die nicht auch Ge-
meindesteuern wären und der Zuständigkeit dieser
Kommission nicht unterliegen würden, die Verände-
rungssteuer, die Grunderwerbssteuer und die Zu-
wachssteuern sind auch Gemeindesteuern, und so
trifft der Name der Deputation zu.

Die genannten Stadtverordneten gelten als gewählt.

V o r s i t z e n d e r : 11. Gesundheitswesen.
Vier Mitglieder davon waren Stadtverordnete, und es wird vorgeschlagen, dieses Verhältnis beizubehalten. Ich habe zu nennen Herrn Professor Dr. Schultze und Fräulein Wolters.

Stadtv. Dr. Jasper schlägt Frau Stadtverordnete Schulze vor und Stadtverordneter Stegmann Herrn Stadtverordneten Steinert.

V o r s i t z e n d e r : Die anderen Persönlichkeiten, die für diese Deputation vorgeschlagen werden, sind : Dr. Hebestreit, Dr. Nehring, Dr. Hollmann und Dr. Henking.

Die Vorgeschlagenen gelten als gewählt.

V o r s i t z e n d e r : 12. Die Deputation für die Gewerbesteuer. Bisher waren darin 4 Stadt-
verordnete,

verordnete, gewünscht werden 5. 3 von der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, nämlich die Stadtverordneten Dreus, Gartung, Herbst.

Von der anderen Seite des Hauses werden die Stadtverordneten Stegmann und Schmerbach vorgeschlagen.

Widerspruch aus der Versammlung erhebt sich nicht.

13. Einschätzung gewerblicher Unternehmungen
zu besonderem Wegegeld und Kanalsteuer-
beiträgen.

Der Vorsitzende nennt die Namen Schmidt, Dreus, Burgdorf.

Stadtv. Stegmann schlägt Stadtverordneten Pieper vor und

Stadtv. Jasper den früheren Stadtverordneten Rekter, Grabenstraße 2.

Der Vorsitzende stellt das Einverständnis der Versammlung mit der Wahl der Genannten fest.

V o r s i t z e n d e r : 14. Die Stiftung Kindersegen. Sie hat wenig von sich reden gemacht, so daß einige Mitglieder der Vorberatung erstaunt darüber waren, daß überhaupt eine solche Stiftung bestand. Früher sind Mitglieder der Deputation gewesen Stadtverordneter Salomon, Pastor Schonburg und Arbeiter Wittneben. Es werden vorgeschlagen von bürgerlicher Seite Frau Stadtverordnete Götze und Pastor Schonburg. Auch Bauassistent Sander war mit in dem Vorstand vorgesehen.

Stadtv. Stegmann schlägt Stadtverordnete Frau Böhm vor.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Drei Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind für die Stiftung Kindersegen zu wählen.

V o r s i t z e n d e r : Das ist früher nicht geschehen. In der amtlichen Liste heißt es : Stadtverordneter Salomon, Pastor Schonburg, Arbeitern Wittneben. Es ist also nur ein Stadtverordneter darin zu finden. Wie wollen wir vorgehen. Nach dem Statute der Stiftung müssen hier Vorschläge gemacht werden.

Stadt v. Dr. Jasper : Wenn entgegen der Abrede 4 Mitglieder für diese Deputation vorgeschlagen werden sollen, dann halte ich die Verteilung für ungemessen. Ich weiß nicht, wie man auf bürgerlicher Seite dazu kommt, ein Verhältnis von 3 : 1 als angemessen anzusehen. Wir haben uns in der Vorbesprechung nur darauf geeinigt, daß es 3 Mitglieder sein sollten wie bisher.

V o r s i t z e n d e r : Ich habe die
Vorschläge in der Vorbesprechung stenographiert
und nachträglich keine Änderungen vorgenommen.
Wir haben vorgeschlagen Frau Götze als Mitglied
der Stadtverordnetenversammlung zu wählen und
Herrn Pastor Schomburg als Mitglied zu belassen.
Es handelt sich also nun noch um den Vorschlag
von Ihrer Seite, und der ist jetzt erfolgt: Frau
B ö h m .

Stadt v. Dr. J a s p e r : Ich darf vielleicht die Erklärung des Herrn Vorsitzenden an die Vorberatung auffrischen. Wir kannten den Arbeiter Mittneben nicht und suchten uns zu verständigen, ob wir von sozialdemokratischer Seite diesen Herrn als Vertreter für uns gelten lassen wollen. Dann war das Verhältnis 2 : 1 und damit durchaus der sonstigen grundsätzlichen Abrede entsprechend gehandelt. Wenn aber eine Erhöhung der Zahl auf 4 beliebt werden sollte, widerspreche ich der Vornahme in der angeführten Weise und würde den 4. Platz unseren sonstigen Abmachungen entsprechend für unsere Gruppe beanspruchen.

Oberbürgermeister R e t e n e y e r : Nach der mir vorliegenden Liste haben den Vorstände der Stiftung angehört: Stadtverordneter Salomon, Pastor Schomburg, Arbeiter Wittneben. Der Letztgenannte ist vor kurzem verstorben und wir haben deswegen schon ein Schreiben an die Stadtverordneten abgelaßen. Ich bin der Ansicht, daß die Frage dieser Besetzung überhaupt anders geregelt werden müßte; sie gehört nicht hinein in die Besetzung der Deputationen, denn es handelt sich um eine Stiftung. Der Herr Vorsitzende sagte vorhin, man habe von den Wirken der Stiftung nie etwas gehört. Ja, sie hat in Stillen gearbeitet, und zwar sehr segensreich, denn sie hat mancher Not, durch Zuwendungen, die sehr an Platze waren, abhelfen können. Ich möchte empfehlen, daß wir zunächst die Akten holen lassen und nachsehen, wie in den Satzungen die Sache geregelt ist.

V o r s i t z e n d e r : Dagegen kann niemand etwas sagen. Ich nehme an, daß die Versammlung einverstanden ist, daß wir die Entscheidung über diesen Punkt einstweilen aussetzen.

(siehe Seite 104)

14. Lohndeputation. Dort waren bisher 6 Mitglieder, es wird empfohlen nunmehr 7 zu nehmen. Von seiten der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft werden vorgeschlagen die Stadtverordneten Schmidt, Stukenberg, Hessenius, Kffner.

Stadtv. Marth schlägt Herrn Dr. Jasper,
Stadtv. Stegmann die Herren Maß und Dietermann
vor.

Ohne Widerspruch. Der Vorsitzende stellt fest, daß damit die Besetzung erfolgt ist.

16. Marktdeputation.

Der Vorsitzende nennt von bürgerlicher Seite die Herren Burgdorf und Dr. Schultze,

Stadt-

Stadtverordneter Stegmann Herrn Stadtverordneten Regener und.

Stadtverordneter Dr. Jasper Herrn Bunge, Eschenburgstraße Nr.2.

Ohne Widerspruch, die Wahl gilt als erfolgt.

17. Marstalldeputation.

V o r s i t z e n d e r : Es wird gewünscht, daß statt der bisherigen 3 nunmehr 4 Mitglieder in diese Deputation gewählt werden. Von bürgerlicher Seite werden die Herren Jahns und Stukenberg zur Wahl empfohlen.

Stadtv. Dr. Jasper schlägt Herrn Stadtverordneten Schmerbach und von seiten der Unabhängigen wird Herr Stegmann vorgeschlagen.

Ohne Widerspruch, die Vorgenannten gelten als gewählt.

(Siehe Änderung dieses Beschlusses auf Seite 83.)

18. Müllabfuhr.

Der Vorsitzende schlägt vor: die Stadtverordneten

Dr. Schultze, Gartung, Frede,

Stadtv. Stegmann : Stadtverordneten Steinert, Graf,

Stadtv. Dr. Jasper: Stadtverordneten Sahmerbach.

Ohne Widerspruch; die Annahme der Vorschläge wird vom Vorsitzenden festgestellt.

19. Museum.

V o r s i t z e n d e r : Die Zahl von 5 Mitgliedern soll bleiben, ebenso die beiden Nicht-stadtverordneten : Bankier Löbbbecke und Apotheker Bohlmann. Von bürgerlicher Seite werden vorgeschlagen die Stadtverordneten Dr. Röpke und Rasche.

Stadtv. Stegmann schlägt Stadtverordneten Re-
gene

gener vor

Stadtv. Marth Herrn Stadtverordneten Dr. Jasper.

Als der Vorsitzende darauf hinweist, daß damit 6 Namen genannt sind und Zettelwahl vorgenommen werden müsse, zieht Stadtverordneter Dr. Jasper den Vorschlag seiner Gruppe zurück.

Der Vorsitzende stellt fest, daß damit außer den beiden Nichtstadtverordneten die Herren Dr. Röpke, Rasche und Regener der Deputation angehören.

20. Ortsbauplanrevision.

Hierfür liegen als Vorschläge vor: Rasche, Nessenius, Effner - Tostmann - Marth. Zu diesen Herren sollte Architekt Bartels als Nichtstadtverordneter hinzu treten.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich halte diese Deputation für überflüssig; ihre Arbeit ist seit einem Jahre als abgeschlossen zu bezeichnen.

(Ortsbauplan-Revision betreffend).

V o r s i t z e n d e r : Wenn nach dieser maßgebenden Erklärung die Deputation für überflüssig bezeichnet wird, so wird die Versammlung damit einverstanden sein, sie zu streichen. (Ohne Widerspruch).

(Siehe Änderung dieses Beschlusses auf Seite 86)

21. Parkdeputation.

An Vorschlägen liegen von den drei Gruppen vor:

Stadtverordneter Frede, Mädge, Sauerbier -
Lehnert - Schnerbach.

Der Vorsitzende stellt das Einverständnis der Versammlung mit diesen Vorschlägen fest.

22. Rieselgut.

V o r s i t z e n d e r : Es wird vorgeschlagen eine Vermehrung von 5 auf 7 vorzunehmen. Die drei Sachverständigen Landwirt Drows, Landwirt August Ohms und Rentner Schönermark sollen bleiben und von bürgerlicher Seite werden die Stadtverordneten Schmidt

und

und Burgdorf vorgeschlagen. und Stadtvorordneten

Stadtv. Dr. Jasper schlägt den früheren Stadtverordneten Heinrich Rieke^{vor} und von seiten der Unabhängigen wird Herr Stadtverordneter Stegmann genannt.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Reteneyer erklärt hat, daß ~~er~~ kein Bedenken gegen diese Vergrößerung der Deputation habe, nimmt der Vorsitzende das Einverständnis der Versammlung mit der Wahl der 7 Genannten an.

23. Stadtbauamt.

V o r s i t z e n d e r : Es gehören dazu 3 Mitglieder und 3 Stellvertreter. Die Besetzung hat in der vorberatenden Kommission etwas Schwierigkeiten gemacht, wir sind aber zu einer Einigung gekommen. Von bürgerlicher Seite wird vorgeschlagen Stadtverordneter Nessenius, von Herrn Stegmann wird Stadtverordneter Tostmann vorgeschlagen und außerdem würde Maurermeister Eloke Mitglied bleiben. Als Stell-

ver-

vertreter sind meine Person und Stadtverordneter
Herbst vorgeschlagen.

Stadtv. Stegmann schlägt als 3. Stellvertre-
ter den Stadtverordneten Pieper vor.

Stadt. Dr. J a s p e r : Wenn auf der Liste der Mitglieder des Bauamts von sozialdemokratischer Seite Stadtverordneter Iostmann steht, so schlage ich als 3. Stellvertreter Herrn Heinrich Rieke, Schöppenstedterstraße 48 vor.

Stadtv. Stegmann stimmt diesem Vorschlage zu.

Bürgermeister M e y e r : Die geehrten Herrschaften erlaube ich mir auf gewisse Bedenken hinzuweisen, die der Wahl des Herrn Tostmann in das Stadtbauamt entgegen/stehen, die aber nicht in seiner Persönlichkeit beruhen, sondern in seiner Eigenschaft als Vertreter der Braunschweigischen Baugenossenschaft. Es heißt in dem Ortsbaustatut über die Zusammensetzung des Ortsbauamts: „ Personen, welche sich mit der Anfertigung von Bauplänen, mit der Ausführung von Bauten, mit der Herstellung oder Verarbeitung oder dem Vertriebe von Baumaterialien gewerbenäßig beschäftigen, dürfen nicht Mitglied des Stadtbauamts sein.“ Nun ist Herr Tostmann zwar nicht selbst Unternehmer, aber wir waren ~~von~~ ^{hier} der Ansicht, daß er als Vertreter der Baugenossenschaft einem Unternehmer gleichzuachten ist. Dieses Bedenken ist an sich nicht neu, sondern schon vor einigen Jahren erörtert. Es ist damals nicht für so wichtig angesehen, daß man

um deswillen von der Wahl des Herrn Tostmann ins
Stadtbanamt absehen wollte. Das Bedenken ist jetzt
aber dadurch verstärkt, daß bekannt geworden ist,
daß die Baugenossenschaft sich nicht beschränkt auf
Bauten für ihre Mitglieder, sondern in einigen weni-
gen Fällen ~~auch~~ ^{mitgeteilt} für Personen, die nicht Mitglieder
der Baugenossenschaft sind, ~~gebaut hat~~, und in die-
sen Fällen ist die Eigenschaft des Vertreters der
Baugenossenschaft als Unternehmer stärker, als wenn
es sich nur um die ~~Vertretung~~ ^{habe} der Genossenschaft ^{Gesellschaft} han-
delt. Ich persönlich als Vorsitzender des Stadtbau-
amts Herrn Tostmann sehr gern im Stadtbanamte gesehen,
und es liegt mir fern, gegen seine Persönlichkeit
etwas sagen zu wollen; aber der Rat sieht sich doch
genötigt, darauf hinzuweisen, daß bei Einsprachen,
Beschwerden oder Klagen vor Gericht die Zugehörig-
keit des Herrn Tostmann zum Stadtbanamt als Grund für
die Nichtigkeit der Beschlüsse des Amtes angeführt
werden

werden könnte, indem gesagt wird, daß das Stadtbauamt nicht ordnungsmäßig zusammengesetzt sei, und das unter Umständen das Gericht diesen Grund als zutreffend anerkennen könnte. Dem möchte man sich doch nicht aussetzen. Ich muß es Ihnen überlassen, ob Sie an der Wahl des Herrn Toatmann dennoch festhalten festhalten oder einen anderen Herrn ins Stadtbauamt entsenden wollen.

Stadt v. R a s c h e : Auch ich habe auf dasselbe aufmerksam machen wollen, was Herr Bürgermeister Meyer vorgetragen hat. Es ist von verschiedenen Seiten an mich die Anfrage gestellt, ob ich nicht geneigt sei, ins Stadtbauamt einzutreten. Ich habe darauf erwidern müssen, daß ich das ablehnen müsse, da es sich nicht gehöre, daß ich dasselbe, was ich ausführen will, im Stadtbauamt mit genehmige. Ganz dasselbe trifft auch für Herrn Tostmann zu; er beurteilt in der Städtischen Baupolizei seine eigenen Sachen, und das halte ich nicht für zulässig.

V o r s i t z e n d e r : Herr Stegmann, wür-
den Sie nicht, um die Sache zu vereinfachen, einen
anderen Vorschlag machen. Ich glaube, die vorge-
brachten Gründe müssen als maßgebend anerkannt
werden.

Stadt. L e h n e r t : Was Herr Rasche eben gesagt hat, trifft wohl nicht zu, denn erstens vertreiben wir keine Baumaterialien, sondern kaufen sie wie jeder andere Baubeflissene, und dann steht Herr Tostmann im Range eines Angestellten der Braunschweigischen Baugenossenschaft, steht also genau so in Lohn und Brot, wie die meisten der anwesenden Damen und Herren, soweit sie eine ^göberbliche Tätigkeit ausüben. Ich wüßte nicht, weshalb die Bedenken, die vom Räte geltend gemacht sind, von ausschlaggebender Bedeutung sein sollten. Sie alle kennen Herrn Tostmann in der Weise, daß er sich nicht von irgend einer Seite beeinflussen läßt und stets objektiv urteilt. Ich möchte deshalb bitten, Herrn Tostmann ruhig zu wählen. Wenn der Herr Bürgermeister noch angeführt hat, daß von der Baugenossenschaft noch andere als eigene Arbeiten ausgeführt werden, so kann ich erklären, daß das schon geändert wäre in der letzten Generalversammlung, wenn sie

sie nicht an die Bestimmung der Satzung gebunden
wäre, daß ein Drittel der Genossen anwesend sein
müssen. In der Versammlung am nächsten Montag wird
das bestimmt geändert werden.

V o r s i t z e n d e r : Herr Stegmann hat die Kandidatur des Herrn Tostmann vorgeschlagen. Halten Sie sie aufrecht.² (Wird vom Stadtverordneten Stegmann bejaht.) Es wird beantragt, diese Kandidatur zu streichen. Wer dafür ist, daß sie gestrichen wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 18 dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. - Das ist die Minderheit.

Stadtv. L e h n e r t schlägt Herrn Stegmann als Mitglied des Stadtbaamts vor.

Stadt v. S t e g m a n n : Ich bin mit dem Vorschlage des Herrn Lehnert einverstanden, möchte nun aber nach Rücksprache mit meinen Parteigenossen bitten, nochmals auf Ziffer 17 zurückkommen zu dürfen. Ich bin als Mitglied der Marstalldeputation gewählt und bitte, dafür Herrn Iosmann zu wählen.

Die Versammlung genehmigt darauf stillschweigend
Besetzung des Stadtbauamts (Mitglieder: Nessenius,
Stegmann, Louis Eicke - Stellvertreter: Frede, Herbst,
Heinrich Rieke).

V o r s i t z e n d e r : Es unterliegt wohl
keinem Bedenken, daß wir auf Ziffer 17 zurückgehen.
Es handelt sich um einen Vorschlag, der in Zusammen-
hang mit der hier zu erfolgenden Regelung steht.
Es war für die Marstalldeputation beschlossen, die
Herren Jahns, Stukenberg, Stegmann und Schmidt zu
wählen. Herr Stegmann hat gebeten, ihn von dem Amt
zu entbinden und dafür Herrn Tostmann zu nehmen.
Es ist wohl niemand gegen diese Änderung. (Ohne Wi-
derspruch.)

Nun hat Herr Stadtbaurat G e b e n e l e b e n
gebeten, auch die Verhandlung über Ziffer 20 nochmals
aufzugreifen. Es wird dazu eine Erklärung abgeben,
warum es sich doch empfiehlt, eine gewisse Vorsorge
für

für die Ortsbauplan-Revision zu treffen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich habe
mich vorhin geirrt, indem ich glaubte, daß es sich
um eine Deputation für die alte Ortsbauplan-Revi-
sion handelt, für die Herr Baurat G ö c k e einen Ent-
wurf ausgearbeitet hat. Diese Deputation hat sich
aber allmählich zur ^{allgemeinen} ~~normalen~~ Ortsbauplan-Deputation
kristallisiert, und als solche möchte ich sie bei-
behalten sehen.

V o r s i t z e n d e r : Dann heben wir sie aus der Versenkung wieder hervor. Es waren vorgeschlagen die Herren Rasche, Hessenius, Eiffner, sodann Herr Tostmann, weiter Herr Marth, und als Nichtstadtvorordneter Herr Bartels.

Ist gegen die Niederbelegung und gegen diese Besetzung etwas einzuwenden? - Das ist nicht der Fall. Die Deputation besteht also wieder zu Recht in der genannten Besetzung.

24. Schlachthaus.

Den Vorschlägen von den drei Seiten :
Stadtv. Dr. Schultze, Schmidt, Jahns -
Stadtv. Maas - Bunge, Esohenburgstraße 2
stimmt die Versammlung stillschweigend zu.

25. Schwimmbadbau.

V o r s i t z e n d e r : Ist diese Deputation noch notwendig? Der Bau ist ja in Angriff genommen und hoffentlich bald fertig. Die Deputation war damals
gegründet,

gegründet, um in anderen Städten Bäder zu besichtigen
und Vorschläge für einen hiesigen Bau zu machen.

Bürgermeister M e y e r : Nachdem die Stadtverordneten in der letzten Sitzung zu dem Projekt der Umarbeitung des von der Stadt erworbenen Residenzbades Stellung genommen und den Entwurf genehmigt haben, ist für diese Deputation ein Arbeitsfeld nicht mehr vorhanden. Ich glaube, es würde genügen, wenn Sie in Zweifelsfällen die sog. Baddeputation, die zur Verwaltung der Bäder eingesetzt ist, hören. ~~Da es sich nicht mehr um ein~~ Befinden über ein neues Projekt handelt, für das die Deputation für den Schwimmbadbau eingesetzt ist, so kann auf Einsetzung einer solchen Deputation jetzt verzichtet werden und ihr evtl. noch zufallende Arbeiten der bestehenden Baddeputation mit ~~übertragen werden.~~

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich halte es für wünschenswert, daß die Mitwirkung der Stadtverordneten, wenn das neue Schwimmbad in Betrieb gesetzt wird, nicht ausgeschaltet wird, und das wird auch Herr Bürgermeister Meyer nicht wollen. Die andere Deputation hat bisher den Namen „Volksbrausebäder“. Ob das Schwimmbad unter diese Bezeichnung fällt, scheint mir doch zweifelhaft.

V o r s i t z e n d e r : Unter Nr. 29
werden wir zu der gedachten Deputation kommen,
die für „Volks- und Flußbäder“ bestimmt ist.

Bürgermeister M e y e r : Auch ich wollte darauf hinweisen, daß die Deputation nicht für „Volks- und Brausebäder“, sondern für „Volks- und Flußbäder“ eingesetzt ist. Es ist begreiflich, daß für die Schwimmhalle die Deputation noch nicht ~~bezeichnet~~ ^{angegeben} war, denn ~~eine solche~~ ^{mit} ~~hatten wir noch~~ ^{nicht} nicht.

Im übrigen ~~willte~~ ^{mit} ich bemerken, daß tatsächlich die Entwürfe für den Umbau des Residenzbades dieser Baddeputation vorgelegen haben. Es ist damals diese Deputation vom Rate als zuständig angesehen worden.

V o r s i t z e n d e r : Nachdem vom Rat erklärt ist, daß für eine Deputation für Schwimmbadbau kein besonderes Betätigungsgeld vorhanden ist, können wir, wie ich glaube, auf eine solche Deputation verzichten. Es ist selbstverständlich - wie schon Herr Dr. Jasper sagte - daß bei den ferneren Umänderungsbauten im Residenzbade die Ansicht der Stadtverordneten gehört wird; es wird diese Arbeit nunmehr unter Umgehung einer Zwischeninstanz direkt gehen. Die Deputation für Schwimmbadbau können wir wohl streichen?

(Ohne Widerspruch.)

26. Spielplatzdeputation.

Den Vorschlägen von bürgerlicher Seite (Stadtv. Dr. S c h u l t z e und S t u k e n - b e r g) und von sozialdemokratischer Seite (Stadtv. G r ä f) stimmt die Versammlung stillschweigend zu.

27. Deputation zur Beratung von Angelegen-
heiten der vereinigten Versammlung des
Rates und der Stadtverordneten.

V o r s i t z e n d e r : Die Sache ist sehr einfach. Die Deputation besteht aus den Mitgliedern des Rechtsausschusses. Es ist darüber nichts zu beschließen.

28. Verkehrsdeputation.

Den Vorschlägen von den drei Seiten :
Stadtv. R a s c h e , D r e w s , B u r g d o r f ,
S t u k e n b e r g , F r ä u l e i n W o l t e r s
- S t e i n e r t , D i e t e r m a n n -
Dr. J a s p e r
stimmt die Versammlung stillschweigend zu.

29. Volks- und Flußbäder.

Auch hier stimmt die Versammlung den Vorschlägen:
Stadtv. Dr. S c h u l t z e, S a u e r b i e r
- S t e i n e r t - S c h m e r b a c h
und als Nichtstadtverordneter Sanitätsrat Dr.
H e n k i n g

stillschweigend zu.

30. Wehrausschuß.

V o r s i t z e n d e r : Ich frage den Rat,
ob der Wehrausschuß sich noch zu betätigen hat.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich lege vorläufig keinen Wert darauf, daß der Wehrausschuß nochmals gewählt wird. Falls die Notwendigkeit eintreten sollte, daß ein solcher besteht, dann könnte darüber immer noch Bestimmung getroffen werden.

31. Wohlfahrtsamt.

V o r s i t z e n d e r : Als Mitglieder des Wohlfahrtsamts werden von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagen:

Die Stadtverordneten Frau G ö t z e , Fräulein W o l t e r s , Dr. S c h u l t z e . Außerdem käme als Nichtstadtverordneter noch Herr Pastor K a u s c h e hinzu.

Von der Gruppe der unabhängigen Sozialdemokraten werden vorgeschlagen die Stadtverordneten Frau G r a f und R e g e n e r ,

von der Gruppe der Sozialdemokraten :
Herr R e c t e r , Grabenstr. 2

als Stellvertreter kommen von den drei Seiten zum Vorschlag: Die Stadtv. S t u k e n b e r g , J a h n s , Frau G e l b k e -

Stein

Steinert, Pieper -

Ludwig Schlösser, Beckenwerperstraße.

Am 1. / 2. August 1941 in der ersten Stadtsitzung

des Rates der Stadt Braunschweig

ist beschlossen worden, dass

die Stadt Braunschweig

den Antrag des Herrn Schlösser

zur Errichtung einer

Stadtrat von Frankenberg:

Die geehrte Versammlung hat auf unsern Vorschlag
vor 1 1/2 Jahren beschlossen, unseren Stadtarzt
Herrn Geh.Sanitätsrat Dr. von Holwede
als ordentliches stimmführendes Mitglied und
als seinen Stellvertreter Herrn Sanitätsrat
Dr. Robert Müller zu wählen. Ich bitte,
diesen Beschluß zu wiederholen.

Die Versammlung stimmt stillschweigend den gemachten Vorschlägen (einschließlich der vom Rat vorgebrachten) zu.

32. Wohnungsdeputation.

V o r s i t z e n d e r : Zu der Wohnungsdeputation gehören nach dem Statute 2 Ratsmitglieder, 4 Vermieter und 4 Mieter. Vorgeschlagen werden außer meiner Person die Stadtverordneten H e r b s t, R a s c h e und Maschinenfabrikant O p p e r m a n n als Vermieter und als Mieter hatten ~~wir~~ wir Herrn N e s s e n i u s oder N ö l l in Aussicht genommen. Weiter kämen als Mieter zum Vorschlage die Herren Stadtverordneten L e h n e r t, T o s t m a n n und Dr. J a s p e r. Erhebt sich gegen diese Besetzung Widerspruch ?

Stadtv. Dr. J a s p e r : In unserer Vorbesprechung hat dieser Punkt allerdings zu Weiterungen Anlaß gegeben, weil von einer Seite der Standpunkt vertreten wurde, daß nur die bürgerliche Seite Hausbesitzer stellen könnte. Wir haben dem entgegengehalten, daß wir unter solchen Umständen ebenso einseitig die Mieter für uns verlangen könnten. Dann haben wir uns verständigt dahin, daß wir sagten, ein Vorschlag von bürgerlicher Seite solle für die Mieter abgegeben werden. Nachdem die Unterverteilung zwischen den beiden sozialdemokratischen Richtungen im Verhältnis von 2 : 1 gemacht ist, die ihrem Stärkeverhältnis in der Stadtverordnetenversammlung entspricht, wird die Hausbesitzerliste nicht mehr beanstandet, wenn als Mieter Herr Nöll gesetzt wird und für unsere Gruppe Herr Marth.

V o r s i t z e n d e r : Das habe ich auch vorgeschlagen. Es handelt sich also um die Vermieter H e r b s t, F r e d e, R a s c h e, O p p e r m a n n und um die Mieter N ö l l, L e h n e r t, T o s t m a n n, M a r t h. Damit ist doch die Versammlung einverstanden.²

(Ohne Widerspruch.)

33. Lichtwerkübernahme.

V o r s i t z e n d e r : Ich bitte den Rat um eine Äußerung, ob diese Deputation noch nötig ist.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n :

Diese Deputation ist nicht mehr nötig, denn die
Übernahme hat stattgefunden, soweit sie überhaupt
stattfinden soll.

34. Stiftungskassenkollegium.

Der hierfür vorgeschlagene Stadtverordnete
J a h n s gilt als gewählt.

35. Kassenprüfer.

Stadtv. J a h n s wird vorgeschlagen.
Ohne Widerspruch.

36. Drogisten-Akademie.

Dr. K a h l e r t wird vorgeschlagen.
Ohne Widerspruch.

Zu 14. Stiftung Kindersegen (siehe Seite 65.)

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Der Vorstand der Stiftung Kindersegen besteht aus 5 Personen und die Stadtverordneten wählen davon 3. Herr Sander hat dem Vorstand angehört, aber er war nicht von der Stadtverordnetenversammlung gewählt, sondern vom Rat, denn der Rat hat zwei Personen in den Vorstand zu entsenden, darunter einen von den städtischen Beamten. Von den Stadtverordneten ist unter den ~~Freien~~ ein städtischer Arbeiter zu wählen. Bisher war dies der Arbeiter Wittneben. Außerdem waren von den Stadtverordneten die Herren Pastor Schomburg und Lehrer Salomon gewählt. Wenn ich mir zu der Wahl eine Bemerkung gestatten darf, so ist es die folgende: Ich habe die Erfahrung gemacht, daß es wünschenswert ist, wenn ihre Vertreter nicht aus einer bestimmten Kategorie genommen werden, die für sich allein dasteht. Um das deutlich zu machen, möchte ich folgenden Fall

er=

erwähnen: Ein städtischer Arbeiter aus dem Betriebswerk^{zuerst} bat mich dringend um Hilfe für einen Arbeiter des Gaswerks, in dessen Familie große Not herrschte, weil eine große Zahl von Kindern vorhanden war. Ich fragte: „Warum stellen Sie keinen Antrag bei dem Vorstande der Stiftung Kindersegen, da können Sie für die Familie 300 M auf einmal bekommen.“ Es wurde mir die Antwort: „Die Leute wissen von dieser Einrichtung überhaupt gar nichts.“ Deshalb würde es richtig sein, daß Sie jemand nehmen, der das Ganze mehr im Auge hat, und das wäre meiner Ansicht nach der Vertreter des Ausschusses, der für die sämtlichen ^{unverletzt bleiben} ~~Kriegsschäden~~ gebildet ist, der Maschinist Müller. - Schließlich bemerke ich, daß es wünschenswert ist, daß die Wahl heute erfolgt.

V o r s i t z e n d e r : Wir greifen zurück auf Ziffer 14 Kindersegen. Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters wird von der Versammlung der Maschinist Müller wohl ohne weiteres angenommen. Es würden dann noch zwei Personen zu wählen sein. Vorgeschlagen war Frau Götze und der schon im Vorstande der Stiftung sitzende Herr Pastor Schomburg. Von den Unabhängigen war noch Frau Böhm vorgeschlagen. Ich bitte um Aufklärung, welche Vorschläge aufrecht erhalten werden.

Stadtv. Frau G ö t z e : Wenn durch meine
Person Schwierigkeiten entstehen würden, ver-
zichte ich auf die Wahl.

Stadtv. S t e g m a n n : Wenn Frau Götze
verzichtet, bitte ich die Kandidatur von Frau
Böhm bestehen zu lassen. Außerdem bin ich für
den Maschinisten Müller.

V o r s i t z e n d e r : Ich nehme nicht an, daß die Kandidatur von Frau Götze zurückgezogen ist. (Zuruf Götze: Lassen Sie doch abstimmen !) Das brauchen wir nicht. Die Versammlung ist wohl einverstanden mit der Besetzung: Götze, Maschinist Müller, Frau Böhm.
(Ohne Widerspruch.)

Ausschuß für das Landestheater.

V o r s i t z e n d e r : Wir waren in der Vorbesprechung der Meinung, daß die Besetzung dieses Ausschusses ~~in der jetzigen Zeit~~ wohl angezeigt erscheint. Hat der Rat Bedenken dagegen? (Oberbürgermeister Retemeyer verneint.) Ist es möglich, diesen Ausschuß mit 5, statt wie bisher mit 4 Mitgliedern zu besetzen ? (Zuruf Dr. Jasper: Nein, es handelt sich dabei um eine Vereinbarung

mit

mit dem Lande.) Es waren in der Vorbesprechung vorgeschlagen Frau Götze, Herr Herbst und meine Wenigkeit. Von jener Seite sollte noch eine Person vorgeschlagen werden. (Zuruf Stegmann: Herr Lehnert.)

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich halte dieses Verlangen von der bürgerlichen Seite, die Verteilung der Plätze im Verhältnis von 3 : 1 vorzunehmen für unangemessen. Ich möchte vorschlagen, die Verteilung wie 2 : 2 vorzunehmen.

V o r s i t z e n d e r : Ich verzichte
gern; dann ist die Sache schon gemacht. Es müßte
dann nur noch eine Person von der anderen Seite
vorgeschlagen werden. (Zuruf Dr. Jasper :
Herr Bunge.)

Stadtv. Frau G ö t z e : Die Person des Herrn Bunge in Ehren, aber es ist doch eigentlich vorbehalten, diese 4 Mitglieder des Ausschusses aus den Stadtverordneten zu nehmen, um den Zusammenhang zwischen den letzteren, dem Theater und der Landesversammlung zu gewährleisten.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich erkenne die Ausführungen von Frau Götze als berechtigt an. Herr Bunge war als Mitglied unserer Partei vorgeschlagen, weil wir Wert darauf legten, das Verhältnis zu wahren. Ich ziehe den Vorschlag zurück und schlage Herrn Marth vor.

Stadtv. M u n t e : Nachdem die Sache wieder aufgerufen ist, möchte ich bitten, daß die alte Besetzung nach Gruppen, wie sie gewesen ist, in diesem Ausschuß aufrecht erhalten wird. Sie wissen, daß von den Demokraten Herr Einert in dem Theaterausschuß gewesen ist. Ich möchte Herrn Herbst bitten, zurückzutreten, um Herrn Dr. Röpke dafür eintreten zu lassen.

V o r s i t z e n d e r : Herr Herbst,
wollen Sie zurücktreten, sonst muß ich abstimmen
lassen. Vorläufig stehen Sie auf der Liste und
es erscheinen dann 5 Mitglieder. (Zuruf Herbst:
Ich trete zurück.)

Es gehören demnach in den Theaterausschuß
künftig Frau Götze und die Herren Dr. Röpke,
Marth und Lehnert.

Mitglieder des Aufsichtsrats des
Elektrizitätswerks.

V o r s i t z e n d e r : Wir haben in der
Vorbesprechung auch diese Sache beraten. Die
Meinung ging dahin, daß auch die Mitglieder des
Aufsichtsrats des Elektrizitätswerks aus der
früheren Stadtverordnetenversammlung, die jetzt
nicht mehr der Stadtverordnetenversammlung ange-

hören

hören, bis zur nächsten Generalversammlung des Elektrizitätswerks Mitglieder des Aufsichtsrats bleiben. Irren wir uns darin? Ist es möglich, daß wir jetzt eine andere Wahl treffen, oder ist das sogar wünschenswert? Ich bitte den Rat, sich darüber zu äußern.

Es handelt sich um folgendes: Die Stadt hat die Mehrzahl der Aktien des Elektrizitätswerks übernommen und hat das Recht, Vertreter in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu entsenden. Unter den Vertretern muß eine gewisse Zahl Stadtverordneter sein; Herr Stadtbaurat äußert sich wohl darüber, wer dazu gehört - ich weiß die hier in Frage kommenden Namen nicht aus dem Kopfe.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n :

Bis zur letzten Generalversammlung gehört^{er} dem genannten Aufsichtsrat an: die Herren Stadtverordneten Marth, Munte, Schmidt und Warendorf. Von diesen Aufsichtsratsmitgliedern schied turnusgemäß mit dem Ablauf des Geschäftsjahres Herr Schmidt aus, und deshalb wurde vor einigen Wochen an die Versammlung die Frage gerichtet, ob es ihr angebracht erscheine, daß von der Generalversammlung Herr Schmidt wiedergewählt würde. Die Versammlung äußerte sich dahin, daß dies nicht wünschenswert sei, weil er nicht auf der Kandidatenliste für die nächste Stadtverordnetenwahl stand, sondern sie wünschte, daß von den städtischen Vertretern Herr Lehnert in der Generalversammlung als Aufsichtsratsmitglied in Vorschlag gebracht würde. Diesem Wunsche ist entsprochen und Herr Lehnert in der letzten Generalversammlung

ge=

gewählt. Ich nehme an, daß gegen die Zugehörigkeit des Herrn Marth und des Herrn Munte zum Aufsichtsrat nichts einzuwenden ist, sondern ~~es~~ daß es sich lediglich um die Besetzung der einen Stelle durch Herrn Warendorf handelt. Sein Mandat ist noch nicht abgelaufen, sondern kommt erst mit dem Ende des laufenden Geschäftsjahres zum Ablauf, sodaß also frühestens in der nächsten Generalversammlung ein anderer Herr an seine Stelle gewählt werden könnte. Heute läßt sich hier nichts machen, denn die Wahl findet immer in der Generalversammlung der Gesellschaft statt. Die letzte dieser Versammlungen ist erst vor einigen Wochen abgehalten und die nächste wird erst in ungefähr einem Jahr stattfinden. Herr Warendorf würde also bis dahin noch dem Aufsichtsrat angehören müssen, wenn man nicht zum Zwecke einer Ersatzwahl für ihn eine besondere Generalversammlung anberaumen würde, was aber mit vielen Umständen

und

und Kosten verknüpft sein würde. Ich glaube, es bleibt nichts anderes übrig, als daß Sie Ihrerseits den Wunsch äußern, daß sobald es möglich ist, anstelle des Herrn Warendorf ein anderer Herr gewählt wird. Heute eine Bestimmung über die Person zu treffen, ist nicht nötig. Bevor Herr Warendorf ausscheidet, würden wir gutachtlich die Stadtverordnetenversammlung hören, wen sie anstelle des Ausscheidenden gewählt wissen ~~willen~~. Bis zu einer Neuwahl in der Generalversammlung der Gesellschaft läuft das Mandat des Gewählten automatisch weiter.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Die Auskunft des Herrn Stadtbaurat befriedigt insofern sehr wenig, als wir gewiß alle den Zustand nicht als angemessen empfinden, daß die städtischen Interessen an einer derartig wichtigen Stelle von einem Herrn mit wahrgenommen werden sollen, der außerhalb des Stadtverordnetenkollegiums steht. Deshalb haben wir uns ja auch in einer früheren Sitzung dahin schlüssig gemacht, für Herrn Schmidt, der nicht wieder als Anwärter für das Amt eines Stadtverordneten auftrat, einen anderen Herrn seiner Richtung in Vorschlag zu bringen. Ich bedaure, daß nicht dieselbe Handlungsweise auf der anderen Seite des Hauses geübt worden ist. Nun meint Herr Stadtbaurat Gebensleben ganz ruhig : Wir müssen eben den Herrn solange in seinem Amt lassen, bis er einmal ausscheidet oder dazu eine Gelegenheit ist. Ich bin damit nicht ganz einverstanden.

Können

Können wir nicht irgendwie wenn auch nur ein sittliches Druckmittel ausüben, daß ein Herr, der nur als Stadtverordneter gewählt ist, sein Amt niederlegt, wenn diese Voraussetzung nicht mehr zutrifft. Ich halte das für durchaus erwünscht und der Entstehungsgeschichte dieser Vertretung entsprechend. Ich habe nur das Bedenken, ob nicht, wenn Herr Warendorf niederlegen würde, das Verhältnis der Stimmen im Aufsichtsrate zu unseren Ungunsten beeinträchtigt würde. Darüber wollten wir Aufklärung haben, um nicht durch unsere Stellungnahme noch größeren Schaden anzurichten.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n :

An diese Komplikation hat damals, als es sich um die Revision des Statuts der Straßeneisenbahngesellschaft gehandelt hat, niemand gedacht.

Zwischen den Herren Schmidt und Warendorf ist in dieser Sache der große Unterschied, daß das Mandat des Herrn Schmidt mit dem Geschäftsjahr ablief und es sich sowieso um eine Wiederwahl oder Neuwahl handelte, während das Mandat des Herrn Warendorf nicht abgelaufen war, also nicht von selbst erloschen war. Wenn Sie heute veranlassen, daß Herr Warendorf sein Mandat nicht weiter ausübt, so würden wir damit einen Sitz im Aufsichtsrat verlieren und nicht mehr die absolute Mehrheit im Aufsichtsrat haben, was außerordentlich bedenklich sein würde. Um diese Lücke auszufüllen, müßte eine besondere Generalversammlung einberufen werden, was mit Kosten

und

und Umständen verknüpft ist. Ich glaube, es läßt sich kaum etwas anderes machen, als zu warten, bis eine neue Generalversammlung einberufen wird. Allerdings kann die Versammlung auch anders beschließen.

Stadtv. M u n t e : Diese Komplikationen sind entstanden durch die Verlängerung der Legislaturperiode um 2 Monate, die uns der Landtag beschert hat. (Zuruf: Nein, diesmal ist der Landtag nicht schuld.) Verehrter Herr Doktor, lassen Sie mich bitte erst aussprechen. Wenn bis zum 31. März die Stadtverordneten gewählt worden wären, dann wäre Herr Warendorf, da er nicht mehr Stadtverordneter war, auch in der Generalversammlung der Gesellschaft nicht wiedergewählt worden. (Zuruf Jasper: Herr Warendorf ist ursprünglich gewählt, schon vor einem Jahr.) Aber die Generalversammlung der Aktionäre hätte zu entscheiden gehabt, ob er weiter amtieren soll oder nicht. Die Gesellschaft hat uns gegenüber nur die Verpflichtung übernommen, ihren Einfluß in der Generalversammlung für die Wahl der von uns vorgeschlagenen Aufsichtsratsmitglieder einzusetzen.

Als

Als die Liste der zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder aufgestellt wurde, war uns nicht bekannt, daß Herr Warendorf nicht wiedergewählt würde, denn die Generalversammlung fand zu Anfang Mai statt und die Stadtverordnetenwahl erst am 29. Mai. Zu Anfang Mai waren die bürgerlichen Listen noch gar nicht fertig, es war also damals noch nicht zu übersehen, ob Herr Warendorf wieder als Kandidat für die Stadtverordnetenwahlen aufgestellt würde. In Zukunft kann das nicht wieder vorkommen, wenn die Stadtverordnetenwahlen rechtzeitig stattfinden. Nun handelt es sich darum, ob ein moralischer Druck auf Herrn Warendorf ausgeübt werden soll. Ich muß sagen : Wenn ich nicht wieder als Stadtverordneter in diesen Saal eingezogen wäre, dann hätte ich mein Mandat als Aufsichtsratsmitglied der Versammlung zur Verfügung gestellt, und ich glaube, das wird Herr Warendorf

auch

auch tun, wenn ihm die Sache vorgestellt wird. Was das Übergewicht der städtischen Stimmen anlangt, so werden 7 städtische Vertreter in den Aufsichtsrat geschickt, während 6 andere Vertreter vorhanden sind. Fehlt der eine städtische Vertreter, so werden wir dort Stimmengleichheit bekommen. Dazu ist der Herr Oberbürgermeister Vorsitzender des Aufsichtsrates. Daß also irgend welche Bedenken daraus hervorgingen, wenn Herr ~~Warendorf~~ sein Amt niederlegte, kann ich mir nicht denken. Die anderen Herren des Aufsichtsrats sind bisher immer auf vernünftige Vorschläge von unseren Seiten eingegangen, und die übrigen städtischen Vertreter würden nicht zulassen, daß etwas beschlossen würde, was gegen das Interesse der Stadt ginge. Es läßt sich nicht machen, daß wir vor dem nächsten 6. Mai einen anderen städtischen Vertreter in den Aufsichtsrat bekommen,

wenn

wenn wir nicht der Gesellschaft die großen Kosten einer Generalversammlung aufhalsen wollen. Sollte aus einem andern Grunde sowieso eine Generalversammlung stattfinden, so möchte ich den Rat bitten, auf dem Quivive zu sein, sonst aber glaube ich, daß es unbedenklich ist, wenn wir an diesem Zustande augenblicklich nichts ändern.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich kann dieser Ansicht nicht beipflichten, sondern bin der Ansicht, daß das Recht, welches die Stadt im Aufsichtsrat der Gesellschaft hat, ein so wichtiges ist, daß wir nicht damit einverstanden sein können, wenn das Stimmenverhältnis dort zeitweilig verschoben wird. Ich gebe ohne weiteres zu, daß bisher im Aufsichtsrat nur wenige Beschlüsse gefaßt sind, bei denen nicht Einstimmigkeit vorhanden war. Ich gebe auch zu, daß von den Aufsichtsratsmitgliedern, die nicht wir entsenden, in der Regel der eine oder andere fehlt, sodaß eine Majorisierung der städtischen Vertreter nicht so leicht eintreten ^{Raum} wird. Dennoch meine ich : Wir sollten nicht unser Einverständnis zu erkennen geben, daß zeitweilig die Stadt im Aufsichtsrat nicht die Mehrheit hat. Wenn Herr Munte meinte, daß so etwas in Zukunft nicht wieder

VCR=

vorkommen könnte, so bin ich anderer Ansicht. Wer von der Generalversammlung als Mitglied des Aufsichtsrats gewählt ist, hat kraft dieses Beschlusses das Recht, solange im Aufsichtsrat zu bleiben, bis sein Mandat abgelaufen ist - ich glaube, es sind 6 Jahre. Wenn wir erreichen wollen, was die Herren wünschen, so bleibt nichts anderes übrig, als daß die Vertreter der Stadt in der Generalversammlung dafür eintreten, daß die Satzungen der Gesellschaft dahin geändert werden, daß evtl. auch vor Ablauf des Mandats von der Generalversammlung auf Wunsch der städtischen Behörden neue Vertreter der Stadt in den Aufsichtsrat der Gesellschaft entsandt werden können.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich bedaure, Herrn Munte widersprechen zu müssen und ^{muss} den Landtag, der dieses Unheil angerichtet haben soll, etwas in Schutz ~~zu~~ nehmen. Nicht durch die Verlängerung der Legislaturperiode ist das Unglück eingetreten, sondern sämtliche Herren für den Aufsichtsrat sind ursprünglich in gleicher Weise gewählt, nur ist dabei gesagt, daß ihre Amtszeit verschieden lang ist - es ist, glaube ich, eine 1/3-Erneuerung vorgesehen. Wenn das in der Satzung der Gesellschaft vorgesehen ist, so wird immer eine Disharmonie zwischen der Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder und der der Stadtverordneten vorhanden sein, denn unsere Amtszeit als Stadtverordnete ist nicht 6jährig. Im übrigen ist es auch meine Auffassung, daß die Stadt Wert darauf legen muß, die Mehrheit der Stimmen im Aufsichtsrat der Gesellschaft zu haben und nicht

VON

von Zufälligkeiten abhängig zu werden. Der Weg, den der Herr Oberbürgermeister dafür gezeigt hat, ist an und für sich gangbar. Es ist mir in Erinnerung, daß diese Frage damals, als die Satzungen beraten wurden, bereits erörtert worden ist. Augenblicklich würde ich es nicht für richtig halten, Herrn Warendorf zu veranlassen, sein Amt jetzt niederzulegen, denn ich glaube, daß immerhin die städtischen Interessen ^{so} eher gewahrt werden, indem er sich den städtischen Beschlüssen genau wie früher anpassen wird, als wenn bei seinem Fehlen einfach die Mehrheit für die andere Seite günstiger läge. Ich pflichte also dem Herrn Stadtbaurat bei : ~~Wir~~ können heute nichts in der Angelegenheit tun, müssen aber darauf hinwirken, daß in der nächsten Zeit die Satzung der Gesellschaft in dieser Beziehung geändert wird.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n :

Es schien mir fast so, als ob Herr Dr. Jasper meinte, daß das jetzige Statut schon eine Möglichkeit zu einer Änderung dieser Sachlage gäbe. Wir müssen tatsächlich erst an eine Statutenänderung herangehen, und das läßt sich zweifellos in der von Herrn Oberbürgermeister angeregten Weise machen. Herr Dr. Jasper denkt wohl an etwas anderes. Wir haben im Statut vorgesehen, daß ein Mandat auch gegen den Willen des Mandatars zurückgezogen werden kann durch 3/4-Majorität der Generalversammlung, und in der Hinsicht hat sich unser Gegenkontrahent verpflichtet, so zu stimmen, wie wir stimmen, d sodaß wir mit Hilfe der Lokal- und Straßenbahngesellschaft ein Mandat für erloschen erklären können. Für den auf diese Weise Beseitigten müßte aber in derselben Generalversammlung eine Neuwahl stattfinden. Wir kommen also

nicht

nicht eher aus diesem Dilemma heraus, bis eine neue Generalversammlung stattgefunden hat. Bevor diese stattfindet, wird es zweckmäßig sein, uns über diesen Fall zu unterhalten und Ihre Vorschläge entgegenzunehmen. Darüber hinaus muß aber ins Auge gefaßt werden, eine Statutenänderung vorzunehmen, durch die ein für alle Mal Klarheit geschaffen wird, denn darin gebe ich Herrn Dr. Jasper recht, daß es wünschenswert ist, daß ein Aufsichtsratsmitglied auch aus diesem Amt ausscheidet, wenn es sein Mandat als Stadtverordneter verliert, damit von den Vertretern der Stadt tunlichst so vorgegangen wird, wie es die geehrte Versammlung für notwendig erachtet.

Stadtv. M u n t e : Ich glaube, die
Angelegenheit ist nun genügend geklärt. Wir
können augenblicklich nichts darin tun.
Ich bitte, die Debatte zu schließen.

gelesen
Munte

V o r s i t z e n d e r : Die Sache ist heute damit erledigt.

V o r s i t z e n d e r : Herr Munte hat noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Vertretung der Stadtverordnetenversammlung in der Volkslesehalle neu geordnet werden müßte. Er ist der Meinung, daß der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung dem Vorstände der Volkslesehalle angehören soll . Ich weiß nicht, ob das heute hier geregelt werden muß. Sollte das geschehen, so würde ich die Ehre haben, die Stadtverordnetenversammlung dort zu vertreten, und der stellv. Vorsitzende ist dann selbstverständlich auch als Vertreter der Versammlung anzusehen.

(Ohne Wortmeldungen.)

Schul-

Schulvorstände.

V o r s i t z e n d e r : Zunächst der Schulvorstand der Bürgerschulen, und in dieser Beziehung möchte ich den Rat um eine Erklärung bitten. Ich habe die Bestimmungen über den Schulvorstand der Bürgerschulen in dem Statut nachgelesen und gefunden, daß sie heute in manchen Beziehungen nicht mehr zutreffend sind. ~~Man könnte sagen, daß die Vertretung der Geistlichen wohl erloschen ist, daß aber die Bestimmungen im übrigen Gültigkeit haben.~~ Ferner hat die Knabenmittelschule einen eigenen Vorstand, das Lyzeum und die Mädchen-Mittelschule aber einen gemeinsamen Schulvorstand. Es ließe sich vielleicht die Frage erörtern, ob es nicht naturgemäßer wäre, die beiden Mittelschulen unter einen Schulvorstand zu bringen und das Lyzeum und die Studienanstalt ~~wieder~~ für sich zu behandeln. Beide

Mittel=

Mittelschulen haben doch einen ähnlichen Lehrplan.

Sodann möchte ich noch erwähnen, um eine Erklärung des Rats zu ermöglichen, daß wir in dem alten Verzeichnis den Vorstand der Gewerbe- und Fortbildungsschule aufgeführt haben. Als dieses Verzeichnis aufgestellt wurde, hatten wir noch keine obligatorische Fortbildungsschule. Ich möchte fragen, ob die Schulvorstände nicht besser zu trennen sind. Über die Kunstgewerbeschule haben wir noch kein Statut, aber wir wollen jetzt eine Besetzung für $\frac{1}{2}$ die kommenden zwei Jahre aufstellen und es würde nicht angenehm sein, wenn wir bald wieder Umänderungen treffen müßten.

Ich wende mich zunächst der Besetzung des Vorstands der Bürgerschulen zu. Nach § 12 des Statuts über die Bürgerschulen vom Jahre 1914

ist

Regulierung des Schulz. in Folge

ist die ~~letzte~~ Besetzung vorgenommen. Es heißt darin:

„Der Schulverstand besteht aus 9 Personen, und zwar:

- 1) einem vom Stadtmagistrate zu wählenden Mitgliede dieser Behörde,
- 2) dem Stadtsuperintendenten,
- 3) dem Schulleiter,
- 4) einem von der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten zu wählenden Mitgliede des Stadtkirchenrats,
- 5) vier zu Gemeindeämtern wählbaren Bürgern, die von der Stadtverordnetenversammlung auf die Dauer von je zwei Jahren gewählt werden; einer von ihnen muß Unterleiter und einer angestellter Bürgerschullehrer sein,
- 6) einer von der Stadtverordnetenversammlung auf die Dauer von 2 Jahren zu wählenden weiblichen

Person

Person, bei der die durch die Städteordnung gegebenen Voraussetzungen für die Wahlbarkeit zu Gemeindeämtern sinngemäß Anwendung finden."

Für den Fall, daß Punkt 5 und 6 zu Recht bestehen, hatten wir vorgeschlagen für Herrn Salomon, der damals als Lehrer eingetreten war, Lehrer Hermann Sievers, Maschstraße - dieser ist vom Braunschweiger Lehrerverein benannt, Herr Salomon hat verzichtet. Sodann ist Herr Schulinspektor A. Oppermann uns benannt.

Für Herrn Genzen sollte meine Person gewählt werden und für die Unabhängigen sollte heute ein Vertreter genannt werden.

Als Stellvertreter gelten: Frau Götze und Fräulein Lerche, ein von den ~~A~~ Unabhängigen und ein von der Gruppe Jasper genanntes Mitglied.

Ich bitte zunächst den Rat der Stadt, eine Erklärung darüber abzugeben, ob unsere Voraus-

setzung

setzung zutrifft, daß wir soviel Personen zu wählen haben. Ich glaube, auch durch die neuerliche Anordnung des Landesschulamts ist mindestens eine Unklarheit in diesem oder jedem Punkt gelassen.

Stadtrat S c h a p e r : Der § 12 unseres Statuts über die Bürgerschulen besteht gesetzlich voll zu Recht. Es ist kein Gesetz oder keine Verfügung erlassen, das diesen Paragraphen aufhebt. Wir sind allerdings der Meinung gewesen, daß der Geist des Paragraphen nicht mehr ganz den Anordnungen des Landesschulamts entspricht, und sind daher im vorigen Jahre in Erwägung getreten, ob diese Bestimmungen zu ändern ^{schien} ~~sind~~. Zu einem Abschlusse sind diese Erwägungen aber nicht gekommen, weil neue Fragen auftauchten, z.B. ob ^{die Frau} ~~der~~ Elternbeiräte nicht im Rahmen der Schulverbände mitgeordnet werden sollte. So haben wir die Vorarbeiten für Umänderung dieser Paragraphen liegen lassen. Gesetzlich bestehen ¹ ~~sie~~ ^{er aber} vollständig zu Recht, und ich möchte bitten, die Wahl nach diesen Bestimmungen vorzunehmen.

V o r s i t z e n d e r : Die unter Nr. 5 bezeichneten Personen habe ich schon genannt.

Als die unter Nr. 6 bezeichnete weibliche Person ist vorgesehen, Fräulein von Strombeck, die Vorsitzende des Lehrerinnenvereins, eintreten zu lassen.

Von seiten der Unabhängigen wird Herr Stadtv. Stegmann als Mitglied des Schulvorstandes und Herr Stadtv. Maas als Stellvertreter genannt. Von der Gruppe Jasper wird Herr Racter, Grabenstr. 2 als Vertreter vorgeschlagen.

V o r s i t z e n d e r : Wird gegen diese Besetzung Einspruch erhoben? - Das geschieht nicht. Die Besetzung ist vollzogen.

Knabenmittelschule.

Stadtrat S c h a p e r : Es ist vorläufig noch besser, wenn wir den Vorstand für die Knabenmittelschule einerseits und ~~das Lyzeum~~ und die Mädchenmittelschule andererseits noch getrennt halten. Die Mitgliederzahl ist durch Satzung für die Knabenmittelschule auf 3 und für die Mädchenschulen auf 4 Stadtverordnete festgelegt, nur würde die Zusammensetzung des jedesmaligen Schulvorstandes sich insofern verschieben, als wir beide Schulleiter der Mittelschulen in den betreffenden Schulvorstand hineinbringen müßten. Wir können aber die Frage ins Auge fassen, ob in der Zukunft nicht für \forall die beiden Mittelschulen ein gemeinsamer Schulvorstand gewählt werden soll; heute ist das nicht möglich, weil dazu eine Satzungsänderung notwendig ist. Bezüglich der Verbindung des Schulvorstandes von Lyzeum und Mädchenmittelschule

möchte

möchte ich erwähnen, daß zwar dieselben Personen den Schulvorstand für beide Schularten gebildet haben, daß sie aber ~~in den~~ ^{einzelnen} Fragen für jede Schule gesondert getagt haben. Die Verbindung der beiden Schulvorstände wird herkommen aus jener ~~alter~~ ^(zwischen) Zeit, wo Lyzeum und Mädchenmittelschule noch eine engere Verbindung bestand.

Stadtv. Frau G ö t z e : Die Verbindung des Schulvorstandes für Knaben- und Mädchenmittelschule ist nach meiner Auffassung nicht so wünschenswert als das Bestehenbleiben der Zusammenfassung des Schulvorstandes für Lyzeum und Mädchenmittelschule. Was soll eine Frau in dem Vorstand der Knabenmittelschule ? Dagegen gehört in den Vorstand der Mädchenschulen unbedingt eine Frau.

V o r s i t z e n d e r : Darüber ließe sich bei der heutigen vollkommenen Gleichberechtigung der Geschlechter reden. Die Frauen würden dann auch über die Knaben urteilen können.

Erledigen wir zunächst die Knabenmittelschule. Von seiten der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft werden vorgeschlagen meine Person und Herr Dr. Röpke.

Stadtv. Stegmann schlägt für seine Fraktion Herrn Stadtv. Gräf vor,

Stadtv. Dr. Jasper schlägt statt des Herrn Gräf Herrn Recter, Grabenstr. 2 vor.

Stadtv. L e h n e r t : In den letzt vergangenen Jahren, als die Linke die Majorität hatte, ist sie paritätisch vorgegangen. Wenn Sie von der rechten Seite einigermaßen das beherzigen würden, was der Herr Oberbürgermeister heute zu Eingang der Versammlung gesagt hat, dann würde es auch heute möglich sein, daß ein einheitliches Arbeiten zwischen uns stattfände. Dann dürfen Sie aber nicht den Standpunkt hervortreten lassen, daß Sie sagen : „Wir haben momentan die Macht und gebrauchen sie,“ sonst würde zutreffen, was nach der Morgenzeitung und der Landeszeitung verbreitet worden ist, daß die inneren politischen Kämpfe ununterbrochen fortgesetzt werden sollen. Wir haben hier auf loyaler Grundlage gearbeitet und möchten Sie ersuchen, daß dasselbe in Zukunft auch von Ihnen geschieht, indem das Recht von der einen und anderen Seite geachtet wird.

V o r s i t z e n d e r : Ich möchte bemerken, daß hinreichender Grund zu diesen Ausführungen schwerlich vorliegt. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß in der Vorbesprechung die von mir eben vorgetragenen Vorschläge vollkommen gebilligt sind. Ich muß also annehmen, daß jetzt von den Herren Dr. Jasper und Stegmann Vorschläge gegen die Verabredung gekommen sind. Ich muß ferner darauf aufmerksam machen, daß die Mehrheit von ihrer Überzahl bei der Zusammensetzung der vielen Kommissionen keinen Gebrauch gemacht hat. Ich bitte Herrn Lehnert, einen bestimmten Antrag zu stellen.

Stadtv. L e h n e r t : Ich schlage vor,
daß in diesen Schulvorstand von der rechten Seite,
von der unabhängigen Partei und von der Richtung
Jasper je ein Vertreter gewählt wird.

Stadtv. S t e g m a n n : Ich unterstütze den Antrag Lehnert und möchte darauf aufmerksam machen, daß unsere Fraktion auf dem Standpunkt gestanden hat, wie früher, zwei Vertreter in diesem Schulvorstand zu haben. Nun ist aber in der Vorbesprechung von der Seite des Herrn Dr. Jasper der Wunsch ausgesprochen, auch seine Fraktion bei der Besetzung dieses Schulvorstandes zu berücksichtigen, und deshalb würde uns anheimgegeben, uns zu verständigen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die verschiedenen Parteien ein Recht darauf haben, in sämtlichen Schulvorständen vertreten zu sein, weil das in dieser neuen Zeit nicht nur bezüglich des Bürgerschulwesens sondern auch des höheren Schulwesens von Bedeutung ist. Auch ein anderer Grund liegt für uns noch vor: wir waren bisher mit 2 Vertretern in diesem Schulvorstand und haben ein Anrecht darauf, nicht hinausgeworfen

zu

zu werden. Es ließe sich wohl eine Einigung dahin erzielen, daß die Rechte ein Mandat aufgibt und damit auch die Rechtssozialisten zum Zuge kommen.

Was der Herr Vorsitzende anführte, nämlich daß wir in vielen Kommissionen verhältnismäßig stark vertreten seien, so habe ich darauf zu erwidern: Auf den ersten Blick sieht es so aus, als hätten wir gegenüber den anderen Parteien einen Vorsprung. In Wirklichkeit aber würden uns nach einem oberflächlichen Zusammenzählen sämtliche Sitze und einer Verteilung nach der Stärke der Gruppen 62 Sitze in den verschiedensten Kommissionen zustehen, während wir nur 50 Sitze erhalten. Es ist durchaus kein unbescheidenes Verlangen, wenn wir hier berücksichtigt werden wollen, damit wir nicht hinter einer wesentlich minder starken Fraktion zurückgesetzt werden.

Stadtv. H e r b s t : Ich bitte, die
Sitzung auf eine kurze Zeit auszusetzen, damit
wir uns über die Besetzung dieses Schulvorstandes
besprechen können.

Für den Antrag auf Unterbrechung der Sitzung stimmen 12 Stadtverordnete, dagegen 9. Der Vorsitzende verkündet, daß die Sitzung auf 10 Minuten unterbrochen ist. -

Nach Verlauf dieser Zeit eröffnet der Vorsitzende die Sitzung wieder.

Stadtv. H e r b s t : Meine Damen und Herren!
Die Ausführungen des Herrn Lehnert stimmen in einem Punkt nicht. Die vorige Besetzung des Schulvorstandes für die Knabenmittelschule ist so gewesen, daß damals die Herren Richter und Genzen von der unabhängigen Partei und Herr Salomon von bürgerlicher Seite gewählt worden ist. Wir sehen nicht ein, warum wir in diesem Falle entgegenkommen sollen, so gern wir es in anderen Fällen tun würden. Bei der Wichtigkeit der Sache, die auch von Ihnen betont wird, müssen wir darauf bestehen, daß unsere Vorschläge aufrecht erhalten bleiben.

Stadtv. L e h n e r t : Meine Fraktion hat keine andere Stellung eingenommen, als aus meinen letzten Ausführungen hervorgeht, wir halten an unserem Beschlusse fest, der darauf hinausgeht, daß auch die kleineren Fraktionen in den Schulvorständen vertreten sein müssen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Wenn das der Wille des Herrn Lehnert ^{ist}, so ist die vorhandene Tatsache das entgegengesetzte. In der Vorbesprechung war die sozialdemokratische Fraktion ⁱⁿ als Einheit behandelt, und es sollte uns die Unterverteilung bleiben. Eine rein mathematische Teilung in den Ausschüssen für alle Parteien ist nicht möglich, es muß deshalb ein Ausgleich eintreten je nach der Wichtigkeit des Ausschusses und den Wünschen der Gruppen. Die Gegenseite hat erklärt, sie beanspruche allein, diesen Posten zu besetzen, demgegenüber können wir nur darauf bestehen, daß ~~wir~~ in dem Ausschuß, auf den wir Wert legen, ~~auch~~ nach unserer Zahl Einfluß behalten. Nachdem wir bei den Bürgerschulen zurückgetreten sind, haben wir für die Mittelschule und die Gewerbeschule besonderes Interesse.

Stadtv. L e h n e r t : Nicht auf die Haltung meiner Fraktion kommt es in dieser Frage an, sondern auf die der bürgerlichen Seite, von der ich geglaubt habe, daß sie noch einen Sitz zugeben würde, der dann auf die Fraktion des Herrn Dr. Jasper fallen würde. Der Beschluß meiner Fraktion in diesem wichtigen Punkte ist dahin ausgefallen, die Sache so zu handhaben, wie ich gesagt habe.

V o r s i t z e n d e r : Drei dürfen es nur sein, vier sind vorgeschlagen. Wir müssen durch Zettel abstimmen. Zur Klarstellung möchte ich noch sagen : Es sind 3 Namen aufzuschreiben, nicht mehr. Vorgeschlagen sind : Frede, Röpke, Gräf, Recter. (Zuruf Testmann: Es können auch weniger Namen auf dem Zettel stehen.) ~~Nach~~ schreiben Sie doch ~~die~~ drei auf !

Stadtv. Dr. J a s p e r : Die Erklärung des Herrn Vorsitzenden, wenn es auch nur auf einen Zwischenruf hin war, dürfte nicht ganz richtig sein. Ich habe verstanden, daß er sagte, es müßten 3 Namen auf dem Zettel stehen, andere Stimmzettel - auch die, die weniger Namen aufweisen - seien ungültig. Das würde ich nicht für richtig halten. Ich bitte festzustellen, daß nicht mehr als 3 Namen aufgeschrieben werden dürfen, daß aber alle Stimmzettel mit 1, 2 oder 3 Namen gültig sind.

V o r s i t z e n d e r : Das ist richtig; ich sehe aber nicht ein, warum Sie nicht drei Namen schreiben wollen.

Die Herren Stadtv. Herbst und Sievers üben das Amt e der Stimmenzähler aus. Nach ihrer Feststellung sind abgegeben worden : Frede 18, Röpke 18, Rector 21, Gräf 12 Stimmen (ein Zettel ist unbeschrieben.) Die drei ersten sind somit gewählt.

V o r s i t z e n d e r : Wir haben nachher noch eine kurze vereinigte Sitzung zu erwarten, der der Herr Oberbürgermeister präsidieren wird. Wir müssen in dieser Sitzung aus dem Stadtkirchenrat für den Bürgerschulvorstand noch eine Persönlichkeit wählen.

Lyzeum

Lyzeum und Mädchennittelschule.

Es werden vorgeschlagen von bürgerlicher Seite
die Stadtv. Frau Götze, Jahns, Stukenberg, von
Herrn Stegmann Stadtv. Wegner Regener.

Die Vorschläge gelten als stillschweigend
angenommen.

Oberrealschulen.

Von bürgerlicher Seite werden vorgeschlagen
die Stadtv. Herbst, Dr. Schultze, Munte,
von Herrn Stegmann Stadtv. Lehnert.

Die Vorschläge gelten als stillschweigend
angenommen.

Fortbildungsschule und Kunstgewerbeschule.

Stadtrat S c h a p e r : Seitdem die städtische Pflichtfortbildungsschule errichtet ist, hat sie einen besonderen Schulvorstand erhalten, der satzungsgemäß festgelegt und im Jahre 1919 zum ersten Male mit einer Amtsdauer von 3 Jahren gewählt worden ist. Da diese Amtsdauer noch nicht abgelaufen ist, braucht dieser Schulvorstand heute nicht neugewählt zu werden. Die Herren, die auf der alten Liste stehen, sind die Mitglieder des Schulvorstandes der Kunstgewerbeschule gewesen, und die sind neu zu wählen. Der Rat hat schon einen Entwurf für eine Satzung der Kunstgewerbeschule ausgearbeitet, der den Herrschaften demnächst vorgelegt werden wird. In diesem Entwurf ist vorgesehen, daß von den Stadtverordneten 3 Mitglieder zu wählen sind. Wenn also

heute

heute 2 Schulvorstandsmitglieder gewählt ^{worden} und
später die neue Satzung angenommen würde , dann
brauchte hinterher nur noch ein neues Schul-
vorstandsmitglied für die Kunstgewerbeschule
gewählt ~~zu~~ werden.

V o r s i t z e n d e r : Für die
Kunstgewerbeschule hätten wir also 2 Vorstands-
mitglieder zu wählen, wie auch schon bisher.

Stadtv. Fräulein W o l t e r s : Ich möchte auf unsern früheren Antrag zurückkommen, daß der Vorstand der Fortbildungsschule durch zwei Frauen ergänzt wird. Es ist dringend nötig, daß von Seiten der Frauen zwei Arbeitgeber in den Schulvorstand hineinkommen: *eine Frau Fabrikant*
u. eine Frau Schneiderin.

V o r s i t z e n d e r : Ich hatte mir das notiert und würde das auch zum Ausdruck gebracht haben, wenn der Vorstand der Fortbildungsschule heute gewählt worden wäre. Es ist der dringende Wunsch auch der übrigen Herren, mit denen wir konferiert haben, daß der Eintritt von Frauen in diesen Schulvorstand gewährleistet wird.

Stadtrat S c h a p e r : Wir haben in einer der letzten Sitzungen schon darüber gesprochen - Fräulein Welters war in dieser Sitzung wohl nicht anwesend. Den in dem Antrage ausgesprochenen Wunsch zu erfüllen, war im Augenblick nicht möglich, wenn wir nicht eine Satzungsänderung vornehmen, ^{wollten} und das schien nicht ratsam, weil ein neues Gesetz über die Fortbildungsschulen womöglich noch im Laufe dieses Jahres zu erwarten ist. Wenn dann der Schulvorstand neu gewählt werden muß, werden wir den Wünschen von Fräulein Welters Rechnung tragen und dem Schulvorstande der Fortbildungsschule in Rücksicht auf die Mädchenfortbildungsschule - die seinerzeit, als das Statut geschaffen wurde, noch nicht vorhanden war; sie ist erst Ostern v.J. errichtet ^{mehr} - ^{als bisher} Frauen beigeordnet werden.

V o r s i t z e n d e r : Wir haben nun die Wahl zu treffen. In der Vorbesprechung hatten wir vier Personen in Aussicht genommen.

Zurufe: Rasche - Zuruf Stegmann: Sievers -
Zuruf Jasper: Recter.

Bei der vorgenommenen Zettelwahl werden 34 Stimmzettel abgegeben, 20 lauten auf den Namen Rasche, 10 auf den Namen Recter, 15 auf den Namen Sievers. Die ersten beiden sind damit gewählt.

V o r s i t z e n d e r : Die katholische Schule kommt heute nicht zum Zuge. Der Schulvorstand für diese ist erst vor kurzem gewählt. Wir waren in der Vorbesprechung der Meinung, daß

durch

durch die Zusammenlegung der katholischen Schule mit den Bürgerschulen überhaupt ein besonderer Schulvorstand für die katholische Schule nicht zu bestehen braucht. Das ist irrig, jedoch ist heute der betreffende Schulvorstand nicht neu zu wählen.

Bürgermeister M e y e r : Ich höre eben,
daß die Mitglieder der ganzen Kriegsausschüsse
nicht neu gewählt werden sollen. Somit könnte
auch die Zusammensetzung der Ortskohlenstelle die-
selbe bleiben, wie sie von den Stadtverordneten
früher beschlossen ist.

(Ohne Widerspruch.)

V o r s i t z e n d e r : Ich habe noch ein Schreiben vom Deutschen Bauarbeiterverband, unterschrieben von Herrn Hermann Bartels, zur Verlesung zu bringen. Es hat folgenden Wortlaut:

„Unterzeichneter erlaubt sich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Der Deutsche Bauarbeiterverband, Bezirksverein Braunschweig, läßt von Herrn Dr. Wagner, Berlin, am Freitag, 17. Juni 1921, abends 7 1/2 Uhr im Hotel Sächsischer Hof, großer Saal, Gördelingerstr.42, einen Vortrag über die Sozialisierung im Baugewerbe halten.

Wir beehren uns, Sie zu diesem Vortrage ergebenst einzuladen.“

4. Antrag Lehnert, betr. Instandsetzung
des Fußweges der Jahnstraße.

V o r s i t z e n d e r : Es ist ein dringender Antrag von Herrn Lehnert eingegangen, der folgenden Wortlaut hat : „Unterzeichneter ersucht den Rat der Stadt, unverzüglich die Instandsetzung des Fußsteiges der Jahnstraße zu veranlassen.“

Der Antrag ist nur von Herrn Lehnert unterzeichnet. Es ist Gepflogenheit von dem früheren Vorsitzenden Herrn Rieke gewesen, es mit einer Unterschrift bewenden zu lassen. Ich beabsichtige nach der vorgeschriebenen Ordnung zu verfahren, wie das auch in früheren Stadtverordnetenversammlungen geschehen ist. Wir müssen also fragen, ob der Antrag genügend unterstützt wird. (Zuruf: Nach der Begründung!)

Stadtv. L e h n e r t (zur Begründung des Antrages): Meine Damen und Herren! Namentlich in der letzten Zeit befindet sich die Jahnstraße in einem Zustande, der nicht mehr schön zu nennen ist. Die Straße hat eine Lage von Osten nach Westen und an den Seiten ist freies Feld, sodaß vom Flugplatz her die Straße dem Sturmwind frei liegt. Es liegen allerdings Platten, aber der Nebenweg, der aus Schotter und Grand hergestellt war, liegt vollständig entblößt da. Es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß sich Kinder, die gefallen sind, auf diesen Steinen arg verletzt haben. Ich möchte den Rat der Stadt ersuchen, so bald wie möglich eine Instandsetzung vorzunehmen, und zwar nicht mit Grand die Sache ein wenig auszubessern, sondern - wie jetzt auf der Hamburgerstraße die Ausbesserung vorgenommen ist -

mit

mit sog. Stampfteer. Ich glaube bestimmt, daß wegen der unglücklichen Lage der Straße gerade in der Hauptwindrichtung hier etwas **F**estes am Platze ist, und ersuche nochmals, diese Arbeit sobald als möglich in Angriff nehmen zu lassen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird der Antrag genügend unterstützt.

V o r s i t z e n d e r : Es handelt sich um einen dringenden Antrag. Für die Zukunft möchte ich hier eine Klärung verursachen. ~~Ich hatte früher keine Veranlassung~~ ~~ich bin seit 1908 im Stadtverordnetenkollegium~~ ~~, die Geschäftsordnung genau durchzuarbeiten, habe das aber jetzt getan.~~ Es ist sowohl in der Städteordnung wie in dem Statut über die Verwaltung der Stadtgemeinde von einem „dringenden Antrage“ nicht die Rede. Ich kann daraus schließen, daß ein dringender Antrag vorläufig so zu behandeln ist wie ein gewöhnlicher, d.h. er wird begründet und dann die Unterstützungsfrage gestellt. Nun unterscheidet sich der dringende Antrag von einem gewöhnlichen in der Weise, daß der gewöhnliche Antrag zunächst

zunächst einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen wird, während der dringende Antrag sofort in der Versammlung beraten wird. In dieser Weise ist bisher verfahren, und ich denke, wir machen es auch in der Zukunft so. Wir fragen also : „Wer ist dafür, daß der Antrag als dringlich behandelt werden soll ?“ und lassen dann die einfache Mehrheit entscheiden.

(Ohne Widerspruch.)

Wer ist für die sofortige Beratung des Antrages Lehnert ? - Das ist zweifellos die Mehrheit.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n :

Ich hatte davon gehört, daß Mängel an dem Fußwege der Jahnstraße vorliegen und habe deshalb Veranlassung genommen, das Tiefbauamt darauf aufmerksam zu machen, daß dort dringende Abhilfe notwendig ist. Das ist jetzt verschiedene Tage her, und ich nehme an, daß die Instandsetzung schleunigst erfolgen wird.

Stadtv. L e h n e r t : Mit dieser bestimmten Zusage vom Rat der Stadt durch den Herrn Stadtbaurat bin ich zufrieden. Ich hoffe, daß die Instandsetzung sobald als möglich ausgeführt wird.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche
Sitzung.

=====

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

=====

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am 23. Juni
1921.

Tagesordnung:
=====

1. Aufhebung eines Straßenbauvertrages, betreffend die Straße 555.
2. Aufnahme eines Rechtsstreits gegen die Firma H. Mundt in Lengede.
3. Neueinteilung einiger Baustellen auf der Charlottenhöhe.
4. Änderung der Heizungsanlage im Städtischen Kinderheim.
5. Äußerung über den der Stadt vom Staate zu überweisenden Grunderwerbssteuerzuschlag.
6. Bewilligung von Kosten für Instandsetzung des Eulenspiegelbrunnens.

7. Teilnahme von Mitgliedern der Betriebsräte der städtischen Werkbetriebe an Deputationsitzungen.
8. Gewährung eines Ortszuschlages nach Klasse B an die städtischen Beamten und Lehrkräfte.

Damit verbunden: Antrag Marth, betreffend die Deckung der hierbei entstehenden Mehrausgaben, und Antrag Stegmann, betreffend die Erhöhung der Bezüge der Angestellten und Arbeiter.

9. Verpachtung weiteren Geländes an den Ruderklub Normannia. Damit verbunden: Antrag Stegmann, betr. Abgabe von geeigneten alten Holzwerk an den Ruderklub Fortuna.
10. Erneuerung von Fenstern in dem städtischen Gebäude Breitestraße 1.
11. Zuschuß für Ferienausflüge für Kinder der katholischen Schule.
12. Niederherstellung der Fleischwarenzellen im Markthallenkeller.
13. Bewilligung von Mitteln für bauliche Instandsetzung zweier städtischer Häuser (Leopoldstraße 11 und 12).
14. Zuschuß zu den Kosten für Entsendung von Schulkindern

kindern aufs Land und in Heilbäder aus der Jüdelstiftung.

15. Instandsetzung des städtischen Hauses Wolfenbüttelerstraße 27a.
 16. Einrichtung von Laternen an den beiden neuen Polizeiwachen.
 17. Satzung zur Änderung der Satzung über Schulgeldsätze in städtischen Schulen.
 18. Antrag Stukenberg auf Gewährung einer Vorauszahlung an die städtischen Angestellten.
 19. Antrag Stegmann, die Sitzungsberichte wieder vervielfältigen zu lassen.
 20. Antrag Jahns, betreffend die Gestaltung der Sammelfahrtscheine der elektrischen Straßenbahn.
 21. Antrag Burgdorf, betreffend Fertigstellung der Instandsetzung der zu Beginn des Krieges in Angriff genommenen Straßen.
-

An Ratstische die Herren Oberbürgermeister
R e t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r ,
Stadtrat von Frankenberg, Stadtbaurat G e b e n s -
l e b e n , Stadtrat S c h a p e r , Stadtrat
V o g l e r , sowie Stadträte B u r g o l d ,
F ü e r m a n n , P i n n o w , R ü t e r .

Die Stadtverordneten sind alle erschienen.

V o r s i t z e n d e r F r e d e : Ich er-
öffne die Sitzung und gebe der Versammlung zunächst
einige Eingaben bekannt.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe
zu Braunschweig, die Baugewerkeninnung zu Braunschweig^g
und die Handwerkskammer Braunschweig ha~~n~~^g Eingaben
an den Rat der Stadt gemacht und der Stadtverordne-
tenversammlung, zu Händen des Vorsitzenden, Ab-
schrift davon zugehen lassen, in welchen Einsprachen
erhoben wird gegen die Wahl des Herrn Stadtverordne-
ten Tostmann in die Deputation zur Vergebung der
städtischen

städtischen Arbeiten. Ich möchte den Rat fragen,
ob ~~der Rat~~ sich über die Eingaben schon entschieden
hat und darüber Mitteilung machen will.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Zu den von Herrn Vorsitzenden erwähnten Eingaben hat der Rat der Stadt heute ~~Morgen~~ in seiner Sitzung Stellung genommen und hat die Gründe, die gegen die Wahl des Herrn Tostmann angeführt worden sind, als absolut richtig befinden müssen. Nach den Vorschriften für die Vergabung städtischer Bauarbeiten sollen die beiden Stadtverordneten, die von der Versammlung hier gewählt werden, sich an der Lieferung städtischer ^{anbieten} ~~Baustoffe~~ nicht beteiligen, und es ist bekannt, daß die Braunschweigische Baugenossenschaft niemals für die Stadt irgend welche Bauarbeiten oder Lieferungen ausgeführt hat. Mithin ist kein Grund vorhanden, Herrn Tostmann als einen solchen Stadtverordneten zu bezeichnen, der in diese Kommission nicht gewählt werden könnte.

V o r s i t z e n d e r : Da der Rat sich gegen die ~~Aussprache~~ ausgesprochen hat, so überweise ich die Eingaben dem Rechtsausschuß zur Äußerung.

Herr Rechtsanwalt Semler hat namens der Grundbesitzer von Broitzem an den Rat der Stadt und an die Stadtverordneten eine Eingabe gerichtet, die die Bitte enthielt, ~~daß~~ von der Fortführung des Enteignungsverfahrens gegen die Broitzemer Grundeigentümer Abstand zu nehmen und das beanspruchte Land ihnen wieder zurückzugeben. Hat der Rat der Stadt sich auch schon mit dieser Eingabe beschäftigt?

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Die Eingabe hat den Rat vorgelegen. Er hält die Wünsche der Broitzener Einwohner nicht für begründet und hat deshalb die Eingabe abgelehnt.

V o r s i t z e n d e r : Ich überweise diese Eingabe an die Stadtverordneten ebenfalls dem Rechtsausschuß.

Folgende Anträge aus der Versammlung sind eingegangen:

Ein genügend unterstützter Antrag des Herrn P a p mit folgenden Wortlaut:

„Antrag an den Rat der Stadt, den Stadtverordneten Gelegenheit zu geben, im Laufe des Sommers die städtischen Werke, das Rieselgut sowie auch die Gas- und Elektrizitätswerke in Augenschein zu nehmen.“

Es ist das wohl ein Antrag, der nicht weiter begründet zu werden braucht. Ich glaube, wenn der Rat ohne weiteres erklären sollte, daß dem Antrage entsprochen werden soll, brauchen wir ihn gar nicht erst einer Kommission zu überweisen. Es ist wohl einzusehen, daß jeder neue Stadtverordnete ein Interesse daran hat, die städtischen Werke und das an-
dere

dere aufgeführte Unternehmen zu beaugenscheinigen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Der Rat ist selbstverständlich bereit, dem Ersuchen stattzugeben.

(Betrifft Besichtigungen).

V o r s i t z e n d e r : Herr Stadtverordneter
J a h n s stellt folgenden Antrag:

„Der Rat der Stadt wird ersucht, bei der Stra-
ßen-Eisenbahngesellschaft zu erwirken, daß Sammel-
fahrtscheine zur Ausgabe gelangen, die bezüglich
des Übergangverkehrs von den Fahrgästen selbst
genau und leicht nachgeprüft werden können.“

Der Antrag ist ~~rechlich~~ ^{rechtlich} unterstützt; ich
werde Herrn Jahns am Schluß der Sitzung Gelegen-
heit geben, den Antrag zu begründen.

Ein weiterer Antrag, unterzeichnet an erster
Stelle von Herrn Burgdorf heißt:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den
Rat der Stadt, anzuordnen, daß die Straßen nun-
mehr endlich fertiggestellt werden, die zu Beginn
des Krieges in Angriff genommen wurden, dann aber
unfertig liegen geblieben sind. (^{maritim-}~~Wilhelm~~straße und
Bismarckstraße.“

Ich werde es mit ~~den~~ diesen Anträge ebenso

halten

halten wie mit den vorigen.

Ein Dringlichkeitsantrag ist von Herrn Stegmann eingegangen. Er lautet:

„Die Stadtverordneten ersuchen den Rat, den Ruderklub Fortuna etwa vorhandenes, zum Bau eines Schuppens geeignetes Holzwerk zum mäßigen Preise abzugeben.“

Wir werden über die Dringlichkeit zu beschließen haben.

Ein weiterer Antrag von Herrn Stegmann lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Sitzungsberichte der Stadtverordneten wieder wie früher vervielfältigen und den Stadtverordneten zustellen zu lassen.“

Ich nehme an, Herr Stegmann, daß Sie die Drucklegung der Berichte, wie sie früher geschehen ist, wieder vorgenommen zu sehen wünschen. (Wird bejaht.)

Weiter

Weiter ist ein Bringlichkeitsantrag eingegangen, der an erster Stelle von den Herren Marth und Dr. Jasper unterzeichnet ist:

„Wir beantragen, die Deckung der Mehraufwendungen, die durch die Einreihung in die Ortsklasse B mit rückwirkender Kraft entstehen, dadurch aufzubringen, daß

- 1) die Wertzuwachssteuer wirksamer ausgestaltet wird,
- 2) eine Besteuerung der Luxusfahrzeuge eingeführt wird (Kraftfahrzeuge, Kutschen, Reittiere).“

Den Antrag zu begründen, werden die Herren nachher Gelegenheit haben.

Ein Gesuch um Neuregelung der Pensionsbezüge der städtischen Beamtenswitwen ist eingereicht von der verwitweten Frau ~~Pastor~~ ^{Professor} H. Bartels.

Ein gleiches Schreiben ist beim Rate der Stadt eingegangen; ich höre, daß der Rat sich noch nicht

damit

damit beschäftigt hat. Wir warten also dessen Stellungnahme ab.

Der Deutsche Wirtschaftliche Verband, Berlin -
Nikmersdorf hat eine Eingabe an die Stadtverordneten
gerichtet, die sehr umfangreich ist und Material
bieten will zur Stellenbesetzung der Geschäftsfüh-
renden der weiblichen Abteilung des Öffentlichen
Arbeitsnachweises. Wer Interesse für das Schrift-
stück hat, dem steht es hier zur Verfügung.

Stadtverordn. S t e g m a n n : Bevor wir in die Verhandlung der Punkte der Tagesordnung eintreten, möchte ich bitten folgende Frage zur Entscheidung zu bringen. Seit einiger Zeit, wohl seit April dieses Jahres, ist die Gewohnheit eingeführt, daß die Berichterstatter, damit hier nicht kleinliche Dinge einen breiten Raum in der Verhandlung einnehmen, nicht mehr über alle Punkte der Tagesordnung Bericht erstatten, sondern in einer besonderen Vorlage nur kurz angegeben ist, um was es sich handelt. Wir haben aber gesehen, daß das Gute was mit dieser Einrichtung bezweckt wurde, in das Gegenteil umgeschlagen ist. ~~Manche~~^{Jeder} diejenigen Mitglieder der Versammlung, die nicht der Kommission angehören, in der die Sache vorberaten ist, noch die Vertreter der Presse wissen, um was es sich handelt, und ein Stadtverordneter, der das nicht ~~nicht~~ weiß, kann sich für seine Stimmabgabe nicht entscheiden. Ich möchte beantragen, daß wieder über jeden einzelnen

Punkt

Punkt der Tagesordnung berichtet wird. Das muß natürlich in kurzer Weise geschehen, indem der Kern der Sache vorgetragen wird und nicht - wie es vorgekommen ist - seitenlange Schriftstücke vorgelesen werden. Dann wird sich auch keine Debatte über die Geschäftsordnung an solche Sachen knüpfen und die eigentliche Besprechung der Sache kann rasch erledigt werden. Ich bitte, zu beschließen, daß über jede Sache hier in der Sitzung möglichst kurz berichtet werden soll.

Stadt v. T o s t m a n n : Auch der Bauausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dieser Frage beschäftigt. Es wurde dort allgemein hervorgehoben, daß wir der Öffentlichkeit den Inhalt unserer Verhandlungen nicht vorenthalten dürfen, und gewünscht, daß über die einzelnen Punkte in kurzen Zügen referiert werden möchte. Der Bauausschuß war der Ansicht, daß die Versammlung ebenso schnell zu einem Beschluß kommen könnte, als wenn die zu verhandelnden Punkte von den Referenten nicht vorgetragen würden. Im Namen des Bauausschusses möchte ich deshalb bitten, es so zu machen, wie Herr Stegmann ersucht und wie es früher gewesen ist.

V o r s i t z e n d e r : Ich kann als Vorsit-
zender des Schulausschusses, der unabhängig von den
anderen Kommissionen getagt hat, berichten, daß er
sich auch in dieser Richtung ausgesprochen hat.
Wünscht der Finanzausschuß sich zu äußern?

Stadt v. Dr. J a s p e r : Wir haben keine Veranlassung gehabt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, denn die Beschlüsse der alten Versammlung haben auch für die neue Gültigkeit, und die Ausschüsse haben sich nur mit den Dingen zu beschäftigen, die ihnen überwiesen sind. (Heiterkeit!).

V o r s i t z e n d e r : Gleichwohl können die Ausschüsse sich auch zu solchen Fragen äußern.

Es liegt ein Beschluß der früheren Stadtverordnetenversammlung vor, und dieser Beschluß muß erst durch ein Votum Ihrerseits abgeändert werden, wenn heute die Sache anders gehandhabt werden soll.

Es wird der Antrag gestellt, die bis vor einem Vierteljahr üblichen Gepflogenheiten wieder aufzunehmen, daß jeder Berichterstatter einen Bericht vorzutragen hat. Es ist dabei der Wunsch ausgedrückt, der früher auch schon wiederholt ausgesprochen ist, daß die Berichterstattung möglichst kurz und gedrängt, aber doch klar und bestimmt geschehen möge. Ich bitte diejenigen sich zu melden, die für Erstattung der Referate unter allen Umständen sind. (Geschicht). Das ist allgemein angenommen worden.

Oberbürgermeister R e t e n e y e r : Ich gestatte mir zu fragen, ob dann noch die kurze Mitteilung des Rates über die einzelnen Vorlagen weiter erfolgen soll. (Wird verneint).

1. Aufhebung eines Straßenbauvertrages,
betreffend die Straße 555.

Stadt v. T o s t m a n n : Im Jahre 1910 hat der verstorbene Malermeister Sander mit der Stadt einen Vertrag über den Ausbau der Straße Nummer 555 - die von der Glückstraße abzweigen soll - abgeschlossen. Zu dem Ausbau dieser Straße ist es aber vorerst nicht gekommen, und nachher ist der Krieg dazwischen gekommen, und auch der Malermeister Sander ist verstorben, so daß an den Ausbau der Straße nicht gedacht werden konnte. Auch heute ist niemand in der Lage, eine Straße auszubauen, weil das ungeheure Kosten verursachen würde. Die Witwe Sander, die die Erbin des Nachlasses des Malermeisters Sander ist, hat beantragt, den Vertrag, den ihr Mann mit der Stadt abgeschlossen hat, wieder aufzuheben und ihr die hinterlegten Wertpapiere zurückzugeben.

Der

Der Rat der Stadt hat sich damit einverstanden erklärt, und der Bauausschuß gibt Zustimmung dazu anheim. Ich ersuche die Versammlung namens des Bauausschusses, diesen Beschluß zu fassen.

Ohne Widerspruch; der Antrag des Bauausschusses
gilt als angenommen.

(zu Punkt 1).

2. Aufnahme eines Rechtsstreits gegen die
Firma Mundt in Lengede.

Stadt v. M ä d g e : Meine Damen und Herren!
Bekanntlich werden von der Erwerbslosenfürsorge an
Arbeitswillige, die infolge des Krieges durch gänz-
liche oder teilweise Arbeitslosigkeit in bedürftige
Lage gekommen sind, die Fürsorgesätze gezahlt. Es
muß für diesen Fall der Fürsorgestelle eine Beschei-
nigung des letzten Arbeitgebers vorgelegt werden,
aus der hervorgeht, daß die Voraussetzungen für die
Zuteilung der Sätze vorliegt. Im Anfang Februar die-
ses Jahres haben sich nun bei der städtischen Er-
werbslosenfürsorge eine Anzahl Bauarbeiter gemeldet,
die zuletzt bei der Firma Heinrich Mundt in Lengede
beschäftigt gewesen waren, und haben eine Beschei-
nigung vorgelegt, in der als Entlassungsgrund vor-
läufige Arbeitseinstellung angegeben war. Diese An-
gabe veranlaßte die städtische Erwerbslosenfürsorge,
die

die sich darnach kein richtiges Bild über den Entlassungsgrund machen konnte, zu einer Anfrage bei der Firma Mundt, was unter dieser Angabe zu verstehen sei. Sie erhielt am 10. Februar die Auskunft, es handele sich um eine ordnungsmäßige Entlassung; eine vorläufige Arbeitseinstellung käme nicht in Frage, in etwa 4 Wochen sollten die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Nach dieser Erklärung der Firma Mundt lagen für die städtischen Erwerbslosenfürsorge die Voraussetzungen zur Zahlung der Fürsorge vor und die Sätze wurden gewährt. Späterhin wurden der Erwerbslosenfürsorge von anderen Bauarbeitern Entlassungsbescheinigungen vorgelegt, in denen als Entlassungsgrund Streik angegeben war. Das fiel der städtischen Stelle auf, sie griff in Falle Mundt nach und mußte feststellen, daß die Firma eine falsche Auskunft erteilt hatte, auf Grund deren die Erwerbslosenunterstützung gezahlt war. Es handelt sich dabei um einen Betrag von 1595,75 Mark. Die

Firma

Firma Mundt ist von seiten der Stadt aufgefordert worden, diesen Betrag zurückzuerstatten, da sie die Schuld daran trägt, daß dieses Geld zur Auszahlung gekommen ist. Hätte sie die falsche Auskunft nicht erteilt, so wäre die Voraussetzung zur Zahlung nicht vorhanden gewesen. Da die Firma auf die Aufforderung ~~zur Rückzahlung nicht reagiert~~ ^{an dem Betrag der Rückzahlung keine Zustimmung geben zu erteilen, daß} gegen die Firma ein Prozeß geführt wird, in dem sie verurteilt werden soll, den Betrag zurückzuzahlen.

Der Rechtsausschuß hat die Frage geprüft und hat sich für Aufnahme des Rechtsstreits ausgesprochen. Persönlich möchte ich zu der Sache noch bemerken, daß ich empfehle, vor der Einleitung des Rechtsstreits Erkundigungen einzuziehen, ob die Firma Mundt, die mir persönlich unbekannt ist, auch zahlungsfähig ist, damit nicht der Stadt unnütze Kosten durch die Prozeßführung entstehen. Es ist ja aber anzunehmen, daß die Firma, die in Lengede ihren Sitz hat, bei den großen Arbeiten, die dort

ZUT

zur Vergebung kommen, zahlungsfähig sein wird.

Die Versammlung stimmt der Aufnahme des
Rechtsstreites zu.

(Rechtsstreit Mandt).

3. Neueinteilung einiger Baustellen
auf der Charlottenhöhe.

Stadt v. M a a ß : Meine Damen und Herren! Die Käufer der Baustellen Nummer 83, 84 und 86 auf der Charlottenhöhe haben gebeten, die Baustelle Nr. 85, die zwischen den genannten Stellen liegt, aufzuteilen und die ihnen überlassenen Baustellen dadurch zu vergrößern. Der Rat der Stadt befürwortet diesen Antrag und der Bauausschuß steht auf demselben Standpunkt. Ich bitte also namens des Bauausschusses, den Anträge zuzustimmen.

**Der Antrag des Bauausschusses gilt als
stillschweigend angenommen.**

(zu Punkt 31.

4. Änderung der Heizungsanlage in Städtischen Kinderheim.

Stadt v. Marth: Im Städtischen Kinderheim sind Räume eingerichtet sowohl für die Knaben wie auch für die Mädchen, in denen sie ihre Arbeiten machen. Die beiden Räume für die Knaben können im Winter mit der vorhandenen Heizung bei der jetzigen Kohlenknappheit nicht genügend erwärmt werden. Es wird deshalb beantragt, 2 Heizkörper, die im Korridor entbehrlieh sind, an der Außenwand der Zimmer aufzustellen und mit einer besonderen Zuleitung vom Kellergeschoß aus zu versehen. Die Kosten für diese Anlage betragen 3500 Mark. Der Bauausschuß hat sich für Ausführung der Arbeit erklärt und bittet die Versammlung, ebenfalls ihre Zustimmung zu erteilen.

Ohne Widerspruch; der Antrag des Bauausschusses
gilt als stillschweigend angenommen.

(zu Punkt 4).

5. Äußerung über den der Stadt von Staate
zu überweisenden Grunderwerbs-
steuerzuschlag.

Stadt. M u n t e : Das Schreiben des Rates über diesen Angelegenheit ist mir zum Referat übergeben. Ich muß offen bekennen, daß ich, als ich das Schreiben zuerst durchgelesen hatte, mir sagte: Vielleicht hat sich der Herr Vorsitzende geirrt und hätte das Schreiben dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überweisen müssen, denn es handelt sich zunächst nur um eine Äußerung unserer Ansicht, und die kostet vorläufig noch nichts. Die Sache ist also in Finanzausschuß verhandelt, aber wir haben ja in diesem Ausschusse Herrn Dr. Jasper als Juristen zum Mitgliede, und er war so liebenswürdig, mir zuzusichern, daß wenn ich ^{für} ~~dort~~ meine Sache nicht ordentlich machen würde, er mich nachher berichtigen wolle. Ich habe es nämlich in Rechtsausschuß nicht ganz richtig gemacht, und mein Bericht dort hat es mir

nir eingetragen, daß meine Auffassungsgabe in Zweifel gezogen worden ist. Wenn das auch in scherzhafter Weise geschehen ist, so muß man doch immerhin sagen, daß die Auffassungsgabe beim Menschen mit den späteren Jahren nachläßt, und ich befinde mich in einem Lebensalter, in dem ich ^{Altes} das Präsidium der Versammlung nur mit dem Ärmel gestreift habe.

Was die Sache selbst angeht, so wissen Sie, daß seit unendlich langen Jahren bei allen Grunderwerbungen eine Grunderwerbssteuer erhoben wird. Eine solche hat auch in dem früheren Herzogtum bestanden und wurde verschiedentlich aufgeteilt. Das war auch die Aufgabe eines Erlasses durch den damaligen Herzog vom - erschrecken Sie nicht - 22. Juni 1759. Also schon mitten im Siebenjährigen Kriege hat man sich schon damit beschäftigt, diese Steuer aufzuteilen. Es bekamen das Waisenhaus und die städtische Armenverwaltung einen bestimmten Anteil. Sie wissen, wie das Reich sich fürsorglich aller

aller dieser Steuern angenommen hat, sie aus den Grunde erneuert, reformiert hat, das heißt vergrößert, vervielfältigt. Es ist ja jetzt die Zeit, wo wir bei allen Steuerreformen nur auf die Verdoppelung, Verdreifachung und Vervielfachung Rücksicht nehmen müssen. Aber das Reich ist bei dieser Steuer nicht so unbescheiden gewesen, die Steuer uns ganz wegzunehmen, sondern hat den Ländern und Städten einen bestimmten Anteil überlassen. Die Stadt hat seither 1% Steuer genommen, und das Waisenhaus hat eine bestimmte Abgabe davon erhalten, wie in Ratschreiben steht, 1/6% des Grundstückswerts. Nun hat die Landesregierung durch das Ministerium des Innern mitgeteilt, daß es so freundlich sein sollte, will, uns diese Steuer, soweit sie auf das Land entfällt, in voller Höhe abzutreten. Das ist sehr begrüßenswert und selbstverständlich nehmen wir das an, aber das Ministerium will von der Stadt wissen, in welcher Weise wir das Waisenhaus an dieser Steuererhebung

bung

bung beteiligen wollen oder welches Rechtsverhältnis vorliegt, wonach dem Waisenhaus etwas abzugeben ist. Nun meint der Rat der Stadt, es wäre am besten, wenn wir es bei der bisherigen Höhe belassen, trotzdem wir mehr bekommen. Auch damit könnten wir einverstanden sein, wenn kein Rechtsbedenken entgegensteht. Es wird in dem Schreiben des Rates gesagt, daß diese Verfügung des damaligen Herzogs nach der Auffassung der früheren Zeit Gesetzkraft hätte, und demnach werden wir nicht darum wegkommen, dem Waisenhaus den bisherigen Teil weiter/zuzahlen, wenn nicht eine Gesetzänderung durch den Landtag erfolgt. Auch wenn dieser Anteil nicht wegen der Gesetzkraft der Verfügung des Herzogs gezahlt werden müßte, könnte man sagen: Die Abgabe ist seit 1759 geleistet und so ist ein Gewohnheitsrecht entstanden. Ob durch eine Vergrößerung der Steuer der Rechtsanspruch des Waisenhauses entsprechend gewachsen ist, weiß ich nicht. Jedenfalls wissen wir aber alle, daß das Waisenhaus das Geld nötig hat. Es liegt an uns,

uns, das Waisenhaus zu unterstützen, denn es nimmt der Stadt erhebliche Kosten durch sein Bestehen ab. Infolge dieser Verhältnisse sind wir in Finanzausschuß nach lebhafter Besprechung der Sache dazu gekommen, der Vollversammlung zu empfehlen, den Rat das Gutachten abzugeben, daß ^{er} ~~es~~ bis auf weiteres es bei diesem Zuschuß an das Waisenhaus belassen möge. Dieses „bis auf weiteres“ ist in den Beschluß hineingebracht durch ein Mitglied des Finanzausschusses, das nicht ganz darüber im klaren war, ob das Recht des Waisenhauses wirklich ein gesetzliches Recht geworden ist. Wenn wir „bis auf weiteres“ sagen, dann würde es uns möglich sein, zu gegebener Zeit von unserer Zusage wieder zurückzutreten. Die Finanzlage der Stadt ist nicht sehr verlockend, aber dem Waisenhaus geht es noch schlechter als der Stadt, und deshalb empfiehlt der Finanzausschuß, die Versammlung möge sich dahin aussprechen, daß der Rat bis auf weiteres diesen selben Anteil an das Waisenhaus

haus

haus weiter/zahlen möge, wie es bisher gewesen ist,
dagegen von Zahlung eines höheren Betrages der
anscheinend von der Regierung erwartet wird, Abstand
zu nehmen.

Stadtrat von Frankenberg: Meine Herrschaften. Ich darf zunächst davon ausgehen, daß seitens des Großen Waisenhauses in dieser Angelegenheit bescheidenlich eine abwartende Stellung eingenommen ist, daß also das Waisenhaus bisher in keiner Richtung mit Anträgen an uns herangetreten ist. Es ist uns auch nicht bekannt geworden, daß es der Regierung gegenüber seine Ansprüche auf Fortdauer des Anteils an der Abgabe geltend gemacht hätte.

Was die Angelegenheit in übrigen betrifft, so hat der Herr Berichterstatter in seinen vortrefflichen Darlegungen, denen ich den Schmelz der Ursprünglichkeit auf keine Weise rauben möchte, vollkommen zutreffend auseinandergesetzt, daß es sich um eine zweifelhafte Rechtsfrage handelt. Es liegt aber nach Ansicht des Rates mancher Anhaltspunkt dafür vor, daß wenigstens landesrechtlich die Bestimmungen, die Mitte des 18. Jahrhunderts getroffen sind, bis auf weiteres maßgebend geblieben waren. Es kann sich

RUF

nur um die im Finanzausschuß erörterte und zweifelhafte Frage handeln, ob nicht inzwischen durch das Vorgehen der Reichsgesetzgebung die mit Gesetzkraft ausgestattete Verfügung des früheren Herzogs zu Gunsten des Waisenhauses beiseite geschoben ist. Darauf wird sich das Gutachten der Herrschaften zu erstrecken haben. Das schließt nicht aus, daß Sie sich auf den wohlwollenden Standpunkt stellen, wie er in dem Beschlußantrage des Herrn Berichterstatten zum Durchbruch gekommen ist, daß man also erklärt, man wolle bis auf weiteres Einwendungen gegen die Zuführung des bisherigen Anteiles an das Waisenhaus nicht erheben.

Betreffend die Höhe des Anteils, darf ich auf folgendes hinweisen. Früher hatten ~~wir~~^{man} noch eine besondere Abgabe, die die Abgabe an die Armen- und ~~Wohlfahrtskassen~~^{aus der in Halle stehenden Kasse} Wohlbesserungskasse genannt wurde, zu leisten. Es waren zwei verschiedene Zwecke, die Armenpflege und die

die Wegeverbesserung, zu Trägern der empfangenden Stelle gemacht. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß bei einer $1/6\%$ betragenden Abgabe $1/12\%$ für Arnenzwecke und $1/12\%$ für die Wegeverbesserung zu verwenden waren. Nun trat in der Stadt Braunschweig die Besonderheit ein, daß neben der allgemeinen Arnenpflege die besondere Wohltätigkeitspflege des Großen Waisenhauses mit der besonderen Fürsorge des Landesherrn ^{bedarft} ~~ergriffen~~ ^{angewiesen} ist. Man hat deshalb die Anordnung aus der Mitte des 18. Jahrhunderts dahin ausgelegt, daß von der einen Hälfte, die für die Arnenzwecke zu verwenden war, wieder die eine Hälfte an die Stadt selber und die andere an das Waisenhaus zu fließen hat. Daraus ergibt sich, daß das Waisenhaus $1/4$ der ganzen Abgabe an die Stadt zu erhalten hatte, also wird $1/2 \cdot 4\%$ diejenige Summe sein, die dem Waisenhause zuzustehen und auch künftig zu gewähren sein wird. Wir legen Wert darauf, zu betonen, daß die Grunderwerbssteuer, wie sie jetzt das Reich geregelt hat, weitere Fangarme hat als die

damalige

damalige Steuer, die die Abgabe an die Armen- und Hegebesserungskasse begründete. Die Grunderwerbssteuer liegt jetzt bekanntlich auf jedem Grundbesitzwechsel, einschließlich der Zwangsenteignung und der Zwangsversteigerung, was bei der früheren Steuer, von der eine Abgabe an die Armen- und Hegebesserungskasse und auch an das Waisenhaus gegeben wurde, nicht der Fall war. Nun sind wir der Meinung, daß das Waisenhaus bei dieser Änderung der Verhältnisse nicht die Treppe heruntergefallen, aber auch nicht heraufgefallen ist, daß es also keinen Nachteil, aber auch keinen Vorteil von der Unänderung haben soll. Das Gutachten des Finanzausschusses kommt dem wirtschaftlichen Interesse des Waisenhauses entgegen, scheint deshalb Empfehlung zu verdienen, und so bitte ich, sich ~~da~~ ihm anzuschließen.

Stadt. Dr. J a s p e r : Herr Munte hat in launiger Weise es so dargestellt, als ob sein Auffassungsvermögen während der Sitzung des Finanzausschusses in irgend einer Weise bezweifelt worden wäre. Davon kann natürlich keine Rede sein, und als Leiter der Verhandlungen im Finanzausschuß würde ich derartiges auch zurückgewiesen haben. Die Proben, die Herr Munte von seiner Auffassungsgabe bei verschiedenen Gelegenheiten schon im neuen Hause gegeben hat, beweisen auch das Gegenteil für diejenigen, die sich einen Zweifel erlauben sollten. Es bedarf nun aber trotz aller Anerkennung des Berichts in einzelnen Punkten das Referat doch der Ergänzung. Es ist nicht richtig, daß wir anerkannt haben, es sei durch herzogliche Verfügung seinerzeit ein verbrieftes Recht des Waisenhauses entstanden, das heute noch besteht. Diese Frage haben wir vielfach offengelassen, haben nicht gesagt: „Das Recht besteht nicht“, haben es auch nicht anerkannt. Man kann im

Gegen-

Gegensatz zu dem von Herrn Stadtrat von Frankenberg
Gesagten den Standpunkt vertreten, daß auch bezüglich
der Landesgesetzgebung Sachen in Frage kommen,
die diese Verordnung als nicht rechtmäßig hinstellen,
daß zweitens aber auch durch gesetzgeberische Vorgänge
dieses Recht beseitigt worden ist. Zum mindesten
ist das Vorgehen des Reiches geeignet, das Landesrecht
zu brechen und diese steuerliche Abgabe überhaupt
auf einer anderen Grundlage auf-
zu ziehen. Es ist ja auch von Herrn Stadtrat bereits
hervorgehoben, daß die gegenwärtige Regelung gegenüber
der früheren wesentliche Unterschiede hat. Wir lassen
also die Rechtsfrage dahingestellt, vertreten sie
nur insofern - und das hat der Herr Stadtrat in
Ergänzung der Ausführungen des Herrn Berichtstatters
hervorgehoben, - als wir bei der Berechnung der Beträge,
die dem Waisenhaus zukommen sollen, nicht einzubeziehen
wünschen die Zwangsenteignung und die Zwangsversteigerung.
In übrigen irrt der

Herr

Herr Berichterstatter auch insofern, als er von einer Großmüt des Landes gesprochen hat, in/dem es uns den ~~großen~~^{ganzen} Anteil an der Steuer zugewiesen hätte. Ich wollte es wäre so, aber dieses etwas dunkle Schreiben des Ministeriums, das uns gestern in Finanzausschuß beschäftigt hat, kann wohl nur dahin gewürdigt werden, daß positive Anhaltspunkte dafür, daß wir den ganzen Anteil, der hier in der Stadt fällig wird und der nicht den Reiche zufließen muß, städtischerseits zu vereinnahmen haben, unzweideutig nicht daraus zu lesen ~~ist~~^{sind}, sondern man kann nur zweifelhaft sein, in welchem Umfange uns ein Anteil gegeben werden soll. Wir haben - und darin war unser aller Auffassungsvermögen leider nicht besser als das des Herrn Berichterstatters - in den dunklen Sinn der Rede des Ministeriums uns nicht vernehmen können, und sagten: Auch in diesem Falle mag es bedeuten, was es will; wir wollen es dahingestellt sein lassen und lediglich zu der Frage Stellung

lung

lung nehmen, ob wir dem Waisenhaus noch weitere Zuweisungen geben können. Wir wollen die Rechtsfragen offenlassen und die Billigkeitsfrage bejahen, solange wir dazu in der Lage sind. Wir wissen nicht, wie lange uns die Gunst des Ministeriums blüht, ob es uns in reichen Maße an den Quellen teilnehmen lassen wird oder in weniger reichen Maße; wir sind zunächst verpflichtet, für die Stadt zu sorgen, und nur soweit wir können, wollen wir dem bedürftigen Waisenhaus dienen. Deshalb hat der Finanzausschuß einmütig beschlossen, bis auf weiteres, je nachdem es die Verhältnisse zulassen und je nachdem die Gunst des Ministeriums uns wohl will, es bei den alten zu belassen, also nur in dem bisherigen Umfange, ohne Zwangsenteignung und Zwangsversteigerung, das Waisenhaus an den überwiesenen Beträgen teilhaben zu lassen. Man hofft, das Ministerium würde vielleicht so freundlich sein, den Zuschuß an das Waisenhaus ganz auf den Staat zu übernehmen.

Dann

Dann würde beiden geholfen sein, den Waisenhaus
sowohl als uns in der Stadt, die wir als Gemeinde
recht notleidend sind.

Stadt. M ä d g e : Ich glaube annehmen zu dürfen, daß es den Meisten aus der Versammlung in dieser Sache ebenso geht wie mir, nämlich daß sie das Gefühl haben: Man kann solche Fragen kaum entscheiden, wenn man nicht die Unterlagen dafür gedruckt oder ~~photographiert~~^{heft-}photographiert vor sich hat. Erst dann kann man den Sinn der einzelnen Bestimmungen voll würdigen, zumal es sich um eine Angelegenheit handelt, die nach den bisherigen Ausführungen etwas recht dunkel zu sein scheint. Ich glaube, es handelt sich darum, daß das Ministerium eine Äußerung haben will, wie die Stadt sich zu der rechtlichen Verpflichtung stellt, die sie gegenüber dem Waisenhaus hat. Es handelt sich vielleicht weniger darum, daß das Ministerium wissen will, was die Stadt vorläufig aus gutem Willen zu gewähren beabsichtigt, sondern das Ministerium will wissen: Wie beurteilt die Stadt die Rechtslage, und da ich glaube ich, daß unsere Äußerung der Anfrage entsprechen muß. Man wird zu verschiedenen

verschiedenen Rechtsfragen Stellung nehmen müssen. Zunächst zu der Rechtsfrage der Gültigkeit der landesherrlichen Verordnung aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Man wird prüfen müssen: Ist sie als Gesetz anzusehen gewesen? Wie lange hat sie als Gesetz gegolten? Ist das Gesetz etwa in Braunschweig aufgehoben, eventuell durch andere Gesetze des Reiches? Eine Stellungnahme ohne weiteres scheint mir im Augenblick nicht möglich. Es ist eine außerordentlich schwierige staatsrechtliche Frage, ob die landesherrliche Verordnung durch Reichsgesetz aufgehoben ist. So etwas kann man unmöglich im Handumdrehen entscheiden. Dann muß zweitens als wesentlich die Frage zur Entscheidung gebracht werden: Welchen Inhalt hat diese landesherrliche Verordnung? Was geht aus ihr hervor? Welche Rechte ergeben sich daraus für das Waisenhaus. Diese Frage ist bislang noch nicht genügend erörtert. Man scheint auf dem Standpunkt zu stehen: Wenn das Waisenhaus das bekommt,

das

was es bisher erhalten hat, so genüge das. Ich glaube aber, man muß nachden, was ich bisher gehört habe, damit rechnen, daß das Waisenhaus den Anspruch stellen kann, daß es die gleichen Prozente bekommt, wie bislang, aber berechnet auf die Prozente dessen, was die Stadt in ganzen als Abgabe erhält. Das scheint mir nach dem Wortlaut der landesherrlichen Verfügung ein Recht des Waisenhauses zu sein. Bevor man über diese Sache einen definitiven Beschluß faßt, muß man derartig einschneidende Fragen zweifellos klären, und um das zu können, ist es nötig, daß man den Wortlaut dieser Verordnung genau vor Augen hat, sonst kann man, wie ich glaube, schlechterdings eine Äußerung in dieser Frage gar nicht abgeben.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Meine verehrten Herrschaften. Die rechtlichen Darlegungen des Herrn Vorredners sind außerordentlich beachtenswert, und so droht jetzt dem fleißigen Herrn Berichterstatter des Finanzausschusses das furchtbare Verhängnis, daß die Angelegenheit vielleicht gar an den Finanzausschuß zur weiteren Vorberatung, zur Vervollkommenung des Materials und nochmaligen Inanspruchnahme der Versammlung zurückverwiesen wird. Ich glaube aber, bei aller Anerkennung der rechtlichen Bedeutung dieses Falles ist es Weisheit, den Bogen nicht allzu straff zu ziehen. Sehr beachtenswerte Gründe sprechen dafür, sich auf den Standpunkt zu stellen, den Herr Dr. Jasper heute und im Finanzausschuß vertreten hat. Wenn es schon die Stadt Braunschweig sich gefallen lassen muß, daß mit einem Federstrich ^{durch} das Reichsgesetz unsere landesgesetzlich ~~verbrieften~~ ^{verbrieften} ~~Rechte~~ wegen der Einkommensteuer beseitigt sind, auch wegen dieser 1/6% Abgabe an Grunderwerbsteuer, dann

dann wird schließlich auch das Waisenhaus sich nicht darüber beklagen können, daß es als eine Stiftung öffentlichen Rechts nicht günstiger gestellt ist, als die Stadt selbst. Gerade aus diesem Gedankengange heraus wird man zu der Erkenntnis kommen können und sagen müssen, daß auch das Waisenhaus zurzeit einen Anspruch nicht mehr besitzt. Es wird sich also nur darum handeln, ob für die Zukunft das Waisenhaus leer ausgehen soll, oder ob sich irgend eine Brücke bauen läßt, um dem Waisenhause Zugeständnisse zu machen. Da ist eine vorsichtige Auffassung, wie sie der gestrige Beschluß des Finanzausschusses durchleuchten läßt, mir durchaus sympathisch, indem man sagt: Wir wollen dem Waisenhause nicht etwas mißgönnen, was es bisher bezogen hat, aber wir wissen nicht, wie unsere eigene Finanzlage sich in der Zukunft entwickelt, und deshalb sind wir nur bis auf weiteres mit der Abgabe einverstanden

Das

Das ist einleuchtend. Vieles konnte in der Mitte des 18. Jahrhunderts der Herzog von Braunschweig, aber viel~~er~~ mehr kann doch heutzutage die Reichsgesetzgebung beschließen, verfügen und mit zwingender Gewalt durchführen.

Stadtv. M ü d g e : Ich möchte eben nur sagen, daß wir wahrscheinlich scheint, daß tatsächlich diese landesherrliche Verfügung im Laufe der Zeit zur Aufhebung gekommen ist und sich aus ihr kein Recht für das Waisenhaus herleiten läßt. Will man sich dieser Ansicht anschließen, dann möchte ich empfehlen, daß man diese Auffassung in der Rückäußerung klipp und klar zum Ausdruck bringt. Ich möchte dann also empfehlen, zu sagen: Ein Rechtsanspruch besteht nicht, aber wir wollen vorläufig soundso verfahren.

V o r s i t z e n d e r : Es ist nach meiner ~~Erklärung~~^{Erinnerung} auch in der Finanzkommission gesagt, daß rechtlich dem Waisenhaus kein Anspruch zustehe, sondern nur aus Billigkeitsgründen wolle man diesen Entgegenkommen beweisen. Das kann ja auch in der Fassung unseres Beschlusses festgelegt werden, Herr Referent.

Stadt v. M u n t e : Der Beschluß des Finanz-
ausschusses geht dahin, daß der Rat bis auf weite-
res aus Billigkeitsgründen den Anteil an das
Waisenhaus weiterzahlen möge, wie es bisher gewe-
sen ist, dagegen von Zahlung eines höheren Betra-
ges Abstand nehmen möge.

**Die Versammlung stimmt den Beschlüssen des
Finanzausschusses zu.**

(zu Punkt 5).

6. Bewilligung von Kosten für Instandsetzung des Kulenspiegelbrunnens.

Stadt v. D r e w s : Im Dezember des Jahres 1919 ist die Figur eines Affchens von dem Kulenspiegelbrunnen entwendet worden und diese soll wieder erneuert werden. Es sind hierfür schon bei Aufstellung des Stadthaushaltsplans für das laufende Jahr 3000 Mark eingestellt gewesen, ohne daß es wegen der hohen Kosten zur Ausführung der Arbeit gekommen ist. Durch das Entgegenkommen der Witwe des Professors Kramer werden nun die Modelle für den Guß dieser Figur gratis zur Verfügung gestellt, so daß für Ausführung der Arbeit nur 2000 Mark nötig sein werden. Der Rat der Stadt ersucht, diese Summe zu bewilligen. Der Bauausschuß hat sich gestern mit der Sache beschäftigt und hat dem Ratsantrage zugestimmt. Ich habe namens des Ausschusses zu empfehlen, die 2000 Mark zu bewilligen.

Ohne Widerspruch; der Vorsitzende stellt
die Annahme des Antrages des Bauausschusses fest.

(zu Punkt 6).

7. Teilnahme von Mitgliedern der Betriebs-
räte der städtischen Werke an den
Deputationsitzungen.

Stadtv. Frau S e h u l z e : Die Betriebs-
räte der städtischen Betriebe haben an den Rat der
Stadt eine Eingabe gerichtet, in der sie den Wunsch
aussprechen, daß sie zur praktischen Mitarbeit
in den Deputationen und bei sonstigen wichtigen
Beratungen mit beratender und beschließender Stimme
herangezogen werden möchten. Der Rat der Stadt hat
sich mit der Sache beschäftigt und auch eine Depu-
tation der Arbeiter geladen, mit denen die Ange-
legenheit besprochen ist. Der Rat steht nun auf dem
Standpunkt, daß eine solche Beteiligung der Betriebs-
räte wohl mit beratender Stimme zuzustehen sei,
wie das auch in anderen Städten geschehe, aber nicht
mit beschließender Stimme. Es sind vom Rat Erklärun-
gen über diese Angelegenheit in vielen deutschen
Städten

Städten eingezogen, und dabei hat sich herausgestellt, daß nur in einer Stadt, in Waldenburg, bei der Wohnungs- und bei der Deputation die Betriebsräte mit beschließender Stimme an den Beratungen teilnehmen.

Für unsere Stadt kommen außer der Lohndeputation die Deputation zur Verwaltung der Gas- und Wasserwerke, die Harstalldeputation und die Pflegehausdeputation in Frage, zu deren Sitzungen nach Ansicht des Rates, soweit in ihnen Lohn- und sonstige, die Arbeitsverhältnisse berührende Fragen und solche Organisationsfragen, die für die Arbeiter von Bedeutung sind, beraten werden, die Betriebsräte mit beratender Stimme zugezogen werden sollen.

Der Rechtsausschuß hat sich ebenfalls mit der Frage befaßt und ist bei seiner Besprechung zu dem Ergebnis gekommen, daß es angängig ist, daß bei für die Arbeiter wichtigen Beratungen dieser Deputationen die Betriebsräte zugezogen werden sollen, aber

nur

nur mit beratender, nicht mit beschließender
Stimme. Der Rechtsausschuß empfiehlt Ihnen, so
zu beschließen.

Stadt. D i e t e r m a n n : Meine Damen und Herren! Ich nehme in dieser Hinsicht einen anderen Standpunkt ein als der Rat der Stadt. Es ist unbedingt notwendig, daß die Betriebsräte an den Sitzungen der Deputationen mit beratender und beschließender Stimme teilnehmen. Vor allen Dingen muß anerkannt werden, daß die Betriebsräte Fachleute sind, die den Betrieb kennen, während die übrigen Deputationsmitglieder von grünen Tisch aus urteilen und die Sache nicht so fachmännisch beurteilen können, wie es im Interesse der Stadt notwendig erscheint. Ich berufe mich in dieser Beziehung auf das Betriebsrätegesetz in den §§ 76 und 78. Die Städteordnung läßt es zu, daß die Betriebsräte zu den Deputations-sitzungen gezogen werden. Sie besagt in § 61:

„Die Stadtverordneten und Kommissionen können zur Begutachtung, sowie zur Mitausführung einzelner zu ihren Wirkungskreisen gehörenden Geschäfte 1/

andere

andere Einwohner zuziehen, um von ihnen Auskunft und Gutachten zu erhalten."

Als diese städtische Ordnung geschaffen wurde, gab es noch keine Betriebsräte, und wir als Stadtverordnete könnten diese Umänderung in der Deutung des Gesetzes beschließen, denn uns als Stadtverordnete ist das Recht gegeben, Änderungen zu beschließen.

Es sagt der § 45 der Städteordnung, der über den Geschäftskreis der Stadtverordneten spricht: „Die Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich, wenn statutarische Bestimmungen, polizeiliche Reglements oder vorübergehende Einrichtungen in Gemeindewesen beschlossen, aufgehoben oder abgeändert werden sollen.“ Sie sehen daraus, daß es uns möglich ist, die Städteordnung in der von uns gewünschten Weise umzuordnen und für unsere Betriebsräte das Recht zu erhalten, an den Sitzungen der Deputationen mit beratender und beschließender Stimme teilzunehmen.

nehmen. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Es kommt in dieser Sache nicht der Paragraph der Städteordnung in Betracht, der von dem Herrn Vorredner angeführt ist, sondern der Paragraph, der von den Deputationen handelt, nach dem diese zur dauernden Verwaltung oder Beaufsichtigung einzelner Geschäftszweige gebildet werden sollen. In den Ausführungsbestimmungen hat die Stadtverwaltung festgelegt, daß diese Deputationen zu besonderen Verwaltungshandlungen befugt sind. Nun weiß ich sehr wohl, daß die Stadtverordneten in der letzten Zeit wegen der Gruppierung hier im Saale von der Festlegung der Stadtverwaltung in manchen Punkten abgewichen sind, aber ich muß darauf hinweisen, daß es jedenfalls etwas Neues ist, wenn in diese Deputationen jetzt als vollberechtigte Mitglieder Personen eintreten sollen, die nicht von den städtischen Behörden gewählt sind, sondern von anderer Stelle bestimmt werden. Das ist etwas, was meiner

Ansicht

Ansicht nach nicht mit der Städteordnung zu vereinbaren ist. Ich meine, Ordnung müssen wir in dieser Sache haben. Wenn man hier einfach beschließen würde, daß in Zukunft die Mitglieder der Betriebsräte als vollberechtigte Mitglieder an den Sitzungen der Deputationen teilnehmen, dann müßte wenigstens die Zahl dieser Mitglieder festgelegt werden, sonst könnte es kommen, daß mehr Mitglieder aus den Betriebsräten in der Deputation erscheinen, als Vertreter der städtischen Behörden, und daß ^{somit} die Mitglieder aus den Betriebsräten die Mehrzahl in der Deputation hätte; das geht doch nicht an. Wenn die Stadtverordneten es für angemessen halten, statt eines Mitgliedes aus ihrer Mitte den einen oder anderen Arbeitervertreter in die Deputation zu entsenden, so ist nichts dagegen einzuwenden, aber die Sache so zu handhaben, wie Sie es wünschen, ist doch nicht möglich. Wir haben den Wünschen der Arbeiter schon bisher soweit es irgend möglich war,

Rechnung

Rechnung getragen, indem wir sie besonders bei den Verhandlungen in der Lohndeputation zugezogen haben, haben mit ihnen diese Sachen besprochen und ~~dann~~ ^{schon} nicht in ihrer Abwesenheit entschieden. Der Rat der Stadt steht auf dem Standpunkt, daß sich dieses durchaus bewährt hat, daß wir in bestimmten Deputationen, die in der Vorlage erwähnt sind - in der Deputation für die Gas- und Wasserwerke, Harstalldeputation, Deputation des Pflegehauses -, wenn Organisationsfragen oder Fragen, die die Arbeiter speziell interessieren, erörtert werden, ohne weiteres ~~die~~ Mitglieder der Betriebsräte in der Beratung hören. Wenn es aber so sein sollte, daß an allen Sitzungen die Vertreter der Betriebsräte teilnehmen, so will ich nicht bestreiten, daß allerdings den Arbeitern in manchen Beziehungen eine besondere Kenntnis über die Einzelheiten des Betriebes zu eigen ist, die dem betreffenden Ratsmitgliede, das den Vorsitz in der Deputation führt, fehlt, aber

es kommen doch in der Deputation ^{auf} eine Menge Fragen vor, die die Arbeiter als solche gar nicht interessieren. Das haben Arbeitervertreter, mit denen ich über diese Frage verhandelt habe, ohne weiteres zugegeben. Bei Beschlüssen über den Einkauf von Kohlen, Verkauf von Teer usw. kann man nicht sagen, daß der Arbeiter das besser zu beurteilen versteht, als die städtischen Vertreter. Ich möchte bitten, es bei dem zu lassen, was der Rat Ihnen vorgeschlagen hat.

V o r s i t z e n d e r : Herr Dietermann,
hat einen Wunsch geäußert, der über das hinausgeht,
was hier von der Kommission beantragt ist, einen
Antrag aber hat er nicht gestellt. Ein solcher hätte
schriftlich eingereicht werden müssen.

Stadt v. S t e g m a n n : Ich möchte folgenden Antrag stellen:

„An allen Sitzungen der Deputationen nehmen je 2 Vertreter der Betriebsräte mit beratender und beschließender Stimme teil.“ Es ist vom Herrn Oberbürgermeister auf die Neuheit einer solchen Vertretung der Betriebsräte in den Deputationen hingewiesen worden; es stünde einzig da, daß Vertreter der Arbeiter an diesen Beratungen mit beratender und beschließender Stimme teilnehmen. Es ~~entspricht~~ das aber dem Betriebsrätegesetz, und auch in den städtischen Betrieben sollten diesen Bestimmungen Rechnung getragen werden. Wenn die Städteordnung ~~so etwas~~ ^{hier} nicht zuläßt, so ist es ~~keine~~ eine Ungeheuerlichkeit, wenn die Städteordnung umgearbeitet wird. Es mag sein, daß Arbeitervertreter sich dem Herrn Oberbürgermeister gegenüber dahin geäußert haben, daß sie nur an solchen Sitzungen teilzunehmen wünschen, in denen Lohnangelegenheiten und sonstige

die

die Arbeiter betreffende~~n~~ Angelegenheiten verhandelt werden, aber ich habe mich erkundigt, habe insbesondere mit Vertretern des Staats- und Gemeindev~~er~~beiterverbandes über ihre Stellungnahme ^{gefragt} erkundigt, und habe ~~nur~~ gehört, daß sie der Meinung sind, ihre Vertreter sollten an allen Sitzungen der Deputationen teilnehmen. ^{die Anfragen sind mit Recht ihr Anfall,} ~~weil es eine Menge Dinge gibt, die~~ ^{daß es} ~~dort~~ außer den angegebenen Fragen auch die Arbeiter interessieren und es der Stadt nicht zum Schaden gereicht, wenn bei Neueinrichtungen der praktische Rat der Arbeiter in Erwägung gezogen wird. Es erscheint wünschenswert und das Betriebsrätegesetz läßt es zu, daß die Arbeiter in den Deputationen sich mit betätigen, um Einsicht in die Führung der Betriebe zu bekommen und dabei mitwirken können im eigenen Interesse und im Interesse des betreffenden Werkes. - Wenn Sie nicht einwilligen sollten, die Arbeitervertreter mit beschließender Stimme zuzulassen, so bitte ich Sie, wenigstens sie mit beratender

Stimme

Stimme an den Sitzungen teilnehmen zu lassen.

V o r s i t z e n d e r : Der Ausschuß hat die Meinung des Rates gutgeheißen, die dahin geht: Die Arbeitervertreter sollen zu den Sitzungen hinzugezogen werden, soweit dort über Lohn- und sonstige die Arbeiterinteressen berührende Fragen, insbesondere über Organisationsfragen, die für die Arbeiter von Bedeutung sind, beraten wird, und zwar mit beratender Stimme.

Der Antrag des Herrn Stegmann geht weiter; ich stelle ihn zuerst zur Abstimmung.

Der Antrag wird abgelehnt.

Stadt v. S t e g m a n n : Ich bitte nun, in
meinem Antrage ~~das~~^{alle} Worte „und beschließender Stimme“
zu streichen und den Antrag in folgendem Wortlaut
zur Abstimmung zu bringen:

An allen Sitzungen der Deputationen nehmen
~~jetzt~~ 2 Vertreter der Betriebsräte mit beratender
Stimme teil.“

Dieser Antrag Stegmann wird von der Versammlung angenommen.

(16:17 Stinner).

Stadtverordn. Dr. J a s p e r : Ich bitte klarstellen zu wollen, ob unsere Auffassung richtig ist, daß sich dieser Antrag auf die Deputationen bezieht, die in den Anschreiben des Rates erwähnt sind.

(Wird von Herrn Stadtverordneten Stegmann bejaht.)

8. Gewährung des Ortszuschlages nach Klasse

B an die städtischen Beamten und Lehrkräfte.

Damit verbunden: Antrag Marth, betreffend die Deckung der hierbei entstehenden Mehrausgaben, und Antrag Stegmann, betreffend die Erhöhung der Bezüge der Angestellten und Arbeiter.

Stadtv. M u n t e : Diese Vorlage ist wohl die wichtigste von alle den Vorlagen, die wir heute zu beraten haben; in der Finanzkommission hat sie uns in ausgedehntem Maße beschäftigt. Sie zerfällt in 2 Teile. In dem mit I bezeichneten Teile macht der Rat der Stadt darauf aufmerksam, daß die von uns beschlossene städtische Besoldungsordnung eigentlich nur bis zum 30. Juni dieses Jahres Geltung haben soll und bis dahin einer Nachprüfung unterzogen werden sollte. Diese Nachprüfung ist un deswillen bis zum Ende des Juni hinausgeschoben worden, weil

der

der Staat die Nachprüfung seiner Besoldungsordnung bis zum 1. April erledigt haben wollte und die Stadt sich den Beschlüssen des Staates in gewisser Weise anschließen wird. Der Staat ist aber noch nicht dazu übergegangen, seine Besoldungsordnung nachzuprüfen, und da es praktisch ist, nicht unsererseits die Besoldungsordnung, soweit sie reformbedürftig ist, jetzt abzuändern und in einem halben Jahre, wenn der Staat seine Nachprüfung beendet hat, vielleicht noch einmal, so schlägt der Rat der Stadt vor, wir möchten mit der Nachprüfung bis auf weiteres warten. Dazu wird auf Seite 3 der Vorlage der Antrag des Rates aufgeführt: Die Zustimmung dazu auszusprechen, daß die Besoldungsordnung der Stadt, wie sie in Dezember vorigen Jahres von uns beschlossen ist, auch nach dem 30. Juni dieses Jahres bis auf weiteres zur Anwendung kommt.

Ich würde es für praktisch halten, wenn die Abstimmung über diesen Antrag vorweg genommen würde
und

und somit von der Ortsklassenveränderung ausscheidet, wenn auch der Finanzausschuß mir zu dieser Anregung keine Direktive gegeben hat. (Zuruf: Fortfahren in einem *weg* !)

Ich komme nun zum zweiten Teil. Wie Sie sich erinnern werden, ist diese Vorlage des Rates auf den Antrag des früheren Stadtverordneten Rönneburg uns vorgelegt. Sie ist seit längerer Zeit in Ihren Händen und so nehme ich an, daß Sie mit dem Inhalt der auf 5 eng beschriebenen Seiten enthaltenen Ausführungen des Rates sich bekannt gemacht haben. Sie haben daraus entnehmen können, daß durch die neue Ortsklasseneinteilung, die außerhalb des Bereichs unserer Macht liegt, sondern über die in Berlin verfügt wird, die Stadt Braunschweig in eine höhere Ortsklasse gekommen ist. Wir sind daran gebunden, uns nach den Bestimmungen des Reichs zu richten, es steht sogar der Ausdruck in der Vorlage, daß den Gemeinden unter Außerachtlassung ihres Rechts auf

Selbst-

Selbstverwaltung zu verstehen gegeben⁶ ist, daß die der staatlichen gleiche städtische Besoldung, falls nötig, durch Gesetz erzwungen werden würde. Einen solchen Zwang will aber wohl niemand von uns abwarten, und die Gerechtigkeit gegen unsere eigenen Beamten erfordert es, sie gegenüber den Reichs- und Staatsbeamten nicht schlechter zu stellen. Sie wissen, daß das Reich die Zuschläge, die aus der Änderung der Ortsklassen sich ergeben, in vollen Ufange, sogar zurückdatiert bis zum 1. April 1920 angewiesen hat und daß sie ausgezahlt sind und daß auch der Staat dasselbe getan hat. Es wird zwar in der Vorlage darauf hingewiesen, daß das kein sehr gutes Beispiel ist, mit dem das Reich vorangegangen ist, es wird sogar ein schlechtes Beispiel genannt, aber die Tatsache läßt sich nicht umgehen. Wir haben uns nun mit der *Vörlä* Frage zu beschäftigen, ob und wie weit wir diesem Vorgehen des Reiches und des Staates folgen sollen. Es ist in der Kommissionsit-

zung

zung ernsthaft in Erwägung gezogen und hat den breitesten Raum eingenommen, wie diese Frage zu einer möglichst einstimmigen Erledigung zu bringen ist. Einstimmigkeit herrschte wohl insofern, als wir alle bereit gewesen sind, die Zuschläge, wie sie sich durch diese Ortsklassenveränderung ergeben, zu bezahlen, und zwar zunächst vom 1. April 1921 an. Damit ersucht der Finanzausschuß die Versammlung, sich dem Punkte 2 a (auf Seite 3 der Vorlage):

„Erhöhung der ~~Ortsklasse~~ Ortszuschläge nach den reichsgesetzlichen Sätzen der Ortsklasse B für die Stadt Braunschweig und der Ortsklasse B für Rünningen“ ~~sich~~ anzuschließen. Die Verschiedenheit der Auffassungen in der Kommission bestand darin, von welchem Zeitpunkt ab die Nachzahlung an die städtischen Beamten zu erfolgen hat. Es ist darauf hingewiesen worden, daß dann, wenn wir nicht die Rückdatierung auf den 1. April 1920 vornehmen würden, eine Ungleichheit in
der

der Bezahlung unserer Beamten dadurch vorhanden wäre, daß inzwischen die sämtlichen Bürgerschullehrer zu Staatsbeamten geworden sind und bereits die betreffenden Auszahlungen erhalten haben. Die Mittelschullehrer dagegen und die Lehrer an den Oberrealschulen sind nicht in den Staatsdienst übernommen worden und würden bei einem solchen Beschlusse unsererseits von der Rückdatierung ausgeschlossen sein, ebenso die sämtlichen Beamten der Stadt.

Es ist von allen Seiten darauf hingewiesen, daß es allerdings für die Stadt recht schmerzlich sei, diese Rückdatierung und die daraus folgende Nachzahlung für 1920/21 vorzunehmen, wodurch der Stadt eine Ausgabe von rund 560 000 Mark entsteht, besonders schmerzlich in einer Zeit, wo wir nicht wissen, woher wir das Geld für die ordentlichen Ausgaben der Stadt nehmen sollen. Es ist der dringende Ruf in der Ausschusssitzung erschallt, man möge mit Bewilligungen in Zukunft recht vorsichtig sein, und

VOR

vor allen Dingen keinen Neubewilligungen zustimmen, für die die Deckungsfrage noch nicht gelöst ist.

Es haben sich dann die Mitglieder des Finanzausschusses - das Zeugnis muß man ihnen ausstellen - alle Mühe gegeben, Steuern zur Deckung der nötigen Summe vorzuschlagen, aber Anregungen, denen direkt Folge gegeben werden kann, sind ^{dar} ~~durchaus~~ nicht hervorgegangen. Ich nehme an, daß die Herren, die sich in dieser Sache eifrig bemüht haben, ihre Anträge zu Papier bringen und uns vorlegen werden. Hoffentlich sind recht viele brauchbare und einkönnliche Vorschläge dabei. Bis zum Schluß der Kommissions-sitzung konnten wir keinen Beschluß über diese Frage herbeiführen. Dagegen sprach sich in der Abstimmung die Mehrheit des Finanzausschusses trotz der schlechten Finanzlage der Stadt ^{darin aus,} im Hinblick darauf, daß es eine Ungerechtigkeit darstellen würde, wenn man in der Stadt nicht ebenso vorgehen würde wie im Reich und im Staat, der Stadtverordnetenversammlung

zu empfehlen, die Nachzahlung vom 1. April 1920 an zu bewilligen.

Nach dieser Aussprache ist von Herrn Stegmann ein Antrag eingebracht worden, den ich mich bemüht habe aus dem Gedächtnis heraus zu formulieren, und zwar hat er ihn ^{nicht} (in folgender Form gestellt:

„Der Rat wird ersucht, eine Nachprüfung zu veranlassen, ob eine Änderung in den Gehalts- und Lohnverhältnissen der Angestellten und Arbeiter durch die Versetzung Braunschweigs in die Ortsklasse B vorzunehmen ist.“

Wenn ich mich in der Form irre, so ergänzen Sie mich freundlichst noch. - Weil es sich bei dieser Sache um viele Fragen handeln würde, bei denen manche Einzelheiten festgestellt werden müssen, was am besten in kleinen Kreise geschieht, ist noch ein Antrag eingebracht, und den glaube ich nicht als von einem bestimmten Herrn zu bezeichnen, sondern möchte ich kurzweg als Antrag des Finanzaus-

schusses

schusses einbringen. Er lautet:

„Die Versammlung möge beschließen, daß die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten auch in Zukunft durch die Gehalts- und Lohndeputation selbständig geregelt werden.“

Ich glaube, es war bislang so, daß diese beiden Deputationen die strittigen und Zweifelsfälle selbst geschlichtet haben.

Es war dann noch die Rede davon, welcher Tag als Stichtag für die Auszahlung dieser Nachzahlungen ~~di~~ gelten sollte, und dafür wurde vorgeschlagen: Alle diejenigen, die am ersten Zahlungstage noch in Dienste der Stadt sind, bekommen dieses Geld; diejenigen, die zwangsweise oder freiwillig aus ihrer Stellung geschieden sind, erhalten sie nicht. Über die Nachzahlung bei etwa eintretenden Pensions- oder Todesfälle würden die Gehalts- und Lohndeputation zu entscheiden haben, denen über derartiges könnte in der Vollversammlung kaum entschieden werden.

Ich

Ich glaube, daß ich damit aus dem Gedächtnis heraus alles erwähnt habe, was zur Aufklärung der Versammlung dienen kann, und stelle namens des Finanzausschusses den Antrag, den Anträgen des Rats zuzustimmen, nämlich

1/ daß die Besoldungsordnung auch nach dem 30. Juni dieses Jahres bis auf weiteres zur Anwendung kommt,

2/ den städtischen Beamten die Vergütungen, die hier unter a, b, c angeführt sind, zu gewähren

(a/ Erhebung der Ortszuschläge nach den reichsgesetzlichen Sätzen der Ortsklasse B für die Stadt Braunschweig und der Ortsklasse D für Rünigen.

b/ Erhebung des Ausgleichszuschlages zum Grundgehalte und Ortszuschlage für die Stadt Braunschweig von 65 auf 67% und für Rünigen von 55 auf 60%.

c/

- c/ Erhebung des Ausgleichszuschlages zu
den Kinderbeihilfen für die Stadt
Braunschweig von 100 auf 125%.)
3. Nachzahlung für die Zeit vom 1. April 1920
bis zum 31. März 1921 in der auf Seite 5 der
Vorlage angegebenen Höhe von ~~55039~~ (Mark.
559039)

Stadt v. M a r t h : Der Herr Berichterstatter hat sich bemüht, in eingehender Weise die Vorlage, welche eben der Versammlung zur Beratung vorliegt, zu begründen, hat auch versucht, die Licht- und Schattenseiten der Vorlage hervorzukehren. Es ist nun aber doch noch Verschiedenes zu der Vorlage zu erwähnen. Als wir bei der Beratung der Besoldungsreform den Ortszuschlag festlegten, haben wir bestimmt, daß die städtischen Behörden von Fall zu Fall die Höhe des Ortszuschlages festzulegen haben. Da nun in der Zwischenzeit das Reich die Ortszulage für Braunschweig nach Klasse B festgesetzt hat, so tritt jetzt an die Stadtverordneten und an den Rat der Stadt die Frage heran, ob sie gewillt sind, auch für die Stadt Braunschweig den Ortszuschlag nach Klasse B einzuführen. Wenn man die Sache richtig beurteilt und bedenkt, daß das Reich seine

seine Beamten in der Stadt in die Ortsklasse B versetzt hat und wie der Staat dieselben Einrichtung getroffen hat, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß man die städtischen Beamten nicht schlechter stellen darf als alle anderen Beamten in der Stadt Braunschweig und man ihnen demnach auch das gleiche Recht in bezug auf den Ortszuschlag zuerkennen muß.

Nun erinnerte schon der Herr Berichterstatter daran, daß das Statut, welches bei Beratung der Besoldungsreform hier verabschiedet war, bis zum 30. Juni dieses Jahres nachgeprüft werden sollte. Das ist nicht geschehen, weil teilweise das Reich mit seiner Nachprüfung noch nicht fertig war und weil das Land Braunschweig überhaupt noch nicht zur Nachprüfung geschritten ist. Der Rat der Stadt und der Finanzausschuß scheinen nun auf dem Standpunkt zu stehen, daß man unter diesen Umständen mit der Nachprüfung warten sollte, bis der Staat mit dieser Sache

zu

zu Ende gekommen ist. Meine Freunde und ich stehen auf einem anderen Standpunkt und sagen: Einmal muß mit diesen unfertigen Zuständen ein Ende gemacht werden, einmal muß doch reine Bahn gemacht werden, und möglich ist es, daß in kürzerer Frist die Nachprüfung seitens der Stadt vorgenommen wird, noch dazu, wo das Reich mit seiner Nachprüfung fertig ist. Wenn wir mit unserer Nachprüfung warten wollen, bis der Staat damit fertig ist, so kann das noch langweilig werden; es sind keine Anzeichen vorhanden, daß dort die Nachprüfung bald vorgenommen wird. Wenn wir erst nach dem Staate unsere Nachprüfung stattfinden lassen wollen, dann werden wir zu einem endgültigen Abschluß erst nach einem Jahre kommen. Der Beamte aber muß wissen, was er an Gehalt bekommt. Das Reich hat die Sperrgesetze erlassen, und wenn wir die Reichsbestimmungen zur Richtschnur nehmen, dann muß es möglich sein, die Gehaltsreform endgültig zum Abschluß zu bringen. Ich möchte des-

halb

halb den Rat der Stadt bitten, uns eine diesbezügliche Vorlage zugehen zu lassen, damit endlich in der Beamtenschaft Ruhe einkehrt. Daß die Erledigung dieser Sache bis zum 30. Juni nicht mehr möglich ist, ist selbstverständlich, und so müssen wir dieses Provisorium selbstverständlich auch solange verlängern, bis tatsächlich eine Vorlage des Rats eingebracht und erledigt ist. Wir werden also dafür stimmen, daß die Gültigkeit des Besoldungsstatuts bis dahin verlängert wird, bis die Neuregelung erfolgt.

Zweitens handelt es sich um die Nachzahlungen, welche bis zum 1. April 1920 zurückdatiert werden sollen. In diesem Punkte könnte man zweifelhaft sein, ob die Stadt diese Nachzahlungen vollständig leisten will. Auch hier muß man in Betracht ziehen, daß das Reich seinen Beamten die Bezüge vom 1. April 1920 an nachgezahlt hat. Unsere Besoldungsreform war ebenfalls nur eine vorläufige, nicht eine abgeschlossene,

sene,

sene, und darum glaube ich, und meine Freunde, daß man sie rückwärts revidieren muß und so den Beamten in der Stadt die Bezüge vom 1. April 20 an ebenfalls gewähren muß. [Nun kommt aber ein Bedenken: Die Stadt ist in einer ungünstigen Finanzlage, wo sollen die Mittel hergenommen werden? Es geht nicht an, ohne weiteres nur zu bewilligen, ohne die Deckungsfrage zu berühren, insbesondere muß man bei solch großen Summen die Lösung der Frage versuchen, woher die Mittel genommen werden sollen, und wie können wir zur Deckung dieser Ausgaben Steuern einführen, welche nicht die breite Masse des Volkes belasten. Dazu haben meine Freunde einen Antrag einzubringen. Wir versuchen den Rat, die Wertzuwachssteuer wirksamer auszugestalten und eine Luxussteuer einzuführen, um auf diese Weise die Beträge zu erhalten, welche für die Beamtenschaft aufzubringen notwendig ist. Wenn man die vorgeschlagenen Steuern sich einmal ansieht, so wird man sagen müs-

sen

sen, daß die Wertzuwachssteuer eine der gesündesten Steuern ist, die vorgeschlagen werden kann: die Steuer auf den Zuwachs an Wert, auf den niemand ein Recht hat, da er ohne Verdienst einzelnen zufällt. Wie wir alle wissen, sind während der Kriegszeit und Revolutionszeit kolossale Kriegs- und Wucherergewinne in die Tasche gesteckt worden. Es ist nötig, daß man diese Gewinne anfaßt und etwas kleiner macht. Auch den Häuserwucher bei dieser Gelegenheit zu fassen ist nötig, indem diejenigen, die den Grund und Boden mit den Baulichkeiten zu Wucherpreisen verkaufen in ganz gehöriger Weise zur Steuer herangezogen werden, so daß den unsoliden Verkäufern von dem erzielten Mehrwert überhaupt nichts mehr bleibt. In solchen Fällen würde es nicht unzweckmäßig sein, wenn man den ganzen Wertzuwachs durch die Besteuerung wegnimmt. (Sehr richtig!) Auf diese Weise wäre es möglich, die Mittel aufzubringen, um den städtischen Beamten ihr Recht zu gewähren. Manche der Kriegsgewinnler haben sich

sich Kraftfahrzeuge und Karossen angeschafft, und in solchen Fällen ist es notwendig, daß bei den heutigen Zuständen, wo alles heruntergewirtschaftet ist, diese Leute, die sich einen solchen Luxus erlauben können, eine gehörige Steuer bezahlen. Wer sich ein Auto leisten kann, mag dafür 1000 - 2000 Mark Steuer bezahlen; wer sich Reitpferde und Karossen halten kann, der hat auch Geld, um eine hohe Steuer dafür begleichen zu können, sonst soll er das lassen und in einer solch schlechten Wirtschaftslage, wie sie nach dem Kriege herrscht, leben wie andere Menschen auch. Ich möchte den Rat bitten, uns eine derartige Steuervorlage einzubringen, die wir beschließen können und dadurch nur diejenigen treffen, die tatsächlich die Mittel haben und ohne ihr Zutun und eigenes Bemühen zu viel Geld gekommen sind. Jede Steuer aber für diese weiteren Ausgaben, die die breite Masse belastet, müssen wir rundweg ablehnen, denn die breiten Massen werden eben schon

VOM

von Reich auf alle mögliche Weise belastet, und viele Steuern, wie die Umsatzsteuer, Mietssteuer und andere werden doch immer wieder auf die breiten Massen abgewälzt. - Meine Freunde sind also dafür und bitten auch sie, zuzustimmen, daß den städtischen Beamten die Nachzahlung der Bezüge bis zum 1. April 1920 rückwärts gewährt werden.

Es ist nun noch ein zweiter Antrag zu ~~beziehen~~ besprechen, ein Antrag des Finanzausschusses und des Herrn Stegmann, der die Nachprüfung der Bezüge der Angestellten und Arbeiter wünscht. Auch meine Freunde sind der Ansicht, daß man eine Prüfung in dieser Hinsicht vornimmt und daß auch bei den Angestellten und Arbeitern, wenn sich Bedenken bezüglich ihrer bisherigen Bezüge herausstellen, eine Aufbesserung vornimmt. Auch hier soll man nachprüfen, ob Härten bestehen, wie wir sie schon verschiedentlich zur Sprache gebracht haben, und ^{mufs} ~~müssen~~ versuchen, sie aus der Welt zu schaffen. Wenn sich ergibt.

ergibt, daß die Arbeiter bei den heutigen Verhältnissen mit ihren Bezügen nicht auskommen können und daß sich eine Erhöhung notwendig macht, so muß bei dieser Gelegenheit versucht werden, ihnen gerecht zu werden. Gerecht wollen ^{wir} in gleicher Weise Beamte, Angestellte und Arbeiter behandeln. Die Mittel aber für diese Aufbesserungen müssen wir aufzubringen suchen durch Steuern, welche nur die tragfähigen Schultern belasten, aber die Allgemeinheit entlasten.

Stadt. J a h r : Meine verehrten Damen und Herren! Nach diesen ausführlichen Darlegungen des Herrn Berichterstatters und des Herrn Marth will ich mich kurz fassen. Herr Marth^{hat} im Laufe seiner Ausführungen das wiederholt, was der Herr Berichterstatter vorgebracht hat, und wenn ich das auch noch einmal wiederholen wollte, so würde das nur die Dauer der Sitzung verlängern.

Das Schreiben des Rates zerfällt in zwei Teile. Zunächst wird vorgeschlagen, die Revision der Gehaltsordnung ~~erst~~^{dann} vorzunehmen, nachdem man im Staate damit vorgegangen ist; Herr Marth steht auf einem anderen Standpunkt. Allerdings muß auch ich bedauern, daß der Staat mit der Nachprüfung der Besoldungsordnung dem Reiche und Preußen noch nicht gefolgt ist; es geht im Staate Braunschweig recht langsam. Das hat man schon von der alten Regierung gesagt, aber auch unter der neuen Regierung geht alles verhältnismäßig sehr langsam von statten; eine

Besse-

Besserung ist also bei der neuen Regierung nicht zu verzeichnen. Wir müssen uns damit abfinden und mit unserer Nachprüfung warten. Es wäre voreilig von uns, wenn wir unsere Revision vornähmen und hätten nicht vorher Kenntnis davon genommen, wie die staatlichen Beamten eingruppiert sind. Wir kommen zu besseren Resultaten, wenn wir die Grundlage abwarten, die der Staat aufstellen wird. Deshalb befürworte ich, daß die Revision der Besoldungsordnung in der Stadt einstweilen aufgeschoben wird.

Bezüglich des zweiten Punktes der Vorlage können wir uns der Tatsache nicht verschließen, daß wir uns dem Vorgehen des Reiches und des Staates anschließen und die Nachzahlungen ab 1. April 1920 gewähren müssen. Eine große Debatte darüber ist meiner Meinung nach nicht nötig. Bisher war es so, daß man in Braunschweig die Beamten schlechter besoldet hat als im Reich und in Preußen; es ist zu wünschen.

wünschen, daß man mit dieser Methode abbrechen und die Beamten überall gleichmäßig besolden möchte. Deshalb bitte ich dringend, den Ortszuschlag für Braunschweig nach den Sätzen der Ortsklasse B zu bewilligen, einerlei, ob die Deckungsfrage für diese Ausgabe erledigt ist. Wenn wir uns über die Deckungsfrage, wie sie Herr Marth wünscht, weiter ausbreiten würden, dann würden wir heute mit der ganzen Frage über die Ortsklasse B nicht fertig. In übrigen werden meine sämtlichen Freunde dem Antrage der Herren Marth und St. Dr. Jasper zustimmen, in dem gewünscht wird, daß wir derartige Luxussteuern usw. einführen. Auch wir haben in engeren Kreise diese Fragen besprochen, und es hat sich da kein Widerstand gegen solche Steuern gezeigt. Auch die Lustbarkeitssteuer kann ganz gehörig herangezogen werden; wir haben sie zu 700 000 Mark veranschlagt und 1 800 000 Mark sind dabei herausgeholt. Damit belasten wir nicht die breite Masse - diese kann es sich

sich nicht erlauben, heute auf diesen Vulkan zu tanzen - sondern die Masse, die jeden Tag tanzen kann, in Kinos und Spelunken hineingehen kann.

(Zuruf: Weindielen!) Ich bin während dieser Tage in Berlin gewesen; diesen Luxus und diese Lustbarkeiten zu sehen, das widert einen an. Da anzufassen und noch Millionen herauszuholen, das ist mein Standpunkt. Heute möchte ich Sie nur bitten, dafür mit einzutreten, daß die Sätze der Ortsklasse B auch für die städtischen Beamten zur Auszahlung kommen, einerlei, ob eine Lösung für die Deckungsfrage gefunden wird, und die Revision der Besoldungsordnung auszusetzen, bis der Staat damit vorgegangen ist.

Stadt. S i e u e r s : Herr Jahns hat seine Ausführungen damit begonnen, daß er sagte, er wollte nicht, wie Herr Marth es getan habe, das Nachhören, was schon der Herr Berichterstatter vorgetragen hat. Trotzdem ist er in denselben Fehler verfallen und hat nichts anderes geboten, als was schon vorher dargelegt war. Er lehnte es ab, sich mit der Deckungsfrage zu beschäftigen, und hielt uns ^{vor} seinen Vortrag über den Luxus, den er in Berlin gesehen hat. [Ich muß etwas eingehender auf das Anschreiben des Rats eingehen, weil es mir getragen zu sein scheint ~~aus~~ ^{von} einem Geiste, den ich nicht verstehe und nicht billigen kann, der durchaus der alte ist und von dem neuen nicht einmal einen Hauch verspürt hat. Was für eine Auffassung der Rat der Stadt über die Beamten hat, das kennzeichnet er dadurch, daß er in seinem Schreiben fortdauernd die Bezüge, die zu bewilligen sind, als Vergünstigungen bezeichnet, die den

den Beamten zuteil werden sollen. Von Vergünstigungen kann hier keine Rede sein. Jeder Beamte, Angestellte und Arbeiter ist berechtigt, so viel zu fordern, daß er ausreichend davon leben kann, und die Stadt hat die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, so viel zu zahlen, daß jeder von ihr Beschäftigte ein auskömmliches Dasein hat, es kann aber keine Rede davon sein, daß den Beamten, wenn sie angemessene Bezüge bekommen, irgend welche Vergünstigungen gezahlt werden, für die sie möglicherweise kniefällig dem Rat der Stadt zu danken hätten. Das, was jetzt hier vorgeschlagen worden ist, ist absolut notwendig, um den Beamten das Allernotwendigste zu geben. Der Rat der Stadt hat in einem Satze in der Vorlage zugegeben, daß die Zuschläge, wie sie mit der Besoldungsordnung eingeführt sind, durchaus nicht günstig auf die städtischen Finanzen einwirken, und sagt, daß die Finanzwirtschaft im wesentlichen dadurch leidet, daß Nachbewilligungen vorkom-

men

nen und daß überhaupt die ganze Besoldungsfragen in einer Art und Weise geregelt werden, die mit den städtischen Etatjahren schlecht in Einklang zu bringen sind. Er gibt die Schuld daran in dem nächsten Satze mit Recht der vollständig verfahrenen Besoldungspolitik, wie sie vom Reich und vom Staat betrieben wird. Nun schließen wir aber nicht daraus, daß, wenn das Reich und die Länder mit der Gehaltsreform gesündigt haben, die Beamten die Dummen sein müßten, die deshalb für ein Jahr auf die Nachzahlung verzichten müßten, sondern sind der Ansicht, daß wenn das Regierungssystem des Reiches versagt, so daß es nicht frühzeitig und pünktlich den Beamten das geben kann, was notwendig ist, dann sollen nicht die Beamten diejenigen sein, die die Kosten für die Barmlichkeit des Reiches und der Regierung tragen, sondern es ist Aufgabe des ^{Nachsch. Hoff.} ~~Stadts~~, hinwegzusehen über die kleinen etatrechtlichen Schwierigkeiten und nicht eine Vorlage zu machen, die darauf hinaus-

geht

geht, die Schwierigkeiten so weit in den Vordergrund zu bringen, daß es möglich wird, über diese den Rat der Stadt unsympathische Erhöhung der Gehälter hinwegzukommen. Noch aus einem anderen Grunde bin ich für scharfe Durchführung der mit der neuen Ortsklasse eintretenden Erhöhung der Beamtengehälter. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Löhne der Arbeiter und Angestellten in einem bestimmten Verhältnis zu den Beamtengehältern stehen. Der Arbeitgeberverband hat schon Protest dagegen eingelegt, daß man Braunschweig in die Ortsklasse B kommen läßt, weil die Herren wissen, daß die Erhöhung der Beamtengehälter durch Änderung der Ortsklasse auch ihre Rückwirkung haben werden auf die Löhne ihrer Arbeiter und Angestellten, und das wollen die Arbeitgeber nicht. Wenn der Rat der Stadt eine Vorlage macht, wie diese eine ist, die sich nach keiner Seite festlegt und es möglich erscheinen läßt, daß man die Erhöhung nicht vornimmt, dann

bedeutet

bedeutet das gleichzeitig, daß der Arbeiterschaft, die Aussicht haben, vielleicht nachsteigen zu können, diese Aussicht genommen wird und sie heruntergedrückt wird auf den Stand, der sich eingeführt hat in der Voraussetzung, daß Braunschweig zum Steuerungsbezirk C gehört. Da zeigt sich wieder einmal, daß ^{Arbeiter} Beamte und Angestellte, weil sie Arbeitnehmer sind, gleichmäßig ihre Interessen zu vertreten haben. Aber diese Ansicht ist bei den Beamten, und insbesondere bei den städtischen Beamten nicht so vertreten, wie es notwendig ist. Sie sehen in diesem Falle einmal wieder, was für Vorteile sie haben, wenn sie einheitlich mit der Arbeiterschaft dafür kämpfen, daß sie so besoldet werden, daß sie menschenwürdig leben können, und was für Schattenseiten es hat, wenn sie hoffen und vertrauen auf das System, das in Reiche herrscht, wobei nach 5/4 Jahren die städtischen Beamten in der zweifelhaften Lage sind, zu hangen und bangen: Bekommen wir die

Nachzahlung

Nachzahlung oder nicht?" Es ist menschenunwürdig, daß man einen Menschen wochen- oder monatelang in der Frage schweben läßt: Bekommst du die Nachzahlung oder nicht? Notwendig ~~sind~~^{ist} sie, denn Anschaffungen sind von dem bisher gewährten Gehalt nicht zu machen. Wenn dieses System weiter vorwärts geht, sind die Beamten und Angestellten Hampelwänner von Körperschaften, die über ihre Bezüge befinden, aber nicht Leute, die selbständig und frei ihren Wirtschaftskampf führen können mit der klaren Erkenntnis: Das müssen wir haben, und dafür werden wir kämpfen.

Es findet sich am Schlusse der Vorlage des Rats ein Satz, der mich zu weiteren Bemerkungen veranlaßt. Es steht dort, daß bei einer eventuellen Abstimmung im Rat der Stadt die besoldeten Ratsmitglieder sich nicht an ihr beteiligt haben würden. Es ist mir ganz und gar rätselhaft, aus welchen Motiven heraus die besoldeten Mitglieder des Rates an einer solchen

solchen Abstimmung nicht haben teilnehmen wollen, doch nicht aus dem Grunde, weil sie durch diese Maßnahme ihr eigenes Gehalt erhöhen würden. Wenn das der Grund wäre, so würde ~~das dafür maßgebend sein~~ ^{darauß folgen} daß überhaupt kein Gesetz mehr zustande käme, insbesondere kein Steuergesetz, denn jeder Reichsminister würde unter diese Steuergesetze fallen. Wenn dieses der Grund wäre, dann wäre es eine altjungferliche Zierlichkeit, zu der keine Veranlassung vorliegt. Die Herren ^{als Rats} der Stadt mögen getrost ^{und} ihre Vorschläge machen dürfen überzeugt sein, daß sie mindestens nicht unsererseits ^{Zufikurung} ~~Vorwürfe~~ bekommen werden, wenn sie sich zu hohe Gehälter angekreidet hätten. Sie haben keine Veranlassung, damit hinter den Berge zu halten, was notwendig ist.

Auffällig ist ferner, daß der Rat der Stadt ein Schreiben an uns geschickt, in dem steht: „Da die besoldeten Ratsmitglieder sich der Abstimmung, wenn es zu einer solchen gekommen wäre, enthalten hätten.“

hätten, so würde schließlich ein Beschluß zustande gekommen sein, dem eine besondere Bedeutung bei Lage der Verhältnisse nicht hätte beigegeben werden können." Das bedeutet faktisch: „Die unbesoldeten Ratsmitglieder sind nur unsere Hampelmänner; wenn wir besoldeten Ratsmitglieder nicht zur Abstimmung schreiten, kann es nicht darauf ankommen, was die unbesoldeten durch ihre Abstimmung schaffen. Ein wirklich wichtiger Beschluß, dem besondere Bedeutung beigelegt werden kann, wird nur zustande kommen, wenn wir besoldeten Stadträte mitstimmen." Ich denke, die unbesoldeten Stadträte haben die Mehrheit in Rate der Stadt, und ich wundere mich, daß sie nicht den nötigen Schneid aufgebracht haben, zu sagen: „Nun geht gut, wenn die besoldeten Ratsmitglieder nicht abstimmen wollen, mögen sie es bleiben lassen! Dann machen wir 7 die Sache untereinander ab, beschließen mit 7:0 oder mit 4:3 bei ~~unmündigen~~ 6 Stimmenthaltungen und haben den Mut, diese Auffas-

sung

sung als Auffassung der Mehrheit des Rates der Stadt den Stadtverordneten vorzulegen." Nicht richtig aber ist es, diesen kläglichen Ausweg zu wählen und gewissermaßen zu sagen: Wir unterschreiben selbst, daß ein Beschluß, der von uns allein gefaßt wird, keine besondere Wichtigkeit hat und lassen die Sache fahren, legen den Stadtverordneten ein Ding vor, in dem steht: „Hier sind die Vorteile der einen und anderen Stellungnahme, nun knobelt aus, was ihr wollt!“ Für diese Art und Weise, wie der Rat der Stadt die Politik in bezug auf die Besoldung seiner Beamten treibt, habe ich kein Verständnis. Ich weiß: der Grund hierfür ist das, worauf der Rat der Stadt früher und jetzt ^{halt} ~~bedacht~~ gewesen ist, das Prinzip der Sparsamkeit. Der Rat der Stadt glaubt, daß die beste Finanzpolitik getrieben wird, wenn er die Hand fest auf dem Beutel hält. Er nennt diese Politik Sparsamkeit, ich nenne sie viel richtiger Knäuserigkeit. Es ist nicht immer das richtige Prinzip gewesen, das der Rat der Stadt

Stadt hiermit eingeschlagen hat. Sie werden mir alle zugeben: Wenn der Rat der Stadt in den Jahren vor dem Kriege nicht eine so übertriebene und nach meiner Auffassung vollständig fehlgegangene Sparsamkeitswirtschaft getrieben hätte, ^{hätte} er uns in jener Zeit mit einigen städtischen Einrichtungen hätte beglücken können, die wir für ganz billiges Geld gehabt hätten. Wenn damals eine etwas großzügige Finanzpolitik, die nicht um den letzten Pfennig knappert, getrieben worden wäre, das hätte sich gelohnt, und wir hätten Einrichtungen in der Stadt, die wir nun auf Jahre hinaus nicht haben werden.

Was die einzelnen Anträge anbelangt, so werden wir für Erhöhung der Ortszulage nach den Sätzen der Ortsklasse B stimmen, desgleichen auch der Ausgleichszuschläge und der Kinderbeihilfe, und werden ferner auch dafür eintreten, daß sie vom 1. April 1920 ab gezahlt werden. Wie ich schon ausführte, hängt die Erhöhung eng zusammen mit der

not-

notwendigen Erhöhung der Vergütung für Arbeiter und Angestellte, und deshalb werden wir auch den Antrag Stegmann unterstützen, der verlangt, da dieser Teil der städtischen Arbeitnehmer aufgebessert ist, daß die Bezüge der Angestellten und Arbeiter ebenso gleichmäßig aufgebessert werden.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Herr Stadtverordneter Marth hat gemeint, es wäre jetzt Zeit, an die Nachprüfung der Gehaltsordnung zu denken. Ich habe in der letzten Versammlung der Stadtverordneten vor den Neubahlen darauf hingewiesen, daß der Rat der Stadt gern dazu bereit ist. Wir sind allerdings der Ansicht und haben damit keinen Widerspruch bei den Stadtverordneten gefunden, daß es besser wäre, erst die Reform durch den Staat abzuwarten. Es wäre mir heute lieb, wenn die Stadtverordneten ~~als~~ ^{Versammlung} solche zu dieser Frage Stellung ~~nehmen~~. Herr Jahns hat sich gegen die schleunige Vornahme der Revision ausgesprochen, und so haben sich in der Versammlung Stimmen dafür und dagegen erhoben. Wenn der Rat die Sache jetzt in die Hand nehmen will, so sind wir dazu bereit, möchten aber gern im Einverständnis mit der Stadtverordnetenversammlung vorgehen. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, über diese Anregung des Herrn Marth

ab-

abstimmen zu lassen.

Herr Marth hat sodann die neuen Steuern erwähnt, die vorgeschlagen werden. Es ist meiner Ansicht nach kein Bedenken dagegen geltend zu machen, daß wir versuchen, die angeführten Steuern zu bekommen. Ob wir allerdings Erfolg damit haben, besonders mit der Einführung der Automobilsteuer, darüber bin ich im höchsten Grad zweifelhaft, weil das Reich die Absicht hat, eine Steuer auf die Automobile zu legen. Auf die Erlaubnisscheine für Zulassung von Automobile können wir keine Steuer legen, das ist reichsgesetzlich ausgeschlossen. Es könnte sich nur um eine Steuer für Haltung von Automobilen handeln.

Herr Marth hat weiter gemeint, es wäre nötig, daß die Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter nachgeprüft werden, wenn die heutige Ratsvorlage angenommen würde. Ich habe bereits im Ausschuß erklärt, daß auch unserer Ansicht nach eine derartige

Prüfung

Prüfung an Platze wäre und habe anheingegeben, die Lohn- und Gehaltsdeputation mit entsprechender Vollmacht zu versehen.

Was die Ausführungen des Herrn Stadtverordneten Sievers betrifft, so glaube ich, daß ich mich kurz fassen kann. Wenn der Rat in seiner Vorlage den Ausdruck „Vergünstigungen“ gebraucht hat, so war der insfern an Platze, als die Sache bei uns so aufgezogen ist, daß in vielen Beziehungen die Beschlüsse der städtischen Behörden erst Recht schaffen für die einzelnen Beamten. Wenn die städtischen Behörden sagen: „Wir bewilligen jetzt mehr, als wir bisher bewilligt haben, dann haben wir das als eine „Vergünstigung“ angesehen. Sollte das ein falscher Ausdruck sein, so sagen wir „Aufbesserungen“. (Zuruf Sievers: „Das zeigt aber den Geist der Vorlage.“) Der Vorsitzende ersucht den Abgeordneten Sievers, die Zurufe zu unterlassen. Stadtverordneter Sievers antwortet: Werden Sie doch nicht nervös!!

Daß

Daß den Rat der Stadt, wie Herr Sievers meinte, die Aufbesserung der Beanten unsympathisch wäre, das ist eine vollständig unrichtige Auffassung. Wir stehen selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß wir unserer Beanten von Herzen das wünschen, was sie nötig haben, um angemessen leben zu können. Aber daneben, meine Herrschaften, haben wir allerdings auch die Verpflichtung, auf das Ganze zu sehen und die Finanzen der Stadt in Ordnung zu halten, und diesen Standpunkt wird der Rat auch in dieser Sache einnehmen trotz aller Einwendungen, die dagegen erhoben werden.

Wenn Herr Sievers sagte, der Rat habe sich bisher immer durch Knauserigkeit ausgezeichnet, so will ich ihm den Ausdruck nicht übel nehmen. Die Verhaltung der Sparsamkeit halte ich für ein Lob, denn die ist heute an vielen Stellen zu vermissen. Daß wir fortwährend den Knopf auf den Beutel gehalten hätten, als ob wir die Wächter der städtischen Schätze seien und die Stadtverordneten Mühe gehabt hätten.

hätten, an den Schatz heranzukommen, das trifft nicht zu. Das Gegenteil davon wird dadurch bewiesen, daß unsere Schuldenlast während des Krieges von 22 Millionen auf 62 Millionen Mark gestiegen ist. (Hört, hört!) Daß bei dieser Sachlage, wo uns die Steuerhoheit genommen ist - das wird auch Herr Sievers vielleicht wissen, (Zuruf des Stadtverordneten Sievers: Auch ich, vielleicht!?) daß wir da vorsichtig sein müssen und nicht jede Bewilligung ohne weiteres vornehmen dürfen, sondern mit den Stadtverordneten ein Einverständnis suchen, wie die Mittel zu beschaffen sind, halte ich für selbstverständlich. Es ist doch unsere Schuldigkeit, mit den Stadtverordneten darüber zu verhandeln.

Sodann ist es von Herrn Sievers für angemessen gehalten worden, auf den letzten Absatz unserer Vorlage näher einzugehen, in der von der unterlassenen Abstimmung im Rat der Stadt die Rede ist. Die Sache liegt

liegt folgendermaßen: Der Rat nahm den Standpunkt ein, daß er es für taktvoller findet, seine besoldeten Mitglieder an einer solchen Abstimmung nicht teilnehmen zu lassen. (Zuruf Sievers: Das war früher Mode). Ich weiß sehr wohl, daß es Leute in besoldeter Stellung gibt, die auf einem anderen Standpunkt stehen. Die Versammlung mag darüber urteilen, ob das ein solch absonderlicher Standpunkt ist, wenn die besoldeten Ratsmitglieder in dieser Beziehung ersuchen, zunächst eine Äußerung der Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen. Ich habe bisher gefunden, daß bei Fragen, wo es zweifelhaft war, ob die besoldeten Ratsmitglieder an der Abstimmung mit teilnehmen sollten, das Verhältnis zwischen Rat und Stadtverordneten glücklicherweise ein solches war, daß wir die Überzeugung hatten, daß die Stadtverordneten schon das Richtige auch für die besoldeten Ratsmitglieder herausfinden würden. Ich glaube kaum, daß die Mehr-

.heit

heit von Ihnen diesen Standpunkt für unangemessen
erachtet. Die näheren Umstände bei der Beratung
im Rat der Stadt lagen so, daß nicht alle 7 unbe-
soldeten Ratsmitglieder zugegen waren. Zwei waren
beurlaubt und nur fünf waren anwesend, bildeten
also nicht die Mehrheit der Anwesenden. Diese 5
Herren waren auch verschiedener Ansicht, und des-
halb haben wir in die Vorlage mit Zustimmung unserer
unbesoldeten Kollegen hineingeschrieben, daß einer
Abstimmung unter solchen Umständen eine besondere
Bedeutung nicht beigemessen werden kann. Um so
mehr aber hielten wir uns für verpflichtet und
berechtigt, in dieser Frage die Entscheidung der
Stadtverordneten zu erbitten. Mögen Sie selber ur-
teilen, ob daraufhin ein solch hartes Urteil gefällt
werden kann, wie es von Herrn Sievers geschehen ist.

V o r s i t z e n d e r : Ich möchte Herrn Sievers darauf aufmerksam machen, daß es bisher hier nicht üblich gewesen ist, einen Redner, und zumal den Herrn Oberbürgermeister, ständig zu unterbrechen durch mehr oder weniger passende Zwischenrufe. Herr Sievers sollte wohl die Selbstbeherrschung haben, sich mit der Äußerung seiner Ansicht so lange zu gedulden, bis ich ihm das Wort zu einer Erwiderung geben kann. Er hat mir Nervosität vorgeworfen. Ich bitte ~~mir aus~~, daß das nicht wieder geschieht. Nervosität schien bei ihm vorzuliegen.

Stadtv. S i e v e r s (zur Geschäftsordnung):

Es ist in allen Parlamenten, selbst in den aller-
kleinsten Dorfparlamenten üblich, daß Zwischenrufe
selbstverständlich geduldet werden. Als ich aber
den allerersten Zwischenruf machte - nicht etwa
eine Unterbrechung des Redners, denn der Redner
hat fortgefahren zu sprechen -, fühlte sich der
Herr Vorsitzende veranlaßt, sofort dazwischen zu
fahren. Das ist von meiner Seite, und zwar mit
keiner meiner eigenen Absicht
Recht kritisiert und als Nervosität des Vorsitzen-
den bezeichnet worden. Ich denke, Sie kennen mich,
von meinem sonstigen Auftreten und haben keine
Veranlassung, in einer derartigen Weise über die
Geschäftsordnung zu wachen, so daß Sie gleich beim
ersten Zwischenruf mit der Glocke dazwischen
fahren. Weiter muß ich meiner Auffassung Ausdruck
geben, daß der Herr Oberbürgermeister in dieser
Versammlung keine *bessere Haltung* ~~andere Rolle~~ einnimmt als

die

die anderen Mitglieder der Versammlung und daß ich mir das Recht, auch den Herrn Oberbürgermeister durch Zwischenrufe zu unterbrechen, nicht nehmen lasse.

V o r s i t z e n d e r : Ich habe den Herrn Redner aussprechen lassen, obgleich nicht alles, was er vorbrachte, als zur Geschäftsordnung gehörig angesehen werden~~k~~ kann. Im übrigen haben einige Herren sich zu seinen Äußerungen eben zustimmend verhalten; ich kann ja die Versammlung nachher fragen, wie sie über die Angelegenheit denkt.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren ! Ich möchte mich den Ausführungen des Herrn Sievers anschließen. Es ist in dieser Saale bisher nicht Brauch gewesen, daß Zwischenrufe verboten ^u werden; dahin darf es nicht kommen. Ich bitte dringend, daß unser neuer Herr Vorsitzender so verfährt, wie es bisher gewesen ist. Was in anderen Parlamenten üblich ist, muß auch hier erlaubt sein. Für selbstverständlich halte ich es allerdings, daß die Zwischenrufe nicht so weit gehen, daß der Redner nicht weitersprechen kann.

V o r s i t z e n d e r : Ich bitte die
Versammlung auf der Stelle um eine Äußerung über
mein Verhalten und ob sie es billigen. Dieses
ständige Dazwischenrufen kann ich nicht als
statthaft ansehen. (Zuruf Sievers: Es ist mein
erster Zwischenruf gewesen.)

Stadtv. M u n t e : Bevor wir uns über diese Sache weiter äußern und evtl. zu einer Abstimmung schreiten, möchte ich bitten, die Sitzung auf 10 Minuten zu unterbrechen, damit die Fraktionen Gelegenheit haben, unter sich Stellung zu nehmen.

Stadtv. L e h n e r t : Eine solche Geschäftsführung, wie wir sie eben erlebt haben, ist mir solange ich in der Arbeiterbewegung und überhaupt im öffentlichen Leben stehe, nicht vorgekommen, und ich habe auch beobachtet, daß bei einzelnen Herren vom Rat über das Vorgehen des Herrn Vorsitzenden durch Kopfschütteln Bedenken geäußert sind. Solange $\frac{1}{2}$ der betreffende Abgeordnete sich keine größeren Übergriffe erlaubt, als durch Zwischenrufe seiner Miß- oder Zustimmung Ausdruck zu geben, hat der Vorsitzende nicht das Recht, seine Machtbefugnisse in der gehörten Weise auszugestalten, einen Präzedenzfall zu schaffen und zu fragen : Ist meine Stellungnahme richtig oder nicht ? Die richtige Stellung des Vorsitzenden ist die, daß er für Ruhe und Ordnung sorgt, aber nicht in der Weise, wie es geschehen ist, indem er den betreffenden Herrn anfährt.

Stadtv. M u n t e : Ich bitte nochmals, im Hinblick darauf, daß es sich hier um den eigenartigen Fall handelt, daß sofort eine Entscheidung gefällt werden soll, ob der Vorsitzende hier richtig oder unrichtig gehandelt hat, die Besprechung zwecks Abhaltung einer Aussprache der einzelnen Gruppen untereinander auszusetzen. Sie müssen auch Rücksicht nehmen, Herr Sievers, wenn jemand zum ersten Male den Vorsitz führt, und sich nicht aufregen, wenn einmal ein menschlicher Fehler vorkommen sollte. (Zuruf Sievers: Aufregen, ^{heller} Herr Munte, ich, mich ? Um solch einen Krempel ? Nein!)

Der Antrag Munte auf eine 10 Minuten lange Unterbrechung der Sitzung wird angenommen, die Stadtverordneten ziehen sich in die Nebenzimmer zurück.

V o r s i t z e n d e r : Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte die Beauftragten der Parteien, eine Erklärung abzugeben über die Frage, die ich gestellt habe.

Stadtv. M ä d g e : Meine Damen und Herren !
Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft spricht sich
dahin aus, daß Zwischenrufe an sich statthaft sind,
wenn sie nicht durch ihre Häufigkeit oder ihren
Inhalt ungehörig sind oder störend wirken. Im
Falle des Herrn Sievers waren diese beiden Eigen-
schaften festzustellen, und es war nicht nur das
Recht, sondern auch die Pflicht des Vorsitzenden,
hier einzugreifen. Wir billigen daher das Ver-
halten des Vorsitzenden vollständig.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Nach § 12 der Geschäftsordnung ist folgende Regel für uns hier maßgebend:

„Stadtverordnete, welche gegen die Geschäftsordnung verstoßen, oder welche sich gesetzwidrige oder die Würde der Versammlung verletzende Äußerungen zu schulden kommen lassen, werden von dem Vorsitzenden zur Ordnung gerufen. Gegen den ihm erteilten Ordnungsruf kann der Betroffene im Laufe derselben Sitzung Einspruch erheben, worauf die Versammlung ohne vorherige Verhandlung darüber beschließt, ob der Ordnungsruf gerechtfertigt ist oder nicht. - Fährt ein Redner nach erteiltem Ordnungsruf fort gegen die Ordnung zu verstoßen, so kann die Versammlung auf die Anfrage des Vorsitzenden beschließen, daß dem Redner das Wort über den vorliegenden Gegenstand zu entziehen ist.“

Unserer Auffassung nach hat der Herr Vorsitzende in diesem Falle einen Ordnungsruf nicht erteilt,

auch

auch ist nicht die Rede davon, daß Herr Sievers formell einen Einspruch geltend gemacht hat, sonst würde das gegenwärtige Verfahren vollkommen unzulässig sein; wir dürften in eine sachliche Verhandlung bei dieser Geschäftsordnungsfrage in keiner Weise eintreten. Es liegt infolgedessen zu einer Abstimmung über diese Angelegenheit überhaupt keine Veranlassung vor, denn es kann nicht in das Belieben des Vorsitzenden gestellt werden, irgend welche Fragen plötzlich zur Abstimmung zu verstellen. Es wäre dafür Voraussetzung, daß vorher ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag gestellt wird.

Wir sind mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Auffassung, daß Zwischenrufe durchaus zulässig sind, wie das Herr Stadtverordneter Mädge eben dargetan hat. Wir können aber nicht anerkennen, daß Herr Sievers die gezogenen Grenzen bisher

in

in irgend einer Weise verletzt hat. Eine Abstimmung scheint uns nach Maßgabe des Verwaltungsstatuts nicht ^{statte} gegeben, und deshalb würde ich geschäftsordnungsgemäß der Vornahme einer Abstimmung widersprechen müssen.

Stadtv. S t e g m a n n : Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir das Vorgehen gegenüber dem Stadtverordneten Sievers mißbilligen müssen. Es ist das gute Recht eines jeden Stadtverordneten, Zwischenrufe zu machen, nicht nur bei Reden von Stadtverordneten, sondern auch bei solchen von ~~Magistrats~~^Bratsmitgliedern. Wir wünschen aber, daß sich die Zwischenrufe in solchen Grenzen halten, daß dadurch die Verhandlungen nicht gestört werden. Im übrigen schließe ich mich den Worten des Herrn Dr. Jasper an, daß eine Abstimmung in diesem Falle nicht stattfinden kann.

V o r s i t z e n d e r : Ich möchte auf folgendes aufmerksam machen, was vielleicht in der Eile vorhin - die Zwischenrufe sind ^{schon} ~~eilig~~ gefolgt - unbeachtet geblieben ist : **I**ch habe auf den ersten Zwischenruf des Herrn Sievers nichts gesagt.

(Stadtv. Sievers : Ohc!) Bei dem zweiten Zwischenruf habe ich gesagt : „Bitte, unterlassen Sie die Zwischenrufe“, worauf Herr Sievers geantwortet hat : „Bitte, werden Sie nicht nervös!“ Das ist meiner Auffassung nach ~~schon~~ ungehörig. Dann sind die Zwischenrufe so häufig gefolgt, daß dadurch augenscheinlich - dabei muß ich beharren - eine Störung eingetreten ist (Zuruf Sievers: Für Sie!), die unliebsam empfunden werden mußte. Ich habe dann nichts mehr gesagt, sondern am Schluß der Rede des Herrn Oberbürgermeisters Herrn Sievers ^{erbeten} ~~gebeten~~, daß er in zusammenhängender Rede auf

die

die Ausführungen des Oberbürgermeisters antworten möge - das steht jedem Stadtverordneten natürlich zu. (Zuruf Sievers: Das brauchen Sie mir nicht zu sagen.)

Die Mehrheit hat mich zum Vorsitzenden gewählt, die Mehrheit billigt meine ^{eingesetzten} ~~Tätigkeit~~, und damit bin ich zufrieden.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren ! Nach den ausführlichen Darlegungen der Herren Marth und Sievers kann ich mich kurz fassen Es ist 1 1/2 Jahre her, daß wir uns wiederholt und immer wieder mit der Besoldungsfrage befassen müssen; diese Frage wächst sich tatsächlich zu einer Schraube ohne Ende aus, und ich möchte den dringenden Wunsch aussprechen, daß es bald die letzte Umdrehung sein möchte, die diese Schraube macht. Wenn man allerdings hört, wie das Unternehmertum den Ruf ausstößt : „Die wirtschaftliche Gesundung kann nur Platz greifen durch den Abbau der Löhne“, wenn man sieht, daß der Unternehmerverband eine beantragte Erhöhung der ~~Zahlung~~ Bezahlung der Bauarbeiter rundweg ablehnt, daß er erklärt, seit zwei Monaten seien die Lebensmittelpreise gesunken, ~~aber die Lebenshaltung im ganzen gestiegen~~, so muß man sagen : Wenn *für die härtesten Befürworter diesen Standpunkt* die

~~die~~ ^{zu rigem machen wollten, wäre} Unternehmer ~~diesen Standpunkt einnehmen, ist~~
jede Erhöhung der Beamtengehälter unangebracht. ^{In}
~~Abgleichheit wissen wir aber~~ ^{ja} daß die Preise für alle
~~ebgleich wir wissen~~ Lebensbedürfnisse permanent angezogen haben.

Über die Vorlage haben wir uns im Finanz-
ausschuß ausführlich ausgesprochen und haben dabei
hingewiesen auf die schwere dauernde Belastung,
die der Stadt durch die Bewilligung der Erhöhung
erwächst. Nach der Vorlage handelt es sich um
eine jährliche Mehrausgabe von 731 690 M., wobei
noch bemerkt wird, daß es sich nicht um eine
genaue Feststellung handelt - wir können also
annehmen, daß die Mehrausgabe rund ein Milliönchen
beträgt. Dazu kommt die Nachzahlung für die Zeit
vom 1. April 1920 - 1921 mit noch rund 560 000 M.
Allerdings sind die Beamten nicht schuld daran,
daß diese Ausgaben nötig sind, sondern die Ver-
hältnisse sind schuld daran. Wir sind deshalb

dafür

dafür, daß in dem Sinn, wie es schon von den anderen Rednern ausgesprochen ist, verfahren wird.

Wir haben ~~7~~ gestern in der Kommissionssitzung eine Besprechung der Deckungsfrage angeregt und mehrere Wege vorgeschlagen, um sie zu lösen - zwei davon sind ja von den Rechtssozialisten aufgegriffen. Wir haben ferner an das erinnert, was in der Stadtverordnetensitzung vor 4 Wochen angeregt worden ist, nämlich die Hundesteuer wesentlich zu erhöhen. Die Hundeplage in unserer Stadt ist ungeheuer, ^{eine Kräftige Befähigung der Hundehalter} so daß es angebracht ist, ~~die Hundesteuer etwas zu erhöhen.~~ Wir haben ferner hingewiesen auf die Wohnungsluxussteuer. Überflüssige Wohnräume werden noch eine Menge von einzelnen Familien in Anspruch genommen - ich nenne nur eine Villa auf dem Inselwalle, die von einer Frau mit ihrem Personal bewohnt wird und die nicht weniger als 48 Räume enthält. (Hört, Hört!)

Wir

Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß auch eine Dienstbotensteuer eingeführt werden müßte. Eine ganze Reihe von Städten hat bereits die Wohnungsluxussteuer und Dienstbotensteuer eingeführt. Die Wohnungsluxussteuer dürfte sich aber nicht nur auf die eigentlichen Wohnräume, sondern auch mit auf die Luxusparcs, die vielfach vorhanden sind, mit erstrecken. Diejenigen Herrschaften, die es sich leisten können, einen Park mit einem Werte von Millionen nur für sich zu benutzen, müßten dafür bluten, und es kann ^{gewissentlich viel} ~~viel~~ daraus ^{heraus} ~~heraus~~ geholt werden. Es ist uns allerdings vom Rat Wasser in unsern Wein gegossen, in dem darauf hingewiesen wurde, daß gegen verschiedene dieser Steuern vom Reiche Einspruch erhoben werden wird, z.B. gegen die Wohnungsluxussteuer. Immerhin gibt es noch andere ^{etliche} ~~Sachen~~, die zur Steuer herangezogen werden können und die nicht die Minder-

be-

bemittelten treffen; wir werden uns bemühen, in nächster Zeit mit solchen Steuervorschlägen kommen zu können, wodurch die Besitzenden, vor allen Dingen die Kriegs- und Nachkriegsgewinnler getroffen werden. Dagegen wünschen wir nicht, daß - wie verlautet - die Gas- und Wasserpreise wieder bedeutend erhöht werden, wodurch wieder die ~~ke~~ breite Masse des Volkes getroffen würde.

Bezüglich der Revision der Besoldungsordnung hätten wir gern gesehen, wenn vor der unsrigen die des Landes vorweggegangen wäre. Wenn aber, wie es den Anschein hat, noch viele Monate, vielleicht sogar ein Jahr darüber hingeht, ehe unsere Nachprüfung vorgenommen werden kann, dann möchte ich mich den Ausführungen des Herrn Marth anschließen, daß sie bald ohne Rücksicht auf die Revision des Landes vorgenommen wird. Doch bin ich nicht genügend darüber unterrichtet. Es

fragt

fragt sich auch, ob eine nochmalige Nachprüfung wenn der Staat mit der seinigen hinterher kommt, seitens der Stadt vorgenommen ~~wird~~^{werden muß}, und dann wäre es zu überlegen, ob es nicht richtiger wäre, zu warten, bis der Staat mit seiner Nachprüfung fertig ist.

Nun noch einige Worte zu meinem Antrage. So ist der Antrag nicht gemeint, daß nur in eine Nachprüfung eingetreten werden soll, sondern mein Antrag besagt, daß auch die Bezüge der Aushilfsbeamten und Angestellten, der städtischen Arbeiter, der Reinmachefrauen in den Schulen und der Ruhegehaltsempfänger, nebst den Kinderzulagen entsprechend der den Beamten zu gewährenden Gehalts~~erhöhung~~^{erhöhung} ~~wird~~^{werden} aufgebessert ~~wird~~. Alle diese Kategorien sollen im Verhältnis der den Beamten zugedachten Erhöhung bedacht werden. Wenn nur von einer Nachprüfung gesprochen wird, so ist das nicht gehauen
und

^{nicht} und gestochen; es ist damit nicht gesagt, daß dabei überhaupt etwas herauskommt, und damit kann man nicht einverstanden sein. Ich ~~gebe~~ ^{war von meiner Fraktion beauftragt,} die Erklärung ab, ~~daß wir unsere Abstimmung über die Rück-~~ ^{geben} ~~datierung davon abhängig machen, ob mein Antrag~~ ^{von der Annahme meines Antrags abhängig war} ~~angenommen wird.~~ ^{von mir} Nach dem ~~verschiedensten~~ ^{gab von mir} Erklärungen, auch von seiten des Herrn Jahns, nehme ich an, daß es die Absicht ist, daß unbedingt diese Angestellten und Arbeiter mit berücksichtigt werden sollen und nicht nur „nachgeprüft“ werden soll. Ist das der Fall, dann wird meine Fraktion voll eintreten für die Vorlage, auch für die Rückdatierung vom 1. April 1920 ab. ~~Von dieser Haltung der Versammlung werden wir unsere Abstimmung abhängig machen.~~

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Es ist von einem der Herren Redner - es war wohl Herr Stegmann - darauf hingewiesen worden, daß der Arbeitgeberverband für das Herzogtum Braunschweig bei der Reichsregierung vorstellig geworden ist, um die Rückversetzung Braunschweigs aus der Ortsklasse B nach C anzustreben. Damit nun nicht etwa die Auffassung Platz greift, als ob dieses Vorgehen des Arbeitgeberverbandes irgend welche nennenswerte Aussicht auf Erfolg hätte, halte ich mich für verpflichtet, mitzuteilen, daß inzwischen die Nachprüfung über die Unterlagen, die zur Versetzung Braunschweigs in ~~de~~ die Ortsklasse B geführt haben, durchgeführt sind, und daß sowohl die städtische statistische Stelle wie auch das Statistische Landesamt zu der Überzeugung gekommen sind, daß zu einer derartigen Maßregel nicht der geringste Anlaß vorliegt. Ich zweifle nicht daran, daß

daß seitens der Landesregierung und seitens des Statistischen Reichsamts, das derartige Sachen zu bearbeiten hat, dieses Ergebnis gebilligt wird, und so glaube ich, daß das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes nicht zum Ziele führen wird.

Betreffs der Steuerfrage sehe ich von eingehenden Darlegungen ab. Hinsichtlich der Hundesteuer hat der Rat schon grundsätzlich beschlossen, eine Erhöhung zu empfehlen, allerdings erst mit dem 1. April kommenden Jahres, und zwar deshalb, weil einer Durchführung der Erhöhung steuertechnische Schwierigkeiten entgegenstehen. Da die Steuermarken erst vor kurzem ausgegeben sind, so würde es außerordentlich schwer sein und wahrscheinlich zu Steuerhinterziehungen und Weiterungen führen, wenn wir die Erhöhung der Hundesteuer noch im laufenden Jahre einführen wollten. Übrigens soll man sich hinsichtlich der Wirkung der Erhöhung keinen allzu

weit=

weitgehenden Hoffnungen hingeben. Wenn wir die Steuer verdoppelten und in denjenigen Fällen, wo mehr als 1 Hund gehalten wird, noch höhere Beträge erheben würden, so würde der ganze Betrag der Steuer vielleicht 80 - 100 000 M ausmachen.

Mit der Wertzuwachssteuer und deren Umgestaltung habe ich mich bereits beschäftigt und hoffe, in der nächsten Zeit dem Rat der Stadt und Ihnen Vorschläge machen zu können. Erfreut bin ich, daß in dem reichen Kranze der Steuerblumen, die von den verschiedenen Rednern ~~gepf~~ gepflückt worden sind, Herr Stegmann auch die Lustbarkeitssteuer mit erwähnt hat. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß mit derselben Bereitwilligkeit, mit der Herr Stegmann sich für die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter ausgesprochen hat, er auch bereit sein wird, in der Zukunft ~~die~~ der Lustbarkeitssteuer zuzustimmen, während seine Partei im vergangenen Jahre dagegen gewesen ist.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Mein Freund Marth hat bereits erklärt, daß wir dem Vorschlage des Haushaltsausschusses zustimmen werden. Ich kann für meine Person hinzufügen, daß ich das in gewissem Umfange nur schweren Herzens tue, weil ich mit dieser Vorlage noch nicht die Regelung der Deckungsfrage verbunden sehe. So wissen wir schlechterdings nicht, ob überhaupt die Mittel, die nötig werden, überhaupt aufgebracht werden oder ob das in einer Weise geschieht, die das wieder vollkommen vereitelt, was Sie von rechts angeblich befürworteten. Wenn Sie meinen, Ihre Mehrheitsmacht dazu ausnutzen zu können, wieder Lasten auf andere Schultern zu wälzen, um sich einen eigenartigen Namen zu machen, dann sage ich von vornherein, daß wir dem mit allem Nachdruck entgentreten werden! Es ist doch schlechterdings nicht zu verantworten, wenn man einen Standpunkt einnimmt, wie das aus der Rede eines Herrn der bürgerlichen

Arbeits=

Arbeitsgemeinschaft hervorgeht, daß man sich um die Deckungsfrage zunächst gar nicht kümmert. So leicht dürfen wir die Dinge nicht nehmen. Ich hätte es verstanden, wenn wir mindestens vom Ratstische aus einiges über den Abschluß unseres Vollzugshaushalts gehört hätten. Im Haushaltsausschuß ist uns darüber einiges mitgeteilt, und es schien zeitweise, als ob Meinung im Ausschuß vorhanden wäre, Vernunft walten zu lassen und zunächst zu sehen, wie viel wir in der Kasse haben. Dann ging aber ein Herr um, und die Abstimmung mußte dann, entsprechend den Weisungen, die vorher festgelegt waren, ausfallen. Es ist uns vollkommen unbekannt, was wir in der städtischen Kasse haben, ob wir überhaupt bezahlen können. Wir sollen jetzt Mittel bewilligen und damit unter Umständen den Ast absägen, auf dem die Beamten dauernd zu sitzen glauben - das erscheint mir überaus bedenk-

lich

lich zu sein. Es ist auch mitgeteilt, daß eine ganze Reihe von Beamten in die Lage kommen, bei einer endgültigen Regelung Rückzahlungen machen zu müssen. Es mag sein, wie im Ausschuß hervorgehoben wurde, daß das nur jüngere Beamte trifft. Man weiß aber nicht, wie die Nachprüfungen nach dem Sperrgesetz ausfallen werden; und ob alle die Blütenträume reifen, die verschiedene Beamte haben, ist sehr fraglich. Jetzt müssen wir mit Stundung von Vorauszahlungen arbeiten, und gleichwohl sollen auf einem Brette die Nachzahlungen eines Jahrgangs geleistet werden, obwohl eine endgültige Fassung der Besoldungsordnung noch gar nicht vorliegt. Sie, die Herren von der Mehrheit wollen das ohne Rücksicht auf irgend welche Deckung. Reden Sie dann aber nicht von sozialdemokratischer Lotterwirtschaft, wenn Sie es so zu treiben versuchen. ~~Sie werden es vielleicht schon so~~

eins

~~einrichten, das entnehmen zu können.~~ Wir haben nichts dagegen, wenn Sie Ihre Mehrheitsverhältnisse in dieser finanzpolitisch sehr unsicheren Weise zum Ausdruck bringen wollen - wir haben Sie von vornherein auf die Bedenken hingewiesen. Wir gönnen den Beamten diese Bezüge, wissen, daß sie sie nötig haben und brauchen nicht ängstlicher zu sein als Sie, die Sie in der Mehrheit sitzen und nun glauben, Ihr Pfeifchen im Rohr schneiden zu können. Sie werden sehen, was bei einer derartigen Wirtschaft herauskommt. Der Herr Oberbürgermeister hat darauf hingewiesen, daß wir keine Steuerhoheit mehr haben, und der Herr Berichterstatter hat gesagt, das Beispiel des Reiches und des Landes sei schlecht. Folgen Sie also weiter diesem schlechten Beispiel in finanzpolitischer Beziehung !

Herr Stegmann hat gemeint, wir hätten die von ihm vorgeschlagenen Steuern aufgegriffen. Das ist ein

ein Irrtum. Wir haben uns in dieser Sache bereits am vorigen Montag schlüssig gemacht, und ich freute mich, als in der Finanzausschußsitzung Herr %/ Stegmann in derselben Marschrichtung Vorschläge machte. Soweit in verschiedener Beziehung über das, was wir beabsichtigen, hinausgegangen wurde, sind mir die Vorschläge des Herrn Stegmann bedenklich erschienen. Man muß die Rechts- und Machtverhältnisse zwischen Reich und Ländern auf der einen Seite und Gemeinden auf der anderen Seite berücksichtigen. Ich kann nur unterstreichen, was Herr Stadtrat von Frankenberg Herrn Stegmann in gewissem Umfange entgegengehalten hat. Es mag sein, daß am annehmbarsten eine Ausgestaltung der Hundesteuer ist, und wenn es nach den Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg so ist, daß der Rat hierzu besondere Neigung hat, so möchte ich von vornherein bitten, den Gedanken zu erwägen, ob nicht eine Staffelung der Hundesteuer

steuer

steuer nach dem Einkommen im Sinne einer ausgleichenden Gerechtigkeit möglich sein wird, sodaß der reiche Mann oder die reiche Dame, die sich einen oder mehrere Hunde als Luxus leisten, entsprechend mehr besteuert ^{werden} ~~wird~~ als die arme Witwe, die zu ihrem Schutz einen Hund gebraucht, und dabei zugleich eine Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse stattfindet. — Ich freue mich, daß vom Ratstische aus zu der Wertzuwachssteuer jetzt etwas freundlicher Stellung genommen wird und will hoffen, daß die ganze bürgerliche Arbeitsgemeinschaft in diesem Punkte hinter den Ausführungen des Herrn Jahns steht. Wir haben ja in diesen Jahren um diese Frage schon manchen Kampf ausgefochten. Das einzige Bedenken für mich ist, daß diese Steuern nicht ertragreich genug sein könnten, um die Ausgaben zu decken, die hier beschlossen werden, und darüber hätte ich gern Klarheit gewinnen.

Im

Im übrigen dürfte es zur Erleichterung der Geschäfte dienen, Herr § Vorsitzender, wenn ich bitte, den Antrag Marth und meiner Wenigkeit als mit zu dem gegenwärtigen Punkt der Tagesordnung *gehör-*
rend zu behandeln - so war er gemeint - und ihn bei der Abstimmung über den eben zu beratenden Punkt mit zu verabschieden. Wenn Sie das nicht für angemessen halten und den Antrag als einen selbständigen ansehen, dann bitte ich ihn als einen dringenden zu behandeln und die Begründung schon als genossen anzusehen. Damit könnte das, was wir wollen, am meisten gefördert werden, nämlich daß der Rat eine Weisung hat, wie er die Deckung beschaffen soll.

Zu den Ausführungen des Herrn Stegmann bezüglich der Angestellten und Arbeiter bitte ich ihn dringend, seine allgemeinen Ausführungen in einem präzisen, klaren Antrage zu formulieren. Ich habe

in

in meiner Eigenschaft als Leiter des Haushaltsausschusses bereits Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß seine Ausführungen kaum in der Weise verständlich anzusehen waren, wenn es darin heißt : die Arbeiter und Angestellten sollen entsprechend aufge bessert werden. Wir stehen mit den städtischen Arbeitern in einem Tarifverhältnis, das keine Ortsklassen B, C usw. kennt. Es muß also präzise gesagt werden, was ~~in~~ im Sinne seiner Ausführungen liegen soll. Mit den Angestellten liegt die Sache bekanntlich ähnlich. Im übrigen muß beachtet werden, daß infolge dieser anderen Gestaltung des Verhältnisses zwischen Stadt und Angestellten resp. Arbeitern eine ganze Reihe Zwischenregelungen im Laufe des letzt verstrichenen Jahres stattgefunden haben, sodaß ich eine automatische Nachprüfung und Gleichmachung nicht gutheißen könnte, sondern man müßte die Einzel-

heiten

heiten prüfen. Ich glaube, im Ausschuß haben wir uns dahin geeinigt, daß es im Sinne der Ausführungen des Herrn Stegmann gelegen sei, daß eine solche Nachprüfung stattfinden soll. Wenn wir uns darauf festlegen sollen, es sei ein genaues Verhältnis einzuhalten, so scheint die Angelegenheit kaum spruchreif. Eher hilft man den Arbeitern zu Geld, wenn man der Anregung des Herrn Oberbürgermeisters folgt, wonach die beiden Deputationen damit beauftragt werden sollen, die Regelung d im Sinne des Herrn Stegmann vorzunehmen.

Stadt v. G r ä f : Meine Damen und Herren !
Uns wäre es angenehm gewesen, wenn der Rat der Stadt gleichzeitig mit dieser Vorlage eine Vorlage ausgearbeitet hätte, betreffend die Besoldungsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter. Sie wissen, daß die Angestellten nach gewissen Bestimmungen bezahlt werden, und zwar in drei Gruppen zu 1100 Mark, 1050 Mark und 980 Mark. Diese Bestimmungen sind kein Tarif, sondern schließen sich eng an die Beamtenbesoldungsreform an. Weil nun die Beamten nach Ortsklasse B versetzt werden, entsteht ein Unterschied zwischen der früheren und jetzigen Bezahlung von 70 - 80 Mark, und der Antrag Stegmann soll besagen, daß dieser Betrag auch den Angestellten mehr gezahlt werden soll, damit die Angestellten dem Verhältnis nach nicht schlechter stehen, sondern auch dieselbe Erhöhung bekommen wie die Beamten. Gleichzeitig kommt in Betracht, daß die Beamten sich betreffs der Kinderzulagen besser stehen als die Angestellten. Die Beamten bekommen seit dem 1. Oktober 1920 die volle
Kin-

nein, nicht an
Kinderzulage, an die Angestellten erst vom 1. Januar
1921 an gezahlt wird - nein, sie bekommen sogar nur
75% derselben. Dieses Verhältniß muß mit in Rechnung
gezogen werden, und davon, ob dieses geschieht, werden
wir es abhängig machen, ob wir den Vorschlägen von
der rechten Seite des Hauses zustimmen.

Stadt. S t e g m a n n: Durch meine Herren
Vorredner ist die ^{Angestellten}~~Sache~~, die ich vorhin angedeutet
habe, schon geklärt. Hier ist die Sache sehr ein-
fach, weil die Angestellten auf derselben Stufe ~~ste-~~
stehen wie die Beamten. Was die Arbeiter betrifft,
so ist es schlechterdings unmöglich, den Wunsch
des Herrn Dr. Jasper zu erfüllen und einen genau
ausgearbeiteten Antrag ~~anzu~~ einzubringen. Unser An-
trag geht dahin, daß die Arbeiter im Verhältnis
dieselben Vergünstigungen erhalten sollen wie die
Beamten. Wenn also die Arbeiter einen Lohn beziehen,
der einer bestimmten Gruppe der Beamten gleich-
kommt, so sollen sie an Lohn dieselbe Erhöhung be-
kommen wie bei den Beamten das Gehalt höher gebracht
wird. Ich bin aber nicht in der Lage, das für die
einzelnen Arten der Bezüge hier festzulegen; das
müßte einer Vorlage des Rates vorbehalten bleiben.
Wenn nun eine Nachprüfung seitens einer Deputation
vorgenommen wird, so ist nicht gesagt, daß die
Arbeiter wirklich eine Erhöhung ihrer Bezüge bekom-
men. Wenn die Prüfung vielleicht so ausfällt, daß

gesagt wird: „Sie haben schon im Laufe des Jahres Zulage bekommen“, dann haben wir den Beamten zu ihrem Recht verholfen, aber die Arbeiter gehen leer aus. Die Arbeiter sind in mancher Beziehung schlechter gestellt als die Beamten, sie können jederzeit entlassen werden und haben keinen gesicherten Lebensabend, wenn auch ein geringer Ruhe-lohn für sie ausgesetzt ist. Ein gleiches Maß und Gerechtigkeit müßte unbedingt in diesen Punkte walten, und das ist wohl möglich, wenn in der von mir gewünschten Weise verfahren wird.

V o r s i t z e n d e r: Wir kommen nun zur Abstimmung, und dabei sind verschiedene Momente zu beachten. Nach der Ratsvorlage sind 2 Hauptteile zu erledigen. Zunächst wird Zustimmung erbeten, daß die Besoldungsordnung auch nach dem 30. Juni d.J. bis auf Weiteres zur Anwendung kommt. Das hat den Sinn, wie hier ausgeführt ist, daß diese Ordnung gelten soll, bis der Staat seinerseits mit einer Regelung vorgegangen ist. Herr Marth hat wohl ausgeführt, daß er eine baldige Regelung, auch noch vor der des Staates, vorzöge, einen Antrag hat er aber nicht gestellt.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt für Annahme dieses Teiles der Ratsanträge.

V o r s i t z e n d e r: Unter Nummer 2 heißt es:

Den städtischen Beamten sollen folgende Vergünstigungen gewährt werden:

- a) Erhöhung der Ortszuschläge nach den reichsgesetzlichen Sätzen der Ortsklasse B für die Stadt

Braun-

schweig und der Ortsklasse B für Rünigen,

- b) Erhöhung des Ausgleichszuschlags zum Grundgehalt und Ortszuschlag für die Stadt Braunschweig von 65 auf 67% und für Rünigen von 55 auf 60%,
- c) Erhöhung des Ausgleichszuschlags zu den Kinderbeihilfen für die Stadt Braunschweig von 100 auf 125%.

Wer für Annahme dieser drei Punkte ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht): Das ist angenommen.

Nun kommt der Punkt, zu dem sich das Ratsschreiben in folgender Weise äußert:

„Die Stadtverordneten mögen darüber Beschluß fassen, von wann an die Vergünstigungen, falls sie zugestanden werden, den städtischen Beamten gewährt werden sollen.“ Der Finanzausschuß hat beantragt, es soll rückvergütet werden von 1. April 1920 an. Betreffend des Stichtages wird vom Finanzausschuß vorgeschlagen, daß diejenigen Beamten, die am Zahlungstage nicht mehr in Dienst sind, von der Nachzahlung ausgeschlossen sind, in Pensions- oder Todesfällen sollen die Beträge nachgezahlt werden. Wer für die Rückwirkung

bis

bis zum 1. April 1920 ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht) Die Rückdatterung ist angenommen.

Nun der Antrag des Finanzausschusses, betreffend die Prüfung der Lohnverhältnisse der Arbeiter usw.

Herr Stegmann hat einen Antrag darüber eingebracht, den er allerdings nicht als dringlich bezeichnet hat.

Ich muß fragen: Wollten Sie den Antrag bei dieser Vorlage mit zur Abstimmung gebracht sehen. (Stadt.

Stegmann bejaht.) Der Antrag lautet:

„Die Deputationen werden ermächtigt, entsprechend der den Beamten zu gewährenden Erhöhung ihrer Bezüge mit Rückwirkung bis zum 1. April 1920 auch die Bezüge nebst Kinderzulagen der Angestellten, Arbeiter, Reinnachhefrauen und Ruhegehaltsempfänger zu erhöhen.“

Wird gegen die sofortige Abstimmung über diesen Antrag Einspruch erhoben ?

Oberbürgermeister R e i t e n e y e r: Wegen
der Erhöhung der Ruhelohnsätze ^{wird} ~~werden~~ Ihnen in aller-
nächster Zeit eine besondere Vorlage zugehen, sie ist
nahezu fertig. Es wird richtig sein, das nicht hier
zu erledigen; wir können das wohl der Deputation
übertragen.

V o r s i t z e n d e r: Sind Sie einverstanden, Herr Stegmann, daß wir „Ruhegehaltsempfänger“ fortlassen. (Wird bejaht).

Der Vorsitzende liest den Antrag Stegmann in seiner nunmehrigen Gestaltung vor. Derselbe wird angenommen.

V o r s i t z e n d e r: Nun hat Herr Dr. Jasper in Verein mit Herrn Marth einen Antrag gestellt, den ich zu Anfang der Sitzung verlesen habe; er betrifft die Beschaffung der Mittel. (Der Antrag wird vom Vorsitzenden verlesen.)

Ich habe Herrn Dr. Jasper gefragt, ob er sich auf diese hier angegebenen Steuern beschränken wollte, es seien doch auch noch andere Vorschläge zutage getreten. Darauf hat Herr Dr. Jasper geantwortet, selbstverständlich solle in dieser Beziehung für den Rat Freiheit in seiner Vorlage bestehen. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung.

Stadt-

Stadt v. Jahns meldet sich zur Geschäftsordnung;
er wird abgewiesen, da die Versammlung bei der Ab-
stimmung ist.

Der Antrag Jasper wird angenommen.

9. Verpachtung weiteren Geländes an den Ruderklub
Normania.

Stadt. H e r b e t: Der Ruderklub Normania hat seit dem 1. März d. J. von der Stadt ein Stück Gelände am Maschplatz^{an} der Oker ~~zu~~ erpachtet, um von dort aus seinen Sport huldigen zu können. Er bittet um weitere Verpachtung einer Geländefläche von 10 Meter Länge und 150 Quadratmeter Inhalt, um seine Rennboote, die er sich analog anderen Rudervereinen zulegen will, unterbringen zu können. Das Tiefbauamt wie auch das Stadtbauamt setzen der Erfüllung dieses Gesuches kein Hindernis entgegen und so sind wir im Rechtsausschuß dahin gekommen, den Antrag des Rats ~~des~~ der Stadt auf Erfüllung des Gesuches zu befürworten.

Stadt. G r ä f : Meine Damen und Herren !
Meine Freunde werden dem Vorschlage ohne weiteres
zustimmen. Gleichzeitig möchte ich aber folgendes zur
Sprache bringen. Der Ruderklub Fortuna hat sich schon
1914 und 1918 an den Rat der Stadt gewandt mit der
Bitte, ~~ihm Material von der abzureißenden alten~~
~~Mosin für seine Boote zur~~
~~Militärbadeanstalt zur Erbauung eines Boothauses~~
zur Verfügung zu stellen. Damals wurde dem Verein von
Herrn Stadtrat von Frankenberg die Antwort zuteil,
daß ~~dieses Material von der Stadt nicht zur Verfügung~~
~~und der Rat der Stadt haben darüber keine Verfügungsbef.~~
~~gestellt werden könnte, da es Eigentum einer Schule~~
~~oder einer Stiftung sei.~~ Ob es mit dem Wortlaut der
Antwort seine Richtigkeit hat, weiß ich nicht; ich
habe ihn nur von dem antragstellenden Verein gehört.
Jetzt hat der Ruderverein Fortuna einen Antrag an die
Stadtverordnetenversammlung gestellt und gebeten, man
möchte ihm eine Baracke oder ~~das~~ ^{billigst zum Bau} Holz derselben zur
Verfügung stellen, damit sie etwas bauen können, in
dem sie ihre Boote unterstellen. Der Verein, dem wie
dem Verein Normania große Boote gehören, hat die Boote
im

in offenen Felde an der Ölper Mühle liegen. Jetzt hat er ein Gelände von 250 qm gegenüber dem Drehstromwerke gepachtet, um ein Bootshaus aufzuführen. Ein Antrag in dieser Richtung ist schon von Herrn Stegmann eingereicht.

V o r s i t z e n d e r: Es handelt sich um einen Dringlichkeitsantrag des Herrn Stegmann der folgenden Wortlaut hat:

„Die Stadtverordneten ersuchen den Rat, dem Ruderklub Fortuna etwa vorhandenes, zum Bau eines Schuppens geeignetes altes Holzwerk zu mäßigen Preise abzugeben.“ Eine Verbindung dieses Antrages mit dem eben zur Verhandlung stehenden Gegenstand ist natürlich möglich. Wer ist dafür, daß der Antrag gleich jetzt mit erledigt wird.

Die Versammlung stimmt der sofortigen Erledigung zu.

Stadtrat von Frankenberg:

Dem Herrn Stadtverordneten Gräf ist unrichtig berichtet; seine Auskunft hat selbstverständlich nicht so gelautet, daß es sich um eine Stiftung handelte. Die Militär-Badeanstalt unterstand der Militärbehörde und das Material davon gehörte natürlich ihr oder denjenigen, an den es die Militärbehörde abgetreten hatte. Der Ruderverein mußte sich also an eine andere Behörde wenden. In dem Sinne wird die Auskunft erteilt sein.

Stadt. S t e g n a n n: Meine Herrschaften.

Ich möchte dringend bitten, meinem Antrage stattzugeben. Es handelt sich um einen armen Verein, der sich seit Jahr und Tag bemüht hat, eine Unterkunft für seine Boote zu finden. Überall ist er abgewiesen worden, von dem Reichsversorgungsamt, vom Kriegsverwertungsamt und auch von den städtischen Behörden. Er ist immer wieder darauf verfallen, daß die Stadt der einzige Ort ist, wo er Hilfe finden kann, noch dazu, da auch andere Vereine von der Stadt unterstützt werden. Ich weise darauf hin, daß die Normania vor einiger Zeit einen größeren Geländekomplex zum Aufbau eines Schuppens bekommen hat und heute wieder um eine Vergrößerung desselben bittet. Wir sind dafür, daß das Gesuch erfüllt wird. Die Normania zahlt an die Stadt nur 20 RM Pacht für das qm, während der Verein Fortuna für ein Grundstück an der Uferstraße gegenüber dem Schützenhofe pro qm 50 RM Pacht zahlen muß. Daraus sehen Sie, daß die Pacht, die die Normania geben muß, eine ziemlich geringe ist. Es ist erwünscht, daß auch anderen Vereinen Hilfe bei ihren sportlichen

Be-

Bestrebungen geleistet wird. Es ist dem Verein Fortuna nicht möglich gewesen, altes Holzwerk für seine Zwecke aufzutreiben und neues kann er nicht bezahlen. Er würde gern dafür 2000 M ^{auf} ~~über~~geben, wenn es sein muß auch etwas darüber, neues Holz würde aber 10 - 12 000 M kosten. Die Boote des Vereins liegen seit Jahr und Tag draußen in Freien, und bei heißen Wetter trocknen sie dabei so sehr ein, daß die Besitzer Sonntags die Boote erst lange auspickeln müssen, bis sie einigermaßen wieder dicht sind. Bei solchen Umständen geht dem Verein alles zugrunde, was er mit schweren Opfern angeschafft hat. Ich möchte dringend bitten, dem Verein entgegenzukommen, indem Sie meinen Antrag annehmen, und bitte den Rat, es möglich zu machen, daß dieser Verein altes Material beschafft wird.

Stadtbourat G e b e n s l e b e n : Der Verein hat sich wiederholt an uns gewandt mit der Bitte, wir möchten ihm Holz zum Aufbau eines Schuppens zur Verfügung stellen. Wir haben ihm erwidern müssen, wir hätten zu dem Zwecke nichts zur Verfügung, denn das, was wir selber haben, verbauen wir für unsere Zwecke. Neues Holz können wir ihm natürlich auch nicht beschaffen. Nun ist inzwischen die Baracke auf dem Flugplatze abgebrannt, und Holz davon kann noch verwertet werden, aber ich kann augenblicklich nicht übersehen, ob von dem Holzwerk dieser Baracke, das für das Licht- und Luftbad verwendet werden soll, noch etwas zur Verfügung bleibt. Sollte das möglich sein, so könnte der Wunsche des Vereins vielleicht Rechnung getragen werden.

Betonen möchte ich noch, daß wir der Normania nicht etwa eine Beihilfe für Errichtung des Bootshauses auf dem Maschplatze gegeben haben, sondern wir haben ihm auf seine Bitte nur das Stückchen Land an Maschplatze verpachtet, und zwar zu einem Preise,
der

der von städtischen Tiefbauamt als angemessen angesehen ist. Geschenkt haben wir diesem Ruderklub also ganz und gar nichts.- Soweit es in unseren Kräften steht, wird der Rat gern bereit sein, von altem Holzwerk an den Ruderklub Fortuna etwas abzugeben.

Stadte. J a h n s : Der Verein hatte sich mit der gleichen Bitte an uns gewandt und wir haben den Herren erklärt, daß wir - ganz abgesehen davon, welcher politischen Partei dieser Klub angehört - den Sport gern Mittel zur Verfügung stellen. Wir haben nicht einmal gewußt, welcher Partei der Verein angehört. Meine Freunde werden also gern den Antrage des Herrn Stegmann zustimmen, daß Holz zur Verfügung gestellt wird, wenn solches vorhanden ist. Selbstverständlich kann man aber der Stadt nicht zumuten, neues Holz zu beschaffen und zu billigen Preisen wie altes Holz abzugeben.

Stadt. S t e g m a n n : Ich weiß sehr wohl,
daß dem Verein Normania von der Stadt bei der Ver-
pachtung des Bootplatzes an der Masch ^{denkt} nichts ge-
schenkt worden ist, aber es ^{ist} ~~ist~~ doch meines Erachtens
kein angemessener Preis dafür ^{gefordert} ~~gefordert~~; er ist tat-
sächlich auf das geringste ermäßigt. Wenn ich darauf
hinweise, daß für einen schlechteren Platz, der nicht
so leicht wie der am alten Maschplatze zugänglich ist,
50 % Pacht für das qm bezahlt werden müssen, so muß
zugegeben werden, daß damit, ^{man} ~~daß~~ für die Pacht an
Maschplatz nur 20 % pro qm gegeben werden, in Wirk-
lichkeit ein Geschenk gemacht ist. Noch dazu handelt
es sich dort um einen reichen Verein, der von der
Mühlenbauanstalt ausgehalten wird.

Der Antrag des Rechtsausschusses, betreffend den Ruderklub Normania, wird angenommen.

Darauf wird ebenfalls der Antrag Stegmann, betreffend den Ruderklub Fortuna angenommen.

10. Erneuerung von Fenstern in den städtischen
Gebäude Breitestraße 1.

Stadt. E f f n e r : Meine Damen und Herren !
Es handelt sich um Erneuerung von 6 Fenstern an der
Rückseite des Vorderhauses Breitestraße 1. Es hat
sich herausgestellt, daß an eine Ausbesserung dieser
schadhaft gewordenen Fenster nicht gedacht werden kann.
Darauf empfiehlt der Rat der Stadt die Summe von rund
3300 Mark für diese Neuanschaffung. Der Bauausschuß
ist diesem Beschluß beigetreten und bittet die Versamm-
lung, in gleicher Weise beschließen zu wollen.

Ohne Wortmeldungen; der Antrag des Bauausschusses
gilt als angenommen.

(zu Punkt 10)

11. Zuschuß für Ferienausflüge für Kinder der
katholischen Schule.

Stadt v. Frau G o e t z e: Ebenso wie im vorigen Jahre hat sich der Elternausschuß der katholischen Schule an den Rat der Stadt gewandt, um einen Zuschuß zu den Ferienausflügen, die er für die Kinder veranstaltet, zu erhalten. Im vorigen Jahre ist ihm ein Drittel der entstehenden Kosten *bewilligt*, doch sollte der Höchstbetrag 800 M nicht überschreiten. Über die vorjährigen Ausflüge hat der Elternausschuß eine genaue Abrechnung eingereicht, woraus zu ersehen ist, daß die Kosten sich auf 2459,35 M belaufen haben, wovon 800 M von der Stadt getragen sind. Die übrigen zwei Drittel sind durch freiwillige Beiträge aufgebracht. Es geht aus der Aufstellung auch hervor, daß die Mittel in der Hauptsache für die Erquickung der Kinder aufgewandt sind, für Kaffee und Gebäck, das aus Haferflocken hergestellt ist. In diesem Jahre werden für die Ferienausflüge dieses Elternausschusses 600 Kinder in Betracht kommen, die allen Konfessionen angehören
und

und man bittet, in **A**nbetracht der inner noch gestiegenen Teuerungsverhältnisse den städtischen Zuschuß für dieses Jahr auf 1200 M zu erhöhen. Der Ansicht, daß die Lebensmittelpreise noch ~~immer~~ steigen sind, hat sich weder der Rat der Stadt noch die Schulkommission anschließen können, und so sind sowohl Rat wie Schulkommission zu der Ansicht gekommen, daß ein Zuschuß von 800 M, wie er im vorigen Jahre gewährt wurde, auch in diesem Jahre angemessen sein wird. Ich habe Ihnen also namens des Ausschusses zu empfehlen, einen Zuschuß in Höhe von einem Drittel der entstehenden Kosten, jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 800 M zu bewilligen. Diese Drittelung ist um so mehr berechtigt, als diese Maßnahme auch in anderen ähnlichen Fällen angewandt worden ist, z.B. bei den vom Gewerkschaftskartell veranstalteten Ferienausflügen, auch bei den Waldspielen. Mit diesem Zuschuß möge sich der Elternausschuß einrichten.

Der Antrag des Schulausschusses wird angenommen.

(Punkt 11)

12. Wiederherstellung der Fleischwarenzellen im Markthallenkeller.

Stadt. G a r t u n g: Meine Damen und Herren!

Der in den Kellerräumen der Markthalle vor längeren Jahren eingerichtete besondere Raum zur Aufbewahrung von Fleisch und Fleischwaren bedarf, nachdem in den Kriegsjahren die dazu gehörigen Vorrichtungen wegen Benutzung der Räume zu anderen Zwecken zum großen Teil herausgenommen sind, der Instandsetzung, einer Erneuerung der Wände und Abschlußstücke der Zellen, sowie der Anbringung der noch vorhandenen Hängegerüste. Insgesamt bittet der Rat, einen Betrag von 2400 M dafür aufzuwenden. Nachdem seit der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Fleisches und der Fleischwaren am 1. Oktober vorigen Jahres aufs neue ein lebhafter Geschäftsverkehr in der Markthalle eingesetzt hat, hält es der Rat der Stadt für geboten die Fleischzellen in den Kellerräumen der Markthalle wieder herrichten zu lassen. Dem stimmt der Bauausschuß einstimmig zu, und ich bitte namens desselben, dem Ratsantrage auf Verwendung der veranschlagten Mittel zuzustimmen.

Der Antrag des Bauausschusses wird angenommen.

(Zu Punkt 12)

13. Bewilligung von Mitteln für bauliche Instand-
setzung zweier städtischer Häuser (Leopold-
straße 11 u. 12).

Stadtv. P i e p e r: Es handelt sich um Instandset-
zung der beiden Häuser Leopoldstraße 11 u. 12. Die
betreffenden Arbeiten sind meistens schon ausgeführt,
waren aber auch notwendig. Es waren Balken morsch
geworden, Fenster schlecht, auch hat ein Teil Mauer-
werk herausgerissen und wieder aufgeführt werden
müssen. Der Bauausschuß bittet die Versammlung,
die vom Rat für diese Arbeiten beantragten 6300 M zu
bewilligen.

Den Anträge des Bauausschusses gemäß werden die
6300 M bewilligt.

(Zu Punkt 13)

14. Zuschuß zu den Kosten für Entsendung von Schul-
kindern aufs Land und in Heilbäder aus der
Jüdelstiftung.

Stadtv. S a u e r b i e r : Meine Damen und Herren!
Es handelt sich ~~hier~~ um Unterbringung von 607 erholungs-
bedürftigen Kindern aus den hiesigen Bürgerschulen
aufs Land, in ein Sebad oder zum Harzaufenthalt
in Hahnenklee und Wolfshagen. Es sind am 29. Mai die
Kinder entsandt, davon 105 nach Salzdetfurth, 210 nach
Harzburg, 170 in eine Harzkolonie und 122 Kinder zum
Landaufenthalt. Die Stadtverordneten haben in ihrer
Sitzung vom 31. Mai schon einen Zuschuß von 42 000 M
bewilligt und der Vorstand der Jüdelstiftung hat in
seiner Sitzung vom 2. Februar d. J. beschlossen, eben-
falls einen Zuschuß von 30 000 Mark zu bewilligen.
Dieser Beschluß der Jüdelstiftung bedarf der Genehmi-
gung der Stadtverordneten. Der Finanzausschuß bean-
tragt, die Genehmigung auszusprechen.

Stadtpr. L e h n e r t : Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihre Aufmerksamkeit dahin lenken, daß die Eltern einen Teil der Kosten des Ferienaufenthalts tragen müssen, und ich möchte ersuchen, daß das nicht schematisch durchgeführt wird. Es ist nicht angängig, daß von Familien, in denen 5 - 6 Kinder vorhanden sind und eines in diese Heilbäder hinaus kommt, der Vater für diese 4 Wochen 150 M Zuschuß geben muß. Wir wissen wohl, was momentan der Aufenthalt der Kinder in diesen Orten kostet, aber ich möchte doch bitten, auf die Verhältnisse der einzelnen Familien Rücksicht zu nehmen und nicht schematisch bei Festsetzung des Zuschusses vorzugehen. Ich möchte bitten, nicht zu sagen: Du mußt 150 M bezahlen, sonst kommst Du nicht mit. Oftmals haben die Eltern einen solchen Betrag nicht übrig, und es geht ihm dann die gute Pflege, der ^{wohl} es bedarf, verlustig.

Stadtrat S e h a p e r : Die Entsendung der Kinder aufs Land und in Heilbäder wird vom Herrn Schulrat Appuhn geleitet. Ich habe wegen der Auswahl der Kinder mit ihm Rücksprache genommen und kann darüber die Auskunft erteilen, daß die Eltern der in Aussicht genommenen Kinder ersucht werden, einen Teil der entstehenden Kosten zu decken, wenn sie dazu in der Lage sind, und zwar findet die Abschätzung der Zuschüsse statt je nach den Einkommensverhältnissen und nach dem Familienbestand der Betreffenden, also ganz nach den Wünschen die Herr Lehnert geäußert hat. Außerdem können auch Kinder unentgeltlich mit verschickt werden, so daß die Eltern in diesem Falle gar keinen Zuschuß zu leisten haben. Maßgebend für die Auswahl der Kinder ist nicht etwa die Leistung oder Höhe des Zuschusses, sondern allein der Gesundheitszustand der Kinder. Wenn der Gesundheitszustand so bedenklich ist, daß die Entsendung erforderlich erscheint, dann wird das Kind auch dann in die Ferienkolonie oder in das Solbad geschickt, wenn die Eltern keinen Zuschuß zahlen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Joh kann bestätigen, daß auch seitens des Städtischen Wohlfahrtsamts bei der Auswahl der Kinder genau dieselben Grundsätze angewendet werden, wie sie Herr Kollege Schaper angeführt hat. Wir haben uns dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß regelmäßig die staatliche Kinderzulage als Mindestbetrag angesehen wird, der von den Eltern gezahlt werden müßte. Die Kinder kosten während der Zeit der Verschiebung den Eltern zu Hause nichts und den Eltern soll doch durch die Berücksichtigung ihrer Kinder keine Ersparnis an Kosten verschafft werden. Zu einem solchen Zuschuß sind die Eltern auch regelmäßig bereit. Wenn die Verhältnisse es gestatten, sollen sie allerdings auch einen höheren Zuschuß zahlen.

Stadto. L e h n e r t : Es mag gut gemeint sein was die Herren Stadtrat Schaper und Stadtrat von Frankenberg ausgeführt haben, aber Sie werden mir auch zugestehen, daß es momentan, wo ein großer Teil der Eltern eine verkürzte Arbeitszeit hat, für die Eltern unmöglich ist, daß sie einen Teil der Kosten der Versendung beitragen. Herr Stadtrat von Frankenberg wies darauf hin, daß er doch auch zu Hause die Kinder kosten verursachen, aber das ist doch nur ein Teil des zu leistenden Zuschusses. Ich habe Gelegenheit gehabt eine Kinderkolonie in Gernrode a.H. zu sehen, und was die Kinder an solchen Orten kosten, wissen wir genau. Ein großer Teil der Arbeiterschaft ist nicht imstande, über sein Portemonnaie zu gehen, weil sie nichts darin haben. Die Herren werden als stichhaltig anerkennen müssen, daß sie alles zusammenkratzen müssen, wenn sie dem Kinde einen solchen Aufenthalt durch ihre Zuschußleistung ermöglichen wollen; meistens müssen sie sich das Geld dazu erst beschaffen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Herr Lehnert kann in dieser Beziehung beruhigt sein, an Wohlwollen in dieser Sache wird es nicht fehlen. Aber es liegt doch auf der Hand, daß bei einem Städtischen Arbeiter, der die Kinderbeihilfe bezieht, der Betrag der Kinderbeihilfe als Anrechnungsfähiger Betrag angesehen wird, der sehr wohl für diese Veranstaltung in Anspruch genommen werden kann, und damit wird auch Herr Lehnert einverstanden sein.

Stadtv. Frau S e h n l z e : Ich kann nur bestätigen, was Herr Stadtrat von Frankenberg ausgeführt hat; die Versendung der Kinder ist niemals daran gescheitert, daß die Eltern nichts bezahlen können, oder nur wenig zahlen.

V o r s i t z e n d e r : Gegen die Bewilligung
der 30 000 Mark ist wohl niemand. (Ohne Widerspruch)

Punkt 14.

15. Instandsetzung des städtischen Hauses Wolfen-
büttelerstraße 27a.

Stadtv. R a s c h e : Das ~~städtische~~ Wohnungsamt hat den Rat der Stadt gemeldet, daß das städtische Haus Wolfenbüttelerstraße 27a sich in einem Zustande befindet, daß eine Instandsetzung erforderlich erscheint. Die Bauverwaltung hat das Haus auf seine Mängel hin untersucht und hat einen Kostenanschlag zur Beseitigung der Mängel aufgestellt, wonach rund 8000 Mark erforderlich werden. Nach Prüfung des An-
schlages durch den Bauausschuß empfiehlt derselbe die Annahme des Ratsantrages auf Bewilligung dieser 8000 Mark.

Ohne Wortmeldungen; der Antrag des Bauausschusses auf Bewilligung der 8000 M gilt als angenommen.

(Punkt 15)

16. Einrichtung von Laternen an den beiden neuen
Polizeiwachen.

Stadtv. M e s s e n i u s : Die Polizeidirektion ist an den Rat der Stadt mit dem Antrage herangetreten, ~~für~~ die beiden neu errichteten Polizeiwachen (am Bohlwege im alten Ministerium und auf der Heydenstraße im alten Kammergebäude) durch rote Scheiben in den Laternen in alter Weise als Feuermeldestellen kenntlich zu machen. Meines Wissens nach existieren diese beiden Polizeiwachen schon eine ganze Weile, und ich hätte es deshalb begrüßt, wenn die Polizei das Wohl der Bevölkerung etwas mehr in den Vordergrund gerückt hätte, ~~in~~den sie die Anbringung dieser roten Laternen schon bei Eröffnung der Wachen ins Auge gefaßt hätte. Die Gesamtkosten betragen 616 M. 300 M davon bezahlt der Staat durch die Landesbrandversicherungskasse, sodaß 316 M zur Bewilligung in Frage kommen. Die Baukommission empfiehlt, die Zustimmung zu dieser Ausgabe auszusprechen.

Ohne Wortmeldungen; der Vorsitzende nimmt das
Einverständnis mit der Bewilligung an.

(Zu Punkt 16)

17. Satzung zur Änderung der Satzung über Schulgeldsätze in städtischen Schulen.

Stadtrat S e h a p e r : Ich bitte die geehrten Herrschaften, mir zu gestatten, daß ich noch eine eilige Sache zum Vortrag bringe, die leider nicht hat vorberaten werden können, weil wir im Rat der Stadt erst heute morgen dazu haben Stellung nehmen können. Im März d.J. haben die städtischen Behörden einen Satzungsentwurf zugestimmt, der dahin zielte, die Schulgeldsätze und die Pflichtstundenzahl der Lehrer nicht mehr durch Satzungen festzulegen, sondern durch Beschluß der städtischen Behörden. Gestern ist die Antwort von der Regierung, die als Aufsichtsbehörde das Statut genehmigen muß, eingelaufen, in der mitgeteilt wird, daß man gegen Artikel I der Satzung keine Bedenken habe, wohl aber gegen Artikel II. In dem Artikel I ist von den Schulgeldsätzen die Rede, in Artikel II von der Pflichtstundenzahl der Lehrer. Der ~~Lehrer~~ lautet: „Die wöchentliche Pflichtstundenzahl an den in Artikel I benannten Schulen setzt der zuständige Schulvorstand mit Zustimmung der städti-

städtischen Behörden fest." Das Staatsministerium weist darauf hin, daß die Bedenken gegen diesen Artikel in der Hauptsache von den Landesschulamt für das ~~Her~~ Volksschulwesen erhoben sind. Es ist bekannt, daß das Streben des Landesschulamts dahin geht, das ganze Schulwesen straff zu zentralisieren und die Vorrechte der Stadt zu beseitigen. Da die Satzung in der vorgelegten Gestaltung nicht genehmigt ist, unterbreiten wir den geehrten Herrschaften einen neuen Entwurf, der sich lediglich auf die Schulgeldsätze beschränkt. Es handelt sich dabei nicht um die Sätze als solche, sondern nur um das Recht der städtischen Behörden, diese Schulgeldsätze durch Beschluß, nicht durch Satzung, festzulegen. Der neue Satzungsentwurf bringt nichts Neues, sondern ist nur eine Kürzung des früheren Entwurfs. Ich darf ihn zur Verlesung bringen.

„ Artikel I.

Die Schulgeldsätze für die von der Stadt unterhaltenen Schulen werden von den städtischen Behörden mit Genehmigung der Gemeindeaufsichtsbehörde und soweit erforderlich des Staatsministeriums festgesetzt. Der

Tag

Tag des Inkrafttretens der Sätze wird mit ihrer Veröffentlichung in den Braunschweigischen Anzeigen bekannt gegeben.

Artikel II.

Die Vorschriften dieser Satzung treten mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Von diesem Zeitpunkt ab werden alle entgegenstehenden Satzungen, insbesondere die Bestimmungen über die Höhe des Schulgeldes in der Satzung Nr.75 (vom 10.Mai 1920), in der Satzung über die Unterhaltung einer katholischen Volksschule Nr.68 (vom 22.September 1919), im Statut zur Abänderung des Statuts über die Bürgerschulen Nr.66 (vom 28. April 1919) und im Statut betreffend die städtische Fortbildungsschule Nr.65 (vom 25.April 1919) aufgehoben."

Der Rat der Stadt läßt die geehrten Herrschaften bitten, diesem Satzungsentwurf, der nichts neues bringt, sondern nur die Abkürzung eines schon von den Stadtverordneten genehmigten Satzungsentwurfs bietet, zuzustimmen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Diese Sache mußte heute morgen in der Ratssitzung so schnell ^{berücksichtigt} ~~beachtet~~ werden, daß Herr Kollege Schaper nicht in der Lage war, den Wortlaut des Entwurfes vorzulegen. Bei der Verlesung eben ist mir ein Bedenken gekommen. Wir hatten unseren Antrag schon im März an das Staatsministerium gerichtet und haben jetzt die Antwort bekommen. Wenn wir jetzt sagen: „Die Satzung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft“, dann kann es zweifelhaft sein, ob wir noch jetzt die Schulgeldsätze für die höheren Schulen vom 1. April d.J. an erhöhen können. Ich glaube, wir müssen deshalb sagen: „Die Satzung tritt mit dem 1. April 1921 in Kraft.“

Stadtverordneter. S i e v e r s. Meine Damen und Herren !
Es ist ein eigen Ding, eine so plötzlich vorgelesene
neue Bestimmung zu genehmigen, wenn man sie nicht
genau gesehen hat. Ich bin nur in der Lage, den
Satzungsentwürfe zuzustimmen, wenn vom Ratstisch aus
gesagt wird, daß keine Veränderungen der augenblick-
lichen Schulgeldsätze möglich sind, ohne daß vorher
die Stadtverordnetenversammlung gehört ist.

Stadtrat S c h a p e r : Wenn diese Satzung vom Staatsministerium genehmigt ist, dann werden wir an die Stadtoverordneten eine Vorlage machen über die Höhe der Schulgeldsätze. Die eigentliche Höhe der Schulgeldsätze hat mit dieser Sache nichts zu tun; es handelt sich nur um die Festsetzung, daß die Schulgeldsätze nicht mehr durch Statut, sondern durch Beschluß der städtischen Behörden festgesetzt werden.

Nach den Worten des Herrn Oberbürgermeisters, darf ich wohl die Änderung vornehmen: „Mit dem 1. April 1921“ statt „mit dem Tage der Veröffentlichung“.

Der Satzungsentwurf wird von der Versammlung
stillschweigend genehmigt.

(Punkt 17)

18. Antrag Stukenberg auf Gewährung einer Vorauszahlung an die städtischen Angestellten.

V o r s i t z e n d e r : Es sind verschiedene Anträge eingegangen, die der Begründung durch ihre Urheber harren. Eben ist noch ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Stukenberg eingegangen. Der Antrag ist von einer genügenden Anzahl Herren mitunterschrieben. Er lautet: „Der Rat der Stadt wird ersucht, angesichts der großen Notlage, in der sich die städtischen Angestellten befinden, den verheirateten Angestellten zur Bestreitung dringlicher Ausgaben, wie z.B. Kohlen, eine Vorauszahlung bis zur Höhe eines Monatsgehalts auf Anforderung sofort zu gewähren.“

Die zur Auszahlung gelangenden Beträge sind nach Regelung der Gehälter zu verrechnen.“

Stadt v. S t u k e n b e r g : (zur Begründung)
Meine Damen und Herren! Wir haben unter Punkt 8 der Tagesordnung die Vorlage des Rats verabschiedet und auch einen Antrag angenommen, daß die Regelung der Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter durch die Gehalts- bezw, Lohndeputation erfolgen soll. Der Zeitpunkt, zu dem dieses geschehen soll, ist noch nicht bestimmt, und soweit ich annehmen kann, wird es wohl auch nicht so schnell damit gehen. Die große Notlage aber, in der sich die Angestellten befinden, hat mich bewogen, den vorliegenden Antrag zu stellen. Ich habe mich gerade in den letzten Tagen von dieser Notlage überzeugen können, und das ist mit ein Grund, daß ich die Dringlichkeit dieses Antrages gewünscht habe. Es ist tatsächlich so, daß die Angestellten heute nicht in der Lage sind, den dringenden Bedarf an Kohlen und an Einmachefrüchten für den Winterbedarf zu decken, weil ihnen keine Mittel dafür zur Verfügung stehen. Eine Linderung dieser Not ist dringend gebo-

ten

ten, und deshalb habe ich in meinem Antrage gebeten, den verheirateten Angestellten eine Vorauszahlung bis zur Höhe eines Monatsgehalts zu gewähren. Die Rückzahlung dieses Betrages dürfte natürlich nicht zu erfolgen haben nach der Auszahlung am nächsten Ersten des Monats, denn damit würde das Gegenteil von dem erreicht werden, was ich mit dem Antrage bezwecke, sondern es müßte eine Verrechnung erfolgen nach Regelung der Gehälter der Angestellten. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen und auf diese Weise die Not zu lindern, die bei den Angestellten tatsächlich vorhanden ist.

Auf Anfrage des Vorsitzenden beschließt die Versammlung die sofortige Beratung des Antrages Stukenberg.

(Punkt 18.)

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Meine Herrschaften! Es ist erklärlich, daß ein solcher Antrag gestellt wird, aber ich muß offen bekennen, daß ich allmählich gegen diese Vorschüsse überhaupt Bedenken bekommen habe. Wenn es nicht unbedingt notwendig ist, sollten wir Vorschüsse nicht mehr bezahlen, - es führt das zu nichts Guten; die Rückzahlungen erschweren den Haushalt des Betroffenen erst recht. Nun kann ich aber heute erklären: Nachdem Sie beschlossen haben, daß die Gehaltsdeputation ermächtigt sein soll, eine Erhöhung der Vergütungen für die Angestellten vorzunehmen, beabsichtige ich, die Deputationen in der nächsten Woche zusammen zu berufen, sodaß dann Beschluß gefaßt werden kann nicht über Vorschüsse, sondern über die Erhöhung selbst. Ich möchte deshalb Herrn Stukenberg bitten, seinen Antrag zurückzuziehen.

Stadt v. S t u k e n b e r g : Nach dieser Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, wonach der Zeitpunkt der Neuregelung in die nächste Woche fallen soll, glaube ich Grund zu haben, meinen Antrag zurückzuziehen. Die Erklärung bietet mir Gewähr dafür, daß die Neuregelung schnell erfolgt, und es war mir nur darum zu tun, die vorhandene Not schnell zu lindern.

Stadtø. S t u k e n b e r g zieht seinen Antrag
zurück.

19. Antrag Stegmann, die Sitzungsberichte wieder vielfältigen zu lassen.

Wortlaut des A n t r a g e s siehe Seite 13 .

Stadtv. S t e g m a n n : (zur Begründung)

Die Begründung kann kurz sein. Bis vor 5/4 Jahren bekamen die Stadtverordneten gedruckte Berichte über die Sitzungen zugestellt. Daß solche Berichte uns zugehen, ist dringend nötig, denn man ist in ~~manchen~~ ^{vielen} Fällen gezwungen, nachzuschlagen, welche Verhandlungen stattgefunden haben, was darin beschlossen ist, welche Stellung der Rat und die einzelnen Stadtverordneten zu einer Sache eingenommen haben. Aus Sparsamkeitsrücksichten ist bei dem Defizit, welches der städtische Haushalt aufweist, der Druck der Berichte weggefallen, was aber allgemein als ein Übelstand aufgefaßt ist. Deshalb möchte ich beantragen, daß die Berichte wieder wie früher gedruckt werden und an die Stadtverordneten zur Verteilung gelangen. Es wird gesagt werden, daß unsere finanziellen Verhältnisse jetzt immer noch nicht besser geworden sind. Das ist richtig, aber wir haben gesehen, wie wir heute

zier-

ziemlich erhebliche Summen bewilligt haben, und so muß ich glauben, daß bei einem Etat der nach vielen Millionen zählt, es nicht darauf ankommen kann und darf, eine dringende Notwendigkeit für die Information über die Verhandlungen wieder zu schaffen. Es wird kaum ein Parlament geben, das überhaupt keine Nachrichten über seine Verhandlungen herausgibt. Wenn heute jemand gezwungen ist, auf frühere Verhandlungen zurückzugreifen, hat er darüber nichts in den Händen, und in diese Verlegenheit wird jeder einzelne einmal kommen. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen, und hoffe, daß ihm auch der Rat zustimmen wird.

Der Antrag wird genügend unterstützt, und der Vorsitzende überweist ihn dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

20. Antrag Jahns, betreffend die Gestaltung der
Sammelfahrseheine der elektrischen Straßenbahn.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 12

Stadtv. J a h n s (zur Begründung): Meine verehrten Damen und Herren ! Ihnen allen werden diese wunderbaren Sammelfahrseheine bekannt sein, die wir von der Straßenbahn eingehändigt bekommen. Wenn er an und für sich auch ganz brauchbar und vielleicht auch leichter aufzubewahren ist als die früheren Fahrseheinhefte - es mögen ja gute Gründe für seine Anschaffung vorhanden sein -, so erweist er sich doch beim Übergangsverkehr als sehr mangelhaft. Ich habe verschiedentlich bemerkt, daß bei Fahrgästen, die umgestiegen sind, in dem neuen Wagen vom Schaffner erklärt wurde: „Sie haben gar keinen Übergang-Fahrsehein.“ Der Fahrgast ist bei diesem kleinen Ding gar nicht in der Lage, festzustellen, ob der Übergang darauf vermerkt ist oder nicht. Bei den früheren Fahrseheinen aus den Heften wurde eine Ecke abgerissen, wenn kein Übergang beabsichtigt war, und das war leicht zu kontrollieren, heute aber läuft man Gefahr, wenn

man

man umsteigt, im nächsten Wagen noch einmal zu bezahlen. Ich halte es für dringend notwendig, daß den Fahrgästen die Kontrolle über die Umsteige-Bezeichnung ermöglicht wird. Bei diesen jetzigen Fahrscheinen macht es, wie ich glaube, selbst den Schaffnern Schwierigkeit, die Sache durchzuführen.

Ich möchte die Herrschaften bitten, meinen Antrag zu unterstützen, und den Rat ersuchen, schnellst einen diesbezüglichen Antrag bei der Straßen-eisenbahngesellschaft zu stellen. (Zuruf Lehnert: Stellen Sie doch einen dringlichen Antrag!)

Ich würde gern bereit sein, den Antrag als einen dringlichen zu bezeichnen, wenn das genügend unterstützt wird.

Die Versammlung nimmt die dringliche Behandlung
des Antrages Jahns an.

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren!
Seitdem die Fahrscheinhefte abgeschafft sind und man diese neuen Fahrscheine für 3 Mark vom Schaffner in die Hand gedrückt bekommt, ist es wirklich bei vollbesetztem Wagen dem Schaffner unmöglich, sich mit der Abfertigung der Gäste durchzuarbeiten.

Wie manch einer verschwindet dabei aus dem Wagen und hat die Fahrt frei. Noch ein anderes kommt hinzu, namentlich wenn eine schlechte Beleuchtung im Wagen ist: Manchen der Schaffner, die nicht mit besonders guten Augen beschenkt sind, ist es unmöglich, die richtigen Stellen zum Durchlochen der Fahrkarten zu finden, und so kommt es zu den unangenehmen Fällen, die Herr Jahns erwähnte, daß die Fahrgäste noch einmal bezahlen müssen oder an die frische Luft gesetzt werden. Ich möchte auch bitten, daß der Rat bei der Straßeneisenbahngesellschaft vorstellig wird, diesen Übelstand abzu^{stellen}~~heben~~ und neue Fahrbücher zur Einführung zu bringen. Auf Grund dieser Fahrscheine wird die Gesellschaft keine Mehreinnahmen machen, es geht ihnen

ihnen dabei manches verloren. Ich bitte Sie, dem An-
trage des Herrn Jahns zuzustimmen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Soweit ich unterrichtet bin, handelt es sich bei diesen Sammelfahrscheinen um einen Versuch, der von der Straßeneisenbahngesellschaft gemacht ist, weil sie von der Voraussetzung ausging - ob sie richtig ist, ist eine andere Frage - daß dadurch Papier gespart würde und eine gewisse Erleichterung für das Publikum wie für die Schaffner dadurch geschaffen würde. Ich bin in der kurzen Zeit der Benutzung dieser Fahrscheine anderer Ansicht und vertrete auch die Ansicht der beiden Herren Vorredner, daß ~~ebenfalls~~ nämlich diese Fahrschein-Sammelkarte, die aus 6 Einzelfahrscheinen besteht, infolge der Kleinheit jedes einzelnen dieser 6 Fahrscheine außerordentlich viele Mängel aufweist. Es wird zweckmäßig sein, wenn Sie heute den Antrag des Herrn Jahns annehmen. Ich zweifle nicht daran, daß diese Angelegenheit in der nächsten Aufsichtsrat-Sitzung der Straßeneisenbahngesellschaft - Herr Lehnert gehört ja auch zu den schätzenswerten Mitgliedern des Aufsichtsrats -

zur

zur Sprache kommt, und wir werden ja sehen, was dabei herauskommt. Selbstverständlich läßt sich eine Änderung nicht von heute auf morgen schaffen, denn die alten Vorräte müssen erst verbraucht werden, und das wird eine erhebliche Zeit dauern.

Stadtv. Fräulein W o l t e r s : Ich möchte dem
bisher ²gesagten noch hinzufügen, daß man geradezu
Mitleid mit den Schaffnern haben muß, die diese klei-
nen Zettel zu bearbeiten haben, denn das ^{muß} ~~ist~~ eine
recht unangenehme und angreifende Arbeit sein. Ich
habe gefunden, daß in ^{2.4.} Hannover und in Hamburg die
Fahrscheine nicht so kompliziert ~~sind~~ waren. ^FPrakti-
sche Vorschläge kann ich eben nicht machen, aber
vielleicht überlegen sich die Herren aus dem Aufsichts-
rat die Sache einmal, damit sie solche bei der näch-
sten Aufsichtsratssitzung vorbringen können. ^FIch kann
auch nicht begreifen, wie es den Schaffnern möglich
ist, bei schlechter Beleuchtung mit der Lechung der
kleinen Zettel ^{fortw. zu kommen.} ~~durchzukommen.~~

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Die Schwierigkeit für unsere braunschweigischen Verhältnisse besteht darin, daß Sammelfahrscheine mit Umsteigeberechtigung ausgegeben werden, die in jedem Falle des Umsteiger^{er}~~verkehrs~~ gelocht werden müssen, dazu auch noch die Zeit der Fahrt, die Linie usw. Nachher muß wieder geknipst werden, damit kontrolliert werden kann, daß die Karte nicht zweimal benutzt wird. Einfacher wäre es, wenn grundsätzlich keine Sammelfahrscheine mit Umsteigeberechtigung ausgegeben würden oder wenn die Umsteigeberechtigung überhaupt aufgehoben würde. Aber von beiden Vergünstigungen haben wir nicht lassen wollen, während sie diese in anderen Städten nicht ^{überall} finden. In Hamburg werden sie wohl einfachere Fahrscheine haben, aber ohne die beiden Komplikationen, von denen ich sprach. Wenn Sie uns etwas Gutes vorschlagen können, werden wir einem solchen Gedanken gern näher treten, bislang ist ^{ihre Auffassung} ~~uns~~ aber ein einfacherer Schein noch nicht aufgetaucht, obwohl uns eine große Menge Material zur Verfügung stand.

V o r s i t z e n d e r : Würde es nicht das Ersprießlichste sein, wenn wir die Dringlichkeit des Antrages stréichen, den Antrag der Kommission zur ordnungsmäßigen Vorberatung überwiesen und zu dieser Beratung den Direktor der Straßeneisenbahn einlúden.? Wir haben verschiedene Wünsche betreffs der Straßebahn auf dem Herzen, und so würden wir wohl bei diesem Verfahren uns am besten stehen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Ich muß davon abraten, es hat keinen Zweck. Es ist besser, wenn wir uns in Aufsichtsrat der Gesellschaft besprechen; dort ^{ist} ~~sind~~ eine ganze Menge von Sachverständigen, nicht nur der Direktor, die den Betrieb auf anderen Straßenbahnen kennen. Nehmen Sie heute den Antrag ruhig an, in der nächsten Aufsichtsratsitzung wird er dann besprochen werden.

Stadt. Frau G o e t z e : Ich habe einen Vorschlag, der mir praktisch scheint. Wäre es nicht einfacher, wenn - wie das in einigen Städten sein soll, wo auch Umsteigeverkehr ist - die ganze Knipserei aufhörte und mit einem farbigen Stift die Rubrik angestrichen würde, die in Betracht kommt, und beim Umsteigen dann noch einmal. So etwas können auch Halbblinde sehen.

Stadtbaurats G e b e n s l e b e n : Auch das hat man schon versucht und ~~hat~~ nicht nur Bleistift oder Buntstift, sondern auch Fettstift genommen, um das Anstreichen vorzunehmen. Solche Fettstiftstriche sind nämlich mit Radiergummi nicht wieder wegzubringen, aber erfinderische Jungen sind dann auf den Gedanken gekommen, den Fettstiftstrich mit Benzin wegzubringen. Es hat sich also auch das Anstreichen mit Buntstift und dergleichen nicht sonderlich bewährt.

Der Antrag Jahns wird einstimmig angenommen.

Punkt 20.

21. Antrag Burgdorff, betreffend die Fertigstellung
der Instandsetzung der zu Beginn des Krieges
in Angriff genommenen Straßen.

Wortlaut des Antrages siehe Seite ...

Stadt v. B u r g d o r f f (zur Begründung):

Es handelt sich bei den in unserem Antrage erwähnten Straßen darum, daß sie teilweise aufgerissen sind und nun unfertig daliegen. Es war beabsichtigt, sie mit Teermakadam zu belegen, aber der Krieg kam dazwischen. Bei diesem unfertigen Zustand der Straßen liegt die Gefahr vor, daß das Publikum und besonders Kinder in der Dunkelheit an den aus der Straßenbefestigung hervorstehenden Hydranten stoßen, hinstürzen und sich verletzen. Es wäre zweckmäßig, bei der herrschenden Arbeitslosigkeit, wenn dafür Sorge getragen wird, daß diese Übelstände beseitigt werden.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag ist genügend unterstützt, ich überweise ihn dem Bauausschuß zur Vorberatung.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

B e r i c h t

über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu
Braunschweig in deren Sitzung am 7. Juli 1921.

Agenda:

Beratung des Stadthaushaltsplans für 1921-22.

Vermietung eines Teiles des früheren Brunonia-Grund-
stücks an die staatliche Jugendfürsorge.

An Ratstische die Herren Oberbürgermeister Retemeyer,
Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Frankenberg, Stadt-
baurat Gebensleben, Stadtrat Sehaper, Stadtrat Vogler,
Rechtsanwalt Philipps, sowie die Stadträte Burgold,
Pinnow, Ralfs, Dr. Reiche. Es fehlen die Stadtver-
ordneten Fay, Mädge, Dr. Röpeke, Dr. Schultze.

Vorsitzender F r e d e: Ich eröffne die Sitzung und
mache zunächst Mitteilung von folgenden Eingängen:

Soeben ist mir ein Schreiben von der Firma Albin
Günter, Zentralheizungswerke, Bad Blankenburg im Thürin-
gerwalde übergeben. Sie bewirbt sich um Arbeiten für
das

das Residenzbad. Wir sind nicht in der Lage, hierüber ein Urteil abgeben zu können, ich überweise das Schreiben dem Rat der Stadt.

Von einer Anzahl früherer städt. Beamten, die in den Reichsdienst eingetreten sind, ist ein Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung, zu Händen des Vorsitzenden, gerichtet, in dem darum gebeten wird, beschließen zu wollen, daß den Unterzeichneten, abweichend von einem Beschluß in der letzten Sitzung, die Nachzahlung gewährt wird, die sich aus der Einreihung der Stadt Braunschweig in die Ortsklasse B für die Zeit ergibt, in der die Unterzeichneten vom 1. April 1920 ab ^{noch} ~~im~~ Dienste der Stadt gearbeitet haben.

- Ich übergebe das Schreiben der Finanzkommission.

Ferner ist mir ein Schreiben eben übergeben, betreffend die Gehaltsverhältnisse des Direktors des städtischen Museums. Wie ich höre, ist ein gleichlautendes Schreiben an den Rat abgegangen, und unserer Gepflogenheit gemäß warten wir dessen Stellungnahme ab.

So-

Sodann hat eine Lehrervitue ein Gesuch an die Stadtverordnetenversammlung bezüglich der Aufbes-
serung ihrer Witwengeld-Bezüge gerichtet - ich habe es noch nicht durchlesen können. Es wird mir mitgeteilt, daß wegen der Bezüge der Witwen ~~des~~ der städtischen Beamten eine Vorlage des Rates bei den Stadtverordneten eingegangen sei, daß darin also auch dieser Fall behandelt ist. Es wird diese Sache demnach in nächster Zeit hier zur Verhandlung kommen.

Weiter hat die Firma W. Büssing & Sohn, hier, sich mit einem Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung gewandt, in welchem sie ersucht, die Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Elmstraße und Lutterstraße zu genehmigen. Auf das ~~W~~ähere kann ich eben nicht eingehen. Es ist ein Mangel, daß, wenn ich hierherkomme, so viele Schreiben mir vorgelegt werden, welche an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet sind. Es wäre besser, wenn sie dem Vorsitzenden vor der Sitzung zugestellt würden, damit er in der Lage ist, sie vorher durchzusehen. - Wie ich höre, hat sich der Rat mit der

An-

Angelegenheit schon befaßt; ich überweise das Schreiben dem Bauausschuß zur Vorberatung.

1. Beratung des Stadthaushaltsplans für 1921/22.

Stadtv. L e h n e r t (zur Geschäftsordnung):

Ich möchte beantragen, bei der Beratung des 1. Punktes der heutigen Tagesordnung zunächst eine Generaldebatte zu eröffnen.

**Die Versammlung beschließt den Antrage gemäß.
(betr. Generaldebatte).**

Stadt v. Dr. J a s p e r (als Referent): Ich habe dem Antrage des Herrn Kollegen Lehnert zugestimmt, weil es zur Erleichterung der Geschäfte dient, wenn das, was zu der Vorlage zu sagen ist, vorweg in allgemeinen Gesichtspunkten erörtert werden kann. Es ist ja auch das Anschreiben des Rats zum Stadthaushaltsplan so aufgebaut, daß zunächst die allgemeinen Gesichtspunkte vom Rat erörtert sind. Diese allgemeinen Gesichtspunkte betreffen zunächst etwas Formelles: die älteren Kollegen und Kolleginnen aus der Versammlung finden den Stadthaushaltsplan in einem neuen Gewande vorgelegt. Ob dieses neue Gewand besser ist als das alte, das will uns älteren Stadtverordneten einigermaßen fraglich erscheinen, denn man muß sich erst an die Neuheit gewöhnen, aber fraglos muß man anerkennen, daß dadurch eine größere Übersichtlichkeit entstanden ist, daß wir jetzt nicht mehr die berühmten Nebenvoranschläge in dem Haushaltsplan haben, sondern alles einheitlich zusammengearbeitet ist. Der in dem Anschreiben des Rates angeführte Grund, daß durch diese neue Uniform der Stadthaushaltsplan gewonnen habe,

auch eine geschäftliche Erleichterung dadurch entstanden sei, läßt sich nicht verkennen. Der Haushaltsausschuß hat deshalb gemeint, man solle es mit dem Haushaltsplan im neuen Gewande durchaus bewenden lassen.

[Von allgemeiner Bedeutung dürfte die Mitteilung des Rates der Stadt auf den ersten Seiten seines Anschreibens sein, woraus hervorgeht, daß die Schuldenlast der Stadt gegenwärtig noch mehr als 65 Millionen ausmacht. Die Damen und Herren alle werden diese Zahlen auf Seite 3 des Anschreibens gelesen und auch gewürdigt haben. Diese Schuldenlast steht im Zusammenhang mit dem ersten Kapitel unseres neuen Haushaltsplanes, das ausklingt auf eine Ausgabe von über $3\frac{3}{4}$ Millionen Mark, die allein die Regelung des Schuldendienstes unserer Stadt verlangt. Durch diese Schulden, die der Krieg und was damit zusammenhängt zu einem guten Teil auf uns gebracht hat, sind die Finanzen unserer Stadt nicht mehr so glänzend, wie sie früher waren, und ob der gute Glaube und die Hoffnung für die Zu-

kunft

kunft die wir auf Seite 3 in den letzten Absatz der Ziffer 1 finden, in Erfüllung gehen wird, scheint einigermaßen fraglich - wir wollen es hoffen. Es ist ^{dort} ~~noch~~ dargelegt, daß der Rat der Stadt erwartet, das Reich werde die Verheißung erfüllen, die durch Bestimmungsvorschriften des Landessteuergesetzes ~~an~~ ^{den} Gemeinden gemacht worden sind, daß heißt: wir sollen wieder zu dem Gelde kommen, das wir auf Reichsunkosten verauslagt haben. Diese Verauslagungen forderten nicht nur unmittelbare Aufwendungen, sondern sie fordern noch immer dauernde Verzinsungen, und das drückt den Stadthaushaltsplan ganz erheblich.

Desgleichen hat der Rat der Stadt in der Übersicht der Geschäftslage darauf hingewiesen, daß die Umwälzungen in Reich und Ländern ^{es} mit sich gebracht haben, daß gegenwärtig die Stadt nicht in der Lage ist, völlig klar zu sehen, über welche Mittel sie in diesem laufenden Jahr verfügen kann. An verschiedenen Stellen des Anschreibens finden wir immer wieder die Bemerkung, daß das Staatsministerium noch nicht diejenigen

Mittel

Mittel zugebilligt hat, die die Stadt haben müßte, und daß sich auch in keiner Weise absehen läßt, in welchem Umfange im laufenden Geschäftsjahre das Staatsministerium der Stadt Entgegenkommen zeigen würde. Ich weise auf die Dinge hin, die mit dem Schulwesen zusammenhängen, daß dabei nur eine gegriffene Zahl von $1\frac{1}{2}$ Millionen eingesetzt werden kann. Ob wir das bekommen, ob wir mehr bekommen oder weniger oder garnichts, das ist in keiner Weise vor auszusehen. Infolge dieser unglücklichen Lage der Gesetzgebung wie der Haltung der beteiligten Stellen ist natürlich die Lage der Stadt nicht gerade eine glänzende, denn jede Verzögerung erfordert für die Stadt Aufwendungen an Zinsen, und im übrigen gilt bei diesen Verhältnissen auch der Grundsatz: „Den letzten beißen die Hunde“. Die Stadt gehört zu den letzten, wenigstens im Verhältnis zu Reich und Ländern, die alle auch geldbedürftig sind und zunächst für sich sorgen. Die Stadt hat nun² eine beschränkte Möglichkeit, das auf die

Steuer-

Steuerzahler abzuwälzen, was für die Wohlfahrt der Stadt-Einwohner notwendigerweise aufgebracht werden muß.

Sie werden finden, daß die Rohzahlen unseres Voranschlages gegenüber dem Vorjahre erheblich gestiegen sind; sie sind nahezu verdoppelt. Sie finden das schon auf den ersten Seiten des Voranschlages, in dem dort gesagt wird, daß die Einnahmen sich vermutlich auf 53 435 000 M. stellen würden, die Ausgaben auf 58 735 000 M. Im Vorjahre rechneten wir noch mit 28 Millionen und 29 Millionen. Also der Entwertung des Geldes entsprechend und sonstigen Umständen folgend, sind die Rohzahlen erheblich gestiegen, und wir haben es jetzt mit Ziffern zu tun, vor denen die älteren unter uns früher wohl erstaunt gewesen wären.

Ich darf sodann die Aufmerksamkeit der Versammlung auf Seite 2 des Anschreibens wenden. Der dort stehende Absatz handelt von den Kriegsgeschäften der Stadt, und was da gesagt wird, ist keineswegs

er-

erfreulich. Ebensowenig kann uns befriedigen das Verhalten gewisser Behörden zu den Stadtgeschäften; ich denke besonders an die Bemessung der Viehpreise, als wir zu erheblich teurerem Gelde Vieh aus Oldenburg beziehen mußten und unsere Waren nicht entsprechend den Einkaufspreisen absetzen konnten, wodurch dann ein entsprechender Verlust für die Stadt entstanden ist.

Besondere Beachtung verdient in der allgemeinen Besprechung die Zusammenstellung auf Seite 4 und 5 des Ratanschreibens. Die Zahl der im städtischen Dienst beschäftigten Personen ist eine sehr erhebliche. Einschließlich der Schulen werden 1134 Beamte aufgeführt, und daneben widmeten damals - am 1. März 1921 - 247 Angestellte ihre Dienste der Stadt, und endlich kommen noch 858 Arbeiter in den städtischen Betrieben in Frage. Die Zahl der Angestellten hat sich seither vermindert, wie ich aus der Gehaltsdeputation weiß; es wurde dort nur eine runde Ziffer von 200 angegeben. Diese Verminderung der

An-

Angestellten hängt mit dem Abbau der Kriegswirtschaft zusammen, und es ist zu erwarten, daß diese Kriegsgeschäfte auf die Dauer noch weniger Arbeit durch die Stadt in Anspruch nehmen. Auf der anderen Seite ist aber ein schneller Abbau wohl kaum wünschenswert und auch nicht zu erwarten, weil ja die Stadt bei manchen dieser Geschäfte, sagen wir einmal bei der Brotgetreideversorgung oder bei der Kartoffelversorgung - in der Übergangszeit einen gewissen Einfluß im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung immer noch ausüben wird.

Im Abschluß stellt sich der Voranschlag so, daß ein Fehlbetrag von 5 300 000 Mark erwartet wird. Diese Summe stimmt aber gegenwärtig nicht mehr, denn wir haben in der letzten Versammlung zugebilligt, daß die städtischen Beamten in die Ortsklasse B eingereiht werden und der Rat hat uns auseinandergesetzt, daß die Wirkung dieses Beschlusses die sein würde, daß im laufenden Rechnungsjahre 732 000 M mehr aufgewendet werden müßten. Wir haben in der letzten Versammlung auch zugestimmt, daß

in

in Anlehnung an diese neue Gruppierung der Beamten eine Nachprüfung der Bezüge der Angestellten und Arbeiter stattfinden müßte. Diese Nachprüfung ist inzwischen durch die zuständigen Deputationen - die Gehaltsdeputation einerseits und die Lohndeputation andererseits - durchgeführt. Nach den Ziffern, die mir dort zur Verfügung gestellt sind, erfordern diese Neuregelungen an Ausgaben bei den Angestellten jährlich 757 000 M. mehr und bei den Arbeitern 1 181 000 M. mehr, so daß ^{ich} nach der Rechnung die ich privat angestellt habe an Hand der auf Seite 4 angegebenen Personenzahlen auf eine Mehraufwendung von 2 700 000 M. für das laufende Rechnungsjahr komme. Das würde zu dem Fehlbetrag von 5 300 000 M. hinzugerechnet werden müssen und würde bedeuten, daß wir nur durch diesen einen Beschluß der vorigen Versammlung einem Fehlbetrag von rund 8 Millionen Mark gegenüberstehen. Das verdient von vornherein hervorgehoben und gewürdigt zu werden bei Anträgen, die von verschiedenen Seiten des

Hau-

Hauses gestellt werden sollen. Für diese 8 Millionen Mark ist bisher eine Deckung nicht gefunden, und wie weit der Rat der Stadt den in der letzten Versammlung in dieser Richtung gefaßten Beschlüssen beitreten wird, das steht noch dahin. Jedenfalls ist aus diesem Tatbestand allein zu folgern, daß man mit einer gewissen Vorsicht herangehen muß, wenn man städtischerseits Bewilligungen machen soll.

Im einzelnen hat der Haushaltsausschuß - ohne damit die einzelnen Punkte schon erläutern zu wollen - die Voranschläge im großen und ganzen gutgeheißen, hat allerdings dabei nicht verkannt, daß der Voranschlag heute nicht mehr den Wert hat, den er früher zu haben pflegte, denn die Verhältnisse entwickeln sich heutzutage sehr schnell und man kann viel weniger als früher voraussehen, wie die Dinge in der nächsten Zukunft sich gestalten werden. Das, was heute als wahrscheinlich erscheint, kann morgen vielleicht schon überholt sein. Das hat man bei der Beratung im Haushaltsausschuß be-

son-

sonders bei den Anschlägen gesehen, die schon auf mehrere Monate, etwa ein halbes Jahr, zurückreichen; sie waren durch die Verhältnisse völlig überholt. Die Kohlenpreise, die ~~Stein~~^{Teer}preise waren ganz andere geworden, es waren die Löhne und Gehälter zwischendurch anderweit geregelt; es war damals beabsichtigt, die Viehwirtschaft auf dem Rieselgute nicht auszudehnen und zwischendurch sind wir anders schlüssig geworden, und so sieht der Voranschlag für das Rieselgut ganz anders aus, als die Ausführung werden wird. Der Haushaltsausschuß hat gemeint, es sei bei der Wandelbarkeit der Verhältnisse nicht nötig, eine Korrektur des Voranschlages für das Rieselgut oder für die Wasserwerke heute eintreten zu lassen, sondern wir haben uns darauf beschränkt, die Voranschläge daraufhin zu prüfen, daß nicht etwa durch sie dem Rat Mittel zur Verfügung gestellt würden, die nach Lage der ganzen Verhältnisse nicht ausgegeben werden dürfen, und im übrigen kennen wir unsern Rat und dessen Vorsitzenden
gut

gut genug, als daß wir nicht so wie so schon das Zutrauen haben könnten, daß nichts unnütz~~er~~ verwirtschaftet wird; wir haben eher manchmal das Empfinden gehabt, daß zuviel an Sparsamkeit geleistet würde. Jedenfalls hat der Haushaltsausschuß im großen und ganzen an den Voranschlägen bezüglich der Ausgaben keine Beanstandungen zu machen gehabt. Man mag zweifeln, ob dieser oder jener Anschlag berechtigt oder nicht berechtigt sei - es ist das zum guten Teil Gefühlssache - aber die Grundsätze, nach denen besonders die Ausgaben bemessen sind, schienen uns im Haushaltsausschuß in der Mehrheit durchaus richtig, besonders der eine Grundsatz, der kundgegeben war, daß es zweckmäßig sei, an der Unterhaltung der bestehenden Einrichtungen nicht zu sparen und besonders, soweit Bauwerke in Betracht kommen, für Bau und Besserung das Notwendige aufzuwenden. Es wird damit einerseits das erhalten, was erhalten werden muß, und auf der anderen Seite Arbeitsgelegenheit geschaffen. Es ist sogar von ver-

schie-

schiedenen Seiten im Ausschuß angeregt, man möchte in diesem Jahr vielleicht etwas mehr tun, um größere Arbeitsgelegenheit in der Stadt zu beschaffen.

Ich kann die allgemeinen Vorbemerkungen wohl dahin zusammenfassen, daß der Ausschuß sich dem Sinne des Anschreibens durchaus anschließt und Sie ersucht, im Sinne dieses Anschreibens mit einer gewissen Zurückhaltung im Bewilligungseifer an den Voranschlag heranzutreten. Bei manchen Posten hat man den Eindruck, daß vielleicht gewisse stille Reserven darin liegen und daß es mit ihnen nicht ganz so schlimm ausgehen wird, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte. Es bleibt aber immerhin eine erhebliche Fehlsomme zurück, und die aufzubringen wird uns allen schwer werden. Jedenfalls muß das Vorhandensein dieser Fehlsomme zu einer gewissen Vorsicht im Bewilligungseifer mahnen.

Stadtv. S t e g m a n n: Meine Damen und Herren ! Herr Dr. Jasper hat als Berichterstatter bereits darauf hingewiesen, daß die Gestalt des Stadthaushaltsplans diesmal wesentliche Änderungen aufweist. Das ist richtig, aber es ist doch auch zu bemerken, daß der innere Aufbau unter den heutigen Verhältnissen selbstverständlich derselbe geblieben ist wie früher. Würden wir Sozialdemokraten einen Haushaltsplan aufstellen müssen, so würde derselbe unseren Grundsätzen entsprechend ein ganz anderes Gesicht aufweisen und dem ^{sozialen} ~~sozialen~~ ~~Kommunis-~~ ~~mus~~ die Wege zu ebnen suchen. Das würde eine lange Vorbereitung und eine vollständige Umarbeitung des Haushaltsplanes erfordern, ^{zurzeit} ~~zurzeit~~ ist dieselbe vollständig unmöglich, ganz abgesehen von den ungeheueren Schwierigkeiten angesichts der riesigen ~~Ballastes~~ ^{Ballast} durch die Schulden der Gemeinden und der Widerstände, die uns von Seiten der bürgerlichen Gesellschaft entgegen gebracht werden, stehen die

Lan-

Aufgaben
Landesgesetze dabei im Wege. ~~Es fehlt in den~~
~~Hauptsache~~ ein Kommunalisierungsgesetz, welches
schon seit zwei Jahren im Reichstag zur Beratung
vorgelegen hat und auch schon vorher der National-
versammlung. Und wenn alles dieses beseitigt wäre,
würde es doch noch unmöglich sein, in einer ein-
zelnen Stadt allein den ~~Sozial-Kommunismus~~ *sozialen Kommunismus* einzu-
führen. Daran zu denken wäre eine Utopie. Wir
sind also gezwungen uns mit dem abzufinden, was
uns geboten ist.

Wenn ich nun zu dem diesjährigen Stadthaus-
haltsplan Stellung nehme, so ist erst einmal eines
klar: er spiegelt die trostlosen Verhältnisse
treffend wieder, in die der Krieg die Gemeinden
gebracht hat. Die Gemeinden sind mehr als das
Reich und die Länder die Leidtragenden in dieser
fürchterlichen Misere. Es ist keine leichte Auf-
gabe, auf diesem Trümmerhaufen bei den ungeheuer
großen und immer noch steigenden Ausgaben und bei
den

den sich fortgesetzt türmenden Schwierigkeiten einen zuverlässigen Voranschlag aufzustellen. Ich bin der Meinung, daß vieles in ihm nur Mutmaßung ist, was vielleicht demnächst schon durch die kommenden Verhältnisse über den Haufen geworfen wird. Ob überhaupt irgend welche Aufstellungen in diesem Haushalts~~plan~~^{plane} von Bedeutung sind, ob man sie als sicher anerkennen, darauf bauen kann, das ist sehr zu bezweifeln; jede Stabilität fehlt vollkommen. Ich erlaube mir einige Zweifel an einigen Ziffern und infolgedessen an der Höhe des Defizits laut werden zu lassen. Dieses soll bekanntlich ~~5,7~~ 5,3 Millionen Mark betragen und wird durch die neuen Gehaltsbewilligungen wesentlich steigen, so daß Herr Dr. Jasper bereits auf ein Defizit von 8 Millionen Mark gekommen ist. Ich möchte bezweifeln, daß die Sache so schlimm aussieht. Wenn man z.B. Kapitel X, die Gaswerke, sich ansieht, daß nach dem Voranschlage mit einem Defizit abschließt, wo aber in Wirklichkeit der kaufmännische Ge-
schäfts-

schäftsabschluß einen Gewinn von 2 343 365 Mark aufweist, so muß man Bedenken haben, daß der Haushaltsplan so aufgestellt ist, wie er der Wirklichkeit entspricht. Ich meine, es ist seitens des Rats hier etwas Schwarzmalerei getrieben aus dem Grunde, um Stimmung zu machen für die Erhöhung der Gaspreise und für andere Steuern. Wenn nach diesem Rezept, wie es für das Gaswerk gebraucht ist, auch in anderen Ressorten~~en~~ gehandelt worden ist, dann kann erfreulicherweise das Defizit nicht so groß ausfallen, wie es hier geschildert wird. Immerhin steht aber fest, daß wir mit einem erheblichen Fehlbetrage rechnen müssen, und es ist nötig, daß Deckung dafür gesucht wird, einestells durch Sparen - das kann aber nur das wenigste dabei sein - und andernteils durch Aufbringen neuer Mittel. Was die Sparsamkeit betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß sie sich selbstverständlich auf keinerlei Kulturaufgaben erstrecken darf; wir sind die letzten, die dazu die Hand reichen würden. Alles was Bildungs-

an-

anstalten, Schulen, Bibliotheken, Lesehalle usw. angeht, daran darf unter keinen Umständen gespart werden, die nötigen Mittel hierfür müssen unter allen Umständen vorhanden sein, ebenso für soziale Aufgaben: am Armenwesen darf nicht gespart werden. Ich möchte hier einflechten, daß ich und meine Parteifreunde es gern sehen würden - und auch die Rechtssozialisten stehen auf diesem Standpunkte - wenn das Armenwesen einer vollständigen Reform unterzogen würde, so daß für den Armen das Odium beseitigt würde, daß die Armenunterstützung als Almosen angesehen wird, sondern daß allgemein die Ansicht herrschend würde, daß der Staat und die Gemeinden die Verpflichtung haben, diejenigen zu unterstützen, die nicht selbst ~~ernähren~~ ernähren können. Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß das Fürsorge- und Gesundheitswesen unter die Kategorie fällt, wo nicht gespart werden darf. Ich bedauere sehr, daß in den Haushaltsplan Einnahmen für

Des-

Desinfektion eingestellt sind. Meine Parteifreunde und ich sind der Meinung, daß die Desinfektion als ein wichtiges Mittel auf dem Gebiete des Gesundheitswesens unbedingt frei sein muß, aber unsere wiederholten Anträge in dieser Beziehung sind ja immer abgelehnt worden. Ferner bedauere ich, daß der Rat nicht dem Beschlusse, den die alte Stadtverordnetenversammlung gefaßt hat, ^{daß} ~~daß~~ die Schulärzte nicht im Nebenamt, sondern hauptamtlich anzustellen sind, nicht beigetreten ist. Gespart werden könnte dagegen an verschiedenen anderen Dingen. Zunächst möchte ich hinweisen auf die Lebensmittelkarten. Wenn wir jetzt wieder ~~die~~ ^{neue} Lebensmittelkarten bekommen, so ist diese Ausgabe wirklich weggeworfenes Geld, wo ~~noch~~ im großen und ganzen der freie Handel gilt; die Karten kommen in den Mülleimer oder in den Ofen. Wenn man das Personal in der Stadtverwaltung ansieht, so glaube ich, daß es Pflicht des Rates und der Stadtverordneten ist, dieses Beamtenheer etwas unter die Lupe zu neh-

nehmen. Sie finden eine ganze Anzahl Ressorts, bei denen - ohne daß ich mir anmaßen will, zu sagen, es seien zu viel Leute darin - es so scheint, daß wohl an Personal gespart werden könnte. Wenn man sieht, daß 247 Aushilfskräfte vorhanden sind, so glaube ich, daß hier tatsächlich etwas herantergehen könnte. Ich verweise darauf, daß im Sekretariat neben den 24 Beamten noch 8 Aushilfskräfte vorhanden sind, im Standesamt noch 5 Aushilfskräfte. Wie das zugeht, das weiß ich nicht, und ob ~~das~~ wirklich den heutigen Verhältnissen entspricht, oder wirklich solche ungeheure große Mehrarbeit vorhanden ist, das möchte ich bezweifeln. Auch die Stadthauptkasse hat noch 14 Aushilfskräfte außer den 42 Beamten, die Lebensmittelstelle 24. Ich sagte schon, daß der Kartendruck zum großen Teil überflüssig geworden ist; diese Aushilfsbeamten könnten zuerst verschwinden. Die Ratskanzlei weist neben 7 Beamten 10 Aushilfskräfte auf - das Verhältnis ist meiner Meinung nach ein viel zu krasses. Die Bötterkarten-

hauptstelle hat neben 5 Beamten 29 Aushilfskräfte. Gewiß, die Brotkartenausgabe besteht in vollem Umfange, aber ich bin fest überzeugt, daß es in keinem Privatgeschäfte nötig sein würde, daß zur Verteilung der Brotkarten 34 Beamte tätig sein müssen; man muß bald zu der Überzeugung kommen, daß dabei einer den andern unwirft oder im Wege steht. Die Ortskohlenstelle hat neben 2 Beamten 13 Hilfs^{kräfte}~~beamte~~, der öffentliche Arbeitsnachweis neben 5 Beamten 14 Aushilfsangestellte. In der Erwerbslosenfürsorge sind neben 7 Beamten 30 Aushilfsbeamte beschäftigt, also im ganzen 37 Personen; das ist wirklich etwas hanebüchen. Es kommt schließlich dahin, daß man sagt: „Wenn die betreffenden als Aushilfskräfte angestellt werden, dann bekommen sie keine Erwerbslosenunterstützung.“ Aber zweifellos ist es nicht nötig, daß eine solche Menge von Personen in der städtischen Verwaltung beschäftigt wird, und ich glaube, daß genau Umschau gehalten und Remedur geschaffen werden müßte,

so daß bei den ^{jetzigen} ~~denjenigen~~ ungeheueren Ausgaben für das Beamtenheer da gespart wird, wo es möglich ist. Unser früherer Vorsitzender, Herr Rieke, hat bei einer früheren Gelegenheit einmal darauf hingewiesen, daß es ihm oftmals bei seinem Eintreten in die Büros geschienen habe, als sei zu viel Personal vorhanden, dass die Anwesenden herumstanden, Zeitungen lasen, rauchten usw. Ich bin in der letzten Zeit in mehreren Büros gewesen, wo ich dasselbe gefunden habe. Hier müßte einmal energisch hintergegriffen werden.

Was die Deckung des Defizit durch Steuern und Abgaben anbetrifft, so sind wir in der Hinsicht entschieden der gegenteiligen Meinung wie der Rat, wenn er - wie schon kürzlich angedeutet worden ist - dahin strebt, die städtischen Betriebe (Gaswerk, Neustadtmühle, Wasserwerk) zu Einnahmequellen für die Stadt zu machen und dadurch unseren Einwohnern den Verbrauch aus diesen Werken zu verteuern. Unsere Einwohner, die Gas verbrauchen, sind schon von allen

Sei-

Seiten geschröpft, auch durch die Einkommensteuer, denn sie sind meist Lohnempfänger, deren Einkommen bis auf den letzten Pfennig zur Steuer herangezogen wird, während Handel, Industrie und vor allen Dingen die Landwirtschaft in dieser Beziehung sich zu drücken wissen. Da soll man die Beamten und Arbeiter, die große und breite Masse des Volkes nicht noch zu Extra-Steuern durch Erhöhung des Gas- und Wasserpreises heranzuziehen. Selbstverständlich müssen die Preise so hoch sein, daß sie die Kosten des städtischen Betriebes voll decken, so daß in den Werken nicht nur Einnahmen und Ausgaben balancieren, sondern auch Verzinsung und Amortisation gedeckt wird. Aber zum Ausbeutungsobjekt bei Benutzung der städtischen Betriebe die große Masse zu machen, dagegen müssen wir uns wenden. Wenn eine derartige Vorlage, wie ich sie gekennzeichnet habe, uns unterbreitet werden sollte, dann werden wir genau prüfen, wie weit wir gehen können. Wir haben an dem Abschluß des vorigen Jahres gesehen, das es nicht nötig gewesen wäre, den

den Gaspreis zu erhöhen und so werden wir mit einer genauen Prüfung an eine Vorlage wegen Erhöhung der Gas- und Wasserpreise herangehen müssen.

Ferner soll die Grund- und die Gewerbesteuer erhöht werden. Was die Grundsteuer betrifft, so ist es eine gewaltige Erhöhung, die beabsichtigt wird, über 100%. Auch da müssen wir sehr vorsichtig sein; eine Vorlage darüber haben wir ja noch nicht, deshalb will ich mich eben darüber nicht weiter äußern. Aber Sie wissen, die Mieten sind schon jetzt fortgesetzt gestiegen, und so werden auch die erhöhten Grundsteuern in voller Höhe auf die Mieter abgewälzt werden. Auch die Hypothekenzinsen ~~sind im März um 50% von 4 auf 6% gestiegen, was die Mieter sehr belastet. Da hat ebenfalls die Abwälzung der Kosten auf die Mieter stattgefunden. Nach dem nun~~ auch noch eine Mietssteuer eingeführt werden soll, stehen ja den Mietern herrliche Aussichten bevor. Umso mehr müssen wir bei Einführung einer erhöhten Grundsteuer genau prüfen, wie weit wir damit gehen können.

Was

Was die Gewerbesteuer betrifft, so sind wir der Meinung, daß die großen Betriebe, die während des Krieges und nach dem Kriege die großen Gewinne eingestrichen haben, ~~künftig~~ ^{kräftig} zu dieser Steuer herangezogen werden müssen, daß man aber die kleinen Gewerbetreibenden, die schwer mit der Not der Zeit zu ringen haben, ebenso die Konsumgenossenschaften, die sich aus Lohnempfängern zusammensetzen, schonen muß. Ferner sind wir der Meinung, daß der Rat Mittel und Wege suchen muß, um Steuern auf gerechter Grundlage aufzulegen. Das Recht dazu steht den Gemeinden zu, soweit das Reich nicht seine Hand auf die Objekte gelegt hat. Es müssen Steuern gefunden werden, die wirklich die Leistungsfähigen Schultern treffen. Wenn der Rat in diesem Sinne handelt und uns Vorlagen bringt, durch die diese Leute besteuert werden, durch die der Krieg entstanden und verlängert worden ist, die die Misere, unter der wir jetzt schnachten,

her-

herbeigeführt haben, dann werden wir ihn unterstützen und helfen, die nötigen Mittel zu beschaffen.

Stadtv. S i e v e r s: Meine Damen und Herren!
Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Stegmann in soweit an, als er feststellt, daß der Haushaltsplan, wie er vorliegt, in wesentlichen ^{Haum} abweicht von dem, was in früheren Jahren als Haushalt der Stadt Braunschweig vorgelegen ^{hat} ~~hat~~.
Trotzdem man sich bemüht hat, diesen alten Charakter des Stadthaushaltsplanes weiterleben zu lassen, hat doch die neue Zeit ab und zu etwas auch in dieser Hinsicht erreicht, wie es in dem Anschreiben des Rates zum Vorschein gekommen ist. Man kann nicht umhin, zuzugeben, daß die gesamte Finanzpolitik, die die Städte vor dem Kriege getrieben haben, vollständig geändert ist durch das Eingreifen ~~das~~ durch politische Gedanken geleiteten Körperschaften der Länder und des Reiches. Ferner ist angedeutet, daß der böse Krieg mit seinen Folgen vieles auf dem Gewissen hat und unsere Stadt in Verhältnisse gebracht hat, die in ^{nach all unser} ~~gewisser~~ Beziehung nicht angenehm sind. Aber nur ab und zu leuchtet diese

Er-

intnis hervor, meist ist man ohne jedes Verständnis
dessen, was an Änderungen eingetreten ist. Das
ist gewissermaßen verständlich, da im Rat in der
Mehrheit ~~der Geist~~ ^{der Ansicht} vertreten ist, ~~daß~~ ^{daß} drüben
~~vertreten wird~~ ^{herrscht}, daß Politik nicht in das Rathaus
gehört, daß die Gemeinden sozusagen selbständige
Körper sind, die in der Welt ohne irgend welchen
Zusammenhang mit ^{den} Ländern und ^{dem} Reiche~~x~~ leben, daß
man in den städtischen Körperschaften kein Wort
von Politik sprechen müsse, daß ~~man~~ im Gegenteil
die Politik in der Stadtverwaltung der Ruin der
Städte sei. Dabei muß von Ihnen zugegeben werden,
daß jede Zahl in unserm Stadthaushalt bestimmt
und festgesetzt ist durch die Politik nicht nur
der Länder und des Reiches, sondern auch durch die
Weltpolitik. Es ist ein Wahnsinn und ein Unding,
wenn jemand verlangt, auf das Rathaus gehöre keine
Politik, da ~~würden~~ ^{würden} ~~die~~ Sachen ohne Politik getriebe
die Politik sei eine Angelegenheit, die anderswo
behandelt werden möchte, im Rathause sei nicht ihr
Platz. Schon bisher ist die Gemeindepolitik durch

die

die Politik, die in den Ländern und im Reiche getrieben worden ist, bestimmt worden, und sie wird es in immer größerem Maße werden schon aus dem Grunde, weil, wenn die Verhältnisse so bleiben, wie Sie drüben es wollen, die Finanzlagefrage immer mehr in den Vordergrund tritt. Das wird ^{die Sache} ~~es~~ in vollständige Abhängigkeit von Reich und Ländern bringen.

Wenn ich mich nun einigen Angaben, wie sie in dem Anschreiben und im Haushaltsplan selbst zu finden sind, zuwende, so muß ich ^{feststellen} ~~zugeben~~, daß der Rat auf Seite 2 des Anschreibens ^{be} ~~angemerkt~~ hat, daß er die nicht ganz dringlichen Aufgaben einstweilen zurückgestellt habe. Es ist nur die Frage die, was man unter dringliche_n und nicht ganz dringliche_n Aufgaben versteht. Die dringlichen Aufgaben sind nach unserer Auffassung diejenigen, durch die das Elend des Volkes, wie es jetzt besteht, mit allen Mitteln ohne Rücksicht auf das

das, was an finanziellen Schwierigkeiten besteht, beseitigt werden soll, und dafür ist sogar wie nichts getan. Es sind ganz minimale Ansätze gemacht, um das Elend der Wohnungs- und Arbeitslosigkeit zu beseitigen. ~~Das, was~~ ^{Wir} verlangen, ~~ist,~~ die Förderung der Kulturaufgaben in Angriff zu nehmen. Man hat gespart an diesen Dingen, wie man es von ~~Ihrem~~ Standpunkt aus verstehen kann. Sie haben gute Wohnungen, Sie haben genügend Geld und ~~Vermögen~~, durch Ihren Geldbeutel sich Kultur in jeder Beziehung zu verschaffen, soviel Sie wollen, während die Masse der Besitzlosen diese Güter nicht bezahlen kann. Es ist verständlich, wenn eine Stadtverwaltung, die von Ihrem Geist beherrscht wird, sagt: Wir können diese Aufgaben zurückstellen, sie sind nicht dringlich.

Es wird in dem Anschreiben darauf hingewiesen, daß ein erheblicher Verlust bei den städtischen Regieschlachtungen eingetreten ist und daß auch die eigene Bewirtschaftung von Heizstoffen von

miß-

mißliebigen Folgen für die Stadt begleitet gewesen ist. Es wird das angeführt, als wenn man dieser Erscheinung Tränen nachweine und sich darüber bekümmere, daß diese finanziellen Folgen für die Stadt eingetreten sind. Ich weiß, daß in Wahrheit ~~auch~~ ^{hier} eine ganze Menge Herren im Saale sitzen, denen diese kleine finanzielle Schlappe der Stadt angenehm ist aus dem Grunde, weil sie daraus beweisen wollen, daß die Gemeinwirtschaft, von Städten betrieben, ein Unding ist, daß sie nicht rationell ist. Dabei vergessen Sie, daß, wenn man ein gewisses Gebiet der Bewirtschaftung heraushebt und zum erstenmal von Seiten der Stadt betreibt, die Erfahrung auf jedem Gebiete fehlt und das entstehen kann, was nicht das wichtigste ist, aber augenblicklich noch mitspricht: ~~die~~ ^{ein} finanzielle ~~schlappe~~ ^{schlappe}. Wir verlangen, daß die Stadt immer mehr in Eigenwirtschaft nimmt, was sie in Eigenwirtschaft nehmen kann. Diese allein ist geeignet, zu verhindern, daß einzelne Unternehmer privaten

Pro-

~~aus dem~~
Profit ~~daraus~~ zu ziehen, ~~und sich aneignen~~, ~~aus~~
~~etwas~~ produziert werden muß.

Auf Seite 7 des Begleitschreibens wird gesagt, daß die Aufstellung des Stadthaushaltsplanes so eingerichtet werden ~~muß~~ müsse, daß die Prüfung der Frage, ob ein städtisches wirtschaftliches Unternehmen mit Verlust gearbeitet habe, jederzeit möglich ist. Daraus spricht der Geist, nach dem allein Sie alle wirtschaftlichen Unternehmen, die die Stadt betreibt, beurteilen, Sie fragen: „Rentiert sich der Kram? Rentiert er sich, dann mag die Sache hingehen; rentiert sich die Sache nicht, dann ist sie ohne weiteres jedesmal von Übel. Die „Neuesten Nachrichten“ brachten neulich eine Aufstellung über das Schulwesen und schrieben darüber: „Millionen-Zuschuß für das braunschweigische Unterrichtswesen!“ Das bedeutet im tiefsten Innern des Herzens jenes ~~Mannes~~ ^{Koch/Meyer}: „Eigentlich müßte auch die Schule sich selbst erhalten! Steigert doch das Schulgeld auf die Höhe, daß die Schule

Schule sich selbständig erhält, genau so wie ein x=beliebiges Gas-, Wasser- oder Lichtwerk ! Die städtischen Betriebe - und dazu rechnet der Mann auch die Schule - müssen sich selbständig erhalten.* Dieser Gedanke, daß eine Sache sich rentieren müsse, beherrscht Sie vollständig; Sie denken immer nur daran, die Frage zu stellen, ob sich etwas rentiert, ob es sich um Dinge handelt, die Ihrem Vorteil dienen. Niemals aber habe ich von Ihnen die Frage gehört, ob es sich rentiert, daß wir eine Reichswehr halten, daß wir eine Justiz haben, daß wir eine Kirche haben, die aus allgemeinen Mitteln erhalten wird. Bei diesen Angelegenheiten, die Sie für sich ausnutzen, die da sind, um Ihre Herrschaft zu sichern, ist es nicht nötig, daß sie sich rentieren, daß sie Geld einbringen. Da hinein kann gesteckt werden, was hereingesteckt werden muß, um das zu erreichen, was Sie wollen, nämlich Ihre Macht aufrecht zu erhalten.

Bei

Bei Besprechung des Verzeichnisses derjenigen Personen, die in städtischen Diensten stehen, hat Herr Stegmann sehr stark kritisiert, daß eine so große Zahl Aushilfskräfte in der Stadt beschäftigt sind, und hat angeregt, in diese Dienststellen ^{ein-~~zu~~} hinzugucken und diejenigen, die von den Aushilfskräften überflüssig sind, zu entfernen. Ich kann mich dieser Kritik gegenüber den Aushilfskräften nicht anschließen. Die Folge von einem solchen Vorgehen wäre nichts weiter, als dass abermals ein Teil Leute als arbeitslos auf die Straße fliegen, und auch wenn sie irgendwo anders unterkommen würden, so würden durch sie wieder andere verdrängt. Eine Politik, die dahin geht, die Angestelltenschaft und das Beamtentum der Stadt im augenblicklichen Zeitpunkt zu verringern, ist nichts weiter als irgendwo und irgendwie weitere Arbeitslosigkeit zu schaffen. Wir, die wir für Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eintreten,

kön-

können nicht die Hand dazu reichen, daß auf versteckte Art und Weise die Arbeitslosigkeit gefördert wird.

Anschließen muß ich mich den Ausführungen des Herrn Stegmann, soweit er über die Erhöhung der Gas- und Wasserpreise gesprochen hat. Der Rat der Stadt schreibt, daß die Gas- und Wasserpreise in Braunschweig noch verhältnismäßig niedrig sind und daß man allmählich herangehen müsse, von Monat zu Monat, von Vierteljahr zu Vierteljahr wieder einmal einen Groschen im Preise zuzulegen, herausgeboren aus dem Gedanken: „Die Gasfabrik muß sich rentieren - uns brennt es ja nicht auf der Tasche“. Dann kommen die weiteren Ausreden: Für den kleinen Mann kann es nicht so schlimm sein, ob er einen Groschen mehr oder weniger zahlt. Wir wissen genau, wie die Sache liegt. Öffentlich sagen Sie, es seien nur ein paar Groschen oder Pfennige, die aufgesetzt werden, aber diese Preiserhöhungen tauchen immer wieder auf. Sie wollen

nur

nur die paar Groschen haben, aber auch das Land und das Reich nimmt sie als Steuer bei jedem Artikel, den man in die Hand nimmt, und das bedeutet eine wahnsinnige Verteuerung der Lebensbedürfnisse für die Allgemeinheit.

Dasjenige, was die Herrschaften als das Wichtigste zu interessieren scheint, ist die Endsumme, die als Fehlbetrag auftaucht, 5 300 000 Mark.

Wie hypnotisiert sehen Sie auf dieses Defizit.

Was ist es denn, was wir als Defizit haben?

Es ist Papier. Einer ganz kleinen Anzahl von Leuten, die durch Vermittelung von Finanzinstituten Geldgeber sind, sind wir diese 5 Millionen Mark schuldig. Es ist Papier, was die Gesamtheit

der Stadt Braunschweig einer kleinen Zahl von Leuten verdankt. Enteignen ist das einzige, was uns helfen kann. Der Gedanke der Enteignung ist

Ihnen unsympathisch, wenn es einer einzelnen Persönlichkeit auf die Finger brennen sollte.

Niemals ^{haben} sie sich Gedanken gemacht, wenn Sie

Ent-

Enteignung von einem ^{ganzen} ~~in~~ Volke/gefordert haben.
Sie wollten kaltlächelnd Kurland und Belgien,
Briey und Longwy enteignen, und würden mit einer
Großzügigkeit sondergleichen auch halb Afrika ein-
gesteckt haben. Wenn man aber die Forderung er-
hebt, einzelne ^{das Vermögen} Persönlichkeiten zu enteignen,
dann sind Sie nicht zu haben. Nach unserer Auf-
fassung ist das wahre Defizit ^{an Macht} nicht diese Summe
von 5 300 000 M., sondern die immer größer ^{wachsende} Verelen-
dung des Volkes, die ~~gewalttätige~~ ^{vollständige} immer zunehmende
Verwahrlosung der Wohnungen und die Vernachlässi-
gung der Ausgaben für Kulturzwecke, und das wird
erst beseitigt werden, wenn das Proletariat die
Macht in die Hand genommen hat.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r:

Meine Damen und Herren ! Ich will offen zuge-
stehen, daß der Rat wohl noch niemals der Stadt-
verordnetenversammlung einen Etat vorgelegt hat,
der so wenig wie dieser ~~Haushalt~~^{Haushalt} läßt, daß die
Endrechnung mit dem Voranschlage übereinstimmen
wird; ~~und~~ das ist auch im Ratsschreiben ausein-
andergesetzt. Der Etat ist also minderwertig, das
erkenne ich an, und mit Rücksicht darauf ist die
Kritik, die bis jetzt an dem vorgelegten Haus-
haltsplane geübt ist, ziemlich ~~billig~~^{billig}. Eine Ge-
genbemerkung muß ich mir aber doch gestatten.
Herr Dr. Jasper meinte, von den Summen, die für
die Aufbesserung der Angestellten und die Erhöhung
der Löhne von den Deputationen bewilligt wäre,
stände noch nicht fest, ob sie der Rat der Stadt
bewilligen würde. Da liegt ein Irrtum des Herrn
Dr. Jasper vor. Die städtischen Behörden haben
die Deputationen mit Vollmacht versehen, diese
Aufbesserungen festzusetzen, und in einem sol-
chen

chen Falle hat der Rat der Stadt nicht mehr die Möglichkeit, in die Beschlüsse dieser Deputationen einzugreifen. Ich habe in diesen beiden Fällen mich lediglich darauf beschränkt, meinen Kollegen im Rat der Stadt die Beschlußfassung der Deputationen mitzuteilen, eine Beschlußfassung darüber im Rat der Stadt ist aber weiter nicht herbeigeführt. Die Anweisungen zur Zahlung werden den einzelnen Verwaltungen bereits zugegangen sein.

Herr Stegmann hat gemeint, der Rat hätte bei Aufstellung des Voranschlages für das Gaswerk schwarz in schwarz gemalt. Auch da liegt ein Irrtum vor. Wir haben uns bei dieser Art der städtischen Betriebe immer auf den Standpunkt gestellt, daß die Verwaltungsdeputation in der Lage sein müßten, die Einzelheiten des Voranschlages, den sie aufstellen, sachgemäß zu beurteilen, und glaubten im Rat, uns im allgemeinen derartigen Vorschlägen anschließen zu müssen. Der Rat hat also überhaupt nicht versucht, schwarz zu malen,

sondern

sondern der Voranschlag beruht auf den Angaben der Direktion, die von der Deputation gebilligt sind.

Daß hier und da die Verhältnisse sich im Vorjahre anders entwickelt haben, als im Voranschlage angenommen wurde, hat seine besonderen Gründe. Ich erinnere daran, wie gewaltig ^{empor} die Teerpreise emporgegangen ~~sind~~, wie ~~etwa~~ auch die Kokspreise in die Höhe gegangen sind. Andererseits muß aber auch berücksichtigt werden, daß die Kohlenteuerung ganz gewaltig auf den Ertrag der Gas- und Wasserwerke drücken muß und daß die Teerpreise ^{jetzt} gegenüber früher wieder erheblich gesunken sind.

Herr Stegmann hat weiter die Frage der Aushilfsbeamten gestreift und darauf hingewiesen, daß es nicht nötig wäre, daß z. B. im Standesamte Aushilfskräfte beschäftigt werden. Das wäre richtig, wenn nicht ein großer Teil der fest angestellten Beamten noch bei der Kriegsbewirtschaftung beschäftigt würde. Solange aber diese Beamten zur

Kriegs-

Kriegswirtschaft abkommandiert werden müssen, müssen wir für sie in ihren Hauptstellen ein-
weilen Hilfskräfte einstellen. Das wird sich
ändern, sobald die Kriegswirtschaft vorbei ist.

Daß hier und da in den Büros, wie Herr Steg-
mann auch beobachtet haben will, nicht dauernd die
Beamten mit der Feder arbeiten, ist ganz erklär-
lich. Die Geschäfte bei der Kriegswirtschaft
sind solche, bei denen fortwährend das Publikum
abgefertigt werden muß. Es ist Tatsache, daß
häufig in der Zeit von 9 - 1 Uhr sich ein Verkehr
in den Büros abspielt, der kaum mit den Kräften,
die augenblicklich den Büros zugewiesen sind,
bewältigt werden kann. In dieser Sache sind wir
in derselben Lage wie jeder Kaufmann. Es gibt *aber*
Zeiten, wo das Geschäft still liegt, ~~und andere~~
~~Zeiten wo es flott geht.~~ ^{Außer} ~~Zu~~ dieser letzteren Zeit
muß das Personal vorhanden sein; das Publikum
würde unzufrieden sein, wenn nicht alsbald die

Ab-

Abfertigung erfolgen kann. Wir sind schon jetzt bemüht, die Zahl der Aushilfskräfte mit Rücksicht auf die ~~■~~ unglückliche Finanzlage der Stadt tunlichst einzuschränken. Wenn einmal die Kriegswirtschaft abgebaut wird, dann kann alles Mitleid mit den Aushilfskräften nichts helfen - dann müssen wir die Leute auffordern, sich anderweit nach Stellen umzusehen.

In ~~betreff~~ der Grundsteuer meinte Herr Stegmann sollte die Versammlung sich heute sehr vorsichtig äußern, bis demnächst die Vorlage des Rates käme. Ich bitte zu beachten, daß wegen der Grundsteuer eine besondere Vorlage nicht eingehen wird. Der Staat hat ~~auf Grund der bestehenden~~ ^{zwar} ~~Gesetze~~ meiner Überzeugung nach mit gutem Grunde eine entsprechende ^{Vorlage zur} ~~Erhöhung der~~ ^{staatl. Steuer} Grundsteuer eingebracht, ^{aber} ~~und~~ über die Erhöhung ^{der} ~~dieser~~ städtischen Steuer ^{kann} ~~müßte auch~~ hier, ohne daß eine besondere Vorlage eingeht, bei der Verabschiedung des Etats entschieden werden.

Auf

Auf die Äußerungen des Herrn Stadtverordneten Sievers einzugehen, besonders soweit sie allgemeiner Natur waren, möchte ich mir versagen. Der Ansicht, daß diewerbenden Werke der Stadt eventuell auch längere Zeit mit einem Defizit arbeiten könnten, vermag ich nicht beizupflichten; die Werke müssen doch wenigstens ohne Defizit auskommen. Ich glaube, die weitaus größte Zahl der Städte steht auf dem Standpunkt, daß bei der heutigen Finanzlage der Städte nichts weiter übrig bleibt als darnach zu trachten, aus ihren werbenden Betrieben Überschüsse herauszuholen. Jeder Kaufmann ist bestrebt, seinen Geschäftsabschluß am Ende des Jahres nicht etwa mit plus - minus Null aufgehen zu lassen, sondern etwas dadurch zu erübrigen, und auf dem Standpunkt dürfen wir auch stehen. Es wird uns niemand übelnehmen, wenn wir sagen: „Da uns die Steuerhoheit genommen ist, versuchen wir, das Geld auf diese Weise zu schaffen.“ Was nützen uns alle Bestrebungen in sozialer

Be-

Beziehung, wenn wir nicht die Mittel dazu haben,
sie durchzuführen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :
Meine geehrten Herrschaften ! Ich darf auf die
allgemeinen Bemerkungen des Herrn Dr. Jasper,
betreffend die Prüfung der Einführung neuer
Steuern erwidern, daß der Rat der Stadt den Beschlü-
den die geehrten Herrschaften in der vorigen
Sitzung gefaßt haben, zum Gegenstand seiner
Beratung gemacht haben. Wir werden in dieser
Beziehung Erkundigungen aus anderen Städten ein-
ziehen und haben außerdem schon beschlossen,
daß wir dem Ausbau der Wertzuwachssteuer in der
erörterten Richtung näher treten wollen. Damit
wird sich so ziemlich die einzige Gelegenheit
bieten, um stadtseitig diejenigen Gewinne, die
aus dem Kriege und seine Folgen für manche Ein-
wohner erwachsen sind, zu erfassen, während im
allgemeinen das Reich durch Besteuerung des Ein-
kommens, des Besitzes, durch das Reichsnotopfer
und dessen Erweiterung die erwähnte Möglichkeit
selber in die Hand genommen hat.

Hin-

Hinsichtlich einer Bemerkung des Herrn Stegmann, die mein Arbeitsgebiet betrifft, darf ich darauf hinweisen, daß die Armenpflege schon jetzt gesetzlich geregelt ist und nicht als eine beliebige Freigebigkeit der Stadt zu betrachten ist, daß aber allerdings die Armenpflege sich grundsätzlich auf das Notwendige zu beschränken hat, während in der letzten Zeit durch die Stadtverwaltung mit Zustimmung der geehrten Herrschaften veranlaßt ist, daß der Armenpflege eine freundliche Schwester zur Seite gestellt ist, die helfend und lindernd über den Rahmen der Armenpflege hinaus eingreifen kann: die Wohlfahrtspflege, die im Laufe des letzten Jahres immer mehr ausgebaut ist.

Daß wir hinsichtlich der Desinfektion ebenso wie bei dem Armenwesen an gesetzliche Bestimmungen gebunden sind, wird der Kritik des Herrn Stegmann nicht entgangen sein. Wir dürfen nicht alle Desinfektionskosten ohne weiteres auf die Stadt übernehmen, sondern nach den gesetzlichen Bestim-

mun-

mungen sind von den Beteiligten die Kosten einzuziehen, und nur, wo es sich um Minderbemittelte handelt, ist in Aussicht gestellt, daß in den Fällen, wo wir unsererseits die eine Hälfte der Kosten niederschlagen, staatsseitig die andere Hälfte ersetzt wird. Ich gebe zu, daß die Grenze des Begriffs „minderbemittelt“ flüssig ist. Wir haben ja aber verschiedentlich diese Grenze hinaufgerückt, und es mag geprüft werden, ob sie noch weiter zu stecken ist. So, wie die gesetzlichen Bestimmungen liegen, waren wir außerstande, Änderungen in der Erstattung der Kosten vorzunehmen.

Was die Brotkartenverteilung und die Lebensmittelkarten betrifft, so darf ich darauf hinweisen, daß der Rat der Stadt sich schon in den letzten Wochen dazu entschließen mußte, etwa sechs von den Aushilfsbeamten, die bei den Kartenverteilungsstellen tätig waren, zu entlassen; sie werden am 1. August das Rathaus verlassen. Wir haben auch schon den Beschluß gefaßt, die jetzt im Druck

be-

befindlichen Brotkarten so einrichten zu lassen, daß ihr oberster Teil, der Kopf, auf dem der Stadtlöwe und die allgemeine Überschrift sich befindet, gleichzeitig die nötigen Nummern für die Lebensmittelkarte mit umfaßt. Die Lebensmittelkarte wird also bei der nächsten Verteilung verschwinden.

18 Auf die Bemerkung des Herrn Stadtverordneten Sievers, bezüglich der Hypnotisierung, die einen Teil der geehrten Versammlung oder den Rat selber wegen des städtischen Defizit~~er~~faßt hätte, möchte ich entgegnen, daß es mir ein gewisser Vorzug zu sein scheint, wenn ein starkes Verantwortlichkeitsgefühl und ein starkes Empfinden für die Not der Zeit, auch für die Not der Städte und der öffentlichen Körperschaften die Verwaltung und die städtischen Körperschaften erfüllt. Ich glaube, der Mangel, daß jemand ein derartiges Verantwortlichkeitsgefühl beim Hervortreten eines solchen Defizit nicht besitzt, ist schlimmer als die

Sorge

Sorge, die die Stadtverwaltung erfüllt.

Stadt v. Dr. J a s p e r: Als Referent darf ich vielleicht noch einiges abschließend zu der allgemeinen Besprechung bemerken.

Zunächst ist vom Herrn Oberbürgermeister hervorgehoben, daß er die Sache so dargestellt hat, als seien die Beschlüsse der Deputationen endgültig. Es ist das auch meine Meinung, insofern die Deputationen einen übereinstimmenden Beschluß der städtischen Körperschaften ausführen. Daß in diesem Falle nicht nur ein Auftrag der Stadtverordnetenversammlung, sondern auch die Zustimmung des Rates vorlag, war mir bisher fremd. Es konnte dieser Beschluß auch so gefaßt sein: Wir wollen erst die Deputationen hören und uns die sachliche Stellungnahme vorbehalten.

Hinsichtlich der Ausführungen der Herren Sievers und Stegmann möchte ich als Berichterstatter mich darauf beschränken, daß der Voranschlag nicht nach gesetzgeberischen Plänen, Wünschen und Hoff-

nun-

nungen aufgestellt werden kann, sondern lediglich nach den tatsächlichen Verhältnissen. Soweit Reichs- und Landesgesetze und die Beschlüsse und Satzungen aus unserer Stadt selber den Rat zwingend veranlassen, Stellung zu nehmen, sind die Voranschläge aufgestellt. Wenn Änderungen gewünscht werden, so ist Raum dafür in der ganzen Zeit, wo die städtischen Körperschaften zusammen arbeiten; ich glaube, es ist nicht zweckmäßig, einschneidende Änderungen gerade bei der Etatberatung zum Austrag zu bringen, sondern wir müssen fragen: „Entsprechen die Pläne den gegebenen Verhältnissen?“ Und wenn ja, stimmen wir zu - und wenn nein, wünschen wir die und die Änderungen. Soweit statutarische oder gesetzgebende Änderungen notwendig sind, macht man das besser außerhalb des Rahmens des Stadthaushaltsplans -. Wenigstens war das die Meinung, die im Haushaltsausschuß vertreten ist, und ich habe von Herrn Stegmann als Mitglied dieses Ausschusses keine greifbaren

Vor-

Vorschläge gehört, daß in diesem oder jenem Punkt der Voranschlag geändert werden soll. Man kann aus rein finanziellen Gesichtspunkten seinen Anregungen bezüglich der Angestellten wohl zustimmen, aber ich habe vermißt, daß greifbare Anregungen von ihm gegeben wurden. Wenn Herr Stegmann die Voranschläge der Gas- und Wasserwerkdeputationen beanstandet hat, so habe ich mir berichten lassen, daß der ihm nahestehende Herr Blumeier längere Zeit Mitglied dieser Deputation gewesen ist und unter seiner Mitwirkung und vollkommenen Zustimmung diese Anschläge zustande gekommen sind. Es ist in der Eigenart der städtischen Verhältnisse gelegen, daß wir Hand in Hand eng zusammenarbeiten und bei der Wandelbarkeit der gegenwärtigen Verhältnisse auf die Prüfung der Voranschläge nicht mehr so viel ankommt als darauf, daß im Verwaltungsausschuß gute Arbeit geleistet wird und daß aus allen Richtungen befähigte Damen und Herren dabei zugezogen werden.

werden. Das gilt noch mehr hinsichtlich der Steuerpolitik und den allgemeinen Forderungen, dieses oder jenes solle unentgeltlich geliefert werden. Die Voranschläge bewegen sich in dem Rahmen, wie die Dinge gegenwärtig liegen, und auf die Steuergesetzgebung werden wir noch besonders zu sprechen kommen - dabei sind durch das Reich und die Länder in sehr enge Grenzen verwiesen.

Ich darf nunmehr, der Anregung des Herrn Vorsitzenden folgend, auf die Sonderberatung eingehen, indem ich als Wunsch des Ausschusses wiederhole, daß der Verwaltungsbericht möglichst bald uns zugehändigt wird. Es wird dadurch besonders den neu eingetretenen Damen und Herren eine nachhaltige Übersicht über unsere städtischen Einrichtungen gegeben werden.

Außerlich wird zu dem Haushaltsplan vom Ausschuß gewünscht, daß das allgemeine Verzeichnis wieder erscheinen möge, ~~das~~ die Übersichtlichkeit des Haushaltsplanes erleichtert; man findet sonst nicht gleich das, was man sucht.

Rein

Rein haushälterisch ist darauf hingewiesen, daß eine gedrängtere Anordnung des Stadthaushaltsplanes künftig insofern stattfinden könnte, daß die leeren Seiten ausgeschaltet werden und nur da, wo eine Gegenüberstellung von sachlich zusammengehörigen Einnahmen und Ausgaben stattfinden soll, die beiden gegenüberstehenden Seiten beibehalten werden. Der Rat hat schon im Ausschuß Erfüllung dieser kleinen Wünsche zugesagt.

Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.

=====

Kapitel I.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Das erste Kapitel umfaßt die Kapitalforderungen, Kapitalschulden und =Renten und ist in 2 Abteilungen zerlegt, deren erste von Kapitalforderungen und Kapitalschulden und deren zweite von den festen Renten handelt. Wenn Herr Stegmann meinte, es wäre im Haushaltsplan alles schwankend, so ist dieses erste Kapitel

noch

noch verhältnismäßig fest und sicher, durch Verträge gebunden. Unter A werden die Zinsen behandelt, unter B die Tilgungsbeträge. Zuerst die Zinsen vom Stammvermögen der Kämmererkasse, dann vom Vorratsvermögen der Kämmererkasse, an dritter Stelle die zum Stammvermögen des Kreis~~es~~ kommunalverbandes gehörenden Forderungen - da sind erfreulicherweise nur Einnahmen zu verzeichnen - und an 4. und 5. Stelle werden die durch die Begebung von Schuldverschreibungen und die bei der Landesversicherungsanstalt entstandenen Schulden dargelegt. Diese Zinseinnahmen und Ausgaben wie auch die Tilgungsbeträge sind im einzelnen vom Haushaltsausschuß geprüft, sie stimmen recht~~lich~~^{lich} ~~schaffen~~ und sind, soweit wir sehen können, mit dem, was geleistet und aufgebracht werden muß, im Einklang. Irgend welche Einwendungen sind also vom Ausschuß gegen dieses erste Kapitel nicht zu machen.

Ich darf darauf hinweisen, daß eine Ausgabe
für

für den Schuldendienst von 3 796 000 M inbetracht -
kommt und daß infolge der verhältnismäßig geringen
Einnahme dieses erste Kapitel schon mit einem
Fehlbetrage von 3 127 900 M schließt.

Es ist im Ausschuß angeregt worden, man
möchte einer etwaigen Veränderung in dem Schulden-
dienst auch insofern nachkommen, als man die
Hypothesen, die unsererseits ausgeliehen sind,
gleichfalls angemessen in der Verzinsung steigerte.
Diese sind gegenwärtig noch zu verschiedenen Zins-
sätzen ausgeliehen, und es rechtfertigt sich nicht
in allen Fällen, daß man sie noch zu 4% stehen
läßt, besonders wenn wir gehalten sind, unserer-
seits zu höherem Zinsfuß Geld aufzunehmen. Ob es
sich rechtfertigt, die Gelder zurückzurufen und
unsere Schuldenlast damit zu tilgen, das schien dem
Haushaltsausschuß fraglich, da im Gesamtergebnis
doch eine große Schuldenlast auf der Stadt ruhen
bliebe und Fälle vorhanden sind, wo wir Geld herge-
geben haben, um ein Unternehmen zu finanzieren und
ihm dadurch Beihilfe zu leisten.

V o r s i t z e n d e r : Ich möchte vorschlagen, bei jedem Kapitel eine Pause zu machen und abzuwarten, ob Meldungen zum Wort aus der Versammlung erfolgen. Sodann möchte ich den Herrn Referenten bitten, die Seitenzahlen der behandelten Kapitel und Abteilungen zu nennen, damit die Versammlung folgen kann.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Das erste Kapitel hat zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gegeben und das Durchblättern desselben in der Versammlung erübrigt sich darnach. Es soll die Berichterstattung diesesmal gehen bis zur Seite 55. Der Ausschuß stellt keinen Antrag zu diesem Kapitel.

Kapitel I wird von der Versammlung genehmigt.

Kapitel II.

Stadtv. Dr. J a s p e r: Das Kapitel II handelt von den Grundstücken, Abteilung I von Gebäuden, Abteilung II von unbebauten Grundstücken. Auf der linken Seite finden Sie die Einnahmen, auf der rechten die Ausgaben. Auf der linken Seite sind im einzelnen die Mieten für die uns gehörenden Gebäude aufgeführt. Es ist im Anschreiben bemerkt, daß die Mieten zumteil gesteigert sind, und wer sich der Mühe unterzogen hat, die Ansätze mit denen des Voranschlags 1920/21 zu vergleichen, wird finden, daß nicht unerhebliche Steigerungen vorgenommen sind, zum Teil sind aber die Ansätze auch so geblieben. Im Ausschuß hat eine allgemeine Aussprache darüber stattgefunden, und dabei hat man eine einheitliche Regelung verlangt. Im einzelnen hat man die Ansätze nicht beanstandet bis auf Ziffer 5 auf Seite 58: Miete vom Wirtschaftsgebäude im Bürgerpark. Sie ist wie in den früheren Jahren mit 3700 M veranschlagt. Der Ausschuß war

der

der Meinung, daß dieser Mietertrag nicht mit den Verhältnissen im Einklang stände, besonders wenn man gegenüberstellt, daß für das Stadtparkgebäude 6000 M Roheinnahme in Anschlag gebracht sind.


Der Ausschuß wünscht, daß der Rat den Pächter mit dem Vorschlag \emptyset begrüßen soll, er möchte eine angemessene Erhöhung des Mietzinses bewilligen; ungefähr 5000 M wurde als angemessen bezeichnet. Die Festsetzung der Summe sollte aber der Verhandlung vorbehalten bleiben. Zu den Einnahmeseiten ist sonst seitens des Ausschusses nichts zu bemerken.

V o r s i t z e n d e r : Herr M a r t h
hat folgenden A n t r a g eingereicht:

„ Zu Kap. II, Nummer 10, Für die Benutzung
des Sitzungssaals im Rathause sind für jede
Sitzung 100 M zu vergüten.“

Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren !
Wenn man in diesem Voranschlag für Benutzung des
Sitzungssaales im Rathause zu den Sitzungen des
Stadtkirchenrats 20 Mark angesetzt findet, so muß
man sagen, daß für 20 M gerade noch die Reinigung
herzustellen ist. Es müssen aber doch dabei wenig-
stens die Unkosten ersetzt werden, die der Stadt
selber entstehen. Der Saal muß nicht nur gerei-
nigt werden, sondern es wird auch Licht gebrannt,
er muß geheizt werden und dazu wird der Ausgang
nach der Dankwardstraße offen gehalten, wofür ein
Diener anwesend sein muß. Ich schätze die Selbst-
kosten der Stadt auf 100 M und beantrage, für die
Benutzung des Rathaussaales eine Entschädigung
von 100 M zu nehmen.

Ferner möchte ich bemängeln, daß als Miete
für den Altstadtrathausaal nur 45 M eingesetzt
sind. Von einem Antrage in dieser Beziehung möchte
ich aber Abstand nehmen und nur den Rat um Auskunft
bitten, ob denn hierfür im Jahre nicht mehr als
45 M herauskommt. Die Unkosten, die uns aus der

 Her-

Hergabe dieses Saales entstehen, müssen doch
unter allen Umständen wieder einkommen.

Oh

Bürgermeister M e y e r: Inbetreff der letzten Anregung des Herrn Vorredners will ich bemerken, daß es ~~einen~~ früheren Beschluß der Versammlung entspricht, daß der Altstadtrathausaal den Vereinen und sonstigen Interessenten unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Der Rat erhebt regelmäßig nur den zur Deckung der der Stadt entstehenden Unkosten nötigen Betrag, also für Wartung und Reinigung, im Winter auch noch für Beleuchtung und Heizung. Diese Ausgaben und Einnahmen für den Altstadtrathausaal sind in den Etat nicht aufgenommen, weil sie den Haushalt der Stadt ~~wenig~~ ^{beim} wenig berühren; ~~ste~~ ^{sie} werden von der Stadt ~~nur~~ aufgenommen und sogleich wieder ausgegeben, ~~während~~ ~~die Stadt keinen Vorteil davon hat.~~

+ Betrag

Stadtv. G r ä f : Ich möchte inbetreff des Punktes 5 über den im Voranschlage festgesetzten Posten hinausgehen. Wir sehen, daß dort 3700 M eingestellt sind, und wenn vom Ausschuß ein Mietzins von 5000 M vorgeschlagen wird, so möchte ich für meine Person und für meine Freunde ohne weiteres dafür stimmen, daß der Betrag auf 6000 M heraufgesetzt wird. Wer einigermaßen über die inneren Verhältnisse orientiert ist, muß ohne weiteres zugeben, daß diese Wirtschaft der Stadt eine Einnahme von 10 000 M erbringen könnte. Ich habe mit Interessenten gesprochen, die gewillt sind, einen Betrag von 12 000 M zu zahlen, wofern sie diese Wirtschaft übernehmen könnten. Sodann bin ich der Ansicht, daß auch ~~der~~ die unter 4 und 6 aufgeführten Posten geändert werden könnten. Unter Nummer 4 werden als Miete für das Wirtschaftsgebäude im Stadtpark 6000 M angegeben und unter Nummer 6 als Miete vom Ratskeller 6300 M. Wer hier die Verhältnisse einigermaßen kennt, muß sagen, daß bei dem Umsatze im Ratskeller das

Dop-

Doppelte an Miete herausgeholt werden müßte.

Über den Stadtpark bin ich nicht orientiert. Ich bitte, die Miete für den Bürgerpark auf 6000 M festzusetzen, und für den Rathauskeller kann man sie auf mindestens 8000 M setzen.

Heinrich König m. d. H.
H. v. C. 1941.
Spä

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Wenn diese von den beiden Herren Stadtverordneten geäußerte Ansicht der der Versammlung entsprechen sollte, so bitte ich, doch nicht gleich den Etat zu ändern. Ohne weiteres geht das nicht, wir können die Summen nicht einfach einstellen, ohne die Mieter zu hören, ob sie künftig den erhöhten Betrag zahlen wollen. Es liegt uns jetzt daran, den Etat so schnell wie möglich unserer Aufsichtsbehörde vorzulegen. Sollen wir da erst mit diesen Mietern verhandeln und uns für den Fall, daß die höheren Beträge nicht bewilligt werden, erst wieder mit Ihnen ins Einvernehmen setzen ? In früheren Jahren ist es in solchen Fällen so gemacht, daß der Etat bewilligt ist, dem Rat aber anheimgegeben wurde, auf die Erhöhung der und der Posten Bedacht zu nehmen. Ich sollte meinen, das könnte auch jetzt den Wünschen der Herren entsprechen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich darf für den Ausschuß berichten, daß wir uns hinsichtlich des Mietertrages für den Bürgerpark nicht auf eine bestimmte Summe festgelegt haben, sondern im allgemeinen vorschlagen, den Rat zu ersuchen, er möchte mit dem Wirt in Verhandlungen über Erhöhung der Pacht eintreten. Ich habe auch nur berichtet, daß erwähnt wurde, man dächte etwa an die genannte Summe. Auch ich glaube, daß es nicht sachgemäß ist, eine solche Summe festzulegen. Dadurch, daß wir sie einstellen, wird der Betrag nicht gewährleistet, sondern es bedarf erst des Vertragsabschlusses. Es wird sachgemäß sein, so zu verfahren, wie der Herr Oberbürgermeister sagte, und im Punkt Bürgerpark dem Antrage des Ausschusses zuzustimmen, das heißt der Position zuzustimmen, und den Rat gleichzeitig zu ersuchen, auf die Erhöhung hinzuwirken, sodaß er später, wenn er dem Antrage zustimmt, eine besondere Vorlage ~~des-Weg~~ deswegen einbringt.

V o r s i t z e n d e r: Ich glaube, wir können die beiden Punkte 5 und 6 vereinigen, und bitte Herrn Gräf, sich mit dem einverstanden zu erklären, was der Herr Berichterstatter ausgeführt hat: daß er also keine bestimmte Summe nennt, sondern der Rat ersucht wird, wegen dieser beiden wirtschaftlichen Unternehmungen in Unterhandlung mit den Pächtern zu treten, um die Erhöhung der Pacht zu erwirken. (Stadtv. Gräf stimmt zu)

Der Kommissionsantrag, betreffend die Pacht für das Wirtschaftsgebäude im Bürgerpark wird von der Versammlung angenommen.

Stadtv. S t e g m a n n: Ich halte es doch für nötig, daß eine untere Grenze für die Pacht festgesetzt wird. Es ist richtig, daß eben über die Höhe der Mieten nicht definitiv beschlossen werden kann. Im Finanzausschuß hatte ich für den Bürgerpark 5000 M beantragt, nach Rücksprache mit Interessenten scheint mir aber diese Summe viel zu niedrig zu sein, und deshalb halte ich es für angebracht, daß als Richtschnur für den Rat eine feste Summe genannt wird. Ob die dann zu erreichen ist, mag fraglich sein. Es ist beantragt für den Bürgerpark 6000 M, für den Rathauskeller 8000 M zu nehmen. Ich bitte, doch darüber abstimmen zu lassen.

Stadtv.Dr. J a s p e r : Nach Lage der
Geschäftsordnung ist es nicht mehr möglich, An-
träge neu zu stellen. Es ist eben nur abzustimmen
über die schon vorliegenden Anträge.

Lehr. Günterpark
u. Ratskeller

V o r s i t z e n d e r : Es wird Herrn Stegmann genügen, daß wir seine Wünsche dem Rat der Stadt als Material übergeben. Der Antrag des Ausschusses ist von der Versammlung angenommen und Änderungen daran können wir jetzt nicht mehr vornehmen.

Herr M a r t h schlägt als bestimmte Summe für Benutzung des Rathaussaales 100 M vor. Würden Sie nicht einverstanden sein, daß ein Beschluß gefaßt wird, nach dem der Rat ersucht wird, auf eine Erhöhung der bisherigen Summe hinzuwirken. (Zustimmung des Herrn Stadtv. Marth).

Die Versammlung beschließt in dem vom Vorsitzenden vorgetragenen Sinne.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Die Ausgaben für die Grundstücke sind ganz erheblich gestiegen. In den allgemeinen Bemerkungen wird die Steigerung damit begründet, daß die Beträge wegen der eingetretenen weiteren Steigerung der Arbeitslöhne und Materialpreise um 50 % haben erhöht werden müssen. Damit würde erst eine etwa 4 1/2fache Erhöhung der vor dem Kriege eingestellten Beträge erreicht sein, während in Wirklichkeit die Kosten der Arbeiten und Lieferungen jetzt mindestens 10 mal so hoch seien. Die einzelnen größeren Aufwendungen sind durch die Anmerkungen gerechtfertigt. Hervorzuheben ist vielleicht die verhältnismäßig große Ausgabe für das Rathaus; aber daß man den Fußbodenbelag etwas mehr zu bessern sucht, schien dem Ausschuß sachgemäß.

Im Ausschuß wurde beanstandet, daß der ~~gesamte~~ Gesamtabschluß zu einem Fehlbetrage kommt, daß

wir

wir aus den städtischen Häusern keinen Einnahmeüberschuß haben, sondern dabei zusetzen. Es ist aber zu beachten, daß unter den Bauwerken eine ganze Reihe sind, die nicht durch Vermietung genutzt werden, sondern für die Stadt selbst nutzbar gemacht werden, und ferner gibt es eine ganze Reihe Häuser, die alt sind, nicht mehr modern genannt werden können, die nahezu auf Abbruch gekauft sind und lediglich wegen der Wohnungsnot nutzbar gemacht werden. Daß solche Häuser höhere Aufwendungen erfordern, leuchtet jedem ein. Es kommt hinzu, daß in den letzten Jahren nicht die nötigen Aufwendungen für Bau und Besserung gemacht sind, zum Teil nicht einmal gemacht werden konnten, und daß jetzt, wo die Gelegenheit dazu wieder da ist, manches nachgeholt werden muß, sodaß dieses eine Jahr verhältnismäßig stark belastet erscheint. Manche Ansätze sind dabei noch recht geringfügig. Ich darf vielleicht auf die Brandkassenbeiträge

(Seite

(Seite 83) hinweisen, die nur mit demselben Anschlage wie im Vorjahre in Erscheinung treten, während nach Lage der Gesetzgebung eine erhebliche Steigerung zu erwarten ist. Die Ziffer IX auf Seite 83 wurde im Ausschuß übrigens etwas beanstandet. Von den dort aufgeführten 8000 M sind nach Anmerkung 34 für Tagegelder an die Mitglieder der städtischen Wohnungskommission 6000 M, für Stempelkosten der Mietsverträge 1700 M erforderlich. Es handelt sich hier nicht etwa um das Miets-einigungsamt, sondern um die Kommission, die für die Wohnungsbeschlagnahme segensreich tätig ist. Ob aber dieser Ausgabe nun gerade für die Verwaltung der städtischen Gebäude richtig gebucht wird, das schien doch dem Ausschuß einigermaßen zweifelhaft, und er regt an, ratsseitig nachzuprüfen, ob diese Ausgabe sachgemäß untergebracht ist. Gegen die Summe selber aber sind irgendwelche

Be-

Beanstandungen nicht erhoben. - Im allgemeinen wurde nur betont, man möchte versuchen, Einnahme und Ausgabe für die Gebäude, die mietweise benutzt werden, einigermaßen in Einklang zu halten. Anträge seitens des Ausschusses liegen nicht vor.

Die unbebauten Grundstücke in Abteilung II sind als ein Ding für sich behandelt, und hier werden rund 293 000 M als Ausgaben verzeichnet, denen nur 84 000 M als Einnahmen gegenüberstehen. Diese Flächen, die von der Stadt erworben, zum Teil auch erpachtet sind, sind mit der Zeit recht zahlreich geworden und hunderte von kleinen Pächtern haben es mit der Stadt zu tun. Die Pachtpreise sind zum Teil neu festgesetzt. Die Art der Festsetzung und das gesamte finanzielle Ergebnis ist im Ausschuß ausgiebig besprochen worden, aber das Ergebnis der Aussprache war, daß man greifbare Vorschläge zu irgendwelchen Änderungen nicht

nicht machen wollte. Von allgemeinem Interesse wird sein, zu erfahren, daß es auch zur Sprache gekommen ist, daß unser Besitz an dem Gelände des Flugplatzes noch keineswegs endgültig ist, sondern daß die früheren Eigentümer dieses Flugplatzgeländes uns dies Land streitig machen. Sie haben noch im letzten Augenblicke, als schon das Geld auf dem Amtsgerichte in Vechelde ausgezahlt werden sollte, eine einstweilige Verfügung erwirkt und wollen die Stadt mit Klage überziehen oder haben das schon getan. Es wird im Verfolg eines Antrages des Rats der Stadt über die Aufnahme dieses Rechtsstreits darüber zu reden sein. ¶ Hier dürfte nur angebracht sein, mitzuteilen, daß dieser Besitz für die Stadt noch in Frage gestellt ist, wenn wir wohl auch erhoffen dürfen, daß die Rechtslage für uns günstig ausgeht, nachdem in einem Gutachten das Oberlandesgericht dem Landtage

und

und dem Ministerium gegenüber sich durchaus auf den Standpunkt der städtischen Interessen gestellt hat und dafür eingetreten ist, daß die Enteignung, wie sie seinerzeit zugelassen worden ist, als rechtsverbindlich angesehen werden muß.

Vorschläge zu diesem Kapitel macht der Ausschuß nicht.

Stadtv. N e s s e n i u s : Ich hätte zu bemängeln, daß nach der Verpachtung von Grundstücken so viele Flächen brach liegen. Wäre es nicht richtig, wenn die Stadt die Verpachtung an die großen Vereinigungen abgäbe; damit würde das Brachliegen wegfallen. Auf dem Ärkeröderfelde sind viele solche Stücke zu sehen. Auch ich wäre froh, wenn ich eins davon bekommen könnte, während sie jetzt vor dem Oktober nicht wieder in Gebrauch genommen werden können. Es haben selbst solche Leute die Stücke liegen lassen, die vorher Dünger hineingebracht haben. Das ist ein Mißstand besonders im Interesse derjenigen, die gern ein Stück Land beackern wollen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : An und für sich steht nichts im Wege, größere Stücke Land auch an Vereinigungen zu verpachten, die sie dann wieder verteilen; nur müßten sie deshalb an uns herantreten. Bislang haben sie das nicht getan. Leider tritt es alle Jahre wieder in Erscheinung, daß einige der Pächter, obwohl sie ihr Pachtgeld bezahlt haben, eine Bestellung des Landes nicht vornehmen. Es wird aber stadtseitig jedesmal revidiert, ob die Betreffenden ihren Verpflichtungen in bezug auf Bestellung des Landes nachkommen. Tun sie das nicht, dann bekommen sie im nächsten Jahre kein Land wieder.

Stadtv. S t e i n e r t : Auf Seite 77
finden wir unter Nr. 42 und 43 die außerordentlich
hohen Summen eingestellt für Reparaturen der
Baracken an der Korfesstraße und auf dem Flugplatze
an der Broitzemerstraße. Hier könnte ein erheb-
liches Teil Geld gespart werden, wenn die Kommis-
sion für Beschlagnahme von Wohnungen so arbeiten
würde, wie es ihr zukäme. Es gibt noch einen
großen Teil von übergroßen Wohnungen in Braunschweig,
die nicht beschlagnahmt sind. Mir ist bekannt,
daß es Wohnungen von ~~16~~ 20 und mehr Zimmern gibt,
in denen nur 2 - 3 Personen wohnen. Dort ließe
sich ein großer Teil von den in den Baracken
wohnenden Leuten unterbringen, wenn ich auch nicht
sagen will, daß sie alle dort untergebracht werden
können, und damit würde der Stadt ein großer Teil
der Unkosten für die Baracken erspart werden.
Mir ist ein Fall bekannt, daß einer Frau, die

eine

eine Wohnung nötig hatte, 5 Wohnungen überwiesen worden sind, aber überall, wohin sie kam, waren die Wohnungen weggegeben. So ist die Frau gezwungen gewesen, mit ihren 4 Kindern eine Nacht auf dem Bahnhof im Wartesaal 4. Klasse zu kampieren. Nebenbei gesagt, sind 2 von diesen Kindern lungenkrank. Am anderen Tage ist sie dann gezwungen gewesen, nach dem Flugplatz zu ziehen. In einem anderen Falle ist eine Kriegerwitwe am 1. Juli von ihrem Hauswirt gekündigt worden, weil sie sich ein neues Verhältnis angeschafft hat, was man der Frau durchaus nicht verargen kann. (Heiterkeit!) Man kann es doch nur billigen, daß sie Gelegenheit sucht, sich wieder zu verheiraten. Das Miet-einigungsamt ~~an~~ hat sich mit der Kündigung befaßt, und der Wirt mußte die Kündigung zurücknehmen, aber neuerdings habe ich erfahren, daß die Kündigung aufs neue zum 1. Oktober ausgesprochen ist.

Alle

Alle diese Fälle müßte das Wohnungsamt in Betracht ziehen und Mittel und Wege finden, daß derartige Fälle nicht vorkommen können. Noch ein dritter Fall ist mir bekannt geworden : auf der Breitenstraße ist ein Mann durch Räumungsurteil verpflichtet gewesen, seine Wohnung zu verlassen, ohne daß er eine andere Wohnung hatte, selbst nicht auf dem Flugplatze. Das Räumungsurteil ist damit begründet worden, daß der betreffende Hauswirt sich einen Kutscher angeschafft hat, von dem er angab, daß der neue Kutscher unbedingt in die Wohnung in seinem Hause ziehen müßte, obwohl der Kutscher eine Wohnung gehabt hatte. Trotzdem der Auszuweisende verschiedene Scheine vom Wohnungsamt beigebracht hat, daß die Stadt keine Wohnung für den Mann habe, ist von Gerichtswegen das Räumungsurteil ohne weiteres ausgesprochen worden. Jetzt weiß der Mann nicht, wohin er mit

seiner

seiner Familie ziehen soll. Daß das Wohnungsamt auch anders verfahren kann, dafür liegt mir der Beweis vor. Es sind Unverheiratete mit dem Moment, wo sie heirateten, in den Besitz einer Wohnung durch das Wohnungsamt gekommen; man hat einfach bestimmt, der und der Mann soll die Wohnung haben, und er hat sie auch bekommen. Solche Fälle müßten ausgemerzt werden und gleichmäßig verfahren werden, sodaß nicht eine Familie jahrelang beim Wohnungsamt angeschrieben ist und doch keine Wohnung bekommt, wogegen andere, nachdem sie vier Wochen vorher oder auch wenn sie gar nicht eingeschrieben gewesen sind, eine Wohnung zugewiesen erhalten. Wenn durchgegriffen würde mit der Wohnungsbeschlagnahme, dann könnte vom Rat der Stadt ganz gehörig gespart werden; ich verweise auf die ganz ~~a~~ enormen Summen, die hier für Unterhaltungsarbeiten und außergewöhnliche Aufwendungen eingezeichnet sind.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Der Herr Vorredner hat seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Positionen 42 und ^{begonnen} 43; die Kosten für die Reparaturen, die dort eingesetzt wären, kämen ihm außerordentlich hoch vor, sie könnten gespart werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß unter Position 42 die Gebäude und Baracken auf dem früheren Kasernengrundstücke gemeint sind. Das sind nämlich die Häuser, die wir zum größten Teil erst käuflich erworben haben und unter Aufwendung sehr erheblicher Mittel zu Wohnungen ausgebaut haben. Es sind keine Baracken mehr, was an der Korfesstraße steht, sondern es sind Fachwerkhäuser, die mit allen modernen Einrichtungen versehen sind : mit Gas, Wasserleitung, elektrischem Licht, mit kleinen Kellern und dergl. mehr. In diesem Jahr müssen ziemlich erhebliche Aufwendungen ~~dafür~~ gemacht werden, weil die Pappdächer,

mit

mit denen die Fachwerkhäuser versehen sind, sich nicht als hinlänglich haltbar erwiesen haben; es muß eine zweite Lage aufgebracht werden, weil der Regen durchsickert. Solche Ausgaben lassen sich nicht vermeiden, auch dann nicht, wenn sich das Wohnungsamt die allergrößte Mühe mit Beschlagnahmen gibt. Diese Beschlagnahmen haben mit den hier verzeichneten Reparaturen nichts zu tun, sondern ~~es handelt sich hier um Häuser zur dauernden Unterbringung von Familien.~~ Ich glaube also nicht, daß aus Gründen, die der Herr Vorredner angeführt hat, diese Position 42 bemängelt werden könnte. Anders würde es sich vielleicht verhalten können bei der Position 43, wo es sich um ~~die~~ die Unterhaltung der Baracken auf dem Flugplatze handelt. Diejenigen der Herrschaften, die der Versammlung schon länger angehören, wissen, daß wir uns viel Kopfzerbrechens über diese Baracken

ge-

gemacht haben; ich brauche das ~~wohl~~ nicht zu wiederholen. Es ist wohl hinlänglich bekannt, geworden, daß wir uns die größte Mühe gegeben haben, dafür zu sorgen, daß die Leute auf dem Flugplatze einigermaßen gut untergebracht sind, und auch dafür, sie in der Stadt unterzubringen. Wohl ein Dutzend Familien sind schon vom Flugplatz weggebracht; aber leider hat es sich gezeigt, daß eine größere Anzahl von Familien sich nicht wegbringen läßt, und zwar aus dem Grunde, weil wir damit beim Mieteinigungsamte auf Schwierigkeiten stoßen. Es sind zum Teil - das darf ich wohl sagen - Mieter auf dem Flugplatze vertreten, die in der Stadt in Privathäusern wenig ~~gemacht werden~~ *fehlt und*, einmal, weil sie keine Miete zu zahlen pflegen, und dann, weil sie auch sonst sich mißliebig gemacht haben. Ich will das nicht verallgemeinern, sondern nur sagen, daß verschiedene Familien

dieser

dieser Kategorie dort vertreten sind. Wir werden in der nächsten Zeit dazu übergehen können, eine Anzahl dieser Baracken zu beseitigen. Wir haben neulich beschlossen, 4 Baracken abzureißen und sie an anderer Stelle als Dauerhäuser mit aufgemauerten Fächern zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien wieder aufzubauen. Wir sind damit der Kriegsfürsorgestelle entgegengekommen, und ich hoffe, daß wir im Laufe der Zeit noch mehrere von diesen Baracken beseitigen können und damit auch den Mißstand, der mit der dauernden Bewohnung von Baracken verbunden ist.

Nun hat der Herr Vorredner lange Ausführungen gemacht über das Wohnungsamt, hat einzelne Fälle erwähnt, hat sie allerdings nicht spezialisiert, sodaß ich unmöglich darauf antworten kann. Es würde hier auch kaum der Ort sein, um ~~im allgemeinen~~ über diese Fälle im einzelnen zu sprechen.

Ich

Ich würde dem Herrn Vorredner dankbar sein, wenn er mir diese Fälle in meinem Dienstzimmer vortragen würde, wo wir uns darüber unterhalten könnten, wenn ich auch schon heute in der Lage wäre, einige der Einzelheiten ihm mitzuteilen.

Stadtv. M a a ß : Ich erlaube mir zuerst die Anfrage an den Rat der Stadt, warum er unter 1a auf Seite 59 noch 400 M eingesetzt hat für Ausschmückung ~~f~~ des Sitzungssaales der Stadtverordneten mit Blumen. Ich glaube, eine derartige Ausschmückung kommt nicht mehr vor, sodaß der Posten wohl überflüssig ist, er hat wohl auch nur eine formelle Bedeutung. Wer eine solche Ausschmückung haben will, mag sie sich selbst beschaffen, wir können ihm nicht damit dienen.

Des weiteren habe ich eine Anfrage vorzubringen in bezug auf Nr. 52, Seite 81, die das Grundstück für die Erwerbslosenfürsorge an der Leopoldstraße betrifft. Es ist mir zu Ohren gekommen, daß die dort tätigen Angestellten in der Vermittlungsstelle bei ihrem Einzug in dies Gebäude an den Rat der Stadt herangetreten sind - ob offiziell oder hinten herum, weiß ich nicht - daß sie

nicht

nicht darin hausen können. Es ist ein Raum wie ein Affenstall und nur ein kleines Fenster gibt dieser Vermittlungsstelle viel zu wenig Licht und Luft. Ich bedaure, daß man keine Summe eingesetzt hat für die Abänderung dieses Zustandes. Ich habe Gelegenheit, tagtäglich dort zu verkehren und kenne also die Verhältnisse. Man muß einen Lungenschutz mitnehmen, wenn man in diesen Stall hineingeht.

Stadtv. M a r t h : So gern wir sehen, daß Einnahmen für die Stadt herausgeschlagen werden, so möchte ich doch bitten, daß nicht etwa bei Verpachtung der Kleingärten der Fehler gemacht wird, sie zu verteuern. Ich glaube ja nicht, daß eine derartige Absicht besteht, aber man könnte doch heute auf diesen Gedanken kommen. Ich möchte also den Rat bitten, davon Abstand zu nehmen, die Pacht für Kleingärten höher festzusetzen, auch nicht daran zu gehen, die Wohnungsmieten hochzuschrauben. Ich möchte nicht, daß die Stadt dem Hausbesitzerverein in dieser Beziehung nachahmt.

94.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Herr Stadtverordneter Maaß hat zunächst die Ausschmückung des Rathaussaals bemängelt. Es heißt aber im Haushaltsplan : „Ausschmückung des Austritts vor dem Sitzungssaale.“ Damit ist der Balkon gemeint, der so nett mit Blumen dekoriert ist; und ich glaube, Sie haben alle Ihre helle Freude daran, wenn Sie sehen, daß außen am Rathaus einige lebende Blumen angebracht sind. Jedenfalls habe ich darüber noch von keiner Seite eine Bemängelung gehört. Wenn man wünscht, daß die Privathäuser einen gewissen Blumenschmuck zeigen und dadurch ein ^{schönes} ~~freudiges~~ Aussehen bekommen, so kann man verlangen, daß der Rat mit einem guten Beispiel vorangeht. (Sehr richtig!)

Sodann wurde von Herrn Maaß noch bemängelt die ungenügende Entlüftung in einem Raum der Erwerbslosenfürsorge. Ich habe Herrn Kollegen Vogler eben

eben gefragt, ob ihm schon Klagen darüber zu Ohren gekommen sind; aber es geht ihm so wie mir, uns beiden sind Klagen darüber nicht vorgebracht.

Auf den Wunsch des Herrn Marth möchte ich erwidern, daß die Pachtsätze für Kleingärten von dem Landausschuß, dem auch eine Anzahl Stadtverordneter angehören, festgesetzt werden, und die Mieten für Kleinwohnungen vom Wohnungsausschuß. Ich bin gern bereit, diese Anregung des Herrn Marth zu übermitteln, wenn es sich um Festsetzung der Pacht- oder Mietpreise handelt.

Stadtv. L e h n e r t : Auf das, was ich zur Sprache bringen wollte, ist schon von Herrn Marth hingewiesen worden. Es ist eine Tatsache, daß die Mieten, wie sie von seiten der Stadt festgesetzt werden, solche Höhe erreicht haben, daß darnach die Mieter glauben könnten, sie wohnen auf der Kaiser Wilhelmstraße. Ich weiß, daß dem Maschinenwärter in Rünigen in einer Weise gesteigert worden ist, daß es in keinem Verhältnis steht zu dem Mietpreise, der im Anfang für seine Wohnung festgesetzt war. Um 600 % ist ~~so~~ sie gesteigert worden, früher waren es 200 M einschließlich frei Licht und Feuerung, und jetzt muß er über 1200 M dafür zahlen. Ich glaube nicht, daß in dem Verhältnis sich sein Gehalt gesteigert hat. Ich möchte ersuchen, daß in dieser Sache Einhalt geboten wird. Allerdings stehen wir auf dem Standpunkt, daß bei freiem Licht und ~~feier~~

freier

freier Feuerung die Wohnung ^{für 200 M.} (nicht geliefert
werden kann. Wenn Sie aber das Gebäude in Rünin-
gen ansehen, so werden Sie finden, daß es von
allen Seiten vom Wind angefaßt wird, sodaß der
Mann mit seinem ~~Kohlen~~ Kohlenvorrat nicht aus-
kommen kann und genötigt ist, nach dem Kennel zu
gehen und Axt und Säge mitzunehmen. Der Herr
Oberbürgermeister winkt mir ab. Ja, Not bricht
Eisen. Möge der Rat genügend Kohlen liefern,
damit der Mann sich eine warme Stube machen kann.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Der letzte Wunsch erscheint mir gerechtfertigt.

Wenn das Haus isoliert dasteht, dann bin auch ich dafür, daß dorthin mehr Kohlen geliefert werden.

Was aber die zuerst berührte Angelegenheit betrifft, so liegt die Sache anders, als sie Herr Lehnert darstellt. Der Mann hat keine Wohnung von der Stadt gemietet, sondern es handelt sich um eine Dienstwohnung. Aber die Frage der Anrechnung der Dienstwohnung können wir heute bei der Etatberatung nicht aufrollen und erledigen. Es wird das seine Erledigung finden können bei der Revision der Gehaltsordnung.

Stadtv. G r ä f : Die von unserer Seite vorgebrachten Ausführungen über die Baracken sollten vor allem darin gipfeln, daß lungenkranke Personen nicht in diese Baracken hineingebracht werden sollten. Es sollte damit wohl der Fall aufgerollt werden, der einen Mann namens Rehschwamm betrifft. Die Frau ist lungenkrank und er selber ist erst von Stiege zurückgekommen. Und diesen Herrn stopft man nach dem Broitzemer Flugplatze ! So etwas kann nicht scharf genug gegeißelt werden. Man sollte dem Mann eine Wohnung geben, die er als Wohnung wirklich gebrauchen kann.

Reinhold Kuntz
H. Sch. v. Gr. 1921.
6/21.

Stadtv. P i e p e r : Der Fehlbetrag bei diesem Kapitel kann wohl noch gemindert werden dadurch, daß die Baureparaturen, die durchaus notwendig sind, in eigener Regie der Stadt ausgeführt werden. Dazu könnte vielleicht der Einwand kommen, daß man sagt : Was sollen die von der Stadt hierbei beschäftigten Leute im Winter machen, wo die Stadt keine Baureparaturen ausführen läßt ? Es ließe sich vielleicht in der Weise Remedur schaffen, daß man die Bauhandwerker, die diese Arbeiten übernehmen, im Winter als Heizer beschäftigt. Der Unternehmergewinn, den man auf diese Weise spart, würde einen erheblichen Teil der Kosten ausmachen, und deshalb möchte ich beantragen, daß derartige Arbeiten in eigener Regie der Stadt ausgeführt werden.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Die Frage der eigenen Regie für diese Arbeiten ist von mir im Ausschuß angeschnitten, eine Mehrheit hat sich dafür aber im Ausschuß nicht gefunden, und es ist vielleicht zu weitschichtig, jetzt diese Angelegenheit mit zu verabschieden, aber bei passender Gelegenheit könnte die Frage von der einen oder anderen Seite wieder aufgegriffen werden.

Ich möchte meine Berichterstattpflicht noch damit erfüllen, daß ich anführe : Es wurde vom Ausschuß gewünscht, die Erträgnisse der Dienstwohnungen in Kapitel I und II vor der Linie erscheinen zu lassen - jetzt sind die Bezüge im ganzen angeführt. Die Frage der Bewertung der Dienstwohnung selber dürfte besser bei der Besoldungsreform behandelt werden. Soweit ich festgestellt habe, beruht die Handhabe für

diese

diese Frage auf den Beschlüssen, die seinerzeit von der Stadtverordnetenversammlung gefaßt wurden. Sie gingen davon aus, daß die bisherige Art und Weise der Berechnung der Dienstwohnung nicht den gegenwärtigen Verhältnissen entspricht und daß die Zuschläge für die Gewährung von Dienstwohnungen ein Ausgleich sein sollten für die allgemeine Teuerung.

Anträge liegen seitens des Ausschusses nicht vor.

Kapitel II wird von der Versammlung genehmigt.

V o r s i t z e n d e r : Bevor wir in der Beratung des Haushaltsplanes weitergehen, möchte ich der Versammlung mitteilen, daß Herr Stegmann folgenden schriftlichen Antrag gestellt hat :

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, bei den Verhandlungen mit den Mietern des Wirtschaftsgebäudes im Bürgerpark und des Rathauskellers dafür einzutreten, daß die Miete für ersteres auf 6000 M, für den Rathauskeller auf 8000 M erhöht wird. ”

Wir haben uns mit dieser Materie schon vorhin beschäftigt und für heute ist damit die Sache erledigt. Aber ich glaube, es ist zulässig, diesen Antrag als selbständigen zu behandeln und ihn einem Ausschuß zu überweisen - den Finanz-

ausschuß

ausschuß würde ich für zuständig halten. Zu begründen braucht Herr Stegmann den Antrag nicht mehr, das ist schon geschehen. Ich stelle die Unterstützungsfrage. - Der Antrag ist genügend unterstützt, ich überweise ihn der Finanzkommission.

Herr Pieper hat in seinen Ausführungen beantragt, daß die Ausführung der nötigen Reparaturarbeiten in städtische Regie übernommen wird.

Stadtv. P i e p e r : Ich beabsichtigte mit meinen Worten zu erreichen, daß der betreffende Ausschuß oder die zuständige Deputation sich mit dieser Sache in nächster Zeit beschäftigte, ohne daß ich einen förmlichen Antrag stelle.

Kapitel III.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Wenn meine allgemeinen Vorbemerkungen, daß die Voranschläge nicht mehr den Wert wie früher haben, irgendwo zutreffen, so ist es wohl bei diesem Kapitel Rieselanlagen der Fall. Die Gestaltung dieses Anschlags ist durch die Zeit vollkommen überholt. Beispielsweise findet sich in dem Begleitschreiben die Bemerkung, es sei nicht beabsichtigt, die Viehhaltung auf dem Rieselgute zu vermehren, und doch ist uns allen bekannt, daß wir die ^{Zahl der} ~~Milch~~kühe auf dem Rieselgute bereits vermehrt haben und imstande sind, einer Reihe städtischer Anstalten die Milch zu liefern. Wir hoffen, damit für die Volkswohlfahrt etwas beigetragen zu haben. Wir wissen, daß die Preise für Beschaffung dieser Tiere nicht mehr die Höhe erreichen, wie sie im Voranschlage vorgesehen sind, und auf der anderen

anderen Seite ist bekannt, daß die Ansätze in den Einnahmen mit der Wirklichkeit nicht mehr im Einklang stehen, sondern durch die Maßnahmen, die der Rat seit Ausarbeitung des Voranschlages mit unserem Einvernehmen getroffen hat, sind höhere Einnahmen zu erwarten. Es sind bei den Versteigerungen erheblich höhere Pachtgebote erreicht worden, sodaß aus dem ~~Fog~~ Fehlbetrage hoffentlich ein erheblicher Überschuß wird. Trotzdem hat der Ausschuß nicht gemeint, in eine Umänderung dieses Planes eintreten zu sollen, sondern hat sich beruhigt in dem Gedanken, daß in der Deputation für das Rieselgut Stadtverordnete in ausreichender Zahl mit den Ratsherren zusammensäßen und so das Wohl der Stadt hinreichend betreut würde. Daß die Viehhaltung nicht abgeschafft wird, ist ein Wunsch des Ausschusses, und ein weiterer Wunsch ist die vielleicht mögliche

engere

engere Verbindung des Städtischen Marstalls mit dem Rieselgut insofern, als das Futter mehr ~~oder~~ als bisher für die Marstallpferde nutzbar gemacht werden möge.

Kapitel III wird von Versammlung
genehmigt.

Kapitel IV.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Das Kapitel IV, Markthalle und Marktwesen, weist ~~diesmal~~ diesmal einen kleinen Überschuß auf, während im vorigen Jahre und im Vollzug für 1919/20 mit einem Fehlbetrage gerechnet werden mußte. Es ist bekannt, daß das Marktwesen und besonders der Besuch der Markthalle sich inzwischen in erfreulicher Weise gehoben hat, und es ist deshalb auch wohl die Annahme berechtigt, daß die Einnahmen aus der Benutzung der Markthalle nicht größer werden mögen. Die Sätze sind so berechnet, wie sie nach den Beschlüssen der städtischen Behörden zu erwarten waren.

Der Ausschuß beschränkt sich zu diesem Kapitel auf zwei Anregungen. Einmal gibt er ~~nach~~ anheim, zu erwägen, ob nicht neben den Markthallengebühren

auch

auch die sogenannten Standgelder angemessen erhöht werden müssen. Wir haben Wert darauf gelegt, daß die Standgelder auf den Wochenmärkten zu den Gebühren in der Markthalle in einem angemessenen Verhältnis stehen, damit nicht der Besuch der Markthalle darunter zu leiden hat, daß die Spannung zwischen beiden gar zu groß ist. Ferner hat der Ausschuß angeregt, man möge doch einmal versuchen, die Markthalle in sich zu finanzieren, damit genau festgestellt wird, wie der Gesamtabschluß in Gewinn und Verlust sich gestaltet. Dieses Unternehmen müßte wie andere so finanziert werden, daß es - ohne Überschüsse herauszubringen - keine Zuschüsse erfordert.

Der Ausschuß empfiehlt Zustimmung zu diesem Voranschlage, besondere Anträge dafür hat er nicht.

Stadtv. L e h n e r t : Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Rat darauf aufmerksam machen, daß es erwünscht ist, für eine bessere Ventilation in der Markthalle zu sorgen, namentlich für die Zeit, wo es recht warm ist und große Fischanfahrten vorhanden sind. Es ist dann kaum noch möglich, daß jemand dort noch frei atmen kann. (Widerspruch). Es ist Tatsache, wenn Sie dort hereinkommen und merken, wie die unangenehmen Gerüche sich auf Butter und andere Nahrungsmittel lagern, dann werden Sie mir recht geben. Würde dies vielleicht ein anderer Unternehmer machen, dann würde die Gesundheitspolizei herkommen und den Laden zumachen. Ich möchte den Rat der Stadt ersuchen, Erwägungen anstellen zu lassen, ob nicht einzelne Luftklappen angebracht werden können, durch die der Dunst aus der Markthalle herauskommt. Auch in der Zeit, wo die alten Kartoffeln her~~er~~an~~ge~~fahren werden, entwickeln sich allerlei Wohlgerüche

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Sowohl die beiden Anregungen, die der Herr Bericht-
erstatter für den Finanzausschuß vorgetragen hat,
wie auch der Wunsch des Herrn Lehnert werden
gern vom Marktausschuß geprüft werden.

Stadtv. B u r g d o r f f: Ich möchte zu diesem Kapitel die Anregung geben, zu überlegen, ob es nicht zweckmäßig wäre, zur Erhöhung der Einnahmen dem Beispiel der Post zu folgen und die vorhandenen Flächen für Reklamezwecke nutzbar zu machen. Ich verspreche mir davon an dieser Stelle, wo ein starker Zustrom von Menschen stattfindet, eine erhebliche Einnahme.

Handwritten signature
22/12/21 *PM*

Die Versammlung genehmigt das Kapitel IV.

Kapitel V.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Das in Kapitel V behandelte Schlachthaus hat im Abschluß einen Überschuß zu verzeichnen, es sind darnach angeblich 84 300 M zu erwarten. Ich sagte „angeblich“, weil dieser Überschuß nur nach der kameralistischen Buchführung des Etats vielleicht richtig ist; wenn man eine kaufmännische Gewinn- und Verlustrechnung darüber aufstellen würde, dann würde das Verhältnis anders aussehen - darüber gibt die Anmerkung auf Seite 107 des Voranschlages Aufschluß. Die Unstimmigkeit dieser Anmerkung auf Seite 107 mit der Vorbemerkung auf Seite 13 ist nur eine scheinbare, denn es handelt sich bei diesen verschiedenen Summen um verschiedene ~~§~~ Dinge. Daß an der einen Stelle 692 000 M und an der anderen 691 000 M genannt werden, zwingt nicht zu der Annahme, daß es sich um ~~diesen~~ dieselben Posten handelt. Es

sind

sind tatsächlich beide Schuldmassen vorhanden und ist mit verschiedenen Zinsen und Abschlüssen zu rechnen, sodaß statt des schönen Überschusses nach dieser Grundlage ein Fehlbetrag von 33 000 M zu erwarten steht.

Bei den Einnahmen ist berücksichtigt, daß wir in den letzten Monaten eine erheblich andere Gestaltung der Schlachthausgebühren beschlossen hatten. Die Wirkung ist vorsichtig eingeschätzt - es wird von der ganzen Gestaltung des Schlachtwesens abhängen, ob die Ausführung dem Voranschlage entspricht.

Anträge sind vom Ausschuß auch zu diesem Kapitel nicht zu stellen; er empfiehlt Genehmigung.

Stadtv. T o s t m a n n : Meine Damen und Herren! Ich möchte die Schlachthausdeputation auf den Preis, der für die Düngerabgabe eingesetzt ist, aufmerksam machen. Meiner Meinung nach ist dieser Betrag viel zu niedrig. Ich würde nichts darüber gesagt haben, wenn dieser Dünger ~~an~~ an hiesige Schrebergartenbesitzer oder andere Gartenbesitzer aus der Stadt abgegeben würde, er kommt aber nach auswärts hin. Ein großer Besitzer aus Rühme holt ihn ab und zahlt dafür den niedrigen Betrag, der schon vor 2 Jahren im Anschlage vorgesehen ist, während die Schrebergartenbesitzer schwer Dünger bekommen können und 4 - 5 ~~M~~ für den Zentner bezahlen müssen. Ich möchte die Schlachthausdeputation ersuchen, dieser Frage näherzutreten und Gelegenheit zu geben, daß ~~sie~~ auch die Schrebergartenbesitzer Dünger vom Schlachthofe abholen können.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : So wie der Herr Vorredner die Sache darstellte, war es früher; bis vor 2 Jahren wurde der gesamte Dünger aus dem Schlachthause an einen Landwirt in Rühme verkauft, seit der Zeit ist das aufgehoben und der Dünger nur noch an Kleingartenpächter abgegeben. Der Anregung, die Sie eben haben geben wollen, ist also schon seit 2 Jahren entsprochen.

Stadtv. L e h n e r t : Ich kann dem nicht zustimmen, was der Herr Stadtbaurat eben sagte. Ich wüßte nicht, woher der Bauer mit seinem mit Dünger gefüllten Wagen herkommen sollte, an dem der Name des Mannes aus Rühme steht. Ich meine, aus einer Schokoladenfabrik hat er ihn sicher nicht geholt, sondern vom Schlachthause. (Heiterkeit.)

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Wenn dieser Bauer Dünger aus dem Schlachthause abgeholt hat, dann kann es sich nur um solchen Dünger handeln, der von den Kleingartenpächtern nicht abgenommen worden ist. Es ist in der Deputation beschlossen worden, den Dünger vom Schlachthause vorwiegend diesen Kleingartenpächtern zukommen zu lassen. Nun ist allerdings die Zeit, in der die Kleingartenbesitzer Dünger gebrauchen, beschränkt, und eine große Lagerstätte für den Dünger ist auf dem Schlachthofe nicht vorhanden. Wenn also außer der Zeit, wo die Kleingartenbesitzer Dünger gebrauchen können, die Gruben geleert werden müssen, bleibt nichts anderes übrig, als ihn an solche Leute abzugeben, die ihn kaufen wollen. Die Preise sind vom Schlachthausausschuß festgesetzt. Ich wiederhole :
• Soweit es möglich ist, werden die Kleingartenbesitzer berücksichtigt, nur wenn der Dünger
nicht

nicht anders unterzubringen ist, muß er auch an größere Besitzer weggegeben werden, denn lagern können wir ihn nicht.

Stadtv. T o s t m a n n : Ich freue mich tatsächlich, daß so vorgegangen werden soll, denn bisher habe ich nichts davon erfahren, trotzdem ich unweit des Schlachthauses wohne. Ebenso müssen alle Schrebergartenbesitzer, die dort wohnen, nichts von dieser Bestimmung wissen; ich habe ständig Klagen darüber gehört, daß sie keinen Dünger bekommen können. Auch mir geht es so, und ich muß 5 - 6 ~~M~~ für den Zentner Dünger ausgeben, während ich unter diesen Umständen nicht einmal Fuhrlohn für die Abholung des Düngers auszugeben brauche, sondern ihn mit der Schiebekarre abholen kann. Ich hätte diese Anregung nicht gegeben, wenn ich wohl nicht täglich, aber doch häufig die großen Wagen sähe, die Dünger vom Schlachthause wegholen. Wenn es bekannt wird, daß Schrebergartenbesitzer Dünger vom Schlachthof wegholen können, dann können Sie versichert sein, daß für die ~~A~~uswärtigen nichts davon übrig bleiben wird.


Stadtv. L e h n e r t : Ich möchte noch betonen, daß dieser betreffende X einen Spezialwagen für die Abholung des Düngers hat - es ist eine ansehnliche Konservenfabrik, die den Dünger wegholen läßt. Wenn schon sich jemand einen Spezialwagen einrichten läßt für diesen Zweck, dann muß die Sache doch rentabel sein. Es wäre wohl am Platze, wenn die Schlachthausdeputation darauf drängte, daß der Preis für diesen auswärtigen Abnehmer höher gesetzt würde - der setzt seine Preise auch so hoch, Herr Stadtbaurat, daß auch Sie noch eine kleine Lohnaufbesserung vertragen können, wenn Sie seine Waren brauchen.


Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Es handelt sich bei dieser Abfuhr wohl um den sog. Wampendünger, der von den Kleingartenbesitzern nicht sehr begehrt wird, und dann um Jauche, die sich auf dem Schlachthause in großer Menge ansammelt. Dazu wird der Spezialwagen angeschafft sein. Sollte es der Fall sein, daß die Kleingartenbesitzer auch die Jauche abholen könnten, so würde der Schlachthausdirektor einem dahin ausgesprochenen Wunsche gern entsprechen. Die Schlachthausdirektion ist angewiesen, jeden Kleingartenbesitzer bei Abgabe von Dünger zu berücksichtigen. Vielleicht genügt diese Aussprache, um den Reflektanten hiervon allgemein Kenntnis zu geben.

Auf Anfrage des Vorsitzenden genehmigt
die Versammlung Kapitel V.

Kapitel VI.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Zu dem Kapitel
Feuerbestattunge habe ich namens des Ausschusses
keinen Antrag zu stellen.

Stadtv. M a r t h : Ich möchte mir die Anfrage gestatten, ob es möglich wäre, die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels dadurch auszugleichen, daß die Gebühren für die  Feuerbestattung erhöht werden.



Oberbürgermeister R e t e m e y e r :
Natürlich würde der Rat einem solchen Antrage folgen, wenn er von der Versammlung angenommen würde. Wir haben uns aber bisher auf den Standpunkt gestellt, daß es richtig wäre, die Feuerbestattung nicht so sehr zu verteuern. (Sehr richtig!) Die Stadtverordneten haben dem zugestimmt, und ich denke, wir wollen erst einmal abwarten, wie der Erfolg sein wird. Es kommt auch in Betracht, daß viele Leichen von auswärts zur Verbrennung kommen. Wenn wir mit den Gebühren zu hoch gehen, kommen die Aufträge nicht zu uns - die Konkurrenz wird immer größer - sondern gehen nach Bremen, Gotha usw.

Im übrigen möchte ich bemerken, daß wir im Rat in Verlegenheit kommen, wie wir uns verhalten sollen, wenn ein einzelnes Mitglied der Versammlung eine solche Anregung gibt. Es ^{ist} ~~wäre~~ richtiger, wenn uns ein Beschluß der Versammlung entgegengebracht wird.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Ich glaube nicht, daß es angehen kann, den Rat zu ersuchen, die Gebühr für die Feuerbestattung zu erhöhen. Es kommen dabei auch Leute in Frage, die finanziell nicht so gestellt sind, daß sie hohe Gebühren bezahlen können. Wir Freidenker z.B. sind verpflichtet, uns verbrennen zu lassen, und ich wüßte nicht, wo meine Angehörigen das Geld für eine hohe Gebühr hernehmen sollten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das ganze Beerdigungswesen frei sein sollte und überhaupt keine Gebühren für Beerdigungen und Feuerbestattungen zu bezahlen sind. Ich möchte bitten, dieser Anregung des Herrn Marth nicht stattzugeben.

Stadtv. L e h n e r t : Ich glaube, der Erblasser, der seinerzeit den Grundstock für Erbauung der Feuerbestattungshalle gestiftet hat, der verstorbene Kommerzienrat Jüdel, hat gewiß nicht damit gerechnet, daß einmal von sozialistischer Seite die Anregung kommen würde, daß die Feuerbestattung so teuer wie möglich bezahlt werden sollte. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß sie so niedrig wie möglich sein muß, damit alle das Land, was jetzt zu Grabstätten benutzt wird, für die Landwirtschaft und andere Zwecke nutzbar gemacht werden kann. Ich möchte anregen, die Gebühren so niedrig wie möglich zu halten und im übrigen dieses Institut auf Kosten des Staates oder der Stadt zu erhalten.

- 137 -

Der Voranschlag über Kapitel VI wird von
der Versammlung genehmigt.

Kapitel VII.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Dieses Kapitel ist wesentlich umgestaltet. Der Voranschlag für den Marstall ist einer derjenigen, der nicht dem in dem Anschreiben des Rates angekündigten Grundsatzes entspricht, daß eine Verwaltung an die andere nichts buchmäßig zu zahlen haben soll, wenn sie dafür nicht irgendwelche Leistungen hergibt. Sie finden in der Einnahme unter 2 c aufgeführt : Ungedeckter Betrag der aus der Müllabfuhr entstehenden und zu 1 083 000 M berechneten Kosten . - 673 000 M. Dieses war früher nicht in diesem Voranschlage aufgeführt und so auch noch anderes mehr, sodaß der Abschluß etwas günstiger ausgefallen ist wie im Vorjahr, obwohl die Gesamtausgaben erheblich gestiegen sind. Es ist das aber nur Schein, der auf eine andere Buchungsweise zurückzuführen ist. Auffallen könnte dem einen oder anderen

anderen Kollegen vielleicht der Posten 1 : ~~als~~
Vergütung für Gestellung von Pferden nach Bedarf
für den Sanitätswagen ist nichts eingestellt.

Das ist deshalb geschehen, weil der Sanitätswagen
nur noch durch Kraftbetrieb bewegt wird, sodaß der
Marstall keine Hilfsfuhrn zu leisten hat.

Die Ausgaben sind recht erheblich; ob sie
ausreichen, ist bei der Gestaltung der Pferde-
preise, des Futtermarktes und den steigenden
Lohnausgaben mehr als fraglich. Es ist früher
vom Stadtverordnetenkollegium beschlossen worden,
die Marstalldeputation möge ernstlich nachprüfen,
das ganze Unternehmen auf die Dauer wirtschaft-
licher zu gestalten - man hatte dabei von
allgemeiner Automobilisierung gesprochen und
anderes mehr. Es würde aber die Haushaltsplan-
Beratung zu sehr belasten, wenn man die Besprechung

dieser

dieser Frage damit verbinden wollte. Deshalb macht der Ausschuß keine weiteren Vorschläge, gibt höchstens die Anregung, daß in der Verwertung der Abfälle die Marstalldeputation darauf halten möchte, möglichst ertragreich zu wirtschaften.

Stadtv. T o s t m a n n : Ich möchte auf einige Punkte dieses Voranschlages aufmerksam machen. Das ist zunächst der Posten 2g in der Einnahme : Aus der Eisenbahnhauptkasse für das Besprengen der Plätze des Hauptbahnhofes. Dieser Posten ist schon vor 2 Jahren mit 242 M eingesetzt gewesen, und wir wissen, daß das Wasser ziemlich teuer geworden ist, - die Mieter wissen das und auch die Hausbesitzer - und daß auch die Löhne gestiegen sind, aber gerade von der Eisenbahn wird für diese Arbeit nicht mehr verlangt. Ich möchte ersuchen, daß dahin gewirkt wird, daß diese Arbeitsleistung der Stadt den heutigen Verhältnissen entsprechend bezahlt wird.

Das zweite, was ich erwähnen wollte, ist die Entschädigung, die von seiten der staatlichen Baudirektion für Abfuhr des Schlamms von den äußeren Torbrücken usw. geleistet wird und die

mit

mit 200 M eingesetzt ist. Ich glaube nicht, daß die Arbeit für diesen billigen Preis noch ausgeführt werden kann, und sehe nicht ein, daß die Stadt Braunschweig in dieser Weise dem Staate etwas schenkt, denn der Staat steht finanziell günstiger als die Stadt. - Wenn das auch nur Kleinigkeiten sind, so müßten diese Fragen doch geprüft werden.

Kapitel VII wird von der Versammlung genehmigt, ebenso Kapitel VIII (Abwässpumpwerk), zu dem der Referent keine Bemerkungen zu machen hat.

Kapitel IX.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Auch dieses Kapitel über die Neustadtmühle empfiehlt der Ausschuß zu genehmigen.

Ich darf erwähnen, daß im Ausschuß angeregt wurde, daß die Neustadtmühle wieder Korn für den Winter einlagern möchte, und daß der Rat beabsichtigt, in diesem Sinne zu verfahren, sodaß unsere Bevölkerung in der Brotgetreideversorgung einigermaßen gesichert sein wird.

Stadtv. M a a ß : Meine Damen und Herren !
Ich lese im Voranschlag für 1921/22, daß an Mahl-
lohn 400 000 M eingesetzt sind, trotzdem die Mahl-
löhne im Frühjahr erhöht sind. Mir ist zu I Ohren
gekommen, daß die Neustadtmühle die Tonne Mehl
für 72 M herstellen muß, während die Mühle Rüningen
und der Müller Becker - Sickinge 100 M dafür nehmen
dürfen. Diese letztere Mühle hat noch Landwirtschaft
sodaß der Mahllohn für sie Nebeneinnahme ist.
Vereinnahmt sind von der Neustadtmühle 1920/21
350 000 M, das entspricht nach dem Mahllohn einer
Leistung von 4000 Tonnen. Ich glaube aber, die
Neustadtmühle ist so eingerichtet, daß sie im
Höchstfalle 7000 - 7500 t bei Weizen und 6000 t
bei Roggen herstellen kann. Ich möchte den Rat
ersuchen, es sich nicht länger gefallen zu lassen,
von dem Versorgungsverband so schlecht behandelt
zu werden. Was man den Privatbesitzern von

Mühlen

Mühlen geben kann, das kann man auch der Neustadt=
mühle geben. Ich bitte den Rat, in dieser Weise
an den Versorgungsverband heranzutreten.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich bin gern bereit, auf alle Anregungen einzugehen, die mit den tatsächlichen Verhältnissen im Einklang stehen, bei den eben gehörten Anregungen wird es mir aber schwer, denn der Herr Vorredner ist von gänzlich falschen Voraussetzungen ausgegangen. Das ist ein verzeihlicher Irrtum, da er sich erst kurze Zeit im Stadtverordnetenkollegium befindet. Die Sache liegt nicht so, daß der Versorgungsverband für unsere Neustadtmühle die Mahllöhne bindend festgesetzt hat. Das ließen sich die städtischen Behörden nicht gefallen. Wir sind Gott sei Dank Herr im Hause, selbst gegenüber den auswärtigen Müllern, mit denen wir arbeiten : der Mühle Rüningen, Becker - Sickinge, der Mühle in Bienrode und *Bäumenler in Flapdorf.*
Schäfer
Der Versorgungsverband hat nur gewisse Höchstsätze aufgestellt, ist aber selbstverständlich einsich-

tig

tig genug, zu sagen : Wenn es einzelnen Gliedern des Versorgungsverbandes gelingt, für ihren Teil günstiger abzuschließen, dann ist niemand darüber zufriedener als der Versorgungsverband. Er will uns nicht kaputt machen, sondern will uns in unserer wirtschaftlichen Tätigkeit ruhig arbeiten lassen. Daß die Neustadtmühle nicht das Bestreben hat, als Gewerbebetrieb beim Mahlen so viel herauszuschlagen wie die privaten Gewerbeunternehmen, auch die Aktiengesellschaft Mühle Rüningen, liegt auf der Hand. Wir sind immer außerordentlich froh darüber gewesen, daß wir in der Neustadtmühle ungefähr die Hälfte oder $\frac{3}{5}$ des Brotgetreides, ~~das~~^{so} der Stadt vom Versorgungsverband zugeteilt war, vermahlen lassen konnten. Dadurch, daß sich die Mahllöhne in der Neustadtmühle, obgleich wir die Löhne dort durchaus nach den Lohnsätzen der Lohndeputation zahlen, sich

in

in mäßigen Grenzen hielten, hat es sich ermöglichen lassen, daß wir das Brot in Braunschweig nicht zu verteuern brauchten. Dennoch hat die Neustadtmühle leidlich günstig abgeschlossen, hat erhebliche Kosten für ihre Einrichtung abtragen können und steht wirtschaftlich ganz zufriedenstellend da. Wir haben manches Hühnchen mit dem Versorgungsverband zu rupfen gehabt, Herr Blumeier und ich, wir haben im Getreideausschuß des Versorgungsverbandes manchmal schwer gegen die anderen Herren kämpfen müssen, aber in diesem Falle ist dem Versorgungsverband unrecht geschehen.

Die Versammlung genehmigt Kapitel IX.

Kapitel X.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Dieses Kapitel X über die Gaswerke gehört auch zu denjenigen, die wegen der Wandelbarkeit und Unübersehbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung kaum eine feste Grundlage für das bietet, was in den einzelnen Ansätzen aufgeführt ist. Im Begleitschreiben ist ebenfalls auf diese Unsicherheit hingewiesen. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß anschlagsmäßig ein Fehlbetrag von 70 000 M vorgesehen ist, der sich, wenn man kaufmännisch rechnen würde, ziemlich auf das Doppelte, auf 128 000 M erhöht. Nach dem Vollzug des letzten Jahres muß man aber wohl sagen, daß diese Zahlen, wie sie hier im Anschlag enthalten sind, zu sehr schwarz gefärbt erscheinen.

Der Ausschuß hat im einzelnen die Zahlen nicht beanstandet, sie aber auch nicht als durchaus maßgebend angesehen, sondern hat überwiegend

über

über die Frage verhandelt, wie es mit der Zurückstellung für den Reservefonds zu halten sei. Es sind gegenüber 300 000 M im Vorjahre diesmal 500 000 M als Rückstellung vorgesehen. Wenn man bedenkt, was heute mit 500 000 M zu beschicken ist, so schien diese Rückstellung sehr geringfügig der Tatsache gegenüber, daß in Kürze die Öfen gründlich umgestellt werden müssen. Es wurde im ~~Schuldausschuß~~ Ausschuß gesagt, eine höhere Summe zurückzustellen, sei haushälterisch richtig. Vom Rat wurde erklärt : die erfreulich großen Überschüsse des letzten Vollzugs hätte die Deputation und den Rat veranlaßt, in Kürze mit dem Vorschlage an uns heranzutreten, aus dem Überschuß eine größere Zurückstellung in den Reservefonds zu machen. W Das hat uns bewogen, keinen Antrag hinsichtlich der Rückstellung im Voranschlage zu machen.

Im

Im übrigen ist von seiten des Rates der Voranschlag so gehalten, als wenn die gegenwärtigen Gaspreise gelten. Die Bemerkung, daß eine Erhöhung der Gaspreise wohl notwendig wird, wenn man den Gesamthaushalt in Ausgleich bringen will, ist nur eine Bemerkung, aber kein Antrag des Rates, und wir können die Erörterung darüber zurückstellen, bis der Rat mit einem Antrage kommt.

Stadtv. J a h n s : Ich finde auf Seite 135 eine Position : 128 000 M für Lohnzahlungen bei Krankheit und Beurlaubungen der Arbeiter. Diese Position finde ich ungeheuer hoch, zumal ich nicht gewohnt bin, bei Beamten und Angestellten derartige Summen für Krankheit und Beurlaubungen eingestellt zu sehen. Es ist bei der Vorberatung gesagt worden, daß das Defizit, was wir zu erwarten hätten, hauptsächlich wegen der höheren Entlohnung der Beamten Platz gegriffen hätte, und so werden immer derartige Bewilligungen an die Beamten im Plenum breitgetreten, damit es das Publikum erfährt, während die Lohnerhöhungen für die Arbeiter jedesmal in der ^{abf.} Lohndeputation gemacht werden, und dann erscheinen hier im Haushaltsplan Positionen wie diese 128 000 M, die Ihrer Meinung nach nicht schwer in die Wagschale fallen und keine Rolle spielen. Aber die Beamtengehälter sind dann dasjenige,

was

was die städtischen Finanzen stark in Angriff nimmt. Ich will die Einstellung der 128 000 M nicht bemängeln, aber wir Beamten sind es gewohnt, wenn wir krank sind oder Urlaub nehmen, derartige Nachsicht nicht zu beanspruchen und die Ausführung der Arbeiten der fehlenden Beamten durch Vertretung zu übernehmen.

Stadtv. L e h n e r t : In diesem Voranschlage steht auf Seite 133 eine Summe aufgeführt für Unterhaltung der Laternen und Laternen-Zuleitungen. Deshalb möchte ich mir die Anfrage an den Rat der Stadt erlauben, ob in den letzten vierzehn Tagen die Gasleitungen sämtlich zugefroren sind oder ob man vielleicht einen Sommernachtstraum veranstalten will. Ich habe abends, wenn ich von Sitzungen gekommen bin, keine Laterne brennen sehen. Wenn man seine Steuern zahlen muß, berührt es einen doch eigenartig, daß man in der Nacht in derselben Lage ist, wie die Bedauernswerten, die zu/~~v~~ ihrer Führung Hunde haben müssen. Wenn man nicht einigermaßen stadtkundig wäre, könnte man gar nicht nach Hause finden. Ich möchte fragen, ob darin keine Änderung eintreten wird. Man kann sich doch nicht immer darauf verlassen, daß Mondschein im Kalender steht und die Stadt deshalb ihr Gas sparen könnte.

Nun

Nun hat Herr Jahns die Lohnzahlungen bei Krankheit und Beurlaubungen der Arbeiter kritisiert. Ich glaube nicht, daß er als Rechnungsrat seinen Posten mit denen der Arbeiter vertauschen möchte, die jahraus jahrein im Freien und auf Beton arbeiten müssen. Wenn Herr Jahns diesen Tausch eingehen würde, dann könnte er, wenn er dann wieder zur Wahl gestellt würde, nicht nur „Rechnungsrat“ hinter seine Bekanntmachungen setzen, sondern „städtischer Retortenarbeiter auf der städtischen Gasanstalt an der Taubenstraße“, dann wäre sein Titel noch viel länger als jetzt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Es ist richtig, daß in der letzten Zeit die Laternen in der Stadt ^{nicht} gebrannt haben. Die Nächte sind jetzt so kurz, ~~d~~ selbst um Mitternacht ist es noch verhältnismäßig hell, und so haben wir uns in der Deputation gesagt, daß die paar Leute, die in der Nacht noch auf der Straße sind, wohl nach Hause finden werden. Vor allem aber hat uns die Not zu dieser Maßnahme getrieben. Durch die Verhältnisse in Oberschlesien ist es gekommen, daß wir nicht mehr wie früher auf 6 Wochen Kohlen in Reserve haben. ~~¶~~ Herr Stadtbaurat Lepsien hat mir ^{Kohlent} gemeldet, daß nur noch für ein paar Tage Kohlen vorrätig ^{seien} ~~sind~~, denn wir haben im ganzen Monat ^{Kohlent} keine einzige Ladung bekommen, und wenn jetzt keine Kohlen eintreffen, müssen wir die Gasfabrik schließen. Unter solchen Verhältnissen müssen die Braunschweiger Bürger einmal Rücksicht nehmen;

sie

sie werden lieber sehen, daß wir versuchsweise
- ich ~~wiederholte~~ ^{schone} : versuchsweise - während der
Hochsommerzeit vom 15. Juni bis 15. Juli die
Laternen überhaupt nicht brennen lassen, als daß
die Hausfrau morgens vergeblich den Gashahn auf-
dreht. Ich möchte bitten, diese Maßregel nicht
zu beanstanden; Klagen darüber habe ich bisher von
keiner Seite gehört. Ich selbst bin in dieser
Zeit nicht so spät auf den Straßen gewesen und
weiß nicht, ob es mit der Dunkelheit während der
Nacht jetzt wirklich so schlimm ist. Um 10 Uhr
aber war es draußen noch ziemlich hell.

Stadtv. S t e g m a n n : Ich möchte die Gelegenheit benutzen, an den Rat eine Frage zu richten über ein umlaufendes Gerücht, betreffend den Unfall des Arbeiters Gatzemeier, der bekanntlich bei der Lockerung eines Verschlusses unter einer Gas-Retorte stand, die ganze glühende Masse über seinen Körper geschüttet bekam und so elend verbrannte. Es geht das Gerücht, daß noch jetzt in der Gasanstalt ähnliche Zustände an den Apparaten herrschen, daß an den anderen Retorten die Verschlüsse auch nicht funktionieren und eine gründliche Änderung noch nicht vorgenommen ist. Ich kann es nicht glauben, daß, nachdem dies Unglück geschehen ist, eine Umänderung noch nicht vorgenommen ist, während doch sonst der Brunnen zugedeckt wird, wenn das Kind ~~in den Brunnen~~ gefallen ist. Ich möchte deshalb vom Magistrat gern hören, wie es sich damit verhält, damit das Gerücht, wenn es falsch ist, ^{nicht} noch weiter verbreitet wird, sondern ihm entgegengetreten werden kann.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Die Verwaltungsdeputation der Gaswerke und der Rat haben selbstverständlich, nachdem das Unglück vorgekommen war, sich mit der Sache befaßt und sind dabei zu der Ansicht gekommen, daß, wenn die Vorschriften in bezug auf die Handhabung der Sicherungen gewissenhaft befolgt wäreⁿ, ~~der~~ ~~des~~ Unglücksfall nicht hätte passieren können. Es liegt also kein Grund vor, eine Änderung an den Apparaten vorzunehmen. Wenn uns eine bessere Konstruktion vorgelegt wäre, hätte der Rat kein Bedenken getragen, die Mittel dafür zu beantragen. Nach allem, was ich über den Unglücksfall gehört habe, ist / tatsächlich eine nichtvorschriftsmäßige Behandlung der Sicherung die Ursache des Unfalls. Näheres darüber kann ich hier nicht angeben, das müßte an Hand von Zeichnungen den Herren in der Kommission vorgeführt werden.

Stadtv. M a a ß : Man ist zwar an vieles gewöhnt von den Herrschaften von rechts, aber was Herr Jahns ausgesprochen hat, das hätten wir doch nicht erwartet : daß ihm gerade die Krankenzuschüsse für die Arbeiter so sehr am Herzen liegen und er eine Gegenleistung dafür wünscht. Jedenfalls hat sich Herr Jahns bei seiner Wahl zum Stadtverordneten doch auf den Standpunkt *f* gestellt, daß er auch ein warmes Herz für die Arbeiter haben müsse. Das Gegenteil davon hat sich eben in seinen Worten gezeigt.

Wenn ich zu dem Vorkommnis in der Gasfabrik sprechen darf, so habe ich mir die Gasfabrik auch angesehen und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß die Arbeit dort sehr gefährlich ist. Vor allen Dingen, ~~ist dort~~ ^{ist dort} wo die Wassergrube sich befindet, ~~ist~~ die Beleuchtung sehr schlecht. Es befinden sich dort nur 3 - 4 Gasfunzeln, die nicht zur genügenden

Be-

Beleuchtung dienen können. Wie da nicht noch mehr Unglücksfälle passieren, ist mir ein Rätsel. Nach dem traurigen Falle Gatzemeier, dessen Erledigung heute noch schwebt, soll schon wieder ein anderer Unglücksfall vorgekommen sein. Ob dem so ist, kann ich nicht beweisen. Hier gerade heißt es, den Hebel anzusetzen und dem Betriebsrat die Rechte zu gewähren, die ihm zustehen. Aber man weigert sich dessen, den Betriebsrat will man nie hören und niemals Schlüsse aus seinen Urteilen ziehen.

Um nun dem, was in der Luft schwebt, nämlich der Erhöhung der Gaspreise, von vornherein die Spitze abubrechen, möchte ich darauf hinweisen, daß das Kapitel X das beste im ganzen Haushaltsplan ist. Und doch will man versuchen, hier noch etwas herauszuholen und damit zu decken, was in den anderen Kapiteln fehlt. Die Rohabrechnung schließt

schließt ab mit über 2 Millionen Mark Überschuß. Da hat man schnell in der letzten Zeit in der Deputationssitzung noch eine Million als Rücklage für den Reservefonds abgeschrieben, sodaß nunmehr noch ein Überschuß von 1 344 363 M zu verzeichnen ist. Meine Herren und Damen aus der Versammlung und auch vom Rate der Stadt, ich möchte Sie warnen die Finger davon zu lassen von einer Erhöhung des Gas- und Wasserpreises; Sie werden sonst einen Sturm der Entrüstung in der ganzen Stadt erleben.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Zu dem Vorschlage selbst will ich nichts sagen, sondern möchte auf die Ausführungen des Herrn Jahns zurückkommen, mit denen er die Lohnzahlungen bei Krankheit und Beurlaubungen der Arbeiter bemängelt, für die 128 000 M. in den Haushaltsplan eingesetzt sind. Herr Jahns vergißt ganz und gar, daß auch die Beamten ihren Urlaub bekommen, daß auch sie bei Krankheiten weiterbezahlt werden und daß diese Summen schon in der Gehaltsskala mit enthalten sind, während bei den Arbeitern das anders aussieht. Die Arbeiterschaft kann keine Vertretungen übernehmen; so wird sie nicht entlohnt. Geht der Arbeiter aus seinem Betriebe, so muß ein anderer für ihn eingestellt und bezahlt werden. Diese Summe besteht also zu Recht, und ich wünschte, sie wäre noch höher, um ~~die~~^{den} Arbeiterschaft kräftig unter die Arme greifen zu können.

Stadtv. N e s s e n i u s : Es sind uns hier schön frisiert hohe Einnahmen aus dem Vorjahre ^{von Herrn} ~~Maafs~~ vorgeführt, in Wirklichkeit aber sieht es mit dem Gaswerk anders aus. Die Erneuerungen, die dort vorgenommen werden müssen, rechtfertigen es, daß man nicht mit einer großen Belastung ins neue Jahr hineingeht und nicht etwas ~~verpft~~ verspricht, was man nicht halten kann. So traurig eine Erhöhung der Gaspreise auch für die Abnehmer ist, so bin ich doch gewiß, daß wir nicht darum wegkommen werden, sonst müßten die Vorschläge für ~~A~~ Einbringung neuer Steuern noch ganz andere sein als bisher. Das Werk arbeitet in Wirklichkeit nicht mit großen Überschüssen. Wenn man nur Überschüsse aus dem Gaswerke herauswirtschaften wollte auf Kosten der Haltbarkeit der Retorten, so würde das eine schlechte Wirtschaft sein. Deshalb haben wir in der Deputation ersucht, vorsichtig zu sein und

lieber

lieber größere Abschreibungen zu machen, damit die Reparaturen, die am Gaswerk eintreten werden, ausgeführt werden können. Unter 2 Millionen Mark war nichts von alledem, was vorgeschlagen wurde, zu haben. So ist die Abschreibung vorgenommen, damit wir nicht mit falschen ~~Zählung~~ Zahlen operieren.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :


Sollte es nicht richtiger sein, daß wir diese Frage demnächst erörtern, wenn wir mit der Vorlage kommen. Es ist eben wieder von Herrn Nessenius dem Rat der Vorwurf gemacht, daß er unsolide gewirtschaftet habe. Ich frage : Wo ist eine Stadt, die in den letzten Jahren die ganzen Ausgaben für Erweiterung und Umbau ~~des~~ ihres Gaswerks - unser Umbau hat ~~1 1/2~~ ^{1 1/2} Millionen Mark gekostet - aus den laufenden Betriebseinnahmen bezahlt hat und sie sofort den Anlagekosten zu-

Sofort wieder abgeschrieben
geschrieben hat, wie wir es getan haben ?

Jetzt liegt die Sache so, daß wir mit Abschreibungen nichts machen können, sondern wir müssen Barmittel haben, müssen den Reservefonds ganz gehörig füttern, damit wir imstande sind, die großen Ausgaben, die uns bevorstehen, zu decken. Da hat Herr Nessenius recht, wenn er sagt, insofern

liegen

liegen Abschlüsse, die große Überschüsse ergeben, nicht vor. Wir haben es immer so gehalten, daß über die Zuführung zum Reservefonds in verhältnismäßig kleinem Umfange durch den Voranschlag verfügt wird. Wenn wir ~~aber~~ ^{schon} jetzt größere Beträge in den Voranschlag einstellen würden, um dem Reservefonds größere Mittel zuzuführen, dann frage ich : Was wollen Sie machen, wenn nachher die Mittel nicht da sind, weil das Geschäft nicht so gut geht ? Es ist viel richtiger, wir warten erst ab, was das Werk abwirft, und verfügen über den Überschuß dahin, daß wir ihn dem Reservefonds zuführen; dann können wir ^{aber auch} mit gutem Gewissen sagen : Wir ^{Wirklichkeit} haben nicht die Überschüsse gehabt, die einstweilen nach der kameralistischen Buchführung sich ergeben.

 Stadtv. Dr. J a s p e r : Der von Herrn Jahns beanstandete Posten für Lohnzahlungen bei Krankheiten und Beurlaubungen der Arbeiter findet sich nicht nur in diesem Kapitel, sondern auch in anderen und beruht auf der Eigenart der Anordnung des Städtischen Betriebsamtes. Diese Buchung ist zum ersten Mal versucht in Verfolg des Manteltarifs. Derselbe besagt, daß in Krankheits- und Urlaubsfällen der Lohn an die städtischen Arbeiter weitergezahlt werden muß, und die Ausgaben, die dafür notwendig sind, sind hier verbucht, damit kein Zweifel über die Bedeutung dieses Postens aufkommt.

Dann gestatte ich mir noch die Bemerkung, daß im Ausschuß überwiegend die Stimmung herrschte, daß der Reservefonds unbedingt aufgebessert werden muß, weil wir die Mittel notwendig haben, um die Erneuerungsarbeiten vorzunehmen. Wir hätten hier besondere Beträge einstellen müssen, wenn es nicht aus den Überschüssen des Vorjahres möglich gewesen wäre.

wäre. Im Ausschuß ist keine Stimme laut geworden, daß dieses Verfahren der Deputation für unsachgemäß hielt.

Über die Erhöhung des Gaspreises zu reden, ist heute nicht die rechte Zeit. Ich möchte Herrn Maaß gegenüber darauf hinweisen, daß die Gaswerkerbeiter selber bei Gelegenheit der Lohnverhandlungen gesagt haben: „Dann muß der Gaspreis dementsprechend erhöht werden.“ Da ist dann auch von ihrer Seite betont, daß im Verhältnis zum Gaspreise anderer Städte unser Gaspreis nicht übermäßig hoch sei, und zweitens, daß wir bei der allgemeinen Finanzlage der Stadt die Gaspreise nicht nur so ^{zu} bemessen haben, daß die Bilanz herauskommt, sondern unter Umständen auch mehr herausgewirtschaftet werden kann, weil kein anderes Mittel bleibt, getreu dem früheren Vorgehen, daß wir beispielsweise die Schulbauten zu einem ^{guten} größten Teile aus Erträgen des Gas- und Wasserwerks genommen haben. Der Ausschuß schlägt Genehmigung des Anschlages vor.

Kapitel 10 wird von der Versammlung angenommen

Kapitel XI.

Stadt v. Dr. J a s p e r : Für die Wasserwerke und den Voranschlag dafür gilt im allgemeinen dasselbe, was ich bei den Gaswerken angeführt habe. Es ist ein nomineller Überschuß gebucht, wenn man aber die Lasten berücksichtigt, ergibt sich ein anderes. Der Ausschuß stimmte mit dem Rat darin überein, daß die Belastung der beiden Werke nicht etwa durch die andere Buchungsweise verloren gehen möchte, sondern daß wir auf eine wirksame kaufmännische Gewinn- und Verlustrechnung großen Wert legen sollen.

Die Versammlung genehmigt Kapitel XI,
ebenso auch Kapitel XII (Privateinrichtungsgeschäft), über das der Referent nichts Besonderes zu berichten hat und nur die Annahme seitens des Ausschusses empfiehlt.

Stadtverordneter S t e g m a n n übernimmt
den Vorsitz.

Kapitel XIII, Unterrichtswesen.

Stadt~~v.~~ F r e d e (als Referent): Das erste, was in die Augen springt, ist die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen. Es betrug bis zum 1. April 1921 für die unteren und mittleren Klassen 200 Mark und für die oberen Klassen 220 M; es soll von nun an einheitlich 300 Mark betragen. Über das Schulgeld muß ich mich etwas weitergehend äußern, die anderen Sachen werden schnell erledigt sein. Der Rat macht in seinem Begleitschreiben den Erlaß des Schulgeldes für die Bürgerschulen und die Pflichtfortbildungsschule abhängig von der Erhöhung des Schulgeldes in den höheren Schulen. Die ganze Angelegenheit hat sich in folgender Weise entwickelt.

Im Herbst vorigen Jahres hat die Mehrheit der Stadtverordneten beschlossen, das Schulgeld in den Bürgerschulen und in der Pflichtfortbildungsschule

solle

solle in Fortfall kommen. Der Rat hat zu diesem Beschlusse damals Bedenken geäußert und gebeten, zuzustimmen, daß dieser Fortfall des Schulgeldes erst am 1. April 1921 eintreten möge. Der Beschluß ist aber bestehen geblieben, der Rat ist genötigt gewesen, dazu Stellung zu nehmen und hat in einer späteren Sitzung abgelehnt, auf diesen Beschluß der Stadtverordnetenmehrheit einzugehen. Ungefähr im Februar dieses Jahres hat der Rat dann ein Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet (keinen Antrag), in welchem gesagt war, daß es möglich wäre, das Schulgeld in den Bürgerschulen und in der Pflichtfortbildungsschule in Fortfall zu bringen unter der Voraussetzung, daß für gewisse Abteilungen in der Fortbildungsschule und in den Bürgerschulen das Schulgeld bestehen bliebe und das Schulgeld in den höheren Schulen erhöht wurde. Ein Beschluß in der Sache ist nicht gefaßt, weil kein Antrag vom Rat gestellt war. Es wird der Versammlung vom Rat nun

das

das vorgesetzt, was den Herrschaften aus dem Haushaltsplan bekannt ist. In der Kommission ist über diese Angelegenheit keine Einigkeit erzielt worden, eine Abstimmung ist auch nicht vorgenommen, sondern es ist der heutigen Versammlung überlassen, eine Klärung herbeizuführen und Beschluß zu fassen. Ein Teil der Kommissionsmitglieder hat sich dem Antrage des Rates angeschlossen, von anderer Seite wurde ausgeführt, daß der vollständige Fortfall des Schulgeldes für die Bürgerschulen und in der Pflichtfortbildungsschule nicht ohne weiteres zu rechtfertigen sei. Gewiß, auch diese Seite war damit einverstanden, daß das Bildungswesen überhaupt unentgeltlich sein soll, dann solle aber konsequenter Weise für alle Schulanstalten Schulgeldfreiheit herrschen, doch könnte man nicht gut heißen, daß nur da, wo die geringere Leistung ^{an} ~~der~~ ~~Schule ist~~ ~~Schulgeld~~ ~~nicht~~ und das Schulgeld nicht von den notorisch Bedürftigen aufgebracht werde - denn denen steht zu, einen Nachlaß des Schulgeldes durch Antrag

trag zu erwirken und ein solcher muß bekanntlich in Umfang von 25% der Schülerzahl gewährt werden -, das Schulgeld erlassen wird. Die anderen Kreise der Bevölkerung, die also nicht notorisch bedürftig sind, so war man der Meinung, sind wohl im Stande monatlich 1 Mark Schulgeld aufzubringen, und das sei wünschenswert im Hinblick auf verschiedene Momente. Zunächst sei die Finanzlage der Stadt sehr mißlich und es sei nicht einzusehen, warum die Stadt auf diese Einnahme, die von den einzelnen nicht drückend empfunden werden kann, verzichten solle. Es handelt sich insgesamt um eine Summe von 168000 Mark. Dann hat man gesagt: Es ist vielleicht ganz gut, daß das Schulgeld in den Bürgerschulen und in der Fortbildungsschule bestehen bleibt, solange überhaupt Schulgeld in den anderen Anstalten erhoben wird, damit nicht die schulgeldfreien Anstalten das Odium auf sich ~~nehmen~~ laden, als ob sie Armenschulen wären. Das war früher sehr unlieb-

unliebsamen empfunden, als wir untere und mittlere Bürgerschulen hatten. Weiter hat man gesagt: Keinesfalls ist es zu rechtfertigen, daß das Schulgeld in den Bürgerschulen fortfallen soll und der dadurch entstehende Ausfall aufgebracht werden soll durch außerordentliche, namhafte Erhöhung des Schulgeldes in den höheren Schulen.

Diese Momente sind sicher zu beachten, und es wird in der Aussprache Gelegenheit gegeben sein, Stellung dazu zu nehmen. Der Schulausschuß hat, wie gesagt, keine Stellung dazu genommen.

Ich halte es für angebracht, bei dieser ersten, sehr wichtigen Frage, die heute die Versammlung beschäftigt - zu den anderen wichtigen Fragen rechne ich die Erhöhung der Gemeindegrundsteuer und Gemeindegewerbsteuer - erst einmal eine Pause zu machen und Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben.

Stadtrat S c h a p e r : Zunächst möchte ich den geschichtlichen Rückblick des Herrn Berichterstatters etwas ergänzen.

Es lag im September v. Js. der Antrag Schmidt-Jasper auf Aufhebung des Schulgeldes für die Bürgerschulen, die katholischen Schulen und die Pflichtfortbildungsschule vor. Der Antrag ist damals im Ausschuß sehr ausführlich besprochen worden, zu einer Einigung aber ist es nicht gekommen. Herr Frede hatte den Vorschlag gemacht, den Beschluß dahin zu fassen, daß im gegenwärtigen Augenblick die Aufhebung des Schulgeldes in den genannten Schulen nicht erfolgen möge, daß man aber den 1. April 1921 für die Aufhebung ins Auge fassen möge, und inzwischen mit der Regierung verhandeln solle, ob der 1. April 1921 der gegebene Zeitpunkt für die Aufhebung dieses Schulgeldes sei. In der Stadtverordnetenversammlung ist dann der Antrag Schmidt-Jasper angenommen worden. Der Rat hat da-

mals

mals abgelehnt, diesem Antrage beizutreten, und zwar hat er ihn nicht deshalb abgelehnt, weil er grundsätzlich gegen die Aufhebung des Schulgeldes für die betreffenden Schulen war, sondern weil er den gegenwärtigen Augenblick für diese Aufhebung nicht als den gegebenen hielt - ich erinnere mich des Ausdrucks ganz deutlich: „Mitten im Etatjahr.“ Wir haben von seiten des Rats auch auf die unklare Finanzlage der Stadt hingewiesen, aber im Vordergrund unserer Entscheidung stand, daß wir nicht mitten im Rechnungsjahre einer solchen Maßnahme zustimmen könnten. Anfang des neuen Jahres machte der Staat bekannt, daß das Schulgeld für alle Klassen der höheren Schulen auf 300 Mark erhöht sei. Dieser Tatsache gegenüber nahmen wir im Rat den Standpunkt ein: Wenn der Staat mit einer Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen vorangeht, müssen wir folgen. Wir halten es für notwendig, daß Staat und Stadt dieselben Schulgeldsätze in den höheren

höheren Schulen in der Stadt Braunschweig erhebt^{en}, und haben deshalb den Stadtverordneten unter dem 30. Januar eine Vorlage überreicht, in der diese Schulgeldsätze für die höheren Schulen gefordert werden. Es war das nicht etwa ein Schreiben des Rats, sondern ein wirklicher Antrag, eine wirkliche Vorlage, die im Ausschuß ausgiebig erörtert worden ist und die keine Ablehnung im Ausschuß erfahren hat. Herr Frede war der Berichterstatter, er hat keine Ablehnung empfohlen. In der Stadtverordnetensitzung hat dann der Stadtverordnete Rönneburg gegen die Vorlage gesprochen, weil er die Einführung von gestaffelten Schulgeldsätzen für erstrebenswert hielt, und mit Stimmengleichheit - der damalige Vorsitzende Herr Rieke, gab den Ausschlag - beschloß die Stadtverordnetenversammlung, den Rat zu beauftragen, mit der Regierung über die Einführung gestaffelter Schulgeldsätze in Verbindung zu treten. Also auch da ist keine Ablehnung unseres damaligen Antrages erfolgt. Wir haben die Verbindung mit der Regierung

Regierung aufgenommen und haben unsere Ansicht für und wider die gestaffelten Schulgeldsätze dargelegt. Die Regierung hat sich auf unseren Standpunkt gestellt und gesagt: Die Einführung der gestaffelten Schulgeldsätze ist noch nicht spruchreif. Ich möchte nicht die Einzelheiten anführen, um die Debatte nicht unnötig zu verlängern.

Solange schwebt also nun die Sache. Zu einem Abschlusse hat sie noch nicht kommen können, weil der ~~S~~atzungsentwurf, den ich neulich hier in der Sitzung vorgelesen habe, von der Regierung noch nicht genehmigt ~~te~~ war. Ich habe schon hervorgehoben, was den Rat bewogen hat, diese 300 M als Schulgeldsatz für die höheren Schulen in der Stadt Braunschweig vorzuschlagen: einmal ist es das Vorgehen des Staates gewesen, sodann wollten wir natürlich diese Einnahmequelle für uns stärker fließen lassen, andererseits wollten wir dadurch aber auch dem Rate ermöglichen, dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung auf

Auf-

Aufhebung des Schulgeldes für die fraglichen Schulen beizutreten. Wir waren im Rate der Meinung, daß wir auf die Dauer solchen Konfliktstoff nicht bestehen lassen ~~sollen~~ ^{können}. Wir dürfen nicht vergessen, daß in der Reichsverfassung die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts festgelegt ist. Wir wissen sehr wohl, daß alle die Forderungen der Reichsverfassung nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können, aber für Erfüllung dieser Forderung ^{u. b.} war doch der Augenblick gekommen. Gewiß, die Forderung der Zahlung eines so geringen Schulgeldes, wie es hier für die Bürgerschulen verlangt wird, ist nicht drückend, die Ausgabe einer Mark im Monat können die meisten Familien wohl ohne weiteres tragen, und 25% Erlaß werden außerdem noch gewährt, so daß die wirklich Armen auch bisher kein Schulgeld in den Bürgerschulen bezahlt haben. Aber es handelt sich um eine grundsätzliche Frage, die wir mit ja beantworten zu sollen glaubten.

Was

Was nun den Punkt anbetrifft, den Herr Frede am Schlusse seiner Ausführungen hervorgehoben hat - er sprach von einer außerordentlichen Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen - so kann ich ihm darin ^{nicht} ~~recht~~ geben. Ich habe schon im Ausschuß hervorgehoben, daß in ganz Preußen das Schulgeld für die höheren Schulen auf 500 Mark festgesetzt ist, der Preußische Staat gibt keine Zubeße irgendwelcher Art für die höheren Schulen, wenn sie nicht Schulgeld in dieser Höhe erheben. Wir bleiben bei ~~unserer~~ ~~dieser~~ Festsetzung noch 200 Mark unter dem preußischen Satze, von einer außerordentlichen Erhöhung kann also meinem Dafürhalten nach nicht die Rede sein. Ich bitte Sie, daß Sie den Sätzen zustimmen, die wir in den Etat eingesetzt haben.

Stadt v. M u n t e : Meine verehrten Anwesenden! Es ist bedauerlich, daß in Preußen und in unserer heutigen Zeit überhaupt, ebenso auch in Braunschweig, eine sozialdemokratische Regierung solche unsozialen Maßnahmen ergreift, indem sie für irgendwelche Schulen ein höheres Schulgeld einsetzt. Aber die Herren, die früher gegen solche Maßnahmen waren, müssen doch wohl dann, wenn sie oben in der Regierung stehen, einsehen, daß sich nicht alles das verwirklichen läßt, was sie früher ^{gefordert} ~~geordnet~~ haben. Ich für mein Teil bedauere es, daß wir in der Stadt in den höheren Schulen mit der Erhöhung des Schulgeldes nachfolgen müssen. Würden wir das nicht tun, so würden wir uns in unseren ^{höheren} Schulen eine Menge Schüler aufhalsen, so daß sie zu klein würden. Wir würden neue Schulhäuser bauen müssen, neue Lehrer anstellen müssen usw. Im übrigen kann ich aber auch nicht finden, daß die Erhöhung des Schulgeldes in den höheren Schulen um 80 - 100 Mark so außerordentlich

lich

lich drückend ist. Auch ~~ist~~ in den höheren Schulen sind Schulgelderlasse vorgesehen, so daß die Erhöhung nicht die Ärmsten der Eltern der höheren Schüler trifft. Ich glaube auch nicht, daß das Schulgeld in den sogenannten Gemeinschaftsschulen oder Volksschulen gerade deshalb erlassen werden soll, weil diejenigen, die heute für ihre Kinder dort noch Schulgeld bezahlen, es nicht aufbringen könnten. Ich kann es mir nicht denken, daß heutzutage jemand da ist, der nicht monatlich 1 Mark für sein Kind an Schulgeld aufbringen kann. (Unruhe.) Das glaube ich bestimmt nicht. Sodann halte ich es auch nicht für richtig, daß man dieses alles umsonst bekommt; so etwas hat für die Leute in der Regel keinen Wert. Deshalb wäre es ganz gut, wenn einzelnen noch Schulgeld bezahlten. Aber wir kommen nicht darum weg, dem grundsätzlichen Anstreben nach Schulgelfreiheit zu folgen. In § 145 der Reichsverfassung wird sogar davon geredet, daß man in den Pflicht

schulen

schulen nicht allein kein Schulgeld erheben soll, sondern sogar freie Lernmittel liefern soll. (Sehr richtig!). Unser Rat der Stadt geht ja heute nicht schon dazu über, so etwas vorzuschlagen, weil die finanziellen Verhältnisse der Stadt das nicht zulassen. Bei der Gewährung von freien Lernmitteln wäre zu berücksichtigen, daß mit geschenkten Sachen meistens sehr wenig gut umgegangen ist, und es wird wohl gut sein, wenn die Eltern vorläufig die Bücher noch kaufen müssen. Vielleicht werden wir in 20 Jahren, wenn die Einheitsschule schon längere Zeit besteht, dahin kommen, daß die Eltern ihre Kinder anhalten, die gelieferten Lernmittel recht zu schonen. Heute aber wollen wir nicht rätlicher ~~sein~~ als der Rat. Wir werden also für die Schulgeldfreiheit in der Bürgerschule eintreten und wollen auch notgedrungen die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen bewilligen, solange der sozialdemokratische Staat für seine Schulen diese Preise nimmt. Wenn der einmal an-

anfängt, uns mit gutem Beispiel in dieser Sache voranzugehen, dann werden wir ihm nachfolgen.


My

Stadt v. M a r t h : Ich stehe grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die Schulgeldfreiheit allgemein herbeigeführt werden muß; ob die Eltern diese Mark zahlen können oder nicht, das spielt dabei eine unwesentliche Rolle, nur der Grundsatz, daß die Schulbildung frei sein soll, ist in dieser Beziehung für uns maßgebend. Auch der damalige Antrag Schmidt-Jasper ging uns eigentlich nicht weit genug, denn wir verlangen ebenso wie für die Volksschulen auch für die anderen Schulen die volle Schulgeldfreiheit, für diejenigen, für die die Möglichkeit vorliegt, die höheren Schulen zu besuchen. Wir mußten aber in unserem Antrage erst einmal so weit gehen, daß wir damit die untersten Schulen faßten, und wollten so ~~auch~~ nach und nach dazu übergehen, auch für die anderen Schulen Schulgeldfreiheit zu beantragen. Wenn wir dann eine Staffelung des Schulgeldes für die höheren Schulen verlangt haben, so geschah es mit Recht, daß man versuchte, die Einwohner je nach ihren

Einkünften

11

Einkünften heranzuziehen, zu den Schullasten beizutragen, indem man die Schüler aus Kreisen mit höheren Einkommen zu einem höheren Schulgeld verpflichtete und die anderen Einkommen dadurch entlastete. Da das von der Regierung abgelehnt ist, müssen wir uns heute auf den Standpunkt stellen, den die Ratsvorlage angibt, und die Erreichung der Schulgeldfreiheit für die höheren Schulen auf eine spätere Zeit verschieben. Nur eins möchte ich dabei noch befürworten: Es muß Gewähr geleistet werden, daß für die Minderbemittelten, die das hohe Schulgeld in den höheren Schulen nicht zahlen können, eine Anzahl Freistellen vorgesehen werden, damit es auch den Minderbemittelten möglich ist, ihre Kinder auf höhere Schulen zu schicken.



Stadt v. L e h n e r t : Als seinerzeit der Antrag Schmidt-Jasper angenommen wurde, standen wir auf dem Standpunkt, daß damit der erste Schritt getan sei, um endlich mit dem alten System des Schulgeldes abzubauen, und zwar in der Form, daß man nicht mehr den Kindern, ^{solche} die Schulen besuchten, die man - wie Herr Frede schon sagte - die Armen-schulen nannte, die Trennung von den anderen Kindern vor Augen führen sollte, daß die Kinder der Minderbemittelten nicht fortwährend fühlten: Du bist einer von denjenigen, die nicht vorsichtig genug in der Wahl deiner Eltern gewesen, dir sind nicht schon in die Wiege eine Freiherrnkrone oder eine halbe Million als Mitgift gelegt. Unbedingt müssen wir danach trachten, daß wir endlich einen Anfang machen, diese Unterschiede zu beseitigen, ^{Ich} und wundere mich über den Standpunkt, den Herr Frede als Pädagoge einnimmt. Ich glaubte bestimmt, er als Lehrer müßte in erster Linie dafür zu haben sein, daß

daß endlich einmal die Klassenunterschiede zwischen Reichen, Armen und Ärmsten verschwinden, so daß man den ~~anderen~~ ^{Hindern} sagen kann: Ihr seid gleichberechtigt und nehmt bei dem, was euch gelehrt wird, einen gleichen Rang ein. Ich bitte die Herrschaften darum, unbedingt mit uns zu erklären: Wenn wir nicht wollen, daß eine Ratsvorlage in dieser Sache wieder auf unendliche Zeit hinausgeschoben wird, und wenn wir den Antrag Schmidt-Jasper zur Geltung bringen wollen, müssen wir das annehmen, was uns der Rat heute vorschlägt. Wir kommen nicht darum weg.

Auf eins möchte ich noch entgegnen, nämlich darauf, daß mein Nachbar im Saale hervorgehoben hat, daß gerade eine sozialdemokratische Regierung eine solche Vorlage gemacht habe, wodurch das Schulgeld in den höheren Schulen heraufgesetzt wird. Nun, Herr Munte, ich glaube, wenn die Heraufsetzung des Schulgeldes von monarchischer Seite gekommen wäre, dann hätten Sie als guter Demokrat drei Bücklinge gemacht

gemacht und gesagt: „Das ist etwas, was meinem demokratischen Herzen wohltut.“ Da sie aber von einer sozialdemokratischen Regierung ausgeht, so meinen Sie: Wie können ~~sich~~ die verdammten Kerle sich erdreisten, solches vornehmen zu wollen! Aber Herr Munte ist ehrlich in seinen Überzeugungen als Demokrat, und so wird er dieser Vorlage des Rates seine Zustimmung geben können, wenn auch die Anregung dazu von sozialdemokratischer Seite kommt.

Stadt v. F r e d e : Herr Lehnert geht von vollständig falschen Voraussetzungen aus, wenn er sagt, er wundere sich, daß ich als Pädagoge dem Vorschlage des Rates nicht zustimme. Ich habe hervorgehoben, daß es ein logisches Vorgehen ist, wenn Gleichheit in allgemeiner Weise erzielt wird - und diese will er ja auch. Wenn ein allgemeiner Erlaß des Schulgeldes für alle Schulen eintreten soll, dann sind wir ~~entschieden~~ dafür. Das ist erstrebenswert, und wenn Sie die Gleichheit haben wollen, müssen auch Sie das erstreben. Wenn hier aber das Schulgeld für die höheren Schulen nicht nur in der alten Höhe erhalten bleiben soll, sondern um 50% erhöht werden soll, ~~was unbedingt nötig ist,~~ dann muß man ^{nun gar nicht} ~~die Gleichheit~~ ^{insofern} wahren, daß man sagt: Das bisherige Schulgeld ~~auf~~ ⁱⁿ den anderen Schulen soll bestehen bleiben, das ist das wenigste. Ich vermisze also gerade die Gleichheit in der Behandlung der Schularten, die Sie wünschen.

Stadtv. R e g e n e r : Ich glaube, nach der bisherigen augenblicklichen Debatte nicht mehr viel sagen zu brauchen. Ich möchte nur Herrn Frede erwidern, daß es mit der Egalitéé doch anders aussieht. Es handelt sich bei den Volksschülern durchweg um Kinder solcher Leute, die nicht so viel ~~besitzen~~ ~~bezahlen~~ als diejenigen, die in der Lage sind 300 - 500 Mark Schulgeld für jedes Kind zu zahlen. Unseren grundsätzlichen Standpunkt kennen Sie schon seit langem. Weil aber die Finanzmisere der Stadt zwingend ist, haben wir uns dazu verstanden, daß wir, um der ärmeren Bevölkerungsschicht entgegenzukommen, aber gleichzeitig unser Prinzip zu wahren und damit zu verbinden, daß die Stadt nicht allzu sehr unter den Schlitten kommt, für die Erhöhung des Schulgeldes in den höheren Schulen stimmen, wo Eltern vorhanden sind, die die mit der Erhöhung verbundenen Lasten tragen können.

Nach der Erklärung des Herrn Munte steht für uns außer Zweifel, daß der Ratsvorschlag angenommen werden wird.

Stadt v. L e h n e r t : Ich habe schon in meinen früheren Ausführungen gesagt, daß wir, nachdem der Antrag Schmidt-Jasper angenommen ist und dieses der Anfang war, worauf man von unten her abbauen konnte, der Vorlage sympathisch gegenüberstehen. Damit habe ich meinen sozialdemokratischen Standpunkt nicht verlassen und stehe auch heute noch auf demselben: Wenn es ginge, müßte unbedingt danach getrachtet werden, daß sämtliche Schulen frei von Schulgeld sind und daß die Lernmittel frei geliefert werden. Dieses ist der sozialdemokratische Standpunkt, den wir vertreten, und der ist auch in dem Antrage Schmidt-Jasper zum Ausdruck gekommen.

Der Referent, Stadtverordneter Frede, verzichtet auf eine Abstimmung über Aufhebung des Schulgeldes in den Bürgerschulen usw. verbunden mit der Erhöhung des Schulgeldes in den höheren Schulen. Aus der Debatte geht hervor, daß die Mehrheit der Versammlung sich der Stellungnahme des Rates in dieser Frage anschließt.

Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule.

Stadt v. F r e d e : (Zu Seite 154) Das Schulgeld ist in der beantragten Höhe nach der eben gehaltenen Aussprache als angenommen anzusehen.

(Zu Seite 155) Es ist in dem Begleitschreiben hingewiesen auf die außerordentlich gestiegenen Kosten für Drucksachen, Lehrmittel usw.

(Zu Seite 159) Der Abschluß stellt sich, unter der Voraussetzung, daß das Schulgeld erhöht wird, so, daß die Ausgaben 853500 Mark betragen, die Einnahmen 189500 Mark, mithin ein Fehlbetrag von 664000 Mark bleibt. Die Summen haben sich gegenüber dem Vorjahre erheblich erhöht. Im Vorjahre waren an Ausgaben 243000 Mark und als ~~Ausgabe~~ ^{Summe} 126500 Mark veranschlagt.

Ich weise noch auf einen Punkt im Begleitschreiben hin, in dem die durchschnittliche Ausgabe für einen Schüler angeführt wird. Sie beträgt für diese Schule 1551,82 Mark und es macht sich ein durchschnitt-

licher

licher Zuschuß der Kämmererkasse von 1207,27 Mark erforderlich. Die Herrschaften werden bei der anderen Oberrealschule andere Durchschnittsbeträge angeführt finden und sich vielleicht nicht erklären können, daß die Schüler in der einen Schule teurer zu stehen kommen als in der anderen. Das liegt zum großen Teil darin begründet, daß die Lehrkräfte an den beiden Schulen im Alter verschieden sind.

Der Voranschlag für die Herzog Johann-Albrecht-Oberrealschule wird von der Versammlung genehmigt.

Gaußschule.

=====

Stadtv. F r e d e : (Zu Seite 162) Die Anzahl der Schüler ist in beiden Oberrealschulen wieder in der gleichen Höhe angenommen, wie sie im Vorjahre war.

(Zu Seite 167) Der Abschluß stellt sich in der Ausgabe auf 720500 Mark, in der Einnahme auf 153900 Mark, die Ausgabe für einen Schüler im Durchschnitt auf 1412,74 Mark, der Zuschuß der Kämmerereikasse auf 1110,98 Mark.

Stadt v. Dr. J a s p e r : Ich weiß nicht, ob es mir bei den Ausführungen des Herrn Berichterstatters entgangen ist, oder ob er noch darauf zurückkommen wollte, nämlich daß uns diese höheren Schulen verhältnismäßig teuer zu stehen kommen, und daß es mit Rücksicht auf unsere gesamten Finanzverhältnisse wünschenswert erscheint, daß wir von seiten des Landes erhebliche Zuschüsse zu diesen Schulausgaben bekommen. (Zuruf Frede: Darauf wollte ich jetzt zu sprechen kommen.) Es ist bekannt, daß in den anderen braunschweigischen Städten eine ähnliche Notlage vorhanden ist und daß die Regierung gewillt ist, diesen Städten Zuschüsse zu gewähren. Da ist es unsere Pflicht, uns zu rühren, damit wir auch Zuschüsse erhalten. Der Ausschuß, über dessen Vorberatung Herr Frede berichtet, bittet Sie, in dieser Weise zu handeln.

Wir sind selbstverständlich bereit, unseren Antrag zu wiederholen und freuen uns, daß die Stadtverord-

Stadtrat S e h a p e r : Ich kann den Worten des Herrn Dr. Jasper hinzufügen, daß wir uns schon im Januar an die Landesregierung gewandt haben, um einen Zuschuß für die höheren Schulen zu erlangen, daß wir aber unterm 8. April abschläg-
~~lich~~ ^{ig} beschieden worden sind mit der Begründung, es sei noch nicht erwiesen, daß sich die Stadt in größerer finanzieller Notlage als der Staat befinde. Es wird ~~fer~~ ^{ter} noch darauf hingewiesen, daß der ~~Stadt~~
~~ur~~ Stadt schon Schullasten für die Volksschulen in ~~Hö~~ hohem Maße abgenommen habe. Davon jedoch, daß der Staat den anderen Städten Zuschüsse gibt und der Stadt Braunschweig nicht, ist in der Antwort nicht die Rede, obgleich wir in unserer Anfrage darauf hingewiesen hatten, daß man auch uns Zuschuß zu unseren höheren Schulen geben möchte, wie er den anderen Städten des Landes gegeben werde. Wir sind selbstverständlich bereit, unseren Antrag zu wiederholen und freuen uns, daß die Stadtverord-
neten-

netenversammlung durch ihren Beschluß, wenn er gefaßt wird, unseren Antrag verstärkt.

Stadtv. F r e d e : Ich hatte beabsichtigt, noch darüber zu berichten. - Es hat also der Finanzausschuß der Versammlung den formellen Antrag zu unterbreiten, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Regierung vorstellig zu werden, daß angemessene Zuschüsse vom Staate zu diesen höheren Schulanstalten geleistet werden. „Angemessene Zuschüsse“ das heißt, nicht nur angemessen den Leistungen, die gegeben werden. Es ist unliebsam empfunden worden, daß von den Zuschüssen, die andere Städte für die höheren Schulen bekommen, in dem Antwortschreiben keine Rede gewesen ist. Dieselbe Berücksichtigung wie die anderen Städte hätten wir wohl verdient.

Der Ausschuß empfiehlt die Genehmigung des Voranschlages für die Gaußschule.

Die Versammlung genehmigt den für die Gaußschule aufgestellten Voranschlag und stimmt sodann dem Antrage des Finanzausschusses, betreffend die Zuschüsse des Landes zu den höheren Schulen einstimmig zu.

Herzogin-Elisabeth-Lyzeum, Lehrerinnenseminar
und Studienanstalt.

Stadt v. F r e d e : (Zu Seite 170). Die Besuchsziffer für das Lyzeum ist in derselben Höhe angenommen wie bisher, beim Oberlyzeum ist ein Rückgang von 70 auf 60 zu ^{be-}merken. Das ist wohl dem Umstande zuzuschreiben, daß eine große Überproduktion - wenn ich so sagen darf - an Lehrerinnen besteht. Das Schulgeld für alle drei Anstalten - das ist eine Neuheit - soll gleichmäßig festgesetzt werden, also auf 300 Mark für jede der drei Schulen. 10% Erlasse sind allgemein an allen höheren Schulen vorgesehen - es betrifft das dasjenige, was Herr Marth vorhin wünschte. Nur beim Lehrerinnen-seminar ist der Prozentsatz der Erlasse auf 20% erhöht.

Der Ausschuß hat an dem Anschlag nichts auszusetzen.

(Zu Seite 175) Die Ausgaben betragen 1082000 M,

die

die Einnahmen 257 300 M. Die Ausgabe für die einzelnen Schülerinnen ist auf 1183,80 M und der Zuschuß der Kämmererkasse auf 902,30 M berechnet.

Der Voranschlag für diese drei Schulen
wird von der Versammlung genehmigt.

(Lyzeum usw.)

Mädchen-Mittelschule.

Stadt v. F r e d e : (Zu Seite 178). Bei dieser Schule zeigt sich in betreff der Besuchsziffer ein anderes Bild. Während bei den eben behandelten Schulen dieselbe Ziffer oder ein Rückgang festzustellen ist, hat hier eine wesentliche Zunahme stattgefunden von 580 auf 700. Die Zahl der Klassen ist dieselbe geblieben. Der Unterbau ist fortgefallen, aber es haben die anderen Klassen vermehrt werden müssen, weil der Andrang sehr stark ist, so daß die 6. Klasse 4 mal vorhanden ist. Das Schulgeld ist in derselben Höhe wie im Vorjahre bestehen geblieben, aber der Schulausschuß spricht sich für eine Erhöhung des Schulgeldes für die ortsfremden Kinder aus. Die Ausgabe für die Schülerinnen ist auf 851,37 Mark berechnet, der Zuschuß der Kämmererkasse auf 773,56 Mark. Dem gegenüber leisteten die ortsfremden Schülerinnen nur ein Schulgeld von 172 Mark. Deshalb ist der Ausschuß dafür, daß das

das Schulgeld für diese ortsfremden Schülerinnen auf 300 Mark erhöht wird.

Sodann ist noch zu bemerken, daß bei der Mädchenmittelschule insofern eine Annäherung oder Gleichstellung mit der Knaben-Mittelschule erfolgt ist, als jetzt 10 Freistellen eingerichtet sind. Daneben besteht aber noch der Prozentsatz für Erlasse mit 20%.

(Zu Seite 183). Die Ausgaben sind festgestellt auf 621500 Mark, die Einnahmen auf 56800 Mark.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich nehme an, daß durch die Anregung des Schulausschusses, betreffend die Erhöhung des Schulgeldes für die ortsfremden Schülerinnen, der Etat nicht geändert wird. (Zustimmung).

Die Versammlung genehmigt den Voranschlag für die Mädchen-Mittelschule und schließt sich der Ansicht des Schulausschusses an.

Knaben-Mittelschule.

Stadt v. F r e d e : (Zu Seite 186). Das Schulgeld beträgt wieder 92 Mark. Für die ortsfremden Schüler sind 172 Mark angesetzt, und hierfür würde dasselbe zu bemerken sein wie für die Mädchen-Mittelschule.

Die Ausgaben betragen 469000 Mark, die Einnahmen 36800 Mark. Auf den einzelnen Schüler entfällt eine Ausgabe von 1053,93 Mark und ein Zuschuß der Kämmererkasse von 971 Mark.

Die Versammlung genehmigt die Abteilung
„Knaben-Mittelschule.“

Bürgerschulen.

Stadt v. F r e d e : (Zu Seite 194). Es ist zu bemerken, daß ein Rückgang in der Schülerzahl stattgefunden hat.

Zu Ostern 1919 besuchten 15219 Kinder die Bürgerschulen, darunter 411 auswärtige, zu Ostern 1920 besuchten 14679 Kinder die Bürgerschulen, darunter 399 auswärtige.

Wenn der Rückgang auch nicht groß ist, so ist er doch von symptomatischer Bedeutung.

Die auswärtigen Schüler sollen nach wie vor 100 Mark Schulgeld zahlen, und der Ausschuß ist der Meinung, daß daran nichts geändert werden möge. Besonderes Augenmerk ist auf dieser Seite auf die große Summe unter 6a: 1 1/2 Millionen Mark außerordentlicher Zuschuß vom Staat zu den Schulkosten, zu richten. Die Sache verhält sich so: Der Staat will 3 Millionen Mark als Unterstützung für die Schulausgaben der Gemeinden geben, und die Stadt

Braun-

Braunschweig hat Ursache, anzunehmen, daß davon 1 1/2 Millionen auf sie entfallen. Es ist aber bis heute noch kein Pfenni/g von dieser Unterstützung eingegangen.

Auf Seite 196 ist ein Posten, der eigentlich in Höhe von 40000 Mark vom Waisenhaus zu leisten war, und über den wir hier in einer früheren Sitzung gesprochen haben. Durch Beschluß der städtischen Behörden ist mit Rücksicht auf die finanziellen Schwierigkeiten, unter denen das Waisenhaus jetzt zu leiden hat, der Betrag auf 20000 M herabgesetzt.

(Zu Seite 195). Die Summe von 3 322 000 Mark stellt 40% der Gesamtbesoldung dar; der Staat leistet 60%. Die Gesamtbesoldung beläuft sich auf 8 304 923 Mark.

Eine neue Einrichtung für die Stadt sind die Kinderhorte und ^{Schulen} Kindergärten. Es interessiert vielleicht, zu erfahren, daß 4 Kindergärten und 11 Kinderhorte von der Stadt ~~erhalten~~ werden.

(Zu

(Zu Seite 209.) Es ist zu bemerken, daß ein Antrag des Rates vorliegt, daß über den Etat hinaus für Reparaturen auf den Schulhöfen an der Sophienstraße, Bürgerstraße und Hohestieg die Summen um insgesamt 24 000 Mark zu erhöhen sind. Die Notwendigkeit der Ausbesserung der Schulhöfe hat sich erwiesen. Die Unterleiter dieser Schulen haben in ~~seiner~~ Eingabe darauf aufmerksam gemacht, daß ~~un-~~ ~~bedingt~~ Verwundungen der Kinder erfolgen müssen, wenn sie auf den genannten Schulhöfen fallen, denn die Sandschicht ist weggespült und die bloßen Steine treten hervor. Das Hochbauamt hat eine Untersuchung vorgenommen, hat den Mißstand bestätigt und so ist es notwendig, die Summe anzuwenden. Der Schulausschuß hat die Sache beraten und bittet, die Bewilligung auszusprechen.

(Zu Seite 217.) Der Abschluß der Bürgerschulen stellt sich in der Ausgabe auf 4 726 000 M., in der Einnahme auf 1 569 900 M. Für den einzelnen Schüler

entsteht

entsteht eine Ausgabe von 1053,90 M und der Zuschuß der Kammereikasse beläuft sich auf 971,24 M.

Beschluß zu fassen würde sein über den Voranschlag und über den von mir erwähnten Antrag.

**Die Versammlung stimmt den Ausschufanträgen
bezüglich des Haushaltsplanes für die Bürgerschulen
zu.**

Katholische Schule.

Stadt v. F r e d e : Die Katholische Schule hat 814 Schüler und Schülerinnen, die sich auf 3 Schulgebäude in verschiedenen Gegenden der Stadt verteilen. Übrigens sind die Katholischen Schulen ja dem Bürgerschulwesen angegliedert.

Der auf Seite 220 vorgesehene außerordentliche Zuschuß vom Staate in Höhe von 80 000 Mark ist ebenfalls heute noch nicht eingegangen.

(Zu Seite 225.) Die Gesamtaufwendungen für die Katholischen Schulen stellen sich auf 284300 Mark, die Einnahmen auf 82800 Mark. Auf jedes Kind entfällt im Durchschnitt eine Ausgabe von 339,26 M und ein Zuschuß der Kämmererkasse von 240,45 Mark.

Der Voranschlag für die Katholischen Schulen
wird genehmigt.

Fortbildungsschule.

Stadt v. F r e d e : Die Fortbildungsschule besteht aus 3 Abteilungen: der Schülerabteilung, der Schülerinnenabteilung und der Tagesschule. Zunächst die Schülerabteilung. Die Herrschaften sehen, daß keine Einnahme an Schul~~geld~~ ausgeworfen ist; in dieser Abteilung fällt also das Schul~~geld~~ fort.

In der Ausgabe ist eine Neuerung geplant (1b), die die Gewerbetreibenden interessieren wird. Es war ursprünglich beabsichtigt, in kleinem Umfange Musterwerkstätten, sogenannte Schulwerkstätten, einzurichten, aber mit Rücksicht auf die finanziellen Lage der Stadt hat sich das nicht verwirklichen lassen. Um aber eine innigere Verbindung zwischen Werkstatt und Schule zu schaffen, sollen die Schüler aus dem Handwerk vierteljährlich zweimal oder einmal nach gut eingerichteten Meisterwerkstätten geführt werden, wo ihnen von dem jeweiligen

Meister

Meister der Werkstatt Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe und deren Bearbeitung vorgeführt ~~an~~. Für diese Vortragsstunden sind 6000 Mark ausgeworfen. Es sind für diesen Zweck 658 Stunden bestimmt.

Für Lernmittel für bedürftige Schüler sind 14688 Mark eingesetzt.

Der Betrag für die sachlichen Bedürfnisse ist gegenüber dem Vorjahre bedeutend gestiegen; im vorigen Jahre waren dafür 3600 Mark ausgesetzt, in diesem Jahre 10 000 Mark.

Die Ausgaben für diese Abteilung belaufen sich auf 629000 Mark, die Einnahmen auf 282000 Mark. Der Durchschnittssatz für jeden Schüler beträgt 209,67 M, wovon die Kammerskasse einen Zuschuß von 115,60 M leistet.

Betreffs der Schülerinnenabteilung ist nichts Neues zu bemerken. Besonders gestiegen ist auch hier die Ausgabe für die Lehr- und Lernmittel, besonders die Lebensmittel für die Schulküchen sind sehr teuer geworden.

geworden.

Für die Schülerinnenabteilung stellen sich die Ausgaben auf 487 100 Mark, die Einnahmen auf 226 700 Mark, die durchschnittliche Ausgabe für jeden Schülerin beträgt 270,61 Mark, der Zuschuß der Kämmererkasse 144,67 Mark.

Bei der Tagesschule mache ich auf die Veränderung im Schulgeld aufmerksam. Es ist hier durchweg eine Erhöhung vorgenommen. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich seinerzeit dafür ausgesprochen, wenn auch keine formelle Beschlußfassung darüber erfolgt ist.

Die Ausgaben für die Tagesschule werden angegeben mit 358500 Mark, die Einnahmen mit 41500 M., der Zuschuß für eine Schülerin beträgt 961,13 M., der Zuschuß der Kämmererkasse 849,87 M.

Der Gesamtabschluß der Fortbildungsschule stellt sich folgendermaßen:

Ausgaben: 1 474 600 M., Einnahmen: 550 400 M. Fehlbetrag: 924 200 Mark.

In der Abstimmung über den Voranschlag für die 3 Abteilungen der Fortbildungsschule spricht die Versammlung ihre Genehmigung aus.

Handwerker- und Kunstgewerbeschule.

Stadt v. F r e d e : In der Einnahme sind Veränderungen im Schulgeld vorgenommen. Während im Vorjahre für die Sonntag- und Abendschule durchweg 18 M als Schulgeld festgesetzt war, wird jetzt ein solches von 35 oder 50 Mark erhoben, in der Tagesschule ~~und~~^{werden} im Vorjahre durchweg 60 M gefordert, dieses Jahr 100 Mark oder 150 Mark.

An Erlassen sind 10% vorgesehen; die ortsfremden Schüler zahlen einen Zuschlag.

Die Ausgaben belaufen sich auf 578100 Mark, die Einnahmen auf 61050 Mark. Auf den einzelnen Schüler entfällt im Durchschnitt eine Ausgabe von 802,92 Mark und ein Zuschuß der Kämmereikasse von 718,12 Mark.

Der Voranschlag für die Handwerker- und
Kunstgewerbeschule wird genehmigt.

Zuschüsse an nicht städtische Schulen.

Stadt. F r e d e : Unter diese Abteilung fielen früher die Katholischen Schulen und die Jahnsche höhere Lehranstalt. Da die Katholische Schule an die Städtischen Bürgerschulen angeschlossen ist, erscheint hier jetzt nur die Jahnsche Realschule, für die wieder der Zuschuß von 5 000 M eingestellt ist, wie es auch im Vorjahre geschehen war.

Stadt. F r e d e : Der Gesamtabschluß des städtischen Schulwesens stellt sich folgendermaßen:

Die Ausgaben betragen 10 814 500 Mark, die Einnahmen 2 958 450 Mark. Somit ist ein Fehlbetrag von 7 856 050 Mark zu decken.

Nachdem von der Versammlung die Zuschüsse an nicht städtische Schulen genehmigt sind, wird von ihr auch dem Gesamtabschluß des Kapitels XIII (Unterrichtswesen) zugestimmt.

Kapitel XIV;

Stadt v. F r e d e : Zu diesem Kapitel über Kunst und Wissenschaft habe ich weder zur Einnahme ~~die~~ zur Ausgabe etwas Besonderes zu bemerken.

Der Abschluß zeigt folgende Zahlen: Ausgabe 234 800 Mark, Einnahme 2 300 Mark.

Stadt v. D i e t e r m a n n : Ich möchte bitten,
den Posten B1 für städtisches Archiv und Bibliothek
zur Unterhaltung bezw. Vernehrung der Bestände,
von 10 000 Mark auf 20 000 Mark zu erhöhen.

Stadt v. J a h n s : Ich möchte diesen Antrag unterstützen, denn gerade das Braunschweiger Archiv leidet sehr unter der heutigen Teuerung. Alle Städte haben ihre Zuschüsse zu diesen Instituten erhöht, nur die Stadt Braunschweig ist darin zurückgeblieben. Auch meine Freunde werden den Anträge zustimmen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Wenn der Antrag angenommen werden sollte, möchte ich bitten, sich darüber zu erklären, ob die Herrschaften davon die Genehmigung des Etats abhängig machen, oder ob der Beschluß in der bisherigen Weise verstanden werden soll: Wir bewilligen den Etat, ersuchen aber den Rat der Stadt, auf eine Erhöhung dieses Ausgabepostens im Laufe des Jahres Bedacht zu nehmen.

Stadt v. L e h n e r t : Selbstredend werden wir in der vom Herrn Oberbürgermeister vorgeschlagenen Form die Sache handhaben, denn momentan ist an der Etataufstellung nur schwer etwas zu ändern. Damit aber das Archiv und die Bibliothek keine Not leiden, sind wir für den Antrag des Herrn Dietermann. Was sollte das Archiv mit der ausgeworfenen Summe anfangen, wo alle Preise so ungeheuer gestiegen sind?

Stadtv. Dr. J a s p e r : Die Frage der Erhöhung dieses Postens ist auch im Ausschuß behandelt worden, aber nicht im Sinne des Herrn Antragstellers. Ich vermisze jegliche Begründung dieses Antrages. Auch wenn Herr Lehnert sagt, die städtische Bibliothek litte Not, so ist er doch den Beweis dafür schuldig geblieben. Es ist nur eine Behauptung, die meiner Meinung nach erst erhärtet werden muß. Nach der Mitteilung der Deputation, die uns im Ausschuß geworden ist, kann mit der ausgeworfenen Summe beschafft werden, was zur Unterhaltung der Bibliothek notwendig ist. Wenn das die Deputation erklärt, so haben wir hier ohne weiteres keine Veranlassung, über den einmal festgesetzten Satz hinauszugehen. Wenn diese Angabe unrichtig ist und der Nachweis dafür erbracht wird, ist eine erneute Stellungnahme selbstverständlich geboten.

Stadtrat S e h a p e r : Ich muß Herrn Dr. Jasper in einem Punkte berichtigen. Es ist die Auffassung des Rates, daß mit 10000 Mark die aller-
notwendigsten Ausgaben zur Unterhaltung und Vermehrung der Bestände bestritten werden könnten. In der betreffenden Ratssitzung wies ich darauf hin, daß im vorigen Jahre von der Deputation 10 000 Mark für diese Position beantragt waren, der Rat aber nur die Hälfte dieser Summe, 5000 Mark, in den vorjährigen Haushaltsplan eingesetzt hatte. Herr Professor Mack war damals aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob es ihm möglich sei, mit 5000 Mark die Fortsetzung der bisher bezogenen Werke und weitere Brunsvicensien, die unbedingt notwendig seien, zu beschaffen. Das hat er damals bejaht. Bei der Etatberatung in der Vollversammlung im vorigen Jahre sind dann aber 10 000 M für diese Position bewilligt, und so sind auch für dieses Jahr 10000 M eingestellt worden, womit nach Meinung des Rats das Notwendige beschafft werden

werden kann. Auf Antrag des Stadtarchivars hat sich aber die Archivdeputation damit einverstanden erklärt, daß zur Unterhaltung und Vermehrung der Bestände 20000 Mark in den Etat eingestellt werden, denn diese Summe wird vom Stadtarchivar für notwendig gehalten. Der Rat aber hält diese 10000 Mark zur Beschaffung der notwendigsten Sachen für ausreichend, und so erscheint diese Summe hier in Etat.

Stadt v. Frau G ö t z e : Es wird keiner unter Ihnen sein, der zugeben will, daß, wenn vor dem Kriege oder vor einigen Jahren 5000 Mark genügt haben, um Archiv und Bibliothek einigermaßen auf der Stufe zu halten, die sie einnehmen muß, heute 10000 Mark dafür genug sind. Allein die Preise für die Büchereinbände haben sich in unglaublicher Weise erhöht; sie haben sich nicht verdoppelt, sondern verzehnfacht. Wir haben in Deutschland an Werten doch nur noch unsere geistigen Güter, und die müssen wir versuchen, nicht nur auf der Höhe zu halten, die sie vorher eingenommen haben, sondern noch mehr wie früher zu pflegen. Keiner von uns ist in der Lage, sich eine anständige Privatbibliothek anzuschaffen und jeder, der geistig weiterarbeiten will, ist mit auf diese Anstalten angewiesen. Heute sind 20 000 Mark für den angegebenen Zweck noch recht knapp. Wenn Herr Professor Mack im vorigen Jahre gefragt ist, ob er mit der ihm zur Verfügung gestellten Summe reichen würde, so hat er wohl ge-

gesagt, daß er die laufenden Zeitschriften oder die in der Anschaffung begriffenen Sammelwerke für diese Summe beschaffen könne, aber auf die Dauer kann er mit 10000 Mark nicht auskommen. Ich bitte dringend, die höhere Summe einzustellen, natürlich in der Form, wie es der Herr Oberbürgermeister vorgeschlagen hat.

Stadt v. L e h n e r t : Im vorigen Jahre wurde bei der Etatberatung in vorgerückter Stunde von Frau Götze der Antrag auf Erhöhung dieses Postens gestellt. Es wurde darauf hingewiesen, daß, wenn wir einigermaßen mit diesen Institute die Anforderungen erfüllen wollten, die man an solches stellen könnte, wir tiefer in den Säckel greifen müßten. Wenn darauf verwiesen wird, daß das Institut im vorigen Jahre mit dieser Summe ausgekommen ist, so ist es doch klar, daß die ganzen Sachen immer und immer wieder gebraucht sind und ein gewisser Abgang vorhanden ist. Wer heute Bücher kaufen muß, der weiß, was sie kosten, wie selbst ein einfaches Schreibheft schon teuer ist. Wenn wir in Friedenszeiten 5000 Mark für Unterhaltung und Vermehrung der Bestände ausgegeben haben, dann müßten heute 50000 Mark dafür eingesetzt werden. Das verlangen wir ja aber gar nicht und nehmen auch Rücksicht auf den nun einmal aufgestellten Etat,

Etat, sondern möchten nur den Rat ersuchen, bei nächster Gelegenheit die 20 000 Mark zu verwilligen.

Stadt v. Frau G ö t z e : Ich möchte noch auf eins hinweisen. Wenn Sie früher Bücher aus der Stadtbibliothek in die Hand nahmen, so gab Ihnen schon der Einband ein Zeugnis ab für die Güte des deutschen Handwerks. Jetzt wird der Einband so billig wie nur irgend möglich eingerichtet. Die zuletzt angeschafften Werke sind schauderhaft gebunden; haltbar mögen sie ja sein, aber im Ansehen sind sie mit den früheren gar nicht zu vergleichen. Also die äußere Erhaltung der Bibliothek kostet schon viel Geld, sie kann gar nicht mehr so erhalten werden wie früher. Hatte man früher Lederrücken, so sind es jetzt einfache Leinenrücken - ich weiß nicht, wie der fachmännische Ausdruck dafür ist - sie sind gebunden, wie unser Etat. Die äußerste Sparsamkeit ist da also schon eingetreten, und eine Erhöhung des Postens für die Unterhaltung zeigt sich als dringend nötig.

Stadtverordneter Dr. Jasper verlangte von mir als Antragsteller noch nähere Aufklärung und eine Begründung meines Antrages. Ich glaube nicht, daß das jetzt noch nötig ist; durch die Aussprache ist das wohl genügend geschehen. (Zuruf Dr. Jasper: Aber nicht von Ihnen!) Ganz gleich, von wem, wenn sie überhaupt nur kommt.

In der Abstimmung wird Kapitel XIV von der
Versammlung genehmigt und zugleich der Anregung
des Stadtverordneten Dietermann zugestimmt (20000
Mark für Unterhaltung der Bestände).

Stadtverordneter Frede übernimmt den Vorsitz
wieder.

Stadt v. T o s t m a n n : (Zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob der Etat heute abend noch fertig beraten werden soll. Es kommt jetzt das Kapitel Armenpflege und auch das wird eine ziemlich lange Zeit in Anspruch nehmen. Ob wir dann unsere Etatberatung heute noch beenden können, bezweifle ich stark. Ich möchte deshalb ersuchen, jetzt Schluß zu machen und die Etatberatung in der nächsten Sitzung fortzusetzen. Vielleicht sind aber noch eilige andere Punkte zu erledigen.

Die Versammlung ist mit der Fortsetzung der Etatberatung am folgenden Donnerstag einverstanden und der Vorsitzende stellt die Anfrage, ob noch eilige Sachen zu erledigen sind.

2. Vermietung eines Teiles des früheren
Brunonia-Grundstückes an die staatliche
Jugendfürsorge.

Bürgermeister M e y e r : Wenn die Herrschaften damit einverstanden sind, ^{bringe} ~~würde~~ ich ~~gern~~ noch eine kleine Sache ~~vorbringen~~, die eine gewisse Eile hat.

Es handelt sich um das frühere Brunonia Grundstück auf der Pflegehausstraße, das zu einem Teile an die Herzogin Johann Albrecht-Stiftung verpachtet gewesen ist. Wie Ihnen ~~mehr oder weniger~~ bekannt sein wird, ist der Staat an uns herangetreten mit der Bitte, ihm einen Teil dieses Grundstücks für seine Jugendfürsorge zu vermieten. Dabei hat sich ergeben, daß Instandsetzungsarbeiten notwendig sind, ^{auf Grund} ~~für die~~ 6000 Mark Kosten erwachsen werden. Ich habe Sie namens des Rates zu ersuchen, sich ^{1.}grundsätzlich damit einverstanden zu erklären, daß diese ^{gesamte} Verschönerung ^{2.}in der Vermietung stattfindet, und ~~weiter die~~

die Mittel für die Instandsetzung ~~der Baulichkeiten~~^{der Baulichkeiten}
zu bewilligen. Sollten Sie, wie ich hoffe, ~~sich~~^{sich}
diesem Antrag ~~einstimmig erklären~~^{ausprechen}, dann würde
ich noch bitten, daß Sie den Rat der Stadt ermäch-
tigen, den Mietabschluß mit dem Staate ~~durchzuführen~~^{vorzunehmen}.
Es ist ein Mietsatz von 1200 Mark in
Aussicht genommen, während bisher 600 Mark bezahlt
wurden. Der Rat meint, gestützt auf das Gutachten
der städtischen Bauverwaltung, daß der genannte
Preis ein angemessener ist.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Ich bitte die Herrschaften dringend, dem Vorschlage des Herrn Bürgermeisters ohne weiteres zuzustimmen, und zwar aus dem Grunde, weil uns der Staat wertvolle Zugeständnisse in der Fürsorgeerziehung gemacht hat durch Annahme des Antrages, den Frau Graf zusammen mit Herrn Pastor Steigertahl im Landtage gestellt hat, daß in allen Fällen wo die Stadt Anstaltspflege gewährt, vom Staate zwei Drittel der Kosten erstattet werden. Das ist ein so wertvolles Entgegenkommen des Staates, daß es verdient, stadtseitig erwidert zu werden durch Annahme der Vorschläge, die eben Herr Bürgermeister Meyer vorgetragen hat.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich muß sagen, daß ich die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters eben nicht ganz habe aufnehmen können, und möchte fragen, ob die Angelegenheit nicht bis zum nächsten Donnerstag Zeit hat, gerade in den Verhandlungen mit dem Staat bin ich nach-gerade vorsichtig geworden; wir sind im allgemeinen nicht gerade gut dabei gefahren.

Bürgermeister M e y e r : Der Rat sieht sich veranlaßt, um deswillen die Sache eilig zu behandeln, weil der Vertreter des Staates, Herr Direktor Staats aus Bevern, dringend gebeten hat, das Grundstück schleunigst so herzurichten, daß Kinder dort aufgenommen werden können, ~~weil der Staat habe Mangel an solchen Baulichkeiten, wo diese der Fürsorge zuzuführenden Kinder untergebracht werden können.~~ ~~Da erst die Bauausführungen vorgenommen werden müssen, ist es immerhin im Interesse der Sache gelegen, eine Zeit von acht Tagen zu ersparen.~~

(Zuruf des Stadtverordneten Dr. Jasper: Die Sache schwebt beim Staate seit einem Vierteljahre.)
Bürgermeister M e y e r (erwidernd): Das ist kein Grund, unsererseits langweilig zu werden.

(Zuruf des Stadtverordneten Dr. Jasper: Da sind Hundehaare zu vermuten.)
Bürgermeister M e y e r (erwidernd): Das glaube ich ^{müssen} ~~betreiten~~ zu müssen. Der Staat ~~wollte auch~~ noch

Ingenieur

noch ~~andere~~ Stiftungsgrundstücke für diesen ~~Zweck~~
haben, aber die Verhandlungen haben sich zerschlagen
~~weil die Stiftungsvorstände nicht auf die Vor-~~
~~schläge des Staates eingehen wollten.~~ Das hat aber
mit den Verhandlungen über dieses Grundstück nichts
zu tun. Der Kostenanschlag für Instandsetzung des
Grundstücks stützt sich auf ein Gutachten der
städtischen Bauverwaltung. Wenn uns der Staat die-
ses Grundstück zu dem doppelten Mietpreise abpach-
ten will, den die vorherigen Mieter bezahlt haben,
dann sehe ich kein Bedenken, der Abmachung zuzu-
stimmen. Ich glaube, Herr Doktor, Sie sehen zu
schwarz.

Stadttrat von F r a n k e n b e r g : Ich kann nur bestätigen, daß Herr Direktor Staats, der, wie alle Herrschaften im Saale ohne Unterschied der Partei anerkennen werden, in außerordentlicher Weise für seine Pfléglinge eintritt, mit schwerster Sorge erklärt hat, er wüßte nicht, wie er des Andrangs Herr werden sollte, wenn nicht diese Sache baldmöglichst erledigt werde. In diesem Falle, Herr Dr. Jasper, können Sie getrost Ihre Bedenken zurückstellen; wir wachen mit Ihnen darüber, daß die Stadt nicht vom Staate übers Ohr gehauen wird. In diesem Falle können wir auch einmal die Gebenden sein, da wir sehr oft die Empfangenden gewesen sind.

Der Antrag des Rates wird angenommen.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche
Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.
